



Landtag von Baden-Württemberg

52. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 29. Oktober 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 19:56 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3599	Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt betr. Sechstes Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes – Drucksache 13/2524	3661
1. Regierungserklärung – Tatkraft für Baden-Württemberg – Mit Mut zu Veränderungen neue Dynamik entfesseln – und Aussprache	3599	Abg. Dr. Schüle CDU	3661, 3669
Ministerpräsident Teufel	3599, 3643	Abg. Rust SPD	3663
Abg. Drexler SPD	3610, 3651	Abg. Pfister FDP/DVP	3664
Abg. Oettinger CDU	3621	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	3667
Abg. Pfister FDP/DVP	3629	Minister Dr. Frankenberg	3670
Abg. Kretschmann GRÜNE	3635	Beschluss	3673
2. Aktuelle Debatte – Kultur braucht Freiräume – das Streichkonzert der Landesregierung im Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	3653	Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	3673
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	3653, 3658	Abg. Kretschmann GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	3673
Abg. Dr. Vetter CDU	3654	Abg. Carla Bregenzer SPD (zur Geschäftsordnung)	3674
Abg. Inge Utzt SPD	3655, 3659	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2396	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3656	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2488	3675
Minister Dr. Frankenberg	3659	Abg. Dr. Scheffold CDU	3675
3. a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Sozialverträgliche Studiengebühren – Drucksache 13/2519		Abg. Stickelberger SPD	3676
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 2. September 2003, Az.: 2 BvF 1/03 – Normenkontrollantrag der		Abg. Dr. Glück FDP/DVP	3678
		Abg. Oelmayer GRÜNE	3679
		Minister Stratthaus	3680
		Beschluss	3682

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/1246	Abg. Dr. Witzel GRÜNE 3692 Staatssekretär Dr. Mehrländer 3693 Beschluss 3694
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2521 3683	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landes- seilbahngesetzes – Drucksache 13/2296
Abg. Herrmann CDU 3683	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/2515 3695
Abg. Birzele SPD 3684, 3688	Abg. Klenk CDU 3695
Abg. Dr. Glück FDP/DVP 3685	Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD 3695
Abg. Oelmayer GRÜNE 3686	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 3695
Minister Dr. Schäuble 3687	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 3695
Beschluss 3689	Staatssekretär Mappus 3696
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für Baden-Württemberg – Drucksache 13/2283	Beschluss 3696
Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/2487 3689	8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Aufhebung landesrechtlicher Vorschriften über Pflanzenschutzmittel – Drucksache 13/2497 3696
Abg. Mack CDU 3689	Beschluss 3696
Abg. Gall SPD 3689	Nächste Sitzung 3696
Abg. Hofer FDP/DVP 3691	

Protokoll

über die 52. Sitzung vom 29. Oktober 2003

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 52. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Junginger und für heute Vormittag Herrn Abg. Reichardt erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Braun und Kaufmann.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

(Unruhe)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen und nach Möglichkeit die Gespräche einzustellen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Tatkraft für Baden-Württemberg – Mit Mut zu Veränderungen neue Dynamik entfesseln – und Aussprache

Das Wort zur Regierungserklärung erteile ich Herrn Ministerpräsident Teufel.

(Anhaltende Unruhe)

Ich darf Sie nochmals bitten, die Gespräche einzustellen.

(Abg. Herrmann CDU: Die wichtigen Leute sind da!)

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen heute keine detaillierte Rechenschaft darüber ablegen,

(Oh-Rufe von der SPD)

was die Landesregierung in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode geleistet hat und als positive Bilanz vorweisen kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das kann man gar nicht aufzählen!)

Da dies in meiner Regierungserklärung jeden Rahmen sprengen würde, habe ich die Halbzeitbilanz dem Herrn Landtagspräsidenten und allen Fraktionen schriftlich vorgelegt. Ich gebe sie zu Protokoll, und ich lasse sie jedem Abgeordneten in sein Fach legen.

Ich will in meiner Regierungserklärung heute stattdessen eine Bestandsaufnahme vornehmen und mit Blick auf einige

Schwerpunkthemen einen Handlungsrahmen für die Zukunft abstecken.

Wie ist die Lage? Wo steht Deutschland? Wo steht Baden-Württemberg? Was muss für Deutschland getan werden, und was muss für Baden-Württemberg getan werden?

Eine weitere entscheidende Frage: Womit verdienen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes morgen ihr Geld? Das heißt: Wo entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft?

Das sind die zentralen Fragen, die die Menschen beschäftigen. Es sind Fragen, auf die sie Antworten erwarten, Antworten, die zu Taten werden und nicht zu einer immer währenden Diskussion, die zu Verbesserungen führen und nicht, wie so oft, als folgenlose Ankündigungen die täglichen Schlagzeilen beherrschen; Antworten, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger auch verlassen können, Antworten, die ihnen wieder Sicherheit geben. Politik muss für die Wirtschaft und für die Bürger wieder verlässlich und berechenbar werden. Nur so entsteht Vertrauen. Vertrauen aber ist die wichtigste Ressource für politische Gestaltung in schwieriger Zeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Deutschland steckt in einer Rezession und in einer nun schon drei Jahre währenden Phase der wirtschaftlichen Schwäche. Deutschland fällt im internationalen Standortvergleich zurück. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt und bewegt sich im September dieses Jahres bei 4,2 Millionen. Noch schlimmer ist die große Zahl der vernichteten Arbeitsplätze. Deutschland macht Schulden wie niemals zuvor: Es gab eine Verdopplung der Schulden in einem halben Jahr seit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2003 bis zum heutigen Tag. Die sozialen Sicherungssysteme brechen zusammen. In einer so schwierigen Lage war die Bundesrepublik Deutschland noch nie.

In dieser Situation gibt die Bundespolitik keine Perspektive über den Tag hinaus, sondern bringt jeden Tag sich ändernde Kürzungen, Reformankündigungen, neue Wortschöpfungen. Es ist ein Flicker, bevor das Angedachte und Verkündigte überhaupt verabschiedet ist.

Die Bundestagsabgeordneten wissen am Montag einer Sitzungswoche noch nicht, worüber sie am Donnerstag und Freitag abstimmen müssen.

(Abg. Pfisterer CDU: Unglaublich!)

(Ministerpräsident Teufel)

So sind auch die Gesetze. So entstehen nämlich keine verlässlichen Gesetze und keine verlässlichen Rahmendaten. So entstehen Unübersichtlichkeit und eine totale Verunsicherung der Bürger. Kaufkraftzurückhaltung der Verbraucher und Investitionszurückhaltung der Wirtschaft sind die Folge.

„Wer arbeitet, ist der Dumme“, titelt der „Spiegel“ und weist diese Behauptung mit zahlreichen Beispielen nach. So kann das nicht mehr länger bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Lösung kann nur heißen:

- Leistung muss sich wieder lohnen.
- Mehr Eigenverantwortung und weniger Staat.
- Mehr Mitverantwortung und Solidarität für die wirklich Bedürftigen.
- Mehr Wettbewerb und mehr Eigeninitiative.
- Mehr Zukunftsvorsorge durch Politik für Familien, für Bildungschancen, für Wissenschaft und Forschung statt Überschuldung des Staates und eines Lebens über unsere Verhältnisse.
- Sozial ist heute vor allem, was Arbeitsplätze schafft.

Bürger und Staat müssen aufhören, sich gegenseitig zu überfordern: die Bürger mit Ansprüchen an immer neue Aufgaben des Staates, der Staat mit Ansprüchen auf immer mehr Geld aus den Taschen der Bürger. Wir müssen umdenken. Wir brauchen einen Mentalitätswandel als Voraussetzung für Veränderungen.

Meine Damen und Herren, das Zauberwort heißt wirklich Subsidiarität, und zwar in der dreifachen Bedeutung des Wortes:

Erstens: Was der Einzelne selbst leisten kann, muss er auch selbst leisten. Die Familie hilft sich gegenseitig. Von außen wird nur Hilfe zur Selbsthilfe gegeben.

Zweitens: Freie Träger haben Vorrang vor dem Staat. Der Staat soll erst dann tätig werden, wenn eine Aufgabe von den Menschen selbst oder von freien Trägern nicht ausreichend erfüllt werden kann.

Und drittens: Subsidiarität heißt, der Staat muss von unten nach oben aufgebaut werden. Er muss seinen Aufbau so organisieren, dass die jeweils unterstmögliche Ebene sich der Erfüllung einer Aufgabe annimmt. Das ursprüngliche Recht liegt bei der Gemeinde, der Stadt und dem Kreis. Sie haben das Selbstverwaltungsrecht. Sie brauchen dann aber auch die erforderlichen Finanzmittel, und sie dürfen vom Bund nicht im Sozialbereich durch immer neue Gesetze ohne Finanzausgleich in Milliardenhöhe zusätzlich belastet werden.

(Beifall des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Nur wenn die Gemeinden und Kreise überfordert sind, ist das Land zuständig. Nur was die Länder nicht befriedigend leisten können, ist Sache des Bundes. Nur große Probleme, die über die Kraft des Nationalstaats hinausgehen, sind europäische Aufgaben.

Der Staat muss mehr Freiraum für die Bürger lassen. Der Staat muss Tausende von Regeln beschneiden, damit die Wirtschaft wieder Luft zum Atmen hat. Der Staat muss schlanker werden, effektiver, problemnäher und vor allem bürgernäher. Dafür brauchen wir Reformen auf allen Ebenen, und diese Reformen haben ein Ziel: die Kräfte des Bürgers freisetzen, Innovationen ermöglichen, neue Wachstumsdynamik anstoßen und die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen ermöglichen.

In den wichtigsten Fragen geht es aber nicht mehr mit dem Drehen eines Schraubchens. Es muss Durchschlagendes zur langfristigen Stabilität des Gemeinwesens und zur Sicherung der sozialen Systeme geschehen. Die Zeit des Durchwurstelns ist vorbei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen den Menschen Perspektiven geben und Mut und Zuversicht wecken. Wir müssen ihnen die Wahrheit sagen und dürfen ihnen auch bittere Tatsachen nicht verschweigen. Wir müssen fragen: Was bringt das Land voran? Wie steigern wir seine Leistungsfähigkeit? Was nützt dem Bürger? Was nützt der Wirtschaft? Was müssen wir tun, damit wir unseren Spitzenplatz halten können?

Dort, wo politische Maßnahmen des Bundes den Bürgern und der Wirtschaft nützen, werden wir sie im Bundesrat unterstützen. Dort, wo Bundesgesetze dem Bürger und der Wirtschaft schaden, werden wir sie verhindern oder wenigstens Schadensbegrenzung für Baden-Württemberg versuchen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir als Landesregierung haben derzeit in Berlin an vielen Ecken und Enden zu tun, um Schaden für unsere Bürger, für das Handwerk, für die Rentner und für die Wirtschaft abzuwenden oder wenigstens zu verringern.

Meine Damen und Herren, die Alternativen heißen auch für ein starkes Land wie Baden-Württemberg: vorangehen oder zurückfallen, mehr leisten oder weniger haben, noch besser werden oder schlechter dastehen. Wir entscheiden uns für Vorsprung, dafür, mehr zu leisten, dafür, noch besser zu werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Land steht in der Summe zur Mitte dieser Legislaturperiode besser da als fast alle anderen Länder. Dieses Land wird auch am Ende dieser Legislaturperiode besser dastehen als die meisten anderen Länder. Wir in Baden-Württemberg können von einer soliden und tragfähigen Basis aus in die Zukunft gehen. Die Stärken dieses Landes sind gut ausgebildete Arbeitnehmer, qualifizierte Techniker und Ingenieure, kreative Wissenschaftler und Forscher, weitsichtige Unternehmer, viele, viele ehrenamtlich tätige Bürger und Kulturgestaltende von Rang. Sie alle prägen das Bild unseres Landes.

Wie kein anderes Land haben wir in Baden-Württemberg in Schule und Berufsausbildung, in Wissenschaft und For-

(Ministerpräsident Teufel)

schung investiert. Das ist nicht die Folge dessen, dass es uns wirtschaftlich besser geht als anderen Ländern, sondern es ist die Ursache dafür, dass es uns besser geht als anderen Ländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bildung und Qualifizierung, Forschung und Wissenschaft schaffen die Voraussetzungen dafür, dass wir auch morgen gutes Geld verdienen können. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern herrschen bei uns in Baden-Württemberg wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Regionen und Landschaften, in den Städten genauso wie im ländlichen Raum. Das ist ein hohes Gut, für das wir auch weiterhin arbeiten müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das kommt wirklich nicht von ungefähr, sondern es ist auch das Ergebnis aktiver politischer Gestaltung.

Wir haben flächendeckend im Land weiterführende Schulen und Berufsschulen, Fachhochschulen, Berufsakademien, Hochschulen und Universitäten.

Wir bauen die Infrastruktur aus und haben Förderprogramme für den ländlichen Raum, für die Landwirtschaft, für Existenzgründungen, für den Technologietransfer. Wir lassen uns extern beraten, welches die Hochtechnologiefelder der Zukunft sind, und wir bauen unsere Forschungseinrichtungen danach aus.

Wir in Baden-Württemberg haben uns nicht treiben lassen. Wir antworten auf Veränderungen des Weltmarkts und auf Veränderungen unserer Gesellschaft. Wir sind an der Spitze des Reformzugs. Das müssen wir auch in Zukunft sein, wenn wir unsere Spitzenstellung halten wollen.

Die Bundesregierung ist stärker in Ankündigungen von Reformen und auch stärker in Zeitungsanzeigen als wir. Wir sind stärker in der Durchführung von Reformen. Das ist der Vorsprung Baden-Württembergs.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir fangen mit Reformen nicht erst an. Wir können an bereits Geleistetes anknüpfen: Wir haben durch große Fusionen in der letzten Legislaturperiode den Standort Baden-Württemberg gestärkt. Wir haben die großen Universitätskliniken verselbstständigt und mit wirtschaftlichen Leistungsstrukturen versehen.

Wir haben leider seit 1991 einen Sparhaushalt nach dem anderen vorlegen müssen. Nach Bayern haben wir die geringste Verschuldung der alten Länder. Neben Bayern ist Baden-Württemberg das einzige Land in Deutschland, dessen Bonität international mit dem Spitzenwert „Triple-A“ eingestuft wird.

Wir haben mit drei Zukunftsoffensiven Milliarden insbesondere in Bildung, Wissenschaft und Forschung investiert und damit wichtige Grundlagen für die Arbeitsplätze der Zukunft legen können. Aus diesen Forschungsausgaben heraus sind Technologiearbeitsplätze erwachsen, mit denen wir an der Spitze aller 250 europäischen Regionen stehen.

Meine Damen und Herren, wir haben mit der Landesstiftung Baden-Württemberg eine Förderquelle des Fortschritts geschaffen. Sie erhält ihr Grundkapital. Ohne die Stiftung würde in Baden-Württemberg weniger in Forschungsprojekte, weniger in soziale Projekte, weniger in kulturelle Projekte investiert.

Baden-Württemberg ist ein Ort der Bewegung nach vorne, der Veränderung zum Besseren und ein Ort einer dynamischen und zukunftsgerichteten Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nirgends wird dies deutlicher als in der Bildungspolitik. Bildungschancen für alle Kinder und in allen Teilen des Landes – ein Markenzeichen von Baden-Württemberg!

An unseren Schulen hat sich viel Positives ereignet:

- Flexible und frühere Einschulung,
- Fremdsprachenunterricht in allen Grundschulen des Landes – ab Klasse 1 als erstes Land überhaupt,
- Vorreiterrolle und Fortschritt für die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg,
- Stärkung der Lesefähigkeit,
- Stärkung der Hauptschule und Ausrichtung auf die Berufsausbildung,
- Stärkung des allgemein bildenden Schulwesens und der Berufsschulen,
- Oberstufenreform an den Gymnasien,
- Abitur nach zwölf Jahren,
- Neuordnung der Lehrerbildung mit Praxissemestern in den Schulen,
- 5 500 zusätzliche Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, in der PISA-Studie belegt Baden-Württemberg über alle Schularten hinweg Platz 2 in der Bundesliga der deutschen Länder. Das ist ein gutes Zeugnis für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Schülerinnen und Schüler. Aber wir wollen einen Spitzenplatz in der Champions League.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Deshalb bleiben wir Spitzenreiter in der Reformpolitik an der Schule und bei den Reformen der Lehrerbildung.

(Abg. Walter GRÜNE: Man sollte einmal den Trainer wechseln!)

Wir gehen bundesweit als erstes Land mit Bildungsstandards und neuen Bildungsplänen voran. Wir ermöglichen den Schulen mit Kernlehrplänen und schuleigenen Akzenten mehr Freiheit und mehr Selbstverantwortung. Wir werden die Lehrerarbeitszeit neu bewerten und die Deputate flexibler machen.

Wir werden zudem an der Medizinischen Fakultät der Universität Ulm ein Transferzentrum für Neurowissenschaften und Lernen einrichten, das sich mit speziellen Fragen des

(Ministerpräsident Teufel)

Lernens und der Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung beschäftigt wird. Die gewonnenen Erkenntnisse dieser bundesweit einzigartigen Einrichtung sollen vor allem für die Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften und Erzieherinnen nutzbar gemacht werden.

Meine Damen und Herren, ich sage es auch mit aller Anerkennung für den Hochschulminister: Kein Land ist in der Reform seiner Hochschulen weiter als wir:

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

- Selbstauswahlrecht der Studenten für jede Hochschule,
- Bachelor- und Master-Studiengänge auf breiter Ebene,
- Professionelle Leitungsstrukturen mit starken Hochschulräten,
- Stärkung des Rektors und des Dekans,
- Stärkung der Autonomie der Hochschulen,
- Studiengebühren für Langzeitstudenten – ein durchschlagender Erfolg.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Selbst SPD-regierte Länder haben sich auf Baden-Württembergs Spuren begeben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Höchste Zeit!)

Wir waren uns in der Koalition schon zu Beginn dieser Legislaturperiode einig, nacheilende Studiengebühren einzuführen, sobald dies bundesrechtlich ermöglicht wird. Die Studiengebühren sollen keinem Studenten ein Studium verunmöglichen, der aus einem Elternhaus kommt, das die Studiengebühren nicht bezahlen kann. Keinem einzigen!

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Deswegen wollen wir nacheilende Studiengebühren.

Die Bundesregierung verhindert das. Die SPD- und die Grünen-Abgeordneten aus Deutschland und aus Baden-Württemberg verhindern das durch ein Bundesgesetz. Wir sind gezwungen, beim Bundesverfassungsgericht gegen dieses unsinnige Gesetz zu klagen, dem auch Frau Vogt zur Mehrheit verholten hat. Wenn sie jetzt einen Salto mortale rückwärts macht

(Abg. Capezzuto SPD: Was ist das?)

und verbrennt, was sie gestern angebetet hat, dann freuen wir uns darüber und sagen: Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man Abgeordneter ist und in einer Führungsrolle ist, macht man Politik aber nicht durch Interviews, sondern mit Mehrheiten in Parlamenten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja!)

In Berlin muss die SPD springen –

(Abg. Pfisterer CDU: Sie springt aber nicht!)

sie darf nicht bloß Interviews in Baden-Württemberg geben – und ihr unsinniges gesetzliches Verbot von Studiengebühren aufheben.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dann werden wir unsere Klage beim Bundesverfassungsgericht zurücknehmen. Wenn die SPD-Landtagsfraktion nach der Kehrtwende von Frau Vogt ihre Sprache wiedergefunden hat,

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

dann sollte sie schleunigst ihre Bundestagskollegen zu einer Initiative anhalten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Durch jahrelange Blockadepolitik ist genug Schaden für unsere Hochschulen entstanden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Pfisterer CDU und Carla Bregenzer SPD)

Meine Damen und Herren, die Bundesbildungsministerin wirbt um ausländische Studenten. In Baden-Württemberg sind sie seit Jahren da. Nirgendwo ist der Anteil der ausländischen Studierenden höher als an den Universitäten unseres Landes. Allein an der Universität Stuttgart beträgt ihr Anteil inzwischen 25,2 %.

Wir haben Hochschulen zum Vorzeigen. Sie sind attraktiv für Studentinnen und Studenten aus dem In- und Ausland. Das bestätigt das aktuellste Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft, veröffentlicht in der „Zeit“ vom 3. Juli dieses Jahres. Meine Damen und Herren, halten Sie sich als baden-württembergische Abgeordnete, die für die Qualität unserer Hochschulen laufend einen entscheidenden Beitrag leisten,

(Abg. Fischer SPD: Aber alle!)

diese Fakten einmal vor Augen – ich zitiere –:

- Die erfolgreichsten Hochschulen in Deutschland sind im Süden. Führend: Baden-Württemberg.
- Einwerbung von Drittmitteln für die Forschung: Die Universität Stuttgart auf Platz 1 in Deutschland, fünf baden-württembergische Universitäten unter den ersten zehn.
- Universität Tübingen auf Platz 1 bei den Geisteswissenschaften.
- Universität Karlsruhe auf Platz 1 in Deutschland bei den Naturwissenschaften.
- In 29 aller Wissenschaftsbereiche sind baden-württembergische Universitäten unter den ersten zehn.

Kommentar der „Zeit“:

Deutlicher kann die Überlegenheit des Musterlandes nicht zum Ausdruck kommen. Die Gründe dafür sind

(Ministerpräsident Teufel)

vielfältig: Jahrhundertalte Bildungstradition, schwäbischer Erfindergeist und eine reformbereite Hochschulpolitik schaffen im Südwesten der Republik ein Klima, in dem Forschung gedeiht.

Ich habe diesem bemerkenswerten Urteil der „Zeit“ nur drei Worte hinzuzufügen: auch badischer Erfindergeist.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, auch in Zeiten der Finanzknappheit müssen Spitzenbegabungen in Kunst, Forschung, beruflicher Bildung, Musik und Literatur gefördert werden. Deshalb gibt es die Stipendien der Landesstiftung, den Artur-Fischer-Erfinderpreis des Landes, Filmförderung, Scheffelpreis, Forum Neues Musiktheater, Popakademie, das Gymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd und den baden-württembergischen Förderpreis für junge Unternehmen. Eine Kardinalaufgabe der Zukunft sind die Förderung und Ermöglichung von Kreativität und Innovation.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Hier entscheidet sich die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit eines Hochlohnlandes. Nur dadurch entsteht Neues. Nur dies ergibt auf Dauer Arbeitsplätze. Im Übrigen wird das Klima einer Gesellschaft ganz wesentlich von ihrer geistigen Fähigkeit bestimmt, neue Entwicklungen zu erfassen, zu verstehen und umzusetzen.

Baden-Württemberg ist das Land, das am meisten für Forschung und Entwicklung ausgibt. Ich sage das mit aller Anerkennung an die Wirtschaft unseres Landes und auch an dieses Parlament. Kein Land der Welt gibt mehr als 3,9 % des Bruttosozialprodukts für die Forschung aus. Investitionen in Forschung und Wissenschaft sind Investitionen in die Arbeitsplätze von morgen.

Wir liegen vorne. Wir bleiben aber nicht stehen und warten, bis andere aufgeholt haben. Wir bleiben auf der Überholspur.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode werden wir unser Hochschulsystem weiter auf Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit trimmen:

- Wir werden in einem neuen Hochschulgesetz die staatlichen Vorgaben auf das notwendige Mindestmaß zurückführen.
- Wir werden die einzelnen Gesetze zu einem einzigen, schlanken baden-württembergischen Hochschulgesetz zusammenfassen und zahlreiche Vorschriften abschaffen oder einschränken.
- Wir werden die Autonomie der Universitäten, der Hochschulen insgesamt mutig stärken. Das Land wird sich auf die hochschulübergreifende Steuerung beschränken.
- Wir werden die Präsidenten und Rektoren weiter stärken und die Rektorate noch mehr unternehmerisch ausrichten.
- Wir straffen die Berufungsverfahren und reduzieren die Gremienarbeit.

Meine Damen und Herren, neue Arbeitsplätze können nicht vom Staat verordnet werden. Sie müssen von der Wirtschaft aus eigener Initiative geschaffen werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dafür aber muss der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb halten wir die Grundlagenforschung in Baden-Württemberg auf internationalem Spitzenniveau. Deshalb sorgen wir für eine erstklassige Förderung des Technologietransfers aus der Wissenschaft in die Wirtschaft. Vor allem in den technologischen Feldern, in denen mittel- und langfristig die größten Beschäftigungs- und Wachstumschancen liegen, brauchen wir kurze Wege von der Forschung zum marktfähigen Produkt.

Unsere Strategie ist klar: die Stärken stärken. Dort, wo im Land bereits starke „Technologiekern“ vorhanden sind, wird weiter ausgebaut.

Was die Chemie für die industrielle Entwicklung des 20. Jahrhunderts war, wird die Biotechnologie im 21. Jahrhundert für Industrie und Dienstleistungen sein. In naher Zukunft wird kein Medikament mehr auf den Markt kommen, an dessen Entwicklung die Biotechnologie nicht beteiligt gewesen ist.

Die optischen Technologien sind eine weitere Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Ihre Anwendungen reichen von präziser Materialbearbeitung, berührungslosen Messverfahren, Kommunikationsbeschleunigung bis hin zu vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten in der Medizin. Auf dem Weltmarkt von morgen wird dafür rege Nachfrage herrschen, und deshalb müssen die Unternehmen im Land mit am Ball sein.

Auch in der IT-Branche ist allen Schwierigkeiten der Gegenwart zum Trotz das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial bei weitem nicht ausgeschöpft; bei der Unternehmenssoftware liegt das Land seit Jahren im Spitzenfeld.

Die Landesregierung setzt weitere Forschungsschwerpunkte im Bereich der Antriebstechnik von Automobilen, in der Produktionstechnik, im Bereich der starken Medizintechnik, in der Nanotechnologie und bei neuen Materialien.

Die Landesregierung setzt mit ihrer Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik gezielt auf diese zukunfts-trächtigen Bereiche. Wir sind die europäische Nummer 1 in Sachen Hightech-Arbeitsplätze. Das wollen und werden wir auch bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bessere Chancen als anderswo: Dieses Ziel setzen wir uns in Baden-Württemberg auch für Familien mit Kindern. Baden-Württemberg nutzt seine Möglichkeiten. Mit unseren Kindergärten gewährleisten freie Träger, Gemeinden und Land Vollversorgung in der Betreuung von Drei- bis Sechsjährigen.

(Ministerpräsident Teufel)

Die Städte und Gemeinden bauen die Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder mit Unterstützung des Landes bedarfsgerecht aus. Im Rahmen des Konzepts „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“, das gerade angelaufen ist, werden wir dieses Jahr erstmalig 7 Millionen € zur Förderung von Betreuungsangeboten in Kinderkrippen sowie für den Auf- und Ausbau von Tagespflegestellen zur Verfügung stellen. Ausgehend von den bis zum Stichtag eingegangenen Anträgen wird sich die Zahl der Krippenplätze in Baden-Württemberg von heute 2 500 auf etwa 3 370 erhöhen – schon im ersten Jahr ein Plus von 35 %.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Das Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ zeigt bereits Wirkung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Rot-Grün fordert ständig einen höheren Anteil der Frauenbeschäftigung. Das ist eine berechtigte Forderung für Länder, in denen die SPD regiert. Bayern und Baden-Württemberg haben nämlich die höchste Frauenerwerbsquote bundesweit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit Kindern oder ohne Kinder?)

Deswegen muss man Forderungen immer an der richtigen Stelle anbringen. Meine Damen und Herren, selbst für die Opposition ist es gut, in Baden-Württemberg zu leben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Mit der „Zukunftswerkstatt Familien“, an der alle Ressorts beteiligt sind, tragen wir dazu bei, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter zu verbessern.

(Unruhe bei der SPD)

– Wenn Sie daran zweifeln, empfehle ich Ihnen nur eines: Reden Sie einmal mit Ihren Bundestagskollegen, die früher Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg gewesen sind, und zwar mit denen, die mit ihrer Familie nach Berlin umgezogen sind. Ich habe mit Einzelnen gesprochen, und sie haben mir offen gesagt, wie sie Kindergärten und Schulen in Berlin im Vergleich zu Baden-Württemberg beurteilen. Deswegen sage ich: Es ist selbst für die Opposition gut, in Baden-Württemberg zu leben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, mit der „Zukunftswerkstatt Familien“, an der alle Ressorts beteiligt sind, tragen wir dazu bei, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter zu verbessern.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das Landeserziehungsgeld haben wir allen Sparzwängen zum Trotz als freiwillige Leistung des Landes bis heute in vollem Umfang erhalten können. Das ist auch gut so; denn wegen der knapp bemessenen Einkommensgrenzen erreicht

das Landeserziehungsgeld zielgenau diejenigen Familien und Alleinerziehenden, die am wenigsten zum Leben haben. Wenn das Geld nicht mehr für alle reicht, dann muss man es künftig wirklich auf die konzentrieren, die Hilfe am nötigsten brauchen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Genau!)

Meine Damen und Herren, aber auch und insbesondere auf der Ebene des Bundes muss endlich gehandelt werden. Kinder sind heute das Armutsrisiko Nummer 1 in Deutschland; ich meine, das ist ein Armutszeugnis für Deutschland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Die Wichtigkeit der Familien für unsere ganze Gesellschaft muss im Steuerrecht, in den sozialen Sicherungssystemen und den staatlichen Transferleistungen in Zukunft viel deutlicher zum Ausdruck kommen als bisher. Kinderkosten privatisieren, Kindernutzen sozialisieren – dabei kann es in Deutschland nicht bleiben, wenn eine Gesellschaft weitsichtig und gerecht sein will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Aus den vielen Reformmaßnahmen, die auf Bundesebene diskutiert werden, werden viele Bürger mit größeren Belastungen herauskommen. Eine Gruppe muss mit Verbesserungen aus den Reformen herauskommen, wenn unser Land Zukunft haben will, nämlich Familien mit Kindern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Für mich heißt das zum Beispiel ganz konkret, dass Eltern in den Sozialversicherungen auf der Beitragsseite entlastet werden müssen. Denn mit ihren Kindern schaffen sie erst die Voraussetzungen dafür, dass der Generationenvertrag überhaupt weiter bestehen kann.

Erziehungsarbeit braucht mehr Anerkennung – gesellschaftlich und finanziell. Vor allem Familien mit mehreren Kindern müssen wir so bald wie möglich besser stellen. Mit der Handreichung zur Familienbildung leistet das Land einen Beitrag zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern in Baden-Württemberg. Betreuung ist wichtig, aber Betreuung, Bildung, Zuwendung und Erziehung fangen in der Familie an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Familienpolitik muss auch stärker darauf ausgerichtet werden, dass wieder mehr Kinder auf die Welt kommen und die Bevölkerungszahl in Deutschland langfristig stabil bleibt. Wir dürfen dieses Thema nicht länger tabuisieren. Unser Problem in Deutschland ist nicht, wie immer wieder geschrieben wird, dass es zu viele Ältere gibt. Unser Problem in Deutschland ist, dass es zu wenig Kindergibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

(Ministerpräsident Teufel)

30 wertvolle Jahre haben wir schon verloren. Das Geburtendefizit dieser Zeit kann nicht mehr ausgeglichen werden, übrigens auch nicht durch Einwanderung. Wir selbst müssen Ja sagen zu Kindern. Das ist das stärkste Zeichen von Zuversicht und von Vertrauen in die Zukunft.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Abg. Pfister FDP/DVP unterhalten sich miteinander. – Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Lachen Sie nur so lange, bis Sie dann als Letzte das Licht ausmachen können.

(Heiterkeit – Zuruf: Löschen!)

So lange können Sie lachen!

Meine Damen und Herren, beitragsbezogene soziale Sicherungssysteme sind überhaupt nicht zu halten ohne den Aufbau von Humankapital, ohne mehr Kinder. Die Politik ist gefordert, die Wirtschaft ist gefordert, die gesamte Gesellschaft ist gefordert. Zum Allervordringlichsten in Deutschland gehören eine kinderfreundliche Politik, eine familienfreundliche Politik, ein Mentalitätswandel zugunsten von Kindern und Familien, ja, eine kulturelle Veränderung. Hier entscheidet sich ebenfalls die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Meine Damen und Herren, wir müssen Tabus brechen und an überholte und veraltete Strukturen herangehen. Was nicht mehr in die Zeit passt, muss verändert werden.

Mit der großen Verwaltungsreform werden wir einen Wurf landen. Wir haben die Reformkompetenz auf diesem zentralen Feld für Baden-Württemberg erobert. Andere Länder werden folgen; Sie werden es in den nächsten Monaten beobachten können.

(Abg. Drexler SPD: Sie machen es aber anders!)

Die Verwaltung ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen, gewachsen, gewachsen, und sie hat sich immer mehr aufgefächert.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Auch in Baden-Württemberg!)

– Auch in Baden-Württemberg, in der Tat. Deswegen reformieren wir ja in Baden-Württemberg, wo wir zuständig sind.

(Abg. Fischer SPD: Ja, wir verschieben!)

Dort machen wir das Geschäft selber.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Zuerst hat man es aufgebläht, und jetzt reformiert man es!)

Wir handeln und reden nicht über Reformen.

(Abg. Drexler SPD: Zehn Jahre lang aufgebläht!)

Meine Damen und Herren, auch die Aufgaben sind gewachsen, und die Ausgaben sind immer mehr gewachsen. Das alles können wir uns nicht länger leisten.

Verwaltungshandeln wurde immer differenzierter und spezialisierter. Ohne Spezialisierung geht es nicht – in der Verwaltung so wenig wie in der Wirtschaft. Aber wir müssen die Spezialisten zu einem ganzheitlichen Denken zusammenführen.

Wir schaffen die Einheit der Verwaltung. Wie wir seit Jahrhunderten die Einheit der Verwaltung auf Ortsebene im Rathaus haben, so brauchen wir und schaffen wir die Einheit der Verwaltung auf Kreisebene und auf Bezirksebene.

Ganzheitliches Denken und Bürgernähe, Kenntnis der örtlichen Zusammenhänge und integrierte Entscheidungen sind die Erfordernisse einer Verwaltung von morgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir müssen die Verwaltung vom Bürger her denken und organisieren. Ziel ist das Gemeinwohl und nicht der Spezialist, der von fast nichts fast alles weiß.

Jetzt müssen wir auch Verwaltung und Aufgaben abbauen. Wir können sie nicht mehr bezahlen. Nicht die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das Problem – sie ist gut –; die Quantität ist das Problem. Wir müssen zu einem weiteren Abbau von Personalstellen kommen. Anders ist ein Haushalt nicht zu sanieren, dessen Ausgaben zu über 50 % direkte und indirekte Personalkosten sind.

Mit der großen Verwaltungsreform gliedern wir auf einen Schlag 350 Sonderbehörden in die Regierungspräsidien, in die Landratsämter und in die Bürgermeisterämter der kreisfreien Städte ein.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Damit ist noch nicht ein Beamter weg!)

Wir werden eine Effizienzrendite

(Abg. Fischer SPD: Jetzt kommts!)

von 20 % der bisherigen Kosten erreichen.

(Abg. Teßmer SPD: Das glauben Sie selber nicht!)

– Meine Damen und Herren, statt Zwischenrufe zu machen, könnten Sie sich vielleicht einmal darüber Gedanken machen, wie die Arbeit dieses Parlaments effizienter gestaltet werden könnte.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Darauf warte ich beispielsweise, und da erhoffe ich mir noch Vorschläge vonseiten der Opposition.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch für eine Aufblähung des Präsidiums gestimmt! Haben Sie nicht einen weiteren Vizepräsidenten beschlossen?)

Wenn Sie Hilfestellung brauchen, bin ich gerne bereit, Ihnen den Griffel zu führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie haben doch für einen weiteren Vizepräsidenten gestimmt! Das ist ein absoluter Hammer! Zuerst aufblähen und dann sich hier hinstellen!)

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, auf diesem Weg müssen wir noch weiter vorangehen. Die Verwaltungsreform geht weiter. Im Einzelnen schlägt die Landesregierung vor:

- Die Auslagerung von Aufgaben, zum Beispiel in der Bau- und Vermögensverwaltung und in der Datenverarbeitung.
- Behörden, die nicht von der großen Verwaltungsreform umfasst sind, werden grundsätzlich mit einer Einsparumlage von 20 % versehen.
- Die Delegation weiterer Aufgaben an die Großen Kreisstädte und Gemeinden wird vorbereitet.
- Die Zusammenführung des Landesarchivs, der Landesarchivdirektionen und der Staatsarchive in einer Einrichtung mit Außenstellen.
- Die Neuordnung der Anstalten im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum.
- Die Neustrukturierung der Landesbibliotheken und die Eingliederung bzw. Kommunalisierung der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen.
- Die Konzentration aller Beschaffungsmaßnahmen des Landes und gegebenenfalls deren Privatisierung.
- Die Überprüfung der gesamten mittelbaren Landesverwaltung und eine Überprüfung sämtlicher Aufgaben mit Blick auf deren Privatisierungsfähigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir werden in den vor uns liegenden zwei Jahren alle Bereiche staatlichen Handelns durchforsten. Kein Bereich ist tabu. Alles kommt auf den Prüfstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die moderne Verwaltung der Zukunft ist schlank – sie ist gerade deshalb stark –, und sie ist bürgernah. Zu dieser modernen Verwaltung führt unser baden-württembergischer Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über die innere Situation Deutschlands nachdenken, müssen wir sagen: Die Belastungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger ist

(Abg. Wieser CDU: Überschritten!)

an eine Grenze gestoßen. Die Belastungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte ist an eine Grenze gestoßen. Die Verschuldung ist an eine Grenze gestoßen. Die Bürokratisierung aller Lebensbereiche hat die Grenze überschritten. Allein auf Bundesebene existieren sage und schreibe 90 000 Gesetze, Rechtsverordnungen und Einzelvorschriften.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ja furchtbar!)

Wer kann sie übersehen? Wer kann sie übersehen?

Die Diagnose für Deutschland im Jahr 2003 lautet: zu wenig Eigeninitiative, zu wenig Wettbewerb, zu wenig Ideen, Pilotprojekte, Mut zum Experimentieren. Die Gründe: zu viel Reglementierung, zu viele Gesetze, Verordnungen, Er-

lasse, zu viel Bürokratie und zu viele Standards. Wir sagen: Weg damit!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Weg mit allem Überflüssigen! Die allgegenwärtige Bürokratie ist wie eine Schlingpflanze, die alles Leben und Wirtschaften einschnürt und erschwert.

(Beifall des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Gesetze, Verordnungen und Vorschriften sollen die Kräfte des Menschen freisetzen, die Initiative der Wirtschaft begünstigen und nicht behindern.

Meine Damen und Herren, ich sehe in Brüssel, ich sehe in Berlin, ich sehe in Stuttgart, wie schwer sich manche Verwaltung tut, einen Platz, den sie seit langem besetzt hat, wieder freizugeben für die Eigengestaltung der Bürger oder für die Selbstverwaltung der Kommunen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir müssen Ernst machen mit Entbürokratisierung auf allen Ebenen. Baden-Württemberg geht dabei voran. Der Ministerrat hat 110 Vorschläge zur Entbürokratisierung vorgelegt. Das ist nur Teil 1 – Fortsetzung folgt.

Für die Landesregierung schlage ich den umfassenden Abbau von Standards für Land und Kommunen vor. Ich könnte wirklich zuhauf Beispiele nennen, will aber nur auf zwei eingehen, die mich in den letzten zwei Wochen beschäftigt haben.

Ich weihe ein Schulhaus ein. Der Gemeinde werden durch die schulbautechnische Beratung Vorschriften gemacht, die zu einer Kostensteigerung führen.

Ich war bei der Einweihung der Deutschen Universität in Kairo. Nicht für ein Gebäude, sondern für einen ganzen Campus, für eine unglaubliche Zahl von Instituten und Hörsälen und bei einer ordentlichen bis guten Gestaltung: 20 Millionen €.

Man muss wirklich einmal sehen: Wir können noch einsparen. Man muss einmal französische mit deutschen Kindergärten vergleichen. Die französischen Kindergärten werden mit weniger als der Hälfte der Kosten der deutschen Kindergärten gebaut.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt sollten wir doch einmal den Mut haben, die Standards zu senken und wenigstens den Bürgermeistern und Gemeinderäten Chancen zu geben, die billiger bauen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das Gesetz – –

(Abg. Capezzuto SPD: Seit wann gibt es das Gesetz? Das Gesetz gibt es erst seit fünf Jahren!)

– Ja, ich weiß nicht, worüber man sich aufregen kann. Dieser Zwischenruf könnte doch höchstens dann kommen,

(Ministerpräsident Teufel)

wenn ich andere in Brüssel oder in Berlin zum Handeln aufordern würde. Dann könnten Sie rufen: „Fang bei dir selbst an!“ Wir fangen ja hier an. Unterstützen Sie das doch endlich!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Machen wir doch auch! Sie haben es aber zuerst eingeführt! – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Oelmayer GRÜNE und Abg. Zeller SPD)

In fünf Jahren wollen Sie auch dabei gewesen sein. In fünf Jahren wollen Sie überall dabei gewesen sein, meine Damen und Herren.

(Unruhe)

– Ich freue mich ja, dass Sie entgegen den Ratschlägen Ihrer Fraktion jetzt hier in diesem Parlament wieder zum Reden kommen. Dafür ist ein Parlament ja auch da.

(Abg. Fischer SPD: Ach was!)

Das Gesetz über den Abbau kommunalbelastender Standards wird in das Umsetzungsgesetz der Verwaltungsreform integriert. Es kommt also bis zur Sommerpause des nächsten Jahres.

Meine Damen und Herren, ich schlage dem Landtag vor, Gesetze mit einem Verfalldatum von fünf Jahren zu beschließen. Die Landesregierung wird bei Verordnungen und Verwaltungsvorschriften entsprechend verfahren.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich schlage vor, in Landesgesetzen, wo immer möglich, Experimentierklauseln für die Gemeinden und die Verwaltungen vorzusehen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich werde im Staatsministerium ohne Schaffung einer zusätzlichen Stelle einen Ombudsmann für Bürokratieabbau berufen,

(Abg. Drexler SPD: Oh!)

der ein eigenes Vortragsrecht im Ministerrat bekommen wird.

(Abg. Drexler SPD: Landrat ade!)

Das Land richtet ein elektronisches Ideen- und Beschwerdemanagement ein. Die Bürger können künftig ihre Ideen zum Bürokratieabbau oder auch ihre Beschwerden direkt über das Internet an das Land herantragen.

Wir werden umfassende Berichte vorlegen, nämlich erstens einen Deregulierungsbericht zum Stand der Entbürokratisierungsbemühungen im Land, zweitens ein „Graubuch Europäische Union“ zu bürokratischen Auswüchsen auf europäischer Ebene, Auswüchse, die wir leider nicht direkt beheben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Drittens wird auf den Tisch des Hauses ein „Graubuch Bund“ kommen, in dem wir völlig überflüssige Regelungen

auf Bundesebene benennen und Bemühungen zum Bürokratieabbau auf Bundesebene in einer Bundesratsinitiative bündeln.

(Abg. Döpper CDU: Das wird das dickste Buch!)

Der Abbau überflüssiger Bürokratie und belastender Standards muss zu einer der Megaaufgaben der kommenden Jahre gemacht werden. Wir setzen unser Vertrauen in die Menschen und nicht in die Paragraphen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen dort, wo der Kreativität und der Leistungsbereitschaft der Menschen freie Bahn gelassen wird.

Meine Damen und Herren, der Staat muss von unten nach oben aufgebaut sein. Das gilt für Europa; das gilt für Deutschland; das gilt für Baden-Württemberg. Ich habe im Konvent der Europäischen Union dafür gearbeitet, dass Europa vom Kopf auf die Füße gestellt wird, dafür, dass festgelegt wird, dass die europäische Ebene regelt, was über die Kraft der nationalen Ebene hinausgeht, dafür, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten der Länder und Regionen respektiert werden, dafür, dass die Städte und Gemeinden als selbstständige Einheiten endlich auf europäischer Ebene anerkannt werden. Alle diese Ziele sind erreicht worden. Wir haben Einfallstore geschlossen und Dämme gegen den Zentralismus errichtet.

Jetzt steht die Aufgabe der Dezentralisierung auf Bundesebene an – ein Kardinalanliegen dieses ganzen Hauses. Ich werde mich in der neu gebildeten Föderalismuskommission genau so engagieren wie im Europäischen Konvent.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Seit 1950 haben wir eine Einbahnstraße der Kompetenzverlagerung von den deutschen Ländern zum Bund – ohne jeden Gegenverkehr.

Der Bund hat den Ländern und den Landtagen sämtliche Gesetzgebungsbefugnisse der konkurrierenden Gesetzgebung entzogen. Der Bund macht so breite Rahmengesetze, dass man vor lauter Rahmen das Bild nicht mehr sieht, wie Bundespräsident Rau in seiner Rede zum 50-Jahr-Jubiläum des Landes vor einem Jahr hier in Stuttgart sehr schön formuliert hat.

Der Bund mischt sich mit Mischfinanzierungen und ohne Mitfinanzierung in immer mehr Länderkompetenzen ein. Dem muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn der Bund für Bereiche, für die er überhaupt keine Zuständigkeit hat, überflüssiges Geld hat, dann, sage ich, soll er diese Milliarden den Stadt- und Landkreisen für die Sozialhilfen geben, an denen sie ersticken. Dort soll er die Mittel anbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Wir brauchen keine Föderalismusreform in Deutschland. Wir brauchen eine Zentralismusreform in Deutschland. Das wäre der richtige Begriff für das, was jetzt als Aufgabe ansteht.

(Abg. Wieser CDU: Wir brauchen eine andere Bundesregierung!)

Wir brauchen eine Stärkung der Landtage. Ich werde mich in der Föderalismuskommission in dem Bemühen um die Rückverlagerung von Gesetzgebungsrechten an die Landtage von niemandem übertreffen lassen. Darauf können Sie sich verlassen!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, dafür – die Betonung liegt auf „dafür“ – geben wir dann auch Zug um Zug Mitbestimmungsrechte im Bundesrat auf, aber auch nur dafür und in dem Umfang, wie wirklich Gestaltungsrechte an die Landtage zurückkommen.

(Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

Wir wollen keinen Beteiligungsföderalismus, sondern Gestaltungsföderalismus und Wettbewerbsföderalismus.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Deutschland ist ein Bundesstaat. Nach dem Grundgesetz stehen Bund und Länder gleichberechtigt nebeneinander. Die Länder haben eine eigene, nicht vom Bund abgeleitete Staatsqualität. Deshalb heißen sie im Grundgesetz übrigens auch „Länder“ und nicht etwa „Bundesländer“, wie so viele leider immer wieder falsch sagen.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr richtig!)

Man muss schon staunen: In Frankreich, wo ich gestern bei einer Konferenz mit den Regionalpräsidenten war, stand auf allen Fahnen und Transparenten der Begriff „Länder“. In Deutschland höre ich aber immer den Begriff „Bundesländer“, obwohl es keine Bundesländer, sondern nach dem Grundgesetz nur Länder gibt.

(Abg. Rüeck CDU: Erst waren die Länder da, und dann kam der Bund!)

Die Ausübung der staatlichen Aufgaben ist grundsätzlich Sache der Länder. Dieser vom Grundgesetz garantierten Eigenständigkeit der Länder wird die Verfassungswirklichkeit in Deutschland nicht mehr gerecht. Der Föderalismus ist ein Fall für Sonntagsreden geworden. An den Werktagen wird er umgangen. Die staatliche Ordnung in Deutschland bleibt nicht erst seit heute weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Chancen des Föderalismus liegen in der Vielfalt und in der Offenheit für neue Ideen. Diese Chancen werden viel zu wenig genutzt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Ruf nach der „bundeseinheitlichen Regelung“, die Totalnivellierung der Länder durch überzogene und unver-

ständige Ausgleichssysteme sowie das krampfhaftes Festhalten an „gleichen Lebensverhältnissen“ beherrschen das Bild. Damit wird der so dringend notwendige Gestaltungswettbewerb um bessere Lösungen für ganz Deutschland verhindert. Diese Selbstblockade Deutschlands muss endlich aufgelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Lösungen liegen auf der Hand:

- Klare Trennung und Teilung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern. Der Föderalismus muss seine gewaltenteilende Wirkung wiedergewinnen.
- Mehr Zuständigkeiten für Länder und Länderparlamente und dafür Abbau von Mitentscheidungsrechten der Länder im Bundesrat.
- Abbau der Mischfinanzierungen.
- Festschreibung des Konnexitätsprinzips: Wer etwas beschließt, was Geld kostet, übernimmt auch die Rechnung dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die baden-württembergische Landesverfassung ist seit 1952 dafür vorbildlich. Hätten unsere Städte und Gemeinden eine ähnliche Bestimmung, wie sie in der Landesverfassung steht, auch im Grundgesetz, dann müsste die Kreisumlage nicht jedes Jahr gesteigert werden, weil unsere Kreise einen Anspruch an den Bund auf Erstattung der Sozialausgaben hätten, für die sie verwaltungsmäßig zuständig sind, die sie aber nicht von Haus aus tragen müssten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Schon viel zu lange lädt der Bund die Kosten für seine Beschlüsse bei den Ländern und Kommunen ab. Das muss aufhören. Baden-Württemberg sagt Ja zur Solidarität unter den Ländern, aber wir sagen Nein zur völligen Gleichmacherei durch die Finanzausgleiche zwischen den Ländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ja, meine Damen und Herren, wir empören uns, wenn das Land Berlin seine jahrelange Misswirtschaft durch zu viele Ausgaben vom Bund und von den übrigen Ländern sanieren lassen will, und wir ärgern uns, wenn der Bundeskanzler nach Aussage des Bremer Bürgermeisters diesem Stadtstaat weitere Hilfe über das hinaus, was das Bundesverfassungsgericht festgelegt hat, versprochen haben sollte. Wir empören uns darüber, dass am letzten Freitag der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten von SPD und Grünen ein neues Ausgleichssystem beschlossen hat, und zwar lautlos und ohne jede öffentliche Darstellung.

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe sollen bei der Arbeitsverwaltung zusammengefasst werden.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist eine Katastrophe!)

(Ministerpräsident Teufel)

Übrigens: 10 000 neue Bedienstete bei der Arbeitsverwaltung! Erstens: Wo sollen denn 10 000 Fachleute für diese Aufgabe herkommen? Das scheint mir die einzige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu sein, die die Bundesregierung, seitdem sie besteht, zustande gebracht hat, meine Damen und Herren, die einzige.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber jetzt geht es mir um die Schilderung dieses neuen Ausgleichsystems, das in keiner Zeitung gestanden hat, aber Baden-Württemberg wieder mit Millionenbeträgen belastet. Die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe sollen bei der Arbeitsverwaltung zusammengefasst werden. Baden-Württemberg hat die niedrigste Arbeitslosigkeit und die wenigsten Sozialhilfeempfänger. Der Ausgleich soll aber durch einen höheren Umsatzsteueranteil des Bundes erfolgen, und dieser Umsatzsteueranteil kommt überproportional aus Baden-Württemberg. Während wir also weit unterproportional Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger haben, haben wir beim Ausgleich weit überproportional Umsatzeinnahmen und damit auch Umsatzsteuerprozentpunkte abzuliefern. Das trifft Baden-Württemberg und seine Kommunen von 2004 bis 2007 mit wenigstens 700 Millionen € zusätzlich zu den bestehenden Sicherungssystemen.

(Abg. Seimetz CDU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, was ich kritisiere, ist, dass baden-württembergische Bundestagsabgeordnete der SPD und der Grünen

(Abg. Wieser CDU: Unglaublich!)

dies entweder nicht merken oder trotz besseren Wissens zu lasten unseres Landes im Deutschen Bundestag beschließen. Das ärgert mich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zurufe)

– Sie dürfen gerne Zwischenrufe machen, aber bitte nehmen Sie doch Ihre Kolleginnen und Kollegen ins Gebet, dass sie nicht solche belastenden Dinge für unser Land am laufenden Band beschließen.

(Abg. Pfisterer CDU: Und die Vorsitzende ist immer dabei!)

Meine Damen und Herren, allein im ersten Halbjahr 2003 hat Baden-Württemberg 1,9 Milliarden € in den Finanzausgleich gezahlt. Seit 1950 haben wir über 45 Milliarden € an andere Länder gezahlt. Ohne diesen Finanzausgleich hätten wir keine Schulden, sondern Haushaltsüberschüsse, und selbst in einem so schwierigen Jahr wie 2003 müssten wir uns überhaupt nicht neu verschulden, wenn wir das behalten dürften, was die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft dieses Landes erarbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir hätten ein zusätzliches Wachstum von 1,5 Prozentpunkten. Das ist noch zurückhaltend gerechnet, denn wir könnten viele private Aktivitäten mit anschieben, die zu-

sätzliches Wachstum über die 1,5 Prozentpunkte hinaus schaffen würden.

Meine Damen und Herren, die innerstaatliche Umverteilung übertrifft jedes gerechte Maß, und sie ist in dieser Form singular in Deutschland.

Nach dem Länderfinanzausgleich, dem horizontalen Umsatzsteuerausgleich, den Bundesergänzungszuweisungen, dem Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung, dem Ausgleichsfonds in der gesetzlichen Pflegeversicherung und dem Ausgleich auf der Ebene der Arbeitslosenversicherung nun ein weiterer Ausgleich im sozialen Bereich!

So geht das nicht mehr weiter. Hier muss der Landtag hinter der Landesregierung stehen

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und die Interessen der Bürger und der Wirtschaft unseres Landes vertreten, und zwar das ganze Parlament. Daran möchte ich Sie künftig messen.

Eine Totalnivellierung ist weder vernünftig noch verfassungskonform. Wer die Stärkeren kaputtmacht, kann auch den Schwachen nicht mehr helfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf
von der CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Steigerung von Vorschriftenflut, Regelungsdichte und Überbürokratisierung ist das deutsche Steuerrecht. Niemand übersieht das mehr, kein Bürger und auch nicht mehr die Bundesregierung, wie sie in einer Antwort auf eine Parlamentsanfrage ganz offen zugab. Keiner überblickt mehr das Ganze, und niemand entdeckt mehr den Sinn des Ganzen.

Ich lese, 70 % der Steuerrechtsliteratur der Welt seien in deutscher Sprache verfasst. Allein auf dem Gebiet der Steuern und Abgaben gibt es laut Bundesregierung in Deutschland zurzeit 118 gültige Gesetze und 87 Rechtsverordnungen. Die Zahl der Gesetze, die nicht nur, aber auch steuerliche Sachverhalte regeln, so teilt die Bundesregierung mit, lasse sich nicht beziffern. Hinzu kommen über 3 800 so genannte „Schreiben“ des Bundesministeriums der Finanzen mit zum Teil zeitlich befristeter Gültigkeit. Das macht zusammen über 4 000 Rechtsetzungsakte im Bereich des Steuerrechts.

Mit den Vorschlägen und dem Gesetzentwurf des Steuerrechtsexperten und früheren Bundesverfassungsrichters Professor Paul Kirchhof zum Steuerrecht haben wir jetzt eine einmalige Chance, einen radikalen Neuanfang zu schaffen. Aus 118 Steuergesetzen will Professor Kirchhof eines machen, und das mit weniger als 100 Paragraphen. Sämtliche Ausnahmetatbestände und Schlupflöcher sollen ersatzlos gestrichen werden.

8 000 € bleiben für jeden Bürger, auch für jedes Kind, danach steuerfrei, für Arbeitnehmer zusätzlich 2 000 €. Die nächsten 5 000 € werden zu 15 %, die 5 000 darauf folgenden Euro mit 20 % besteuert. Alles über 20 000 € wird mit 25 % Steuersatz belegt.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, viele Arbeitnehmerfamilien mit Kindern würden danach überhaupt keine Steuern mehr bezahlen. 90 % der Menschen hätten mit dem Finanzamt nichts mehr zu tun, weil sie weder eine Steuererklärung abgeben noch einen Lohnsteuerjahresausgleich machen müssten.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU – Abg. Fischer SPD:
Warum haben Sie das nie gemacht, als Sie dran waren?)

Meine Damen und Herren, eine Familie mit drei Kindern zahlt bis 44 000 € Einkommen keinen Cent Steuern.

Die Besteuerung erfolgt direkt an der Quelle, also beim Arbeitgeber oder bei der Bank. Der normale Steuerzahler wird mit dem Finanzamt dann nichts mehr zu tun haben.

Wir kämen mit der Umsetzung des Kirchhof-Modells dem weit verbreiteten Wunsch der Bürger nach einfachen Regelungen, die jedermann nachvollziehen kann, ein riesengroßes Stück entgegen.

Und ich muss Ihnen sagen: Ich werde draußen im Land in Baden-Württemberg auf keinen einzigen Punkt von den Bürgern und den Vertretern der Wirtschaft so direkt angesprochen wie auf diese Kirchhof-Vorschläge. Die Menschen warten darauf, dass endlich eine Jahrhundertreform auf diesem Gebiet zustande kommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die Menschen haben schon fast Sehnsucht danach, staatliches Handeln und die Gesetze des Staates endlich wieder verstehen zu können. Gerade bei den Steuern gilt: Einfacher ist gerechter.

Die Kirchhof-Vorschläge verwirklichen heißt, einen Befreiungsschlag für den Wirtschaftsstandort Deutschland ins Werk zu setzen. Ausländische Investoren werden durch unser bisheriges kompliziertes Steuersystem nicht mehr abgeschreckt. Kapitalflucht aus unserem Land ins Ausland wird sinnlos. Es hört auf damit, dass sich ganze Hundertschaften von Steuerberatern und Rechtsexperten in den Unternehmen Gedanken darüber machen, wie die Steuergesetze in Deutschland möglichst kunstvoll ausgelegt oder umschifft werden können. Die Menschen, die Unternehmen sind endlich wieder frei, das zu tun, was ihre eigentliche Aufgabe ist, nämlich sich um die Kunden zu kümmern, neue Produkte auf den Markt zu bringen, Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen, Geld zu verdienen durch Absatz von Produkten und Dienstleistungen statt durch die geschickte Verschiebung von Finanzmassen und ganz legale Steuertricks. Wir müssen die dynamischen Kräfte unserer Wirtschaft und Gesellschaft endlich wieder entfesseln. Denn dort, wo Dynamik ist, entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft.

Deshalb sollten wir diesen radikalen Neuanfang in Angriff nehmen. Die radikale Steuervereinfachung nach dem realisierbaren und durchgerechneten Modell von Professor Kirchhof wäre eine Jahrhundertreform. Sie wäre eine emotionale Initialzündung für Investitionen, für Wachstum und für neue Arbeitsplätze. Darauf wartet die Wirtschaft. Da-

rauf warten die Bürger. Ich frage nur: Ist die Politik noch zu einem solchen Durchbruch fähig?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-FDP/DVP-Landesregierung betreibt Schadensbegrenzung in Richtung Berlin und wagt den Aufbruch für Baden-Württemberg. Wir geben Gewohnheiten und geschichtlich Gewachsenes auf, um für Baden-Württemberg Zukunft zu gewinnen. Wir verändern, weil wir bewahren wollen, was wertvoll ist und immer gilt. Wir handeln, weil man in Berlin auf der Stelle tritt. Wir haben den Mut zu Neuem. Wir setzen auf die Kraft und den Ideenreichtum der Bürger und der Wirtschaft. Wir arbeiten dafür, dass jeder Baden-Württemberger selbstständig mehr aus seinem Leben machen kann.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der
FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die jetzt folgende Aussprache freie Redezeit vereinbart.

Nach § 83 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Drexler das Wort.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich heute Morgen aufstand, war ich eigentlich ziemlich friedlich gestimmt.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Alfred Haas: Das
ist etwas ganz Neues gewesen!)

Aber nach dieser Orgie von großen Sprüchen und Angriffen, die ich als sehr ungerecht empfinde, muss ich am Anfang meiner sehr sachlich gehaltenen Rede doch etwas vorwegschicken: Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, der Landtag solle sparen, muss ich Ihnen entgegenen: Sie haben als CDU-Abgeordneter zusammen mit der CDU und der FDP/DVP dafür gesorgt, dass das Präsidium um zwei Vizepräsidenten vergrößert wurde. Wir haben auf den uns zustehenden zusätzlichen Vizepräsidenten verzichtet. Sie haben aber einen weiteren eingesetzt. Damals hätten Sie davon sprechen können, dass Geld gespart werden solle.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist
es! – Zurufe von der CDU)

– Herr Herrmann, Sie im Übrigen auch alle. Kommen Sie mir nicht mit der Aussage, es müsse gespart werden. Sie haben gleich am Anfang der Legislaturperiode beim Präsidium eine Stelle draufgesetzt. Wir haben aus Kostengründen auf den uns zustehenden zweiten Vizepräsidenten verzichtet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es ging nicht ums Geld! –
Gegenruf von der SPD: Aber es kostet Geld! –
Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt zur Sache! – Zuruf
des Abg. Herrmann CDU)

– Es ging auch ums Geld.

Zum Länderfinanzausgleich, Herr Ministerpräsident. Das ist auch so eine Geschichte. Sie haben doch den letzten

(Drexler)

Kompromiss zum Länderfinanzausgleich mit Ihrer Unterschrift sanktioniert.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Jetzt erregen Sie sich hier im Landtag von Baden-Württemberg über die Gelder, für die Sie vereinbart haben, dass das Land Baden-Württemberg sie in den Finanzausgleich zahlt. Es ist völlig unglaublich, was Sie hier heute Morgen ausgeführt haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Sie wären viel glaubwürdiger, wenn Sie während der 16-jährigen Regierungszeit Helmut Kohls die Interessen Baden-Württembergs in Bezug auf das Ausgleichssystem gegenüber Helmut Kohl genauso vertreten hätten, wie Sie sie jetzt vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Baden-Württemberg wurde im Bundesverkehrswegeplan gerade einmal mit lächerlichen 2,5 Milliarden DM abgepeist. Deswegen hatten wir dramatische Defizite in einem der Standards für ein Industrieland wie Baden-Württemberg, nämlich im Straßenausbau, und erhebliche Nachteile hinter Bayern und anderen. Da wurde nichts gesagt. Jetzt kriegen Sie 60 % mehr und wollen immer noch mehr. Das ist der Unterschied zwischen früher und jetzt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nachdem Sie mich jetzt schon geärgert haben, gehen wir doch einmal auf Ihre Steuernummer ein: Steuerreform vorziehen. Da haben Sie aber etwas abgeliefert. Herr Althaus sagt Ja, Herr Merz und Herr Koch und seit neuestem auch der niedersächsische Ministerpräsident sagen: „Nein, kommt überhaupt nicht infrage.“ Herr Stoiber sagt: „Vielleicht.“ Zwischenzeitlich sagen Sie, man könnte das vielleicht machen. Frau Merkel sagt: „Alles oder auch nichts.“

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Das ist Ihre Politik bezüglich der Steuerreform. Fünf verschiedene Aussagen, keine Verlässlichkeit, und Sie werden auch keinen Aufbruch erzeugen, wenn Sie gerade einmal 14 Tage vorher im Bundesrat mit Hängen und Würgen Ihre Zustimmung erklären.

Nehmen wir doch einmal das Vorziehen der Steuerreform. Um was geht es? Sie erzählen immer, dass Sie mit Ihrem Kirchhof-Modell irgendwann einmal eine Familie mit zwei oder drei Kindern mit 44 000 € Einkommen pro Jahr von der Einkommensteuer freistellen wollen. Als wir die Regierung übernommen haben, Herr Ministerpräsident, hätten Sie diese Familienorgie, die Sie heute aufgeführt haben, wirklich aufführen können. Nehmen wir einmal einen verheirateten Alleinverdiener mit zwei Kindern – das ist ja das, was uns vorschwebt –

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

mit einem Jahresbruttoverdienst von 35 000 €. Als wir die Regierung übernommen haben, musste diese Familie

2 164 € Steuern bezahlen. Da war bei Ihnen nichts von null drin. 2003 haben wir allein diese Familie um 2 024 € entlastet. Sie musste gerade einmal 140 € im Jahr zahlen.

(Abg. Mack CDU: Warum? Weil Kirchhof Verfassungsrichter war und das durchgesetzt hat!)

Beim jetzigen Vorziehen der Steuerreform muss sie gar nichts mehr zahlen. Da machen Sie rum und wollen nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, stellen Sie doch einmal Ihre Familienfreundlichkeit zurück.

Im Grunde genommen, Herr Ministerpräsident, machen Sie jetzt folgenden Trick – auch sehr unseriös –: Sie sagen, Sie stimmten zu, wenn 75 % der Steuerreform gegenfinanziert seien, also in entsprechendem Umfang Streichungen im Bundeshaushalt vorgenommen würden. Das ist Ihr Vorschlag. Dann macht die Bundesregierung Vorschläge: Eigenheimzulage, Pendlerpauschale, 10 bis 15 Vorschläge. Alle lehnt der Ministerpräsident Teufel ab. Gleichzeitig macht er keine eigenen Vorschläge. Das ist doch unseriös. Unseriöser geht es nicht, wenn Sie die Bedingung aufstellen, 75 % müssten im Bundeshaushalt gestrichen werden. So kann man keine verlässliche Politik machen, Herr Ministerpräsident. So nicht!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die „Welt“ titelt heute: „Steuerreform: Kakophonie in der Union“.

Die „Welt“! Das ist ja nun kein sozialdemokratisches Kampfbblatt, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Capezzuto SPD: Ganz sicher nicht!)

Jetzt kommen wir noch zu etwas anderem, zu Ihrem Modell Kirchhof. Wenn Sie alles streichen, die Eigenheimförderung, die Kilometerpauschale, die Steuerfreiheit für Sonntags- und Nachtzuschläge, also alles, was viele Menschen im Land brauchen – das wollen Sie nach Ihrem Kirchhof-Modell streichen, damit der Spitzensteuersatz auf 25 % gesenkt werden kann –, werden sich die Leute nachher schon fragen: Warum soll ich auf etwas verzichten, damit der Spitzensteuersatz von 42 % auf 25 % gesenkt werden kann?

(Abg. Mappus CDU: Das ist der alte Sozialneid!)

– Das ist überhaupt kein Sozialneid. Immer wenn man die Fragen der kleinen Leute anspricht, schreit Herr Mappus „Sozialneid“. Nein, wir legen den Finger in die richtige Wunde. Die Frage ist, ob ein Spitzensteuersatz von 25 % gerechtfertigt ist. Darum geht es mir aber gerade nicht. Ich sage bloß, ich halte das für ungerecht.

(Zuruf von der CDU)

In der Zwischenzeit gibt es einen neuen Vorschlag. Sie treten für das Modell von Herrn Kirchhof ein. Der Bezirksparteitag der CDU Nordwürttemberg hat als Position der CDU Nordwürttemberg einstimmig die Denkendorfer Er-

(Drexler)

klärung für eine grundlegende Steuerreform auf der Grundlage der Merz-Position beschlossen.

Jetzt schauen wir uns doch einmal die Merz-Position an.

(Abg. Schmiedel SPD: Was gilt jetzt?)

Die Merz-Position ist nicht identisch mit der Kirchhofs. Die Merz-Position ist, dass ein Spitzensteuersatz von 36 % gelten soll – ist das jetzt „Sozialneid“ der nordwürttembergischen CDU, Herr Mappus? –

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

und eine Körperschaftsteuer von 36 %. Herr Ministerpräsident, das sind elf Prozentpunkte mehr, als die Bundesregierung jetzt mit 25 % festgelegt hat, um international vergleichbar zu sein.

Ich sage nur: ein interessanter Vorschlag. Aber es gibt jetzt den Vorschlag von Ihnen, für den Sie kämpfen, den Vorschlag der CDU Nordwürttemberg, an deren Spitze der Fraktionsvorsitzende Oettinger steht, dann gibt es den Merz-Vorschlag. Die Union haut jeden zweiten Tag einen neuen Steuervorschlag raus. Es gibt keine Klarheit; das ist Kakophonie.

Stimmen Sie im Dezember unserem Steuervorschlag zu. Mit ihm werden die meisten Menschen, die normal verdienen, dramatisch von Steuern entlastet. Das gibt einen Schub, der sich im Verbrauch auswirkt. Damit bekommen wir auch wieder einen Aufschwung in der Binnennachfrage.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie von Verlässlichkeit sprechen, Herr Ministerpräsident: Wir haben morgen eine Debatte über Ministerpensionen. Da muss ich auch sagen: Natürlich ist es ganz toll, den Menschen immer zu erzählen, man müsse den Gürtel enger schnallen, wenn die eigenen Hosenträger der Staat – in der Pensionsfinanzierung – sicherstellt.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Für Ihren Gesetzentwurf haben Sie ein Jahr gebraucht. Wir sagen ganz deutlich: Wer draußen predigt: „Mit 65 Jahren könnt ihr erst in Rente gehen, dann bekommt ihr auch etwas“, oder gar das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre hochsetzen will, der muss auch die eigenen Ministerpensionen mit diesem Datum beginnen lassen und nicht mit 60 oder 55 Jahren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gehört zur Glaubwürdigkeit.

Bayern macht es ja vor – um nur einmal einen Tipp zu geben. Das ist also keine sozialdemokratische „Neiddiskussion“, sondern auch die CSU in Bayern tut das.

Mit der Rentenpolitik ist es genau das Gleiche, Herr Ministerpräsident: Der Bundesregierung ist es doch nicht leicht gefallen, wegen konjunktureller Einbrüche die Rentenerhöhung im Grunde genommen zu verschieben. Es ist der Bun-

desregierung auch nicht leicht gefallen, für kinderlose und ältere Bürger den Beitrag zur Pflegeversicherung von 0,85 % auf 1,7 % zu erhöhen. Das ist doch uns allen nicht leicht gefallen, der gesamten Bundesregierung nicht. Wenn dann der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sagt: „Das machen wir nicht!“, und zur Alternative – der Erhöhung der Lohnnebenkosten durch Erhöhung des Beitragsatzes für die Rentenversicherung – sagt: „Auch das machen wir nicht!“, dann wollen wir einmal wissen, was der Ministerpräsident zu diesem Zeitpunkt gemacht hätte, wenn man ihn gefragt hätte. Gar nichts!

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Nichts! – Abg. Capezzuto SPD: Genau! – Ministerpräsident Teufel: Das wäre gar nicht entstanden!)

– Natürlich, mir ist schon klar: Das wäre gar nicht entstanden, denn Sie haben ja Gottes Segen. Hören Sie doch auf, Herr Ministerpräsident! Die konjunkturellen Einbrüche wären auch bei einer CDU-geführten Bundesregierung entstanden,

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

und der demographische Faktor hätte diese Lücke nicht gefüllt. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Damit zu den Gemeindefinanzen: Herr Ministerpräsident, Sie spielen sich ja immer als Freund der Kommunen auf.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Schöne Freunde!)

Die Gemeinden in Baden-Württemberg werden jetzt mit der Gemeindefinanzreform um 420 Millionen € entlastet – ein Vorschlag der Bundesregierung, der auf Vorschlägen des Städtetags basiert. Ich gebe zu, dass die Bundesregierung im September noch einen ganz anderen Vorschlag hatte. Damit wären die Kommunen nicht in diesem Umfang entlastet worden. Dann sind die Kommunen aufmarschiert – mit vollem Recht und im Übrigen mit unser aller Unterstützung, auch der der SPD-Landtagsfraktion. Die Bundestagsfraktion hat dann eine Korrektur herbeigeführt.

Jetzt sagen alle Politiker – von Frau Roth, Frankfurt, CDU, bis hin zu Herrn Ude in München –: „Es ist auf dem richtigen Weg, macht das!“ Frau Roth appelliert in einem Schreiben vom 17. Oktober eindringlich an den Bundesrat, die Gesetzesvorschläge des Bundestags zur Gemeindefinanzsteuer nicht zu kippen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Das muss auch den Ministerpräsidenten, der als Motivationsstrang für seine Arbeit die Kommunalpolitik nennt, die er von der Pike auf gelernt hat, nachdenklich machen. Aber, Sie, Herr Ministerpräsident, sagen Nein. Die Landesregierung sagt Nein, sie sagt, sie habe ein eigenes Modell. Welches Modell haben Sie denn? Sie haben ein Modell, wonach die Gewerbesteuer abgeschafft werden soll und die Kommunen einen Zuschlag auf die Einkommen- und Lohnsteuer erheben sollen. Das bedeutet eine Steuererhöhung für die breite Mehrheit der Bevölkerung; das muss man einmal sagen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vorher abgesenkt!)

(Drexler)

– Wer senkt sie vorher ab? Wieso sollte der Bund vorher etwas absenken? Das ist ja toll: Sie verfügen immer über anderer Geld. Über andere Haushalte reden Sie hier. Reden wir einmal darüber, dass Sie verhindern, dass die baden-württembergischen Kommunen ab 1. Januar 2004 420 Millionen € mehr in der Tasche haben. Die Kommunen wollen das. Gejammert haben sie ja schon immer, aber jetzt geht es ihnen wirklich schlecht. Und diese Erhöhung der Einnahmen der Kommunen wollen Sie mit einem Nein im Bundesrat verhindern.

Im Übrigen sage ich noch einmal: Ihr Modell, das ja dem BDI-Modell angeglichen ist, die Gewerbesteuer gänzlich abzuschaffen, würde den Beitrag der Wirtschaft an der Gemeindefinanzierung von gut 52 % auf 36 % absenken und den Anteil der Lohn- und Einkommensteuer von knapp 48 % auf 64 % steigern. Das wollen wir aber nicht.

Weil Sie alle so große Stücke auf Herrn Rommel halten, lese ich Ihnen vor, was er einmal gesagt hat. Zunächst hat er geäußert, vor welchen Schwierigkeiten Stuttgart und andere Städte, die einen Ring um sich haben, stünden, weil die Einkommensteuer am Wohnsitz erhoben wird und man in den Zentren einen viel höheren Aufschlag habe als im Umland. Das ist das erste große Problem.

Er sagt dann weiter:

Im ersten Fall – Modell Bundesregierung – zahlt die Steuer vor allem die Wirtschaft, im zweiten Fall – Modell Teufel/Döring – zahlen es die Bürger.

Und weiter:

Ich will nicht im Detail auf die Ungerechtigkeiten eingehen, dass der Zuschlag für den Bürger einer Großstadt um 50 % höher ausfallen kann als für einen Bürger des Umlands. Wesentlich ist, dass sich das Interesse der Gemeinden, insbesondere der Großstädte, von den Unternehmen und Arbeitsplätzen abwendet und auf das Interesse an mehr Einwohnern verlagert wird. Wirtschaft und Politik sollten das bedenken.

Das sind auch unsere Bedenken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ziehen Sie also Ihr Nein zurück, und unterstützen Sie, dass die Städte ab 1. Januar tatsächlich mehr Geld haben!

Auf der anderen Seite kürzen Sie, Herr Ministerpräsident, natürlich in Ihrem neuen Haushalt die Haushalte der Kommunen um insgesamt rund 260 Millionen €, wenn Sie alles zusammenzählen. Das heißt, selbst dann, wenn die Kommunen in Baden-Württemberg 420 Millionen € vom Bund bekommen, holen Sie mehr als die Hälfte davon aus ihren Taschen wieder heraus. Das ist nicht kommunalfreundlich. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Unruhe)

So ist es. Noch schlimmer wird es, Herr Kollege Hofer, wenn diese Summe vom Bund gar nicht kommt.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellen Sie sich das einmal vor: Vom Bund bekommen sie nichts, aber Sie ziehen 260 Millionen € ab. Dann sind die baden-württembergischen Kommunen wirklich am Ende.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Sie können also nicht in Berlin blockieren und im Land selbst so etwas machen! Stimmen Sie im Bundesrat zu! Das hat auch etwas mit Verlässlichkeit zu tun.

Jetzt möchte ich noch zum Thema Föderalismusreform kommen. Kollege Kretschmann und ich sind ja als Vertreter der 16 Bundesländer beratende Mitglieder in der Föderalismuskommission. Wir können auch eine Übereinstimmung mit vielem von dem, was Sie heute gesagt haben, feststellen. Das hat im Übrigen der Landtag in einem Beschluss im Frühjahr dieses Jahres festgestellt, auf den wir uns auch beziehen. Wir werden alles tun, um Mischfinanzierungen abzubauen; wir werden alles tun, damit die Länderparlamente mehr Rechte bekommen und wir dafür Zug um Zug aus anderen Zuständigkeiten aussteigen.

Deswegen ist das nicht unbedingt eine Zentralismusreform. Denn inzwischen bestimmt der Bundesrat bei 60 % der Gesetze mit, und zwar hauptsächlich deswegen, weil es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil gibt, nach dem der Bundesrat auch dann mitreden soll, wenn nur die Ausführungsbestimmungen eines Bundesgesetzes in die Länderzuständigkeit fallen. Ich glaube, Herr Ministerpräsident, dies brauchen wir nicht. Aber dafür sollten die Länder sicherlich etwas bekommen. Es gibt ein breites Spektrum, für das wir gemeinschaftlich Seite an Seite kämpfen. Wir finden das auch gut.

(Abg. Hauk CDU: Das Jagdrecht!)

– Wie bitte?

(Abg. Hauk CDU: Das Jagdrecht!)

– Ja, das Jagdrecht ist aber nur eine kleine Sache. Dafür kann man ja nicht viel hergeben. Deshalb war das kein Ausgleich.

(Abg. Hauk CDU: Frau Zypries hat das gesagt!)

Ich sage Ihnen nur eines: Wir sind froh, dass Sie jetzt die Länderparlamente mit ins Boot nehmen wollen. Denn aus der Pressemitteilung über Ihr Dreiertreffen mit Herrn Stoiber ging ja hervor, dass Sie sich offensichtlich auch gegen eine Beteiligung der Länderparlamente ausgesprochen haben. Das haben wir eigentlich als einen unfreundlichen Akt empfunden, aber in der Zwischenzeit ist das geregelt. Ich hoffe, dass wir drei sehr viel von dem, was Baden-Württemberg im Landtag an Ideen entwickelt hat, auch in diese Föderalismuskommission einbringen werden. Da werden wir – das sage ich zu – aufs Engste mit Ihnen zusammenarbeiten, auch zum Wohle unseres Landes.

(Drexler)

Lassen Sie mich jetzt einmal auf den Grundsatz, den Sie zu Beginn Ihrer Rede geprägt haben, eingehen:

Politik muss für die Wirtschaft und für die Bürger wieder verlässlich und berechenbar werden. Nur so entsteht Vertrauen. Vertrauen aber ist die wichtigste Ressource für politische Gestaltung in schwieriger Zeit.

Herr Ministerpräsident, Sie haben – ich komme noch eingehend auf die Details zu sprechen – in den letzten zwei Jahren vieles gemacht, bei dem Sie nach unserer Auffassung weder verlässlich noch berechenbar waren. Sie haben die Arbeit von Ämtern gelobt, die Sie in der Zwischenzeit alle verschieben, wohin auch immer. Sie haben früher den öffentlichen Dienst gelobt. Heute habe ich nur eine Orgie über Bürokratieabbau gehört. Wir hatten im Frühjahr eine große Debatte im Landtag über den Sozialabbau in Baden-Württemberg, und wir wissen alle, was die Sozialverbände gesagt haben: Das Land ist kein verlässlicher Partner mehr. Das müssen Sie sich schon von der evangelischen und von der katholischen Kirche ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen werde ich jetzt einmal etwas abklopfen, welche Verlässlichkeit Sie noch bieten. Lassen Sie mich zunächst etwas zur Wirtschaft sagen, nicht um das Land schlechtzureden, sondern um einmal auf die Schwierigkeiten hinzuweisen.

Wir sind längst nicht mehr Spitze. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Baden-Württemberg ist 2002 gerade einmal um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Bundesweit waren es 1,6 %. Wir stehen da auf dem vorletzten Platz, Herr Ministerpräsident. Wo ist da eigentlich die Dynamik, die Sie in Ihrer Rede beschworen haben?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auf sehr hohem Niveau! Das ist doch ein Unterschied!)

– Das spielt keine Rolle. Ich spreche jetzt von den Wachstumsraten. Natürlich ist das Niveau hoch. Aber wir stehen an zweitletzter Stelle.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Mir geht es nur darum, die Realität dieses Landes in das Parlament zu bringen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: China hat 80 %!)

– China hat mehr Leute als wir; das ist auch unbestritten.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Jetzt komme ich zu den Existenzgründungen; das war auch ein wichtiger Punkt in Ihrer Rede. Baden-Württemberg steht bei den Existenzgründungen auf den hinteren Tabellenrängen. Landesfördermittel gibt es aus Gründen des Geldmangels schon seit Wochen nicht mehr.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist richtig! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Darüber muss man doch nachdenken.

– Herr Haas, wenn es um eine sehr wichtige Aufgabe geht, kann man nicht die Rasenmähermethode anwenden. Dann muss man darüber nachdenken, ob die Existenzgründung nicht so wichtig ist, dass da nichts gestrichen wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

Wir sind der Auffassung: Wenn es wichtig ist, neue Betriebe zu gründen, darf man da nicht kürzen. Das ist unser Vorwurf an Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Hören Sie doch auf! Wir haben jetzt eineinhalb Stunden mit Freude das Weltbild ertragen,

(Abg. Pfisterer CDU: Da war keine Freude erkennbar! – Abg. Hofer FDP/DVP: Bleiben Sie glaubwürdig!)

das der Herr Ministerpräsident von Baden-Württemberg gezeichnet hat. Jetzt machen wir es umgekehrt. Ich bin aber dankbar, wenn Sie Zwischenrufe machen, weil das meiner Redetechnik sehr gut zupass kommt. Insofern finde ich dies ganz gut.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber nicht eineinhalb Stunden! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Von meiner Zeit? Nein! Ihre Uhr geht falsch.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie haben schon eineinhalb Stunden geredet!)

Der zweite Punkt ist der Wohnungsbau. Das Defizit an bezahlbaren Wohnungen ist in der Zwischenzeit ein Standortnachteil für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Das sagen uns überall die Industrie- und Handelskammern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Baden-Württemberg, einem Land, das eine innerdeutsche Zuwanderung hat – darauf sind wir ja stolz, und darüber sind wir froh –,

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer?)

brauchen wir 50 000 neue Wohnungen pro Jahr. Das ist einer Statistik und einer Untersuchung der Landesregierung zu entnehmen. Wir haben im vergangenen Jahr gerade einmal noch 34 000 neue Wohnungen geschaffen. Wir haben ein Defizit mit weiter zunehmender Tendenz, Herr Ministerpräsident.

Sie aber streichen die Wohnungsbaumittel – im Jahr 1995 waren es noch 325 Millionen DM – auf jetzt lächerliche 25 Millionen €. Das kann doch keine zukunftsorientierte Politik in einem Land sein, das so viele Wohnungen braucht, ganz abgesehen davon, dass Studenten in Zelten wohnen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Drexler)

Herr Ministerpräsident, es ist schön, wenn Sie sagen, dass bei uns ausländische Studenten sind. Wenn sie aber keine Studentenwohnungen bekommen,

(Abg. Schmiedel SPD: Sind sie wieder weg!)

sind sie wieder weg, weil die, die wir holen, zuerst einmal alle Adressen abklappern und läuten müssen, um eine Unterkunft zu bekommen; von Zelten will ich gar nicht sprechen.

Die Wohnungsnot ist ein eklatanter Standortnachteil für Baden-Württemberg. Hören Sie sich einmal die Zahlen an: Die Fördermittel pro Einwohner machen in Baden-Württemberg 3,08 € aus. In Bayern liegen die Fördermittel pro Einwohner bei 16,90 €, in NRW bei 45,7 € und selbst in Schleswig-Holstein bei 25,7 €.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Da sind wir als Land, das Zuwachs braucht, überhaupt nicht erkennbar. – Herr Ministerpräsident, da lachen Sie. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Für die Leute, die Wohnungen suchen, und für die Betriebe, die für ihre Arbeitnehmer Wohnungen suchen, ist das, was ich sage, eine ganz bittere Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Im Übrigen steht in Ihrer Regierungserklärung vom 20. Juni 2001 – das will ich schon zitieren, nachdem Sie von Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sprechen; das war ja eine zentrale Aussage –:

... das Reihenhausprogramm, das Programm „Innerstädtisches Wohnen“ ... – alles Erfindungen zugunsten von Familien in Baden-Württemberg – werden wir fortführen.

Es gibt aber keine einzige Fortführung. Sie haben alles gestrichen. So viel zu Ihrer Verlässlichkeit und Berechenbarkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damit Sie, Herr Kollege Ernst Pfister, auch gleich mit angesprochen sind, zitiere ich aus der Koalitionsvereinbarung:

Die Regierungskoalition wird in der Mietwohnungsförderung und im Energieeinsparprogramm einen Schwerpunkt auf Modernisierungsmaßnahmen an Häusern und Wohnungen setzen.

Sie haben die Mittel für die Altbaumodernisierung inzwischen um 33 % gekürzt; das ist auch kein Schwerpunkt mehr. Auch das gehört zur Berechenbarkeit.

Herr Ministerpräsident, Sie sind so stolz auf den Mittelstand. Lassen Sie mich daher gleich mit ihm fortfahren. Es fehlt nach wie vor das, was mittelständische Unternehmer fordern: ein mittelstandsfreundliches Landesvergabegesetz. Das haben wir schon mehrfach eingebracht. Ein solches Gesetz haben Sie immer abgelehnt. Warum machen Sie das eigentlich nicht mit, damit der Mittelstand bei Ausschreibungen

eine Chance hat? Sie lehnen ein solches Gesetz nach wie vor ab.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sie haben in diesem Bereich schwere finanzielle Eingriffe vorgenommen. Dazu haben wir gesagt: Macht das nicht! Zum Beispiel haben Sie bei der überbetrieblichen Mittelstandsförderung 24 % gestrichen. Bei den Softwarezentren haben Sie um 64 % gekürzt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Erbsenzähler!)

Beim C1-Programm waren es 38 %. Ich könnte die ganze Latte der Kürzungen vorlesen. Das heißt, Sie setzen im Mittelstandsbereich doch gar keinen Schwerpunkt mehr.

(Abg. Alfred Haas CDU: Machen Sie doch einmal Zukunftsentwürfe für Baden-Württemberg! Wo sind denn Ihre Entwürfe für Baden-Württemberg? Null!)

Ich halte Ihnen ja nur den Spiegel von dem vor, was Sie postulieren, und von dem, was Sie tatsächlich machen. Das ist doch der Punkt.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es wird keine Priorität mehr gesetzt, Herr Hofer. Das muss man einfach sehen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo ist denn Ihr Entwurf für Baden-Württemberg?)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema „gut ausgebildete Arbeitnehmer“ sagen. Der Herr Ministerpräsident hat dieses Thema auch angeführt. Dabei muss man doch differenzieren. In Baden-Württemberg sind 22,3 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne beruflichen Abschluss. 22,3 %! Damit hat Baden-Württemberg im Vergleich zu allen anderen Bundesländern den höchsten Anteil von Ungelernten und Angelernten, Herr Ministerpräsident. Darüber muss man doch einmal nachdenken.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Das sind nämlich die Ersten, die entlassen werden; sie unterliegen einem hohen Risiko, arbeitslos zu werden. Deshalb muss man, wenn man solche Zahlen hat, mit der Regierung und der Wirtschaft einmal über Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramme nachdenken – von wegen „gut Ausgebildete“!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Schmiedel SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Herr Ministerpräsident, in der Sozialpolitik ist das Land kein verlässlicher Partner mehr. In der Koalitionsvereinbarung heißt es:

Die Sozialpolitik der Regierungskoalition zielt auf soziale Gerechtigkeit, Stärkung der Familien, Generationengerechtigkeit, sozialen Ausgleich und sozialen Frieden.

(Drexler)

Nun sage ich Ihnen, was die Liga der freien Wohlfahrtspflege jetzt machen muss. Sie muss in verschiedenen Hilfs- und Beratungsdiensten für sozial Schwache, die von Haushaltsstreichungen 2003 betroffen sind, 800 Stellen streichen. Für viele soziale Dienste bedeutet das das Aus. Wir haben Anfang dieses Jahres ja auch über die Sozialpsychiatrischen Dienste diskutiert.

Die Liga sagt wörtlich:

Das Land ist kein verlässlicher Partner mehr bei der Gestaltung der sozialen Landschaft in Baden-Württemberg.

Die Caritas steht Ihnen ja wohl näher. Sie sagt wörtlich:

Die Landespolitik zieht sich aus der Förderung ambulanter Angebote zurück und nimmt in Kauf, dass die Betroffenen vielmehr in stationäre Einrichtungen kommen, weil das nicht vom Land, sondern von den Krankenkassen bezahlt wird.

Das ist der Erfolg Ihrer Politik. Deshalb kann man auch in diesem Bereich nicht von Verlässlichkeit und Sicherheit reden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jetzt komme ich zur Kinderbetreuung. Da schmücken Sie sich wirklich mit Federn, wobei jeder hier in diesem Landtag und auch bundesweit weiß, dass Baden-Württemberg hinsichtlich der Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren an letzter Stelle steht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Stimmt auch nicht!)

– Natürlich.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

In diesem Land bieten gerade einmal 4,5 % der Kindergärten einen Mittagstisch an.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben etwas gegen Tagespflege!)

– Wir haben überhaupt nichts gegen Tagesmütter.

(Abg. Alfred Haas CDU: Rechnen Sie es doch bitte ein!)

– Wenn wir sie einrechnen, sind wir auch nicht viel weiter vorne. Vielmehr stehen wir in diesem Bereich an letzter Stelle.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

McKinsey hat in einer Umfrage festgestellt, dass 30 % der Baden-Württemberger – das ist der zweithöchste Anteil unter allen Bundesländern –

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben etwas gegen Tagespflege! Das ist Ihr Problem!)

die Versorgung als ganz, ganz schlecht empfinden. Das muss die CDU-Fraktion einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben etwas gegen Tagespflege!)

Schlimm ist auch Ihr neues Kindergartengesetz mit dieser pauschalen Annahme und der Fortschreibung dieser Pauschalität, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Da hat das Staatsministerium bei der Novellierung völlig übersehen, dass es in manchen Städten möglicherweise auch mehr Kinder gibt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Die Stadt Freiburg braucht tausend neue Kindergartenplätze. Es ist ja erfreulich, dass Freiburg plötzlich so viele Plätze braucht. Das ist ja toll. Aber die Stadt muss jetzt 1 Million € mehr aufbringen, um die Kinder unterbringen zu können.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sie hat überhaupt keine andere Möglichkeit. Sprechen Sie einmal mit der Stadt Freiburg.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie haben sich ja alle schon mit geringeren Kinderzahlen abgefunden. Das ist das Schlimme in dieser Landesregierung. Sie finden sich damit ab, anstatt etwas dafür zu tun, dass wir mehr Kinder haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zurufe)

– Natürlich. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Haas – Sie schauen immer so kritisch –, sind wir Sozialdemokraten sehr kinderfreundlich. Wir machen sehr gerne Kinder, und uns freut auch, wenn es Kinder gibt.

(Heiterkeit)

Das muss man einfach einmal feststellen. So ist es.

Daher sage ich noch einmal: Mit der finanziellen Unterstützung, die Sie den Städten geben, haben diese überhaupt keine Möglichkeit, weitere Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die Städte wollten es so!)

– Ja, die Städte wollten das so. Die wollten noch etwas anderes, nämlich eine Trennung der Zuständigkeiten. Sie wollten im Grunde genommen sagen: „Wir sind zuständig für die unter Sechsjährigen; ab sechs Jahren ist dann bitte schön das Land zuständig.“ Das wäre auch vernünftig. Darauf sind Sie aber nicht eingegangen, und deswegen gehen Sie leider auch aus der Schulsozialarbeit heraus. Darauf komme ich nachher noch.

(Zuruf von der CDU)

– Das haben Sie zusammengestrichen bis zum Gehnichts-mehr. Sagen Sie doch nicht immer, es stimme nicht. Das

(Drexler)

steht doch im Haushaltsplan drin. Die Leute da oben nehmen einfach zur Kenntnis, wie es aussieht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben kein Geld in Baden-Württemberg!)

Wir sprechen ja nur über die Realität in Baden-Württemberg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn 41 % der Akademikerinnen keine Kinder wollen, auch aus dem Grund, weil sie Beruf und Familie nicht vereinbaren können,

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, dann müssen Sie einmal darüber nachdenken, dass man in Baden-Württemberg Angebote machen muss, damit Familie und Beruf vereinbart werden können. Dann haben wir auch wieder mehr Kinder.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Wie sieht es denn mit den älteren Menschen aus, mit dem Pflegebereich? Da wissen Sie genau, dass wir in den nächsten zehn Jahren 10 000 neue Pflegeheimplätze brauchen. Die brauchen wir, und die haben Sie auch versprochen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die werden ja auch gebaut!)

Was haben Sie gemacht? Wir bräuchten jährlich 63,5 Millionen €, um überhaupt die Städte in die Lage zu versetzen, wohnortnahe Pflegeeinrichtungen zu schaffen.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Wir haben für das Jahr 2001 40,7 Millionen €, also rund 23 Millionen € weniger. Für 2002 haben wir 57 Millionen €; wir robben uns also heran. Im Jahr 2003 haben wir 60 Millionen €, und dann geht es wieder herunter. Wir werden also nie den Betrag von 63,5 Millionen € erreichen. Was sagen Sie denn den älteren Menschen, damit diese wohnortnah untergebracht werden können und nicht zum Beispiel im Schwarzwald ihren Pflegeplatz bekommen? So sieht die Situation aus.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Ja, Sie gehen ja gerne in den Schwarzwald; Sie wohnen ja auch dort. Aber andere Leute wollen möglicherweise ihren Lebensabend in der näheren Umgebung verbringen

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben ein Überangebot im Schwarzwald! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

und nicht woanders, Herr Haas.

Im Übrigen – lassen Sie mich das auch noch sagen –: Die Arbeitsbedingungen in Alten- und Pflegeheimen sind schwierig. Deshalb gibt es auch wenig Pflegepersonal.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

– Erkundigen Sie sich einmal; dann werden Sie sehen, wie das aussieht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich weise nur darauf hin, dass Sie sich mit der Situation in unseren Pflegeheimen stärker beschäftigen und auch mehr Geld hierfür zur Verfügung stellen sollten.

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt: Zerschlagung der Landeswohlfahrtsverbände.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Personal, dafür sind sie zuständig!)

Wir haben einen Bericht vorliegen, demzufolge die Direktoren der Landeswohlfahrtsverbände sagen: 130 Millionen € kostet die Übertragung der vollen Zuständigkeit an die Landkreise.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das wollen wir überprüfen! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

130 Millionen €.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mehr! – Abg. Alfred Haas CDU: Welche Direktoren?)

– Ja, wenn Sie das nicht gelesen haben und wenn Sie das nicht einmal zur Kenntnis genommen haben, Herr Haas: Herr Klinger und andere sagen das. Lesen Sie es doch bitte schön einmal. Wenn dann der Gemeindegtag – das muss man sich einmal vorstellen – die Landesregierung auffordert, ein Wirtschaftlichkeitsgutachten zu erstellen, wird dieses Wirtschaftlichkeitsgutachten abgelehnt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

– Es ist abgelehnt worden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Vom Landkreistag und vom Städtetag!)

– Nein, nein, dem Gemeindegtag.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Haas, seien Sie doch endlich einmal ruhig!)

Die Landräte interessiert es ja zunächst einmal gar nicht. Dem Gemeindegtag ist es abgelehnt worden. Jetzt höre ich, dass es doch gemacht wird. Ich hoffe, dass es gemacht wird. Das zeigt mir aber, dass bei der Verwaltungsreform die Wirtschaftlichkeit offensichtlich überhaupt keine Rolle spielt.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Überhaupt keine!)

Sonst hätte man es aufgrund dessen doch gleich machen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Denn Sie wissen wie ich, dass es in Nordrhein-Westfalen ein Gutachten gibt, das davor warnt, alles auf die Landkreise zu übertragen, weil dies zu erheblich höheren Kosten führt.

(Drexler)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist der Landesregierung egal! Die Städte und Kommunen werden ja zahlen!)

Das Gutachten liegt ja vor.

Zur Behindertenpolitik: Herr Ministerpräsident, im Jahr der Menschen mit Behinderungen wäre es vielleicht gut gewesen, wenn Sie heute in Ihrer Regierungserklärung etwas zu diesem Thema gesagt hätten. Da gibt es zwei Punkte, auch vom Tag der Behinderten im Landtag. Erstens: Die Behinderten wollen einen regierungsunabhängigen Vertreter haben und nicht den Minister selber – was ja vielleicht auch logisch ist. Wir fragen uns zweitens nach wie vor immer noch, warum wir denn kein Gleichstellungsgesetz haben, wie es sieben andere Bundesländer haben. Das hätte man doch längst erarbeiten müssen. Aber auch dabei macht die CDU nicht mit. Das war jedoch eine zentrale Forderung des Tags der Behinderten im Landtag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben die Langzeitarbeitslosenprogramme alle fast bis auf null heruntergefahren. Das ist eine Situation, die erschreckende Ausmaße hat. Sie wissen, dass wir im Jahr 2001 Fördermittel in Höhe von 15,6 Millionen € hatten, Mittel, die wir auch über den Europäischen Sozialfonds kofinanziert haben. Jetzt haben wir noch gerade einmal 2,5 Millionen €. Sie haben die Mittel für Langzeitarbeitslose, die in diesem Land innerhalb der Arbeitslosen insgesamt eine große Rolle spielen, innerhalb von drei Jahren um 84 % zusammengestrichen. Das ist beschäftigungspolitisch ein Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Wissen Sie, dass die sowieso alle sterben nach der Forderung durch die Bundesregierung, ortsübliche Löhne zu bezahlen?)

Dann hätte uns interessiert, Herr Ministerpräsident: Wo wird denn jetzt die neue Dynamik in neuen Geschäftsfeldern gemacht? Davon habe ich überhaupt nichts gehört. Dazu gibt es zwei Bereiche. Der erste Bereich ist der Medienstandort. Darüber höre ich gar nichts mehr. Seit Ihr Haus in die B.TV-Pleite gegangen ist, spielt die Frage des Medienstandorts Baden-Württemberg keine Rolle mehr. Der Medienstandort ist aber eines der wichtigsten Themen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

(Lachen des Ministerpräsidenten Teufel – Ministerpräsident Teufel: Das ist doch unglaublich!)

Nun komme ich zum zweiten Bereich. Sie hätten neulich einmal das „manager magazin“ lesen sollen. Darin sind die fünf großen Zukunftsbereiche benannt worden. Einer davon ist die Energiedienstleistung. Das ist natürlich klar. 2 Milliarden Menschen auf der Welt haben noch überhaupt keinen Zugang zu Energie. Das heißt, da ist ein dringendes Problem vorhanden. Das können Sie weder mit den von Ihnen gewünschten Atomkraftwerken lösen, weil das Terrorismus und alles Mögliche nach sich ziehen könnte, noch werden Sie das durch Verbrennungsprozesse lösen können, weil Sie sonst das Klima vollends kaputt machen.

(Ministerpräsident Teufel: Das ist doch unglaublich! – Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Deswegen muss doch danach gefragt werden. Wir haben gute Erfindungen an unseren Forschungseinrichtungen, aber die Wertschöpfung findet in diesem Land überhaupt nicht statt. Sie findet in Bayern, in Nordrhein-Westfalen und in Kalifornien statt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Und in Japan! – Widerspruch des Ministerpräsidenten Teufel)

– Ja, natürlich. – Das hat etwas damit zu tun.

Lesen Sie im Übrigen die Rede des Wirtschaftsministers, die er hier am 1. Oktober 2003 gehalten und in der er in einem beiläufigen Satz erwähnt und zugegeben hat, dass das in Baden-Württemberg ein Problem ist. Aber das hat auch etwas mit Ihrem Regierungsstil zu tun. Alles außer der Großen Wasserkraft, was alternative Energien betrifft, findet ja in Ihrer Wortwahl überhaupt nicht statt. Windenergie wird praktisch bekämpft; Solarenergie und Geothermie werden ignoriert.

Sie haben den Bau von Solarsiedlungen versprochen. Das ist ja ganz wichtig. Völlige Fehlanzeige! Das findet nicht statt.

Sie haben großspurig ein Landesprogramm für erneuerbare Energien und ein Programm zur Förderung der Brennstoffzelle angekündigt. Nun haben wir einige Holzhackschnitzelanlagen. Das ist eigentlich nur ein politisches Feigenblatt.

Sie halten an der Kernenergie fest, Herr Ministerpräsident. Das ist die falsche Richtung. Schauen Sie sich das einmal in der Weltwirtschaft an. Wenn Sie Kernenergie wollen, dann ist im Grunde genommen eigentlich Frau Schavan dran. Dann soll sie in ihrem Wahlkreis ein neues Kernkraftwerk bauen, und die Entsorgung machen wir dann in Ihrem Wahlkreis in Spaichingen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Dann können wir einmal über Ihren Vorschlag reden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie wissen noch nicht einmal, wo der Ministerpräsident seinen Wahlkreis hat!)

Nun, Herr Ministerpräsident, komme ich zum Bürokratieabbau. Es gibt eine bundesweite Kommission für Kerntechnik, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Herr Ministerpräsident hat eine eigene Kommission gegründet. Sie kostet uns jedes Jahr 500 000 €. Diese Kommission wird überhaupt nicht gebraucht.

(Zurufe von der SPD)

Ich meine die Internationale Länderkommission Kerntechnik. Die haben Sie mit Hessen und Bayern zusammen als eine Art Angriff auf Rot-Grün in Berlin gegründet. Sie kostet uns jährlich eine halbe Million Euro.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die ganze Kommission kann man auflösen. Sie hat auch nichts zur Klärung der Atomunfälle in Baden-Württemberg

(Drexler)

beigetragen. Lösen Sie doch diese Institution auf. Das wäre ein Beitrag zum Bürokratieabbau.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Das Geld fehlt uns wieder an den Schulen!)

Sie haben überhaupt nichts zu Ganztagschulen gesagt. Das ist mir aufgefallen. Das ist doch das größte Programm, das es überhaupt gibt, mit 538 Millionen €, die der Bund zur Verfügung stellt. In Ihrem Ministerium liegen Hunderte von Anträgen von Städten, die Ganztagschulen bauen und betreiben wollen, weil nach PISA klar ist: Unsere Kinder müssen länger in die Schulen gehen.

(Abg. Schneider CDU: Falsch!)

Diese Anträge werden gar nicht bearbeitet. Das Land Baden-Württemberg hat noch kein Geld abgerufen.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU – Abg. Zeller SPD: Im Gegensatz zu anderen Ländern! So ist es!)

– Da lachen Sie. Erkundigen Sie sich doch einmal. Doch, es stimmt: Eine Schule hat Mittel abgerufen. Für das Begabtegymnasium in Schwäbisch Gmünd sind Mittel abgerufen worden.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Das ist aber das Einzige. Das spricht ja auch schon Bände. Da schaffen Sie ein Gymnasium für 120 Begabte und lösen die Beratungsstellen in den Städten auf, obwohl der gesamte Elternverband der Begabten dagegen ist, dass man so etwas macht. Wir haben auch nicht nur 120 Begabte in Baden-Württemberg, sondern erheblich mehr. Diese müssen wir zusammen mit den anderen Kindern normal fördern. Das wäre die richtige Politik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Was für Konsequenzen hat das Land denn aus PISA gezogen?

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU – Gegenruf von der SPD)

Keine! Etwas über 19 % – ein Fünftel – aller Kinder mit 15 Jahren in Baden-Württemberg können nicht richtig lesen oder verstehen das, was sie lesen, nicht.

(Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Das ist doch ein Alarmzeichen trotz Ihres zweiten Platzes in der Bundesliga. Dagegen muss man doch etwas machen.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Was haben Sie gemacht, um die Sprachkompetenzförderung im Kindergarten zu verankern? Die Sprachförderung erfolgt nun auf freiwilliger Basis. Da sind all die Kinder, um die es bei der Einschulung eigentlich geht, nicht dabei. So etwas muss man im Schulgesetz verpflichtend regeln.

(Beifall bei der SPD)

Warum haben Sie das nicht im Schulgesetz geregelt? Weil Sie das drei Jahre lang über Ihre Landesstiftung finanzieren wollen. Wie ist die Finanzierung dann anschließend? Sie sind nicht bereit, diese 5 Millionen €, die ganz wichtig sind, in den unteren Bereich, in den Kindergarten zu geben. Eine völlige Fehlanlage. Deswegen meine Bitte: Machen Sie es anders, verpflichtend im Schulgesetz, langfristig angelegt, damit unsere Kinder dann mit sechs Jahren alle auf dem gleichen Sprachkompetenzstand sind.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo sollen wir dann bitte das Geld streichen?)

– Wo das Geld streichen? Dann streichen Sie doch bitte schön diese unselige Kampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ mit 7 Millionen € pro Jahr. Dann könnten Sie Sprachstandsdiagnose bezahlen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn man kein Geld hat, muss man halt auch dort streichen. Das tut Ihnen weh. Das ist mir schon klar.

Dann die Förderung der Schulsozialarbeit. Wissen Sie eigentlich, was Sie machen, wenn Sie die Mittel für die Schulsozialarbeit kürzen und die Städte die Kürzung nicht auffangen können?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich, Sie kürzen die Mittel sehr stark. Sie haben sie in diesem Jahr schon gekürzt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist nicht wahr!)

– Natürlich, mit Ihren Stimmen. Sie sind für Kommunalisierung. Ich sage Ihnen: Wenn das so weitergeht, müssen Sie alle die Kinder, die auffällig sind, nachher in stationäre Einrichtungen geben, weil sie nicht schulbegleitend behandelt werden können. Das ist doch das Problem.

(Abg. Zeller SPD: Das bezahlen aber dann die Kommunen! – Abg. Alfred Haas CDU: Es geht ums Geld, nicht nur um die Sache!)

– Natürlich geht es ums Geld. Das ist mir schon klar.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, das ist Ihnen nicht klar!)

Hier hat überhaupt niemand über NSI gesprochen, eine Geldverschleuderungsmaschinerie ohne Ende. Der Landesrechnungshof geht von einem Betrag in Höhe von 350 Millionen € bis 500 Millionen € aus.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was hätte man dafür alles finanzieren können!)

Dieses Geld wird verschleudert, Herr Ministerpräsident. Eine halbe Milliarde Euro schmeißen Sie für ein System hinaus, das nicht gebraucht wird. Sie haben Tausende von Beamten und Angestellten geschult, die das alle nicht brauchen. Wenn das in einem Betrieb passierte, müsste der Vorstandsvorsitzende zurücktreten.

(Drexler)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Capezzuto SPD: Aber sofort! – Abg. Dr.
Birk CDU: Aber die sind jetzt geschult, zumindest
sind sie jetzt fortgebildet!)

Wir haben frühzeitig gefordert, diese Geldvernichtungsmaschinerie zu stoppen. Sie haben alles abgelehnt. Wir haben Sie darauf hingewiesen, dass Sie nicht jeden Dienst im öffentlichen Bereich gleich behandeln können. Jetzt traktieren Sie die Polizei mit bürokratischen Kennziffern und einer Kosten- und Leistungsrechnung, als sei die Polizei ein renditeorientierter Anbieter von käuflichen Waren. So kann man die Polizei nicht behandeln, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Jetzt komme ich zur Verwaltungsreform. Das muss ich schon noch sagen, nachdem sich bei der FDP/DVP offensichtlich eine Veränderung ergeben hat.

(Abg. Capezzuto SPD: Was, gibt es das?)

Der Herr Ministerpräsident sagt in der Zwischenzeit nicht mehr „Verwaltungsreform“, sondern „große Verwaltungsreform“, wie mir heute aufgefallen ist.

(Lachen bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Mau-
soleum!)

Dann sagte er in seiner Rede – das finde ich schön –: Auch die Aufgaben sind gewachsen, ganzheitliches Denken im Verwaltungshandeln usw. Weiter sagte er:

... integrierte Entscheidungen sind die Erfordernisse einer Verwaltung von morgen. Wir müssen die Verwaltung vom Bürger her denken und organisieren.

Originalton unserer Debatte im Januar und im März. Sie haben sich ausschließlich am Renditegedanken orientiert. Deswegen haben Sie Ämter verschoben. Sie haben nichts über die Bürgernähe gesagt. Das war unser Thema. Sie haben nichts von Aufgabenregulierung gesagt. Jetzt kommen Sie langsam darauf, dass Aufgabenbeschreibung und Aufgabenabbau erforderlich sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Beides ist wichtig!)

Sie haben das umgedreht, und deswegen läuft es falsch.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Hofer gab in der Zwischenzeit der „Schwäbischen Zeitung“ ein Interview.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Beides muss sein!)

Ich verstehe das nicht. Langsam kommen Sie alle ins Boot. Warum haben Sie es eigentlich nicht anders gemacht und unseren Anträgen zugestimmt? Wir waren doch bereit, hier mitzumachen. Die Reihenfolge wäre richtig gewesen: Vom Bürger her denken, Aufgabenkritik und Aufgabenbeschreibung vornehmen und dann die Strukturen festlegen. Sie haben die Strukturen gelassen und verschieben die Aufgaben.

Jürgen Hofer gab der „Schwäbischen Zeitung“ ein Interview, am 28. Oktober veröffentlicht, also gestern. Unabhängig davon, dass die FDP/DVP im Grunde genommen weniger Ministerien braucht, sollten Sie, Herr Ministerpräsident,

einmal der FDP/DVP sagen, dass sie nicht immer im Parlament das ablehnen soll, was sie draußen sagt. Sie sollten nicht nur Richtung Frau Vogt sprechen, sondern dies vielleicht auch denen einmal sagen. Da werden laufend weniger Minister gefordert, aber wenn wir einen entsprechenden Antrag stellen, stimmen Sie nie ab oder sind draußen oder haben es vergessen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir warten gerade auf Ihren Antrag!)

Herr Hofer, Ihr Interview ist jetzt einen Tag her. Sie haben es hoffentlich noch nicht vergessen. Die Zeitung schreibt:

Jürgen Hofer begrüßte die Verlagerung der Aufgaben von Sonderbehörden auf die kommunale Ebene, warnte zugleich aber auch vor einer Atomisierung der Behörden.

Schön. Weiter heißt es:

Man kann nicht die Aufgaben von neun Ämtern auf 44 Stadt- und Landkreise verteilen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Recht hat der Mann!)

Warum haben Sie eigentlich zugestimmt? Dann weiter:

Gleichzeitig bezweifelte der FDP-Abgeordnete, ob das von der Regierung gesteckte Reformziel, eine Effizienzrendite von 20 % zu erwirtschaften, überhaupt durchgängig erreicht werden könne.

(Beifall bei der SPD)

Das ist genau das, was wir gesagt haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Durchgängig! – Unruhe –
Zuruf von der SPD: Hofer – Wendehals!)

– Entschuldigung! Es ist aber beschlossene Sache.

(Lebhafte Zu- und Gegenrufe von der FDP/DVP
und der SPD)

– Jetzt hören Sie auf!

Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub!

(Abg. Hofer FDP/DVP: Halbzitate!)

– Nein, nein! Keine Halbzitate. Sie kommen langsam alle zu uns herüber.

Die Minister können Sie im Grunde genommen langsam auch einpacken, denn die haben ja auch alle zu der gesamten Verwaltungsreform nichts gesagt. Die haben alle im Grunde genommen den Widerspruch an ihrem Gehalt festgemacht, aber der Widerspruch insgesamt ist nicht da.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Durchgängig!)

Wenn Sie heute einmal in die „Stuttgarter Zeitung“ schauen, dann sehen Sie den unglücklichsten Minister der ganzen Regierung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer ist das?)

den Herrn Müller.

(Drexler)

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt in die Höhe.)

Herr Müller hat noch im Frühjahr gesagt, dass die Aufteilung der Straßenbauämter auf Landkreise absoluter Quatsch sei. Jetzt darf er das nicht mehr sagen. Jetzt verteidigt auch er die Aufteilung. Das ist doch gar keine demokratische Spielregel mehr. Dieses Ding ist doch von oben rausgedrückt und unten reingedrückt worden, und die Minister sagen doch alle in Hintergrundgesprächen: Es ist ein Riesensch. . .

(Unruhe)

– Ich kann Ihnen das vorlesen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das war schon ein Wort zu viel! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aufgezwängt!)

Ich sage Ihnen: Das hat etwas mit Zusammenarbeit, mit demokratischen Spielregeln zu tun, Herr Ministerpräsident. Deswegen werden Sie da auch Schiffbruch erleiden. Sie erleiden jetzt schon Schiffbruch, weil die Minister ja überhaupt nicht mehr mitmachen. Sie streiten bloß noch ums Personal, wobei ich Ihnen zugebe: So, wie Sie das angedacht haben, wäre das Personal logischerweise schon beim Innenministerium. Aber dann könnten Sie natürlich reihenweise andere Ministerien auflösen. Das ist mir schon klar.

(Abg. Zeller SPD: Das würde niemand merken!)

Jetzt wird nur noch gekämpft: Wer kriegt was? Es hat überhaupt niemand den Aspekt der Bürgernähe, der Aufgabenbeschreibung drin. Es gibt sie nicht. Wir werden Sie da auch stellen. Die Regionen spielen keine Rolle, die Effizienzrendite ist in weiter Ferne. Landräte sagen Ihnen dies auch. Wenn Sie jetzt Debatten im Landtag und in den Kreisen bekommen,

(Unruhe)

dann stellen Sie fest, dass es durch das Eingliederungsgesetz, nach dem die Wasserwirtschaftsämter und die Gesundheitsämter eingegliedert worden sind, Herr Schneider, schon jetzt Landkreise gibt, die bis zu einer Million mehr bezahlen müssen, obwohl sie 100 % Ersatz bekommen. Wie sieht denn das nachher bei 80 % aus? Die Kommunen werden das über die Kreisumlage bezahlen.

(Abg. Schneider CDU: Die haben auch das Geschäft gemacht, mein Lieber!)

– Ich weiß nicht, was Sie da mit „Geschäft machen“ meinen. Auf jeden Fall sieht es mit dieser Regierung, so wie sie behandelt wird, und dem Parlament schlecht aus in Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident.

(Anhaltende Unruhe)

Das sieht man auch schon daran, dass die Minister, wenn sie Grußworte sprechen, schon gar nicht mehr wissen, wer Ministerpräsident ist.

(Lachen bei der SPD)

Erst neulich hat der Landwirtschaftsminister in Sasbach ein Grußwort gesprochen und hat liebe und herzliche Grüße

von Ministerpräsident Lothar Späth überbracht, der seit zehn Jahren nicht mehr im Amt ist.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen – Lachen bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Das war keine gute Leistung! Keine gute Leistung! – Abg. Alfred Haas CDU: Dr. Lothar Späth! Das waren jetzt die Zukunftsentwürfe der SPD in Baden-Württemberg, die wir gerade gehört haben! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Oh Haas!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Landtag von Baden-Württemberg befindet sich in der zweiten Halbzeit seiner 13. Arbeitsperiode, und der heutige Tag bietet aus Anlass der Regierungserklärung die Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz, zu einem Ausblick auf die Tagesordnung der nächsten Zeit.

Zunächst eingangs: Der Regierungschef hat mit seiner Bewertung „Wo stehen wir? Wo steht Baden-Württemberg?“ eine nüchterne Bestandsaufnahme vorgenommen – die teilen wir uneingeschränkt –, eine klare Analyse vorgenommen – die teilen wir uneingeschränkt –, und er hat ein ehrgeiziges Ziel aufgestellt: Baden-Württemberg muss vorne bleiben im Ländervergleich Deutschlands, und Deutschland muss besser werden im Maßstab Europas und global.

Ich glaube, dass uns diese Gesamtbetrachtung gut tut und dass sich an diesem ehrgeizigen Ziel „Baden-Württemberg muss vorne bleiben, im deutschen Maßstab und darüber hinaus“ alles einordnen muss, was in den nächsten Wochen und Monaten bei uns auf der Tagesordnung steht. Mit neuen Handlungsfeldern gehe ich auf die wesentlichen Punkte ein, die im Landtag von Baden-Württemberg in den nächsten Monaten auf der Tagesordnung stehen.

Zunächst, Kollege Drexler: Ich gestehe zu, dass manches kritikwürdig ist, was in der Haushaltsberatung bei uns derzeit geschieht, geschehen muss und unumgänglich ist. Aber wer nur kritisiert, wer eine Kritik in breitem Umfang übt und kein Konzept vorlegt, wer den Standort Baden-Württemberg schlechtredet, wer von unseligen Kampagnen spricht,

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

der dient, glaube ich, der Ausgangslage unseres Landes Baden-Württemberg im Ländervergleich nicht. Er schadet unseren Wettbewerbschancen in Gegenwart und Zukunft enorm.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Aber beschönigen hilft auch nicht weiter! Sie müssen eine nüchterne Analyse bringen und dürfen nicht beschönigen!)

Die Landespolitik ist vor allem dafür verantwortlich, wo das Land im Ländervergleich steht. Im Ländervergleich steht Baden-Württemberg mit Bayern, vor Bayern oder hinter Bayern auf den Plätzen 1 und 2.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht bei Kindern und Schule!)

(Oettinger)

Die Bundespolitik ist vor allem dafür verantwortlich, wo Deutschland im europäischen Maßstab und im weltweiten Vergleich steht. Deutschland ist zurückgefallen. Baden-Württemberg fällt indirekt mit zurück. Baden-Württemberg hält seinen besten Platz im nationalen Maßstab. Aber Deutschland, die nationale Politik genügt den Herausforderungen der weltweiten Wirtschaft längst nicht mehr.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Noch eine Vorbemerkung zu Baden-Württemberg: Der beste Gradmesser dafür, ob sich ein Land gut entwickelt, ob der Arbeitsmarkt stimmt, ob Bildung, Betreuung, Forschung auf gutem Wege sind, ob Lebensqualität besteht, ob Infrastruktur entwickelt wird, sind für mich die Menschen, die kommen und gehen, Menschen, die herziehen und Arbeit suchen, Menschen, die herziehen und eine Wohnung nehmen,

(Abg. Drexler SPD: Wenn sie eine kriegen!)

und Menschen, die weggehen. Wer die Wanderungsbilanz Baden-Württembergs betrachtet – nicht durch Asyl und Spätaussiedler geprägt, sondern die nationale Wanderungsbewegung –, der stellt fest: Unser Bundesland – Ihr Land und mein Land – wächst jedes Jahr um 60 000 Menschen an – keine Miesmacher, sondern Leute, die hier ihre Perspektive sehen, einen Arbeitsplatz finden, sich wohl fühlen und im Grunde genommen das Gegenteil von dem sind, was von Ihnen behauptet worden ist. Es sind Menschen, die Ja sagen zu Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jedes Jahr sagen 60 000 Menschen Ja zu Baden-Württemberg – mit all seinen Stärken, mit all seinen Schwächen und auch mit dieser Politik, die von CDU und FDP/DVP in diesen Jahren verantwortlich gemeistert wird. Ich lade Sie ausdrücklich ein: Sorgen Sie mit dafür, dass noch mehr Menschen Ja sagen zu Baden-Württemberg,

(Abg. Drexler SPD: Dann brauchen wir mehr Wohnungen!)

und hüten Sie sich davor, dass Baden-Württemberg durch Ihre destruktive Kritik ohne Konzept im Landtag von Baden-Württemberg einen schlechten Ruf bekommt!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Handlungsfeld Nummer 1: die Haushaltspolitik. Wir haben im dritten Jahr eine Stagnation der Wirtschaft: 2001 Nullwachstum, 2002 ebenso, und auch in diesem Jahr bleiben belebende Kräfte der Wirtschaft aus. Die Folge ist: Das Steueraufkommen stagniert, die Einnahmen bleiben auf gleichem Niveau. Und die Ausgaben laufen uns zwangsläufig davon: 2 bis 3 % jedes Jahr. 2 bis 3 % steigen die Löhne, die Gehälter, die Sozialleistungen, im Grunde genommen die Ausgaben bei jeder Titelgruppe im Landeshaushalt, wenn man nicht kürzt. Dieser Spagat – im dritten Jahr Nullwachstum und jährlich 2 bis 3 % Ausgabensteigerung – zerreißt uns, bundesweit und fast auch in Baden-Württemberg.

Dies ist die allergrößte Herausforderung: Wie werden wir in unseren Haushaltsbüchern der nächsten Generation gerecht? Derzeit tun wir dies längst nicht mehr uneingeschränkt. Wir müssen weit mehr als bisher dafür tun, dass die Deckung der Ausgaben, die Erfüllung der Aufgaben und die Straffung der Aufgaben mit den Einnahmen wieder standhalten und die Deckungslücke geschlossen werden kann. Und wir brauchen Wirtschaftswachstum. Ohne Wachstum der Wirtschaft, ohne Vertrauen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Standort Deutschland kommt die Haushaltsstruktur in Deutschland mit Sicherheit nicht mehr auf ein stabiles Niveau.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Europäische Kommission hat ihre Zahlen zum Haushaltsdefizit korrigiert. Mittlerweile geht sie für dieses Haushaltsjahr von einem Defizit in Deutschland von 4,25 % – 4,25 %! – aus. Erlaubt ist ein Defizit von 3 % des Bruttoinlandsprodukts. Unser Bruttoinlandsprodukt beträgt 2 100 Milliarden € Jahr für Jahr.

(Zurufe: Millionen!)

70 Milliarden € Schuldenrechte haben wir in Deutschland. Wir kommen damit nicht hin. Herr Eichel hat im Grunde genommen seinen Konkursantrag längst gestellt. Er hat lange verschwiegen, lange verdrängt, was nicht mehr zu verheimlichen ist. Der Bund verschuldet sich wie noch nie. Deutschland ist ein Sanierungsfall. Unsere Haushalte sind im Grunde genommen die Hauptbaustelle, um die man sich kümmern muss. Natürlich würden wir gern diese und jene Leistung im Haushalt erhalten, natürlich ist manches kritikwürdig, Herr Kollege Drexler, gar keine Frage. Wer aber nur gegen jede Kürzung ist und kein Konzept vorschlägt,

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

wird dem Handlungsfeld Nummer 1 in Baden-Württemberg überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Jetzt haben wir einen Haushaltsentwurf fertig gestellt, FDP/DVP und CDU, Regierung und Fraktionen Hand in Hand, und wir gehen derzeit von 1,8 Milliarden € neuen Schulden im nächsten Jahr aus. Die Europäische Kommission sagt, auch im nächsten Jahr mache Deutschland Schulden; 3,9 % heißt die Prognose, ohne Vorziehung der Steuerreform. Die große Gefahr ist also, dass im nächsten Jahr die Schulden auch in Baden-Württemberg noch höher sind als in diesem Jahr. All unser Ehrgeiz muss darin liegen, zu schauen, dass die Verschuldung im nächsten Jahr nicht die von diesem Jahr übersteigt und in jedem Fall der Haushalt Baden-Württembergs die Vorgaben der Landesverfassung einhält, was für zehn bis zwölf Länder in Deutschland mit Sicherheit nicht mehr und erst recht nicht mehr für den Bund erreichbar sein wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Herr Eichel sagt, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, und prognostiziert 1,5 % Wachstum. Entweder

(Oettinger)

stimmen die Prognosen des Wirtschaftswachstums nicht – da wird im Grunde genommen schön geredet –, oder aber die Begründung, warum man Schulden machen muss, ist nicht korrekt. Das eine passt mit dem anderen nicht zusammen. Wir in Baden-Württemberg schauen, dass unsere rechtlichen Vorgaben einhaltbar sind.

Mit 1 000 Millionen € haben wir ein Sparpaket geknüpft, das von Ihnen, Herr Kollege Drexler, gerade eben angegriffen worden ist. Aber klar muss sein: Mit dem Sparpaket muten wir dem Staat und der Verwaltung am meisten zu. Ich bekenne mich zu dieser Zumutung. Ich sage ausdrücklich: Respekt vor Beamten und Staatsdienern in Baden-Württemberg, die in der großen Mehrzahl sachbezogen im Umgang mit uns sind.

Zum Zweiten sage ich: Mit dem, was bei den Beamten jetzt gekürzt und verändert worden ist, werden wir eine Grundlage haben, die man nicht beliebig noch einmal nach unten korrigieren kann. Der nächste Schritt muss eine Kündigung der Tarifverträge und eine Anpassung der Besoldung und der Arbeitszeit der Angestellten und der Arbeiter an die der Beamten sein. Dann ist Gerechtigkeit in Baden-Württemberg in zwei Jahren wieder gewahrt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Aber wir haben auch Risiken, auf die ich eingehen will. Die Risiken stehen in den nächsten Tagen bevor. In zwei Wochen kommt die nächste Steuerschätzung. Die alte geht noch von 2 % Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr aus. 1,5 % heißt jetzt die Prognose, wenn sie überhaupt stimmt. Wenn die Wirtschaft ein halbes Prozent weniger wächst, gehen auch die Steuereinnahmen zurück. Wir haben Sorge, dass die Steuerschätzung für das nächste Jahr uns nochmals 400 Millionen € weniger Einnahmen beschert.

Alle sagen, dass die Kommunen in einer Notlage sind. Das stimmt, oder das mag ja sein. Aber man muss ergänzen: Das den Ländern in der Verfassung zugestandene Schuldenausmaß ist weit größer als das der Kommunen gemäß Gemeindefinanzierungsrecht und Gemeindehaushaltsordnung. Das heißt, die Kommunen sind im Grunde auf einem weit solideren Weg. Was wir den Kommunen vorgeben, was sie einhalten müssen, muten wir uns selbst nicht zu. Trotzdem ist Soforthilfe angesagt. Das Risiko liegt bei 200 Millionen € Neuverschuldung im Vergleich zu der, die bisher bestand. Wenn man die Steuerreform vorzieht und meinetwegen zu drei Vierteln oder zwei Dritteln gegenfinanziert, bleiben noch einmal 200 Millionen €, alles im allem ein Risiko von 0,8 Milliarden €. 1,8 Milliarden € und 0,8 Milliarden € ergibt 2,6 Milliarden €. Dies kann nicht sein. Deswegen ist die wichtigste Aufgabe und das größte Handlungsfeld, für das ich selbst noch nicht genügend Rat weiß, eher ratlos bin, eine Lösung zu finden, wie wir im Januar im Landtag einen Haushalt verabschieden können, der im Ländervergleich hinter Bayern und mit Sachsen der beste ist, der die Verfassung einhält und nicht mehr Schulden erforderlich macht als der des Jahres 2003.

Damit klar ist: Am Ziel der Nullverschuldung halten wir fest. Aber genauso ehrlich sage ich: Wenn die Wirtschaft nicht wächst, wird man ohne Schulden nicht auskommen.

Ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % ist zu wenig. Wenn man 2 % bis 2,5 % nachhaltig hinkommt, wenn der Arbeitsmarkt sich belebt, wenn die Zahl der Sozialhilfebezieher sinkt, wenn die Steuereinnahmen steigen und dies mittelfristig geschieht, dann wird die Nullverschuldung in Baden-Württemberg nicht Utopie, dann wird die Vision zur Realität. Wenn aber die Wirtschaft nicht wächst, wenn die Rezession bleibt, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht zurückgeht, dann ist ein Ziel wie die Nullverschuldung nicht erreichbar, weil die bundesweite Entwicklung, die Bundespolitik im Grunde genommen die Wirtschaft, die Investoren und die Arbeitnehmer enttäuscht und betrübt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Drexler hat das Thema Kommunal финанzen hier ganz konkret eingebracht. Meine Sorge ist, dass gar nichts dabei herauskommt. Meine Sorge ist, dass ihr ideologisch auf einer zusätzlichen Besteuerung der freien Berufe beharrt, dass ihr auch noch Leasing, Pachten und Fremdkapital besteuern wollt. Wir sagen dann: „Nein – Zuschlagsmodell!“ Die Kommunen brauchen keinen Streit und kein Nullsummenspiel. Weil die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer ordnungspolitisch der falsche Weg ist

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

und möglicherweise auch für das Zuschlagsmodell und seine Berechnungen – bis in unsere Partei hinein – noch keine Mehrheit gefunden werden kann, schlagen wir eine pragmatische Soforthilfe vor. Wenn es Ihnen mit den Gemeinden Ernst ist und wenn es Ihnen nicht um Ideologie geht, dann bitte ich Sie: Machen Sie mit! Nehmen Sie die Gewerbesteuerumlage um 8 Prozentpunkte zurück,

(Beifall bei der CDU)

und geben Sie den Kommunen 0,3 Prozentpunkte bzw. 0,4 Prozentpunkte in der Umsatzsteuer, einer Gemeinschaftssteuer, dazu. Dann ergeben sich allein für unsere Gemeinden in Baden-Württemberg 400 bis 500 Millionen €. Dies hilft schon zum Haushaltserlass, schon am 1. Januar. Wenn die Gewerbeertragsteuer verbreitert wird, dauert es zwei Jahre, bis das wirkt – und es bewirkt das Gegenteil.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn man diese beiden Stellschrauben bewegt, haben die Kommunen schon bei den Haushaltsberatungen für das nächste Jahr im Kreistag, im Gemeinderat Sicherheit. Deswegen ist meine Bitte: Handeln wir pragmatisch. Wir blockieren nicht. Ich bin gespannt, wie Sie sich verhalten, wenn im Bundesrat die Entscheidung ansteht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Fleischer CDU: Sehr gut!)

Zu dem generellen Blockadevorwurf: Der Begriff „Blockade“ kam von Lafontaine. Der Erfinder der Blockade im Bundesrat war Oskar Lafontaine. Die Behauptung von euch lautet jetzt, wir würden blockieren; CDU, CSU und FDP, die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat, würden der Versuchung der Blockade erliegen. Ich glaube, dass dieser Vorwurf längst ins Leere geht. In den letzten Wochen hat die

(Oettinger)

Union auf Bundesebene weit reichende, konstruktive Reformkonzepte vorgelegt. Wenn ihr deren Dimension erkennt und mitmacht, dann gibt es im Ergebnis keine Blockade. Dann wird Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt: ökonomisch und sozial.

Subventionsabbau ist die erste entscheidende Dimension. Koch hat zusammen mit Steinbrück ein weit reichendes, konstruktives Konzept vorgelegt, obwohl die Union im Bund nicht regiert – Handschrift Roland Koch.

Steuerreform: Erwin Teufel hat das Konzept von Kirchhof in die Politik gebracht; Steinbrück war bei dem Gespräch dabei. Ich glaube, dass die Dimension einer großen Steuerreform für den Wirtschaftsstandort Deutschland – neben dem Arbeitsmarkt und dem Arbeitsrecht – das allerwichtigste Handlungsfeld ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Roman Herzog und seine Kommission sowie Angela Merkel – mit unglaublichem Mut und einer Logik, die bestechend ist – schlagen für Pflege, Gesundheit und Rente eine langfristige Sicherung der Einnahmen und Ausgaben vor.

Ich glaube, dass die Union auf diesen drei großen Handlungsfeldern zeigt, dass ihr keine billige Blockade vorgehalten werden kann, sondern dass die Frage ist, ob ihr die Dimension erkennt und den Mut habt, weiter als in euren halbherzigen Reformvorschlägen, die vorliegen, zu gehen.

(Beifall bei der CDU)

Handlungsfeld Nummer 2 ist die Bildungspolitik. Schauen Sie sich einmal an, wie viele Reformen in Baden-Württemberg unterwegs sind, wie laut das Geschrei vor und während den Reformen war und was sich jetzt zeigt – aktuell in der Oberstufenreform. Ich glaube, dass Schule in Veränderung sein muss, dass die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg Pionierfunktion erfüllt. Deswegen tragen wir, trägt die CDU-Fraktion die Bereitschaft der Ministerin und des Ministers mit, in Baden-Württemberg Schulen und Hochschulen leistungsfähig zu erhalten und aus unserem Geld das Beste für die Bildung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen zu machen. Wir tragen die Reformen – eine um die andere – mit und bauen darauf, dass damit die Bildungslandschaft Baden-Württembergs und somit auch die nächste Generation von Arbeitnehmern und Unternehmern wettbewerbsfähig in die Zukunft geht.

(Beifall bei der CDU)

Dabei halten wir Wort. Die 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen kommen; zwei Drittel davon wurden schon geschaffen, und auch der Rest wird erfüllt.

Kinderfreundliches Baden-Württemberg: Im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten bauen wir die Betreuung der Kinder in jedem Alter von null bis drei, von drei bis sechs und von sechs bis zehn Jahren zur Stärkung und zur Entlastung der Familien aus. Ich glaube, dass die Betreuung in Baden-Württemberg – ohne jede Ideologie – nach dem berechtigten Bedarf der Mutter und des Vaters in den nächsten Jahren weiterentwickelt und in Partnerschaft mit Kom-

munen, freien Trägern und Kirchen ausgebaut werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Dabei will ich zwei Punkte ansprechen, die mir als Indikator wichtig sind – das sage ich auch an meine Partei gerichtet –: Von 100 Kindern, die in Baden-Württemberg einen Kindergarten besuchen, Kollege Zeller, sind 90 am Vormittag und 40 am Nachmittag dort. Wenn 40 von 100 Kindern nachmittags in den Kindergarten gehen, dann deshalb, weil die Mutter entlastet sein will, weil sie arbeiten will oder arbeiten muss oder weil die Betreuung zu Hause schwer fällt. Wenn das aber bei 40 von 100 Kindern der Fall ist, während bei 60 Kindern die Betreuung zu Hause möglich ist, dann sollten wir darauf hinweisen, dass die Grundschule keine Zwangsganztagschule werden darf,

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

damit die 60 Kinder nachmittags bei ihrer Mutter, ihrem Vater, ihren Großeltern oder Geschwistern sein können, und wir müssen umgekehrt erkennen, dass für 40 Grundschüler in Klasse 1 vermutlich ein Bedarf an Ganztagsbetreuung besteht; denn die Betreuungskraft der Familien wird nicht zwischen Juli und September deutlich gestärkt. Sie ist im Juli im Kindergarten so stark oder so schwach, wie sie im September in der Grundschule Klasse 1 ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Wir haben fünf Ganztagschulen im Grundschulbereich, viel zu wenig! Es gibt kaum Ganztagschulen im Grundschulbereich!)

Nun zum Gymnasium und der Frage, was man von den Bundesmitteln abrufen. Warten wir es doch ab, Kollege Drexler; das Jahr ist noch nicht zu Ende. Obwohl es in der Kompetenzordnung falsch ist, dass der Bund sich mit Geld in die Kinderbetreuung einmischte, nehmen wir das Geld deshalb an, weil wir damit, auch wenn die Kompetenzordnung nicht stimmt, in Baden-Württemberg den Kommunen bei einer Aufgabe, bei der es Nachholbedarf gibt, helfen. Deswegen ist die Kritik unberechtigt; ich bin sicher, dass die fünfhundert und soundso viel Millionen am hinteren Ende in Baden-Württemberg sinnvoll in Umbau und Neubau von Ganztagschulen gehen.

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

Aber hinzu kommt die Entwicklung am Gymnasium. Auch darauf weise ich uns alle hin. Die Oberstufenreform verdoppelt die Zahl der Stunden am Nachmittag.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist Faktum!)

Gab es an einem Gymnasium, das im Schnitt 32 Unterrichtsstunden pro Woche hat, früher drei bis vier Stunden Nachmittagsunterricht, so sind es jetzt sieben Stunden, die nach der Oberstufenreform zu unterrichten sind. Wenn wir flächendeckend G 8 einführen – und wir bekennen uns dazu, dass das Abitur früher kommen muss –, kommt pro Woche ein Neuntel des Unterrichts hinzu, weil die Qualität der Bildung gleich bleiben soll. Das heißt, es kommen noch einmal etwa drei Stunden hinzu. Wir werden in Baden-Württemberg an den Gymnasien in Zukunft zehn bis zwölf

(Oettinger)

Stunden nachmittags unterrichten, was, zumal im ländlichen Raum, dazu führt, dass Mittagessen angeboten werden muss, weil der Weg nach Hause und zurück in die Schule zu weit ist, sodass die Entwicklung beim Gymnasium im Grunde genommen in Richtung Ganztagsbetreuung gehen wird. G 8 und die Oberstufenreform sind der Grund dafür. Wir bekennen uns dazu und bauen im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten Schritt für Schritt die Infrastruktur in Baden-Württemberg aus.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Drexler, Sie haben Ihre Kritik am Vorgehen der Ministerin in Sachen Kopftuch heute nicht wiederholt. Gut so! Aber gestern haben Sie gebrüllt. Gestern haben Sie gebrüllt, weil die Ministerin einen eigenen Vorschlag macht.

(Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Bitte schön.

(Heiterkeit)

Abg. Drexler SPD: Ich bin gefragt worden, ob die SPD-Fraktion an dem Tag mit informiert wird, an dem die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion informiert werden. Da habe ich gesagt: Wir werden nicht informiert, obwohl die Ministerin nach dem Kopftuchurteil angeboten hat, uns zu informieren. Das war meine Kritik.

Meine Kritik bezog sich auch auf das Verhältnis zwischen Justizministerium und Kultusministerium. Bei dieser Kritik bleibe ich auch. In der Zwischenzeit hat uns Frau Schavan einen Termin morgen in der Mittagspause angeboten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also!)

Genau deswegen habe ich die Kritik jetzt nicht wiederholt, weil die Ministerin uns jetzt bei ihrem Vorschlag einbeziehen will.

Abg. Oettinger CDU: Das Problem ist also ausgeräumt, zumal ein Antrag der SPD von Ende September vorliegt, die Regierung zu ersuchen,

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

unverzüglich Konsequenzen zu ziehen und dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen.

(Abg. Drexler und Abg. Zeller SPD: Ja!)

Genau dies hat sie gestern Abend getan. Ich sage Ihnen ausdrücklich – das ist unser Interesse – Verbesserungsvorschläge und Ergänzungsvorschläge zu. Wir haben bisher im Landtag von Baden-Württemberg zum Thema des Kopftuchs als einer eher mäßig demokratischen und gesellschaftspolitisch rückwärts gewandten Äußerung, als eines Zeichens, das uns nicht passt, ein großes Einvernehmen gezeigt. Dies behalten wir auch gerne bei.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drexler SPD)

Ob wir bei dem Thema Studiengebühr ein Einvernehmen bekommen, steht noch aus.

(Abg. Drexler SPD: Nächster Tagesordnungspunkt!)

Meine Bitte ist: Gehen Sie darauf nachher ein! Frau Vogt hat hier einen sehr erstaunlichen Vorstoß gewagt:

(Abg. Zeller SPD: Eine gute Frau!)

eine nachlaufende Studiengebühr. Ich glaube auch, dass es dazu kommt. Wenn wir in Deutschland über Studiengebühren debattieren, dürfen sie – ich sage da gerne unsere Bereitschaft zu – nicht primär der Staatskasse zugute kommen. Es geht vielmehr um die Stärkung der Schule, der Bildung und der Entwicklung der Hochschullandschaft in Baden-Württemberg.

Ich bin gespannt, ob da die Sozialdemokraten endlich springen. Bisher waren sie rückwärts gewandt. Meine Bitte ist: Springen Sie nicht nur im Landtag! Springen Sie auch im Deutschen Bundestag! Denn der Deutsche Bundestag hat sich vor der letzten Bundestagswahl eine Frechheit erlaubt: Rot und Grün haben uns im Grunde genommen verboten, Studiengebühren zu erheben. Ich fordere nicht eine deutschlandweit einheitliche Studiengebühr;

(Abg. Pfister FDP/DVP: Absolut nicht!)

ich fordere in dieser Frage die Kompetenz des Landtags.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Die anderen sollen machen, was sie wollen; wir führen nachlaufende Studiengebühren ein und stärken damit die Finanzgrundlage der Hochschulen im Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So einfach ist die Welt, Wolfgang!)

Handlungsfeld Nummer 3 ist die Energiepolitik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vergangene Sommer muss uns schon wachrütteln. Was im Sommer geschehen ist, war ein Fanal. Der Industriestandort Baden-Württemberg, der für Gesundheit, für Wertschöpfung, für Produktion, für Infrastruktur, für Nahverkehr und für alle Lebensbedingungen Strom benötigt, stand kurz vor dem Exitus. Fast wäre abgeschaltet worden. Egal, ob das eine Drohung war oder nicht: Es war knapp.

Deswegen werden wir uns um die Frage kümmern müssen: Wie sichern wir den Strom für unsere Generation, für unsere Kinder und für unsere Enkelkinder? Ich sage Ihnen gerne zu: weg mit den Scheuklappen, keine Ideologie. Wie erreichen wir, dass der Strom, der bei uns derzeit verbraucht – auch exportiert und importiert – wird, im Hightechstandort Baden-Württemberg weiterhin zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Lebensqualität und Infrastruktur zur Verfügung steht?

Da geht es gar nicht darum, dass der Bauantrag für ein neues Kernkraftwerk, egal wo, in welchem Wahlkreis auch immer, vorliegt. Darum geht es gar nicht. Es geht zu allererst um die Frage, welche Optionen ein Bundesland hat und ob man sich Optionen auf Dauer verbaut.

Baden-Württemberg hat die Option Kohlekraft, und wir behalten sie auch bei. Baden-Württemberg hat früher als an-

(Oettinger)

dere Länder gewaltige Fortschritte bei der Reduzierung von Emissionen aus der Kohleverbrennung gemacht. Wir haben bei der Gewinnung von Strom aus Kohle die Ökologie längst integriert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Klar ist aber: Importkohle kostet Geld, und jeder Kilometer auf dem Rhein und dem Neckar verschlechtert unsere Konditionen. Mannheim produziert günstiger als Esslingen; aber Mannheim produziert schlechter als Duisburg und Amsterdam. Deswegen werden wir nie allein von der Kohle abhängen dürfen. Sonst sind die, die Energiewirtschaft in Baden-Württemberg betreiben, nicht konkurrenzfähig.

Deswegen brauchen wir als Zweites Gas, eine weitere Gasleitung und mehr Kapazität. Gas muss auch für GuD und für die Gewinnung von Strom zur Verfügung stehen. Ich bin gespannt, wer dabei mitmachen wird, dass die Gasversorgung in Baden-Württemberg unternehmerisch und von der Gewinnung der Rohware her konkurrenzfähig in die Zukunft geht.

Als Drittes brauchen wir erneuerbare Energien und da vor allen Dingen die Große Wasserkraft.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Ich bin gespannt, ob die Große Wasserkraft, wenn Berlin schon die Einspeisung von erneuerbarer Energie subventioniert, die faire Chance zum Wettbewerb am Hochrhein erhält. Das wäre für Baden-Württemberg und für die Energiewirtschaft im Land ein ganz wichtiger und großer Schritt zur Stärkung und zur Überlebensfähigkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist ein Problem!)

Last, not least die Kernenergie. Ich glaube nicht, dass das nächste Kernkraftwerk in Deutschland gebaut wird. Aber ich bin sicher: Es kommt zu entsprechenden neuen Baumaßnahmen auf unserem Kontinent. Es gibt eine neue Generation von Kerntechnologie, „Common Project“ genannt – Framatome und Siemens. Das heißt, es wird in Europa garantiert zur Produktion von neuen Kernenergieanlagen kommen. Die Frage ist nur, wo. Es kommt in den nächsten 20 Jahren garantiert auch zum Bau von Kernkraftanlagen durch die deutsche Energiewirtschaft,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Frage ist nur, wo!)

und dabei wird von Eon, von RWE und vielleicht von der EnBW investiert. Die Frage ist nur, wo. Die Frage ist nur: Wer will die Arbeitsplätze, wer will die Steuerkraft, und wo soll die Wertschöpfung sein?

Es wird auch klar sein, dass wir unseren Strom noch in 30 Jahren auch aus Kernkraft beziehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Frage ist nur: Kommt er aus Tschechien, aus Polen, aus Frankreich, oder ist die Wertschöpfung auch in Deutschland? Ich bitte nur: Bewahren wir uns für Ihre und unsere Nachfolger in 10, 15 Jahren die Option – nicht „verbrannte

Erde“ – auf eine sichere nächste Generation von Kernkraft – für Arbeitsplätze, für Wertschöpfung, für Steuerkraft auch in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg muss dabei sein, wenn die Kernkraft in Europa eine neue Dimension, eine neue Generation, eine neue Chance bekommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Handlungsfeld Nummer 4: Finanzplatz Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, Deutschland steht vor der Gefahr, dass sein Bankenwesen zweit- oder drittclassig wird. Das Bankenwesen wird von England, London, von den USA, New York, und von anderen dominiert. Die deutschen Banken fallen zurück. In Baden-Württemberg haben wir nicht viele deutsche Banken. Wir haben die Volks- und Raiffeisenbanken, unsere Partner, wir haben die Sparkassen, für die wir als Gesetzgeber verantwortlich sind, und wir haben die Landesbank mit der in sie integrierten BW-Bank.

Ich spreche der Regierung im Nachhinein meinen Respekt aus und sage: Es war richtig, dass die große regionale Privatbank, die BW-Bank, nicht verkauft worden ist, dass man auch gegenüber dem Vorstand hingestanden ist, dass man diese Privatbank im Land gehalten hat und dass sie hier im Land mit und neben der Landesbank Baden-Württemberg Finanzdienstleistungen betreibt, die für Mittelstand, Industrie und Privatkunden in den nächsten Jahren für die Bildung von Eigen- und Fremdkapital überlebensnotwendig sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich glaube, dass Mittelstandspolitik primär auch den Namen LBBW und BW-Bank tragen muss. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass die Landesbank Baden-Württemberg beim neuen Rating nicht von Triple-A dorthin fällt, wohin die Bayerische Landesbank und die WestLB gefallen sind, sondern sich im Wettbewerb der Öffentlich-Rechtlichen als beste Landesbank behaupten kann.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Dies hat auch sehr viel mit unserer Haushaltspolitik zu tun. Wenn für Baden-Württemberg das Triple-A bleibt, hat die Landesbank eine Chance. Wenn Baden-Württemberg im Rating zurückfällt, stehen die Chancen schlechter als zuvor. Wir müssen alles dafür tun – Geschäftsstrategie, Kundenbindung, Risikocontrolling –, auch in den Gremien, im Verwaltungsrat – Sie sind dort vertreten –, in der Gewährträgerversammlung, dass die Landesbank und die Sparkassen auf gutem Weg leistungsfähig sind und nicht, wie viele andere deutsche Banken, in die Zweitklassigkeit zurückfallen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Auch das Bausparwesen ist ein Faktor, wenn es um den Finanzplatz Baden-Württemberg geht. Schauen Sie sich einmal unsere Bausparkassen an – sie stehen in einem ganz harten Wettbewerb –, und vergleichen Sie Bausparprämie, Eigenheimzulage und anderes. Ich behaupte: Wenn die Entwicklung gestoppt wird, dass die Mehrzahl der Bürger eine

(Oettinger)

Chance auf Bildung von Wohneigentum hat, wenn der Erwerb von Immobilien nicht mehr öffentlich gefördert wird, dann wird das Bausparwesen in Baden-Württemberg auf einem schlechten Kurs sein.

Wir sollten gemeinsam alles dafür tun, dass die Bausparkassen und nicht die Lebensversicherer – nicht nur Allianz und Generali – die Grundlage für die Alterssicherung sind und dass damit auch zigtausend Arbeitsplätze – in Ludwigsburg, in Schwäbisch Hall, in Karlsruhe, in Stuttgart, in ganz Baden-Württemberg – in dieser entscheidenden Dienstleistungsbranche nahe an der Politik überlebensfähig sind.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Handlungsfeld Nummer 5: Medienpolitik. Eigentlich habe ich von Ihnen eine Aussage erhofft. Wie halten wir es denn jetzt mit der Gebührenerhöhung? Was machen wir? Sie sitzen ja im Verwaltungsrat. Das heißt, wir stehen vor der spannenden Frage: Wie wird die Gebührenentwicklung im nächsten Jahr sein? Die KEF hat ihren Vorschlag vorgelegt: Erhöhung um 1,07 €. Die Anhörung findet heute Morgen statt. Die Staatskanzleien, die Intendanten werden gehört. Steinbrück spricht vage von einem Moratorium; Stoiber sagt: „Stellt das Ganze zurück!“

Ich glaube, dass man im Hinblick auf die Gebührenentwicklung sparsam wirtschaften muss, aber dass die Anstalten – das gilt auch für unsere Anstalt – Klarheit benötigen, wenn es um die Planung der Programme und der Stellen in den nächsten Jahren geht. Immer nur zurückzustellen und wieder zurückzustellen ist der falsche Weg. So, wie wir für die Wirtschaft und die Bevölkerung Planungssicherheit einfordern, sollten wir auch den Anstalten alsbald Planungssicherheit geben. Das heißt, ich plädiere für eine sehr maßvolle und sparsame Gebührenanpassung nach oben von maximal einem Euro, vielleicht zum Jahr 2005, vielleicht aber auch erst ein Jahr später. Aber es muss bald entschieden werden, damit die mittelfristige Budgetplanung für unsere Medienunternehmen, für den SWR, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Qualitätssicherung der Programme möglich wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir den Anstalten einen zusätzlichen Euro geben, dann erwarten wir im Umkehrschluss, dass die Qualität gesichert wird, aber die Quantität nicht immer weiter ausgebaut wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass der Sport im Hauptprogramm bleibt und nicht ein neuer Sportkanal ausgebaut wird, wie es Herr Beck vorgeschlagen hat. Wir sollten uns gemeinsam dafür stark machen, dass das Zweite Deutsche Fernsehen auch das Zweite bleibt und nicht noch ein „ZDF 2“ hinzukommen kann, wie es der dortige Intendant und seine Gremien längst als Forderung auf den Tisch gelegt haben. Und wir sollten dafür sorgen, dass es nicht immer noch weitere Hörfunkprogramme gibt. Wer Qualität sichern will, muss innerhalb der bestehenden Programmlinien umbauen und ergänzen und kann nicht immer ausbauen.

Ich glaube, dass eine für die nächsten vier Jahre stabil bleibende Erhöhung um einen Euro maßvoll und gerechtfertigt ist, aber im Umkehrschluss die Anstalten in der Pflicht sind, uns nicht immer neue Programme um die Ohren zu schlagen, sondern mit dem auszukommen, was derzeit auf dem Programmmarkt ist. Dies ist schon genug.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Handlungsfeld Nummer 6: Infrastruktur. Baden-Württemberg hat in der Infrastruktur für Wirtschaft und Gesellschaft Nachholbedarf. Wir stellen mit großem Respekt fest, dass unsere Regierung im Ausbau der Infrastruktur – Straße, Bundesstraße, Bundesfernstraße, Schiene – auf einem mustergültigen Weg ist und im Rahmen dessen, was finanziell ankommt, in Baden-Württemberg alles umsetzt, was im Grunde genommen notwendig ist.

Auch in der Messepolitik ist dieser Respekt angebracht. Die Messe auf den Fildern nimmt langsam Gestalt an. Die Entscheidung kommt im nächsten Jahr. Im nächsten Jahr werden wir entscheiden müssen, ob wir es ernst meinen, ob wir es umsetzen, ob wir es uns zutrauen auf der Rechtsgrundlage, die der Landtag von Baden-Württemberg geschaffen hat, auch mit dem Restrisiko der vorläufigen Besitzeinweisung bei Baubeginn. Ich plädiere dafür. Ich danke dem Oberbürgermeister von Leinfelden-Echterdingen und vielen dortigen Gemeinderatsmitgliedern dafür, dass hier Kompromissbereitschaft besteht.

Wir sollten alles dafür tun, dass die Messe dort oben ohne weitere Verkehrs- und Lärmbelastigung und ökologisch vertretbar gut erschlossen wird. Aber ich glaube, dass die Messe für Baden-Württemberg, für unsere Exportwirtschaft und für unsere Industrie, eine herausragende Chance ist, und ich setze darauf, dass in diesem hohen Haus im nächsten Jahr eine breite Mehrheit auch die mutigen, weiteren und endgültigen Schritte wagt und damit die Infrastruktur für unser Land stärkt.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Und dann, lieber Herr Kollege Fischer, Glückwunsch zu Karlsruhe! Am Freitag ist es so weit. Ich halte die Messe für Karlsruhe, für die Region und für ganz Baden für eine große Chance. Und ich baue darauf, dass die dortige Messegeschäftsführung die Chance auch nutzt – die doppelte Chance, denn die Messe in Stuttgart kommt erst drei Jahre später – und Baden-Württemberg damit in der Zahl seiner Messestandorte gegenüber den größeren Messeplätzen wie Hannover und München in der Addition seiner Angebote mithalten kann. Unsere Exportwirtschaft hat große und mittlere Messen nötig. Baden-Württemberg ist hierbei auf gutem Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Handlungsfeld Nummer 7: Verwaltungsreform. Dieses Thema hätte eine ernsthaftere Befassung als die, die Herr Kollege Drexler vorgenommen hat, verdient.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Schon zu Beginn des Jahres! – Abg. Alfred Haas CDU:
So ein Sammelsurium!)

(Oettinger)

Dass der Bürger mit Gesetzgebung, Verordnungen, Erlassen und Richtlinien überfordert ist, dass der Bürger die Zahl der Behörden nicht mehr kennt, dass der Bürger im Grunde genommen Management aus einem Guss braucht, dass der Bürger erwarten kann, dass ein Beamter bzw. eine Behörde für ihn der umfassend verantwortliche Ratgeber ist, das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt. Dieser Grundsatz der Bündelung von Fachbehörden, der Einräumigkeit und der Einhäusigkeit, wird von der CDU-Fraktion in vollem Umfang erkannt. Wir tragen ihn ausdrücklich mit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Zähneknirschend macht ihr das!)

Jetzt befinden wir uns in der Umsetzung. Wir schauen uns jedes Detail an. Trauen Sie uns das bitte zu: Wenn der Gesetzentwurf im Januar/Februar in die Öffentlichkeit kommt, dann werden Sie sehen, dass den Interessen der Fachbehörden, den fachlichen Anliegen, der Aufgabenoptimierung und der Betriebsgröße, die eine Fachaufgabe braucht, Rechnung getragen wird und trotzdem ganzheitlicher, einheitlicher und damit bürgerfreundlicher als bisher unter einem Dach beraten, bearbeitet und entschieden werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Sakelariou SPD: Spärlicher Beifall!)

Wir tragen auch den Ansatz der Aufgabenkritik mit. Wir müssen in den nächsten Monaten einzelne Aufgaben, eine nach der anderen, in den Landtag bringen, um zu prüfen: Ist diese Verordnung, ist jene Vorschrift noch notwendig, oder kann mehr Freiheit, mehr liberale Grundlage für Wirtschaft und Bürger in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg ein Ausgangspunkt für eine Belebung der Wirtschaft und der Bevölkerung sein?

Es gibt eine kleine Einschränkung: Von der Liberalisierung der Besenwirtschaft und der Straußenwirtschaft sind wir nicht überzeugt.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Wir haben nämlich ein Interesse an der Dorfwirtschaft. Die Gastronomie ist im Grunde genommen zu 90 % nahe an der Insolvenz. Mit uns kann man über 40 Plätze oder 60 Plätze reden. Aber die Regelungen ganz aufzuheben, sodass der eine backen, kochen, grillen und garen kann, wie er will, und der andere Polizeiauflagen und Lebensmittelhygienevorschriften beachten muss,

(Abg. Drexler SPD: Auflagen!)

ist, glaube ich, auch nicht fair.

(Abg. Drexler SPD: Aber der Schnaps muss noch hinein!)

Wettbewerb bedarf fairer Grundlagen. Deswegen wird bei der Besenwirtschaft und der Straußenwirtschaft eine gewisse zeitliche und größenmäßige Begrenzung auch in Zukunft nahe liegend sein.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Handlungsfeld Nummer 8: Steuerpolitik. Zunächst ist die Frage: Ziehen wir die Steuerreform vor? Zum Zweiten ist die Frage: Wie groß ist die langfristige Dimension?

Herr Kollege Drexler, Sie haben mir Denkendorf vorgehalten. Aber was in dem Papier von Denkendorf steht, ist alles im Einklang mit Kirchhof. Die 36 % für die Körperschaft sind korrekt. Aber dann ist die Gewerbesteuer nicht mehr da.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Der Steuersatz wird von 25 % auf 36 % erhöht, und die Gewerbeertragsteuer entfällt. Das heißt im Grunde genommen: Kirchhof und unsere Reform geben unter dem Strich eine Gesamtbelastung, die geringer als die derzeitige Belastung ist.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht beim Spitzensteuersatz!)

Wir glauben, dass bei der Körperschaftsteuer dann, wenn die Gewerbeertragsteuer ersatzlos wegfällt, ein Gesamtsteuersatz von linear 36 % der richtige Wert ist, der Kommunen, Land und Bund Einnahmen sichert. Mit dieser Hausnummer ist Deutschland auch wettbewerbsfähig im Hinblick auf Ansiedlungen und Investitionen, wenn es um die weltweite, die globale Wirtschaft geht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Ferner haben wir natürlich schon die Ergebnisse der Herzog-Kommission integriert. Denn es ist klar: Mit 25 % finanziert man den sozialen Ausgleich für das, was Herzog vorschlägt – eine gleiche Prämie für alle im Gesundheitswesen –, nicht. Deswegen müssen wir dies auffaddieren. Glauben Sie mir deswegen bitte: Denkendorf und Kirchhof sind keine Gegensätze, sondern im Grunde genommen parallele, gleichförmige Entwicklungen.

Ich bin gespannt, ob die Sozialdemokratie in Deutschland zu diesem großen Wurf fähig ist. Steinbrück war schon am Tisch. Ich bin gespannt, ob Sie Steinbrück folgen oder dem, was bisher immer die Ideologie der SPD unter Lafontaine gewesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber nicht Herzog!)

Wer aber glaubt, dass allein eine Steuerreform und eine Steuersenkung ausreichend seien, der täuscht sich. Aus Gesprächen mit Handwerk und Mittelstand entnehmen wir, dass auch das Arbeitsrecht und der Arbeitsmarkt eine Rolle spielen. Wenn es nicht zu einer Deregulierung in den arbeitsrechtlichen Grundlagen kommt

(Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig richtig!)

und wenn es nicht zu weniger Kündigungsschutz kommt, dann kommt es nicht zu mehr Beschäftigung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig richtig!)

(Oettinger)

Weniger formales Arbeitsrecht heißt mehr Beschäftigung und stärkt den Arbeitsmarkt. Genau bei diesem Punkt tun Sie sich schwer. Das betrifft weniger die Grünen, mehr die SPD. Einstmals hieß es: Hartz kommt 1 : 1.

(Abg. Alfred Haas CDU: Oje, oje!)

Heute sind noch maximal 30 % des Konzepts von Hartz in der Diskussion.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Hartz war schon zu wenig. Wir werden Sie in den nächsten Wochen auf die Testfrage hin abprüfen, ob das Arbeitsrecht so, wie es besteht, für Sie wirklich der Maßstab aller Dinge ist oder ob das, was Clement will und nicht darf und was von uns beantragt wird, für Sie vielleicht doch im Bundesrat und im Deutschen Bundestag noch zumutbar ist. Erst dann gibt es Bewegung, erst dann kommt Belebung für den deutschen Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Eine sehr verkürzte Denkweise!)

Handlungsfeld Nummer 9: Föderalismusreform. Dazu ist alles gesagt. Ich wünsche den Kollegen Kretschmann und Drexler, ernst gemeint, viel Glück. Unsere Unterstützung haben Sie. Ich sage Peter Straub Dank für seine Aktivität, und ich sage Erwin Teufel Dank für seine Aussage, die klar ist und die es zu unterstützen gilt. Es kommt so viel rüber, wie angeboten wird. Wir ziehen uns aus dem Bundesrat so stark zurück, wie die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen in Berlin zum Rückbau der Bundeskompetenzen und der Gesetzgebung zugunsten der Landtage bereit sind. Da bin ich gespannt.

(Abg. Drexler SPD: Da haben wir aber alle Schwierigkeiten!)

– Ja, nur werden im Augenblick Bundesgesetze im Bundestag von Ihnen gemacht, und die Fachministerin heißt Zypries, SPD, und mit Notarrecht und Jagdrecht kommen Sie nicht hin. Sie brauchen stärkere Substanz. Sorgen Sie deswegen innerparteilich dafür, dass die Bundesregierung springt. Wir sorgen dafür, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion es zumindest duldet, wenn es große Würfe sind, und Erwin Teufel sorgt im Bundesrat dafür, dass die Länder sich in dem Maß, in dem der Bund den Landtagen Kompetenzen gibt, aus dem Bundesrat zurückziehen. Ich bin auf die Entwicklung der nächsten Wochen gespannt.

(Abg. Drexler SPD: Das ist gut!)

Es ist eine historische Chance. Wer die jetzt nicht nutzt, hat dem Föderalismus auf lange Jahrzehnte nachhaltigen Schaden zugefügt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Erwin Teufel hat eine klare Bestandsaufnahme und ein ehrgeiziges Ziel vorgelegt. Die Bestandsaufnahme heißt: Baden-Württemberg ist in Deutschland vorn, und Deutschland ist ein Sanierungsfall. Und das Ziel heißt, dass Baden-Württemberg vorn bleibt und Deutschland mit Unterstüt-

zung der Union im Bundesrat saniert und wieder wettbewerbsfähig wird. Wir sagen ihm für diese Aufgaben im Bundesrat und in der Landesregierung unsere Unterstützung zu und freuen uns auf einen weiteren munteren Ideenwettbewerb.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Ausgezeichnet!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will gern die Möglichkeit nutzen, aufgrund der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten gewissermaßen in der Halbzeit dieser Legislaturperiode aus meiner und aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion zu einer Bestandsaufnahme zu kommen und dabei deutlich zu machen, dass wir alle miteinander in einer finanzpolitisch wesentlich schwierigeren Situation sind als noch vor drei oder vier Jahren, dass aber Baden-Württemberg dieser schwierigen Lage bereits dadurch begegnet ist, dass nicht nur klassische Sparmaßnahmen, harte Sparmaßnahmen eingeleitet worden sind, sondern dass darüber hinaus wichtige Reformschritte auf den Weg gebracht worden sind. Ich glaube deshalb, dass trotz dieser schwierigen Situation Baden-Württemberg für die Zukunft und für diese schwierigen Zeiten besser gerüstet ist, als es bei anderen Bundesländern der Fall ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der finanzielle Handlungsspielraum ist deutlich enger geworden. Meine Damen und Herren, in der Zeit vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004, jeweils auch die entsprechenden Prognosen der Steuerschätzungen für diesen Zeitraum einbezogen, fehlen in den Kassen des Landes knapp 4 Milliarden €. Das ist natürlich eine Summe, die Sie nicht ohne weiteres wegdrücken können. Wir haben in einer Art und Weise, wie es in den letzten 20 Jahren noch nie geschehen ist, größte Anstrengungen unternommen, um Einsparungen zu erreichen, jetzt auch ganz aktuell in der Größenordnung von 1 Milliarde €.

Verehrte Opposition, ich kann Ihnen nur sagen: Dass wir in eine solche schwierige Situation gekommen sind, das hängt natürlich nicht nur, aber auch

(Abg. Hillebrand CDU: Vor allem!)

damit zusammen, dass in Berlin eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben worden ist, die uns diese Ausfälle beschert hat.

(Abg. Wichmann SPD: Auf dem Rücken Not leidender Zahnärzte!)

Das muss man ja einmal sagen dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

(Pfister)

Wenn jetzt die Koalition in Baden-Württemberg versucht, teilweise gegenzusteuern, teilweise diese Löcher wieder zu stopfen, dann sollten Sie uns für diese Einsparungen eigentlich nicht tadeln, sondern sollten Sie dankbar dafür sein, dass wir hier in Baden-Württemberg einen Teil Ihrer verfehlten Politik wieder in Ordnung bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich will nur noch einen Punkt nennen, um mich danach der Zukunft zuzuwenden und dazu Vorschläge zu machen. Klar ist doch, dass Sie selbst zugeben, dass gerade Ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Vergangenheit gescheitert ist. Sie haben damals ein 630-DM-Gesetz gekippt – Sie erinnern sich –, Sie haben den Kündigungsschutz verschärft, als Sie an die Regierung gekommen sind,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Halbzeitbilanz!)

Sie haben den demographischen Faktor aus der Rentenversicherung herausgeworfen, Sie haben die Lohnnebenkosten trotz Ökosteuer erhöht,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Scheinselbstständigkeit!)

und Sie haben die Körperschaftsteuer in einer Art und Weise in den Sand gesetzt, dass zum Schluss weniger als null da war. Dies alles haben Sie gemacht.

Wenn Sie jetzt mit der Agenda 2010 und zum Teil mit den Vorschlägen der Rürup-Kommission wieder „Kommando zurück!“ sagen, also eine andere Politik machen, geben Sie ja im Grunde zu, dass Ihre bisherige Politik gescheitert ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU: Scheinheilig! – Abg. Hauk CDU: Sie haben es ja eingestanden!)

– Gerhard Schröder hat es ja auch deutlich eingestanden. – Sie sind mit Ihrer seit 1998 betriebenen Politik gescheitert.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es!)

Sie sind jetzt in einer Situation, in der Sie sich Neues überlegen müssen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber, meine Damen und Herren, unser Problem ist doch: Wie soll eigentlich bei einer solchen Zickzackpolitik, wie Sie sie betrieben haben, in der Wirtschaft Vertrauen entstehen?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist das Entscheidende!)

Wie soll sich bei einer solchen Politik eigentlich wirtschaftliche Dynamik entfalten? Das Ergebnis liegt leider auf der Hand: Zurückgehende Wachstumsprognosen, ein Verlust des Spitzenplatzes in Europa – wir waren lange Zeit Lokomotive der Konjunktur, heute sitzen wir im Bremserhäuschen –, und am Ende dieser Entwicklung steht eine Arbeitslosigkeit, die so hoch ist wie noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das sind leider die

Fakten, von denen wir auch in Baden-Württemberg ausgehen müssen,

(Abg. Drexler SPD: Warum stimmt ihr dann nicht der Steuerreform zu?)

die uns bedrücken. Ich will jetzt nicht einfach den Blick nach hinten werfen, sondern nach vorne richten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es kommt darauf an, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Herbst 2003 wirklich zu einem Reformherbst zu machen.

(Abg. Zeller SPD: Dann macht doch mit!)

– Ich komme sehr konkret darauf zurück.

Worauf kommt es zunächst einmal an? Es kommt darauf an, dass Sie sich dazu bekennen, dass Wachstum allein nicht alles ist, aber ohne Wachstum die Probleme, die wir haben, in der Zukunft nicht bewältigt werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das müssen Sie zunächst einmal zugestehen.

(Abg. Drexler SPD: Das bestreitet doch niemand! – Abg. Zeller SPD: Wer hat so etwas bestritten?)

– Was heißt „bestritten“? Bisher haben Sie halt eine Politik betrieben, die dazu geführt hat, dass wir in ganz Europa das geringste Wachstum hatten. Das war das Ergebnis Ihrer Politik, die Sie bisher betrieben haben.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Jetzt hören Sie auf! – Herr Zeller, wenn Sie sich die anderen europäischen Staaten um uns herum anschauen, werden Sie feststellen, dass die natürlich auch ihre Probleme hatten.

(Abg. Zeller SPD: Schauen Sie mal nach Amerika, wie es da den Bach runtergeht!)

Wenn Sie die Wachstumsraten in Europa einmal anschauen, werden Sie aber auch feststellen, dass die Deutschen im Bremserhäuschen ganz hintendran sitzen. Dafür ist natürlich Ihre Politik verantwortlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Schon unter Kohl war das so! – Abg. Stichelberger SPD: Alle unter SPD-Wirtschaftsministern?)

Wir brauchen erstens Wachstum, wir brauchen zweitens soziale Sicherungssysteme, die von der Arbeit abgekoppelt sind, weil darüber natürlich auch die Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird. Wir brauchen soziale Sicherungssysteme, die als Herausforderung dem demographischen Wandel tatsächlich auch standhalten.

(Abg. Zeller SPD: Was heißt das konkret?)

Wir brauchen drittens eine viel stärkere Eigenverantwortung der Bürger und eine Bereitschaft, selbst Vorsorge zu treffen.

(Pfister)

Wir müssen vor allem viertens – und jetzt komme ich auf Ihre Frage –

(Abg. Zeller SPD: Das sind doch Luftblasen!)

die Bürgerinnen und Bürger, die finanzielle Eigenvorsorge betreiben sollen, tatsächlich in die Lage versetzen, so etwas zu tun. Deshalb werde ich nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen: Wer zu einer neuen Form einer von Eigenverantwortung getragenen Sozialversicherungspolitik Ja sagt, der muss gleichzeitig auch zu einer Steuerreform Ja sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Beides gehört unmittelbar zusammen.

Deshalb, Kollege Zeller, sage ich Ihnen: Ich will eine vorgezogene Steuerreform, jedenfalls dann, wenn sie zum allergrößten Teil nicht auf Pump finanziert wird, sondern wenn sie durch Einsparungen finanziert wird.

(Abg. Zeller SPD: Wo soll eingespart werden?)

Wer aber – jetzt kommt der Punkt – zu einer vorgezogenen Steuerreform, die nicht auf Pump finanziert werden soll, Ja sagt, der muss natürlich auch dazu Ja sagen, dass es zu Subventionsabbau kommt.

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

Dazu ist jedenfalls die FDP bereit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Welche wollen Sie abbauen?)

Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren sein, dass diese vorgezogene Steuerreform nur die erste Stufe einer grundlegenden Steuerreform sein darf, für die wir übrigens auch wieder einen gewaltigen Subventionsabbau brauchen.

Meine Damen und Herren, ich habe nichts gegen das Kirchhof-Modell. Ich freue mich sehr, dass jetzt die breite Diskussion über ein Steuersystem begonnen hat, das niedrigere Steuern vorsieht, das gerecht ist, das aber auch durchschaubar und verständlich ist. Nur: Es ist nicht so, dass wir da praktisch am Punkt null anfangen müssten. Ich darf in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass die FDP-Bundestagsfraktion schon vor Jahren im Deutschen Bundestag eine, wohlgemerkt, durchgerechnete Gesetzesinitiative für eine Vereinfachung und Verschlinkung unseres Steuersystems auf den Weg gebracht hat, die mit den Zahlen 15, 25 und 35 für die Steuersätze umschrieben ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich glaube nach wie vor, dass dieses System „15/25/35“, das im Grunde vom Kirchhof-Modell nicht allzu weit entfernt ist, eine hervorragende Alternative wäre, die im Deutschen Bundestag von heute auf morgen durchgesetzt werden könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Aber der Staat braucht schon auch noch Geld! – Heiterkeit der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die wichtigste Aussage des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung lautete aus meiner Sicht, der Staat müsse zurückgenommen werden, der Staat müsse sich selbst zurücknehmen. Ich stimme dem ausdrücklich zu.

(Abg. Zeller SPD: Dann fangt doch mal selber an! – Abg. Stickelberger SPD zu Abg. Zeller SPD: Das Amt von Frau Fauser! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Das wäre das Erste!)

Wir haben auf der Ebene einer europäischen Verfassungsordnung damit begonnen. Hier sind entscheidende Wegmarken gesetzt worden. Wir haben in diesem Sommer alle miteinander diese Wegmarken gewürdigt. Jetzt muss die Chance der Föderalismuskommission genutzt werden, eine Jahrhundertchance. Wir müssen in Deutschland im Verhältnis des Bundes zu den Ländern von der organisierten Verantwortungslosigkeit wegkommen und zu einer Entflechtung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten kommen. Wir müssen wieder klar die Frage beantworten: Wer ist in unserem Lande wofür verantwortlich?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dazu müssen die Mischfinanzierungen abgebaut werden – ich unterstreiche das voll, was hierzu gesagt wurde –, dazu müssen die Zuständigkeiten der Länder und insbesondere der Landtage gestärkt werden.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Dazu ist es notwendig, dass wir von dem Kooperationsföderalismus, den wir bisher hatten, wieder stärker zu einem Wettbewerbsföderalismus kommen.

Meine Damen und Herren, wenn wir dies nicht tun, wenn wir diese Chance nicht nutzen und wenn wir nicht binnen Jahresfrist zu einer Novellierung, zu einer Änderung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern kommen, dann droht unser Staat handlungsunfähig zu werden, reformunfähig zu werden. Denn egal, wie die politische Couleur auch aussieht: Der Bundesrat blockiert den Bundestag, die Länder können keine eigenständige Politik mehr betreiben, und die Gemeinden hängen am Tropf von Bund und Ländern. Wir müssen von dieser dramatischen Fehlentwicklung des Föderalismus wegkommen. Diese Föderalismusreform ist eine riesige Chance. Vielleicht ist es die letzte in den nächsten 10, 20, 30 Jahren. Ich kann nur alle Mitglieder dieser Föderalismuskommission aufrufen, die Chance zu nutzen. Wir müssen dieser Föderalismusreform zum Erfolg verhelphen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Drexler und Stickelberger SPD)

Ich hoffe sehr, dass bei dieser Föderalismusreformdiskussion ein Grundgedanke zumindest am Rande, vielleicht später auch im Zentrum mitspielt. Das ist der Gedanke, dass wir im Grunde mit dem, was von Ministerpräsident Teufel und anderen Ministerpräsidenten in Sachen Länderfinanzausgleich unterschrieben worden ist, nicht zufrieden sein können. Wir müssen erkennen, dass diese Länderfinanzausgleichssysteme zwar notwendig sind – wer möchte dies bestreiten –, aber auch eine Fehlentwicklung darstellen. Die

(Pfister)

Fehlentwicklung ist, dass derjenige, der Eigeninitiative wagt, bestraft wird und eine Tendenz zur Gleichmacherei besteht. Diese Tendenz ist falsch. Beim Länderfinanzausgleich muss es viel stärker als bisher dazu kommen, dass diejenigen, die sich in besonderer Weise anstrengen, dafür nicht bestraft werden, sondern eine Belohnung erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Was auf europäischer Ebene richtig ist, was in der Zukunft hoffentlich im Verhältnis von Bund und Ländern richtig ist, das muss natürlich auch im Land Baden-Württemberg gelten. Meine Damen und Herren, wir dürfen bei der Verwaltungsreform nicht dabei stehen bleiben, staatliche Verwaltung so effizient wie möglich zu organisieren und im Zuge der Eingliederung der Sonderbehörden in die Regierungspräsidien bzw. in die Landratsämter eine ehrgeizige, aber durchaus realistische Effizienzrendite zu erwirtschaften. Dies ist wichtig, und dazu stehen wir. Aber wir dürfen dabei nicht stehen bleiben, sondern wir müssen gleichzeitig daran arbeiten, Aufgabenkritik zu betreiben, Aufgaben abzugeben und gelegentlich auch für überflüssig zu erklären,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zuständigkeiten auf die kommunale Ebene zu verlagern, Standards zu überprüfen

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und wo immer möglich Aufgaben zu privatisieren. Effizienzrenditen zu erwirtschaften ist das eine. Das ist richtig, das müssen wir machen. Aber die Aufgabenkritik ist die andere Seite der Medaille. Beides gehört untrennbar zusammen. Wir als Freie Demokraten werden uns sehr darum bemühen, dass auch Aufgabenkritik betrieben wird. Denn wer echte Aufgabenkritik macht und die richtigen Konsequenzen zieht, der wird die Effizienzrendite von 20 % leichter tatsächlich erwirtschaften können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Abg. Stickelberger SPD: Konkret wo?)

Der Ministerpräsident – ich will ihn noch einmal zitieren – sagt, der Staat müsse sich zurücknehmen. Diesem Ansatzpunkt folgt die Justizreform. Diese Justizreform wollen wir gemeinsam mit der Verwaltungsreform umsetzen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir wollen die Justiz auf die Kernaufgaben beschränken, die zwingend in hoheitlicher, staatlicher Trägerschaft wahrgenommen werden müssen. Wir wollen überall dort, wo dies möglich, sinnvoll und sachgerecht ist, Aufgaben privatisieren oder aber auch an freie Träger abgeben. Das gilt für die Notariate, das gilt für die Handels- und Genossenschaftsregister, das gilt für die Bewährungshilfe, und das gilt nach unserer Überzeugung auch für das Gerichtsvollzieherwesen.

Der Staat müsse sich zurücknehmen, sagt der Ministerpräsident. Der Staat muss sich zurücknehmen, sage auch ich, denn nur dadurch werden die Stellenpläne dauerhaft entlas-

tet, nur dadurch wird es möglich, dass die riesigen Pensionslasten, die ungebremst auf uns zukommen, zumindest gemildert werden. Allein durch das Beschwören dieser Pensionslasten – bis zum Jahr 2040 8,5 Milliarden €; ich sage es noch einmal: 8,5 Milliarden € – wird es nicht besser, sondern man muss konkret handeln. Ich bin der Justizministerin dankbar, dass sie als erste Justizministerin in einem großen Schritt wirklich einen konkreten und praktikablen Vorschlag vorgelegt hat, um die Stellenpläne, aber auch diese riesigen Pensionslasten wenigstens ein Stück weit in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates, ebenso Polizei und Justiz und natürlich auch Bildung und Wissenschaft.

Meine Damen und Herren, gerade im Bereich von Bildung, Schule, Wissenschaft und Forschung kann das Land Baden-Württemberg eine echte Erfolgsbilanz vorlegen. Unsere Hochschulen stehen im nationalen und internationalen Wettbewerb. Die Hochschulreform und die Hochschulmedizinreform haben dazu beigetragen, dass die Strukturen in einer Weise verändert worden sind, dass sie diesem Wettbewerb gewachsen sind.

Diese Hochschulreform trägt Früchte: mehr Autonomie, weniger Bürokratie, globalisierte Haushalte, leistungsbezogene Mittelzuweisungen und mehr Wettbewerb. Zwischen den Bildungseinrichtungen muss in der Zukunft viel stärker auch ein Wettbewerb stattfinden. Wo steht geschrieben, dass es in einer freien Gesellschaft nicht in fast allen Lebensbereichen Wettbewerb geben darf? Also muss in Zukunft auch der Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen verstärkt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat in verschiedenen Studien den baden-württembergischen Universitäten und Hochschulen führende Plätze zugewiesen. Qualität durch mehr Autonomie, Qualität durch mehr Wettbewerb, das, meine Damen und Herren, sind urliberale Motive. Ich kann Ihnen sagen, wir werden diese Erfolge nicht als Ruhekiten nutzen, sondern es wird – ganz im Gegenteil – zum 1. Januar 2005 eine Fortführung dieser Hochschulreform geben. Der Ministerpräsident kann sich darauf verlassen, dass wir genau das tun, was er fordert, nämlich staatliche Vorgaben auf das notwendige Mindestmaß zurückzuführen, die Autonomie der Hochschulen mutig zu stärken und sich auf die hochschulübergreifende Steuerung zu beschränken. Genau das ist der richtige Weg.

Ich sage allerdings – schade, dass der Herr Wissenschaftsminister nicht da ist; aber ich sage es auch so –: Wer zur Autonomie der Hochschulen Ja sagt, der muss auch Ja sagen zu einer Verschlinkung der Wissenschaftsbürokratie. Beide Dinge gehören untrennbar zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wem sagen Sie das? Sie sind doch an der Regierung! – Abg. Stickelberger SPD: „Mea culpa“!)

(Pfister)

– Warten Sie ab, Herr Kollege Kretschmann. Sie dürfen davon ausgehen, dass ich das, was ich hier gesagt habe, auch so meine, wie ich es gesagt habe, und dass ich alles tun werde, um die Wissenschaftsbürokratie in dieser Größenordnung ein Stück weit zurückzufahren. Das müssen wir dringend tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir brauchen nicht nur gute Plätze bei den Hochschulrankings – der Ministerpräsident hat davon gesprochen: erste Plätze mit hervorragenden Noten –, sondern wir brauchen auch noch mehr Wettbewerb.

Ich will Ihnen sagen, dass ich überhaupt nicht mit der Diskussion einverstanden bin, die wir im Zusammenhang mit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen geführt haben. Ich sage, diese Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen ist ein bürokratisches Monstrum. Es muss so schnell wie möglich im Papierkorb verschwinden. Ich will nicht, dass durch bürokratische Monstren Studierende zugewiesen werden, dass sie von Passau nach Hamburg verschickt werden und umgekehrt. Ich will eine Situation, in der wir den Hochschulen die Möglichkeit geben, sich die Studierenden selbst auszusuchen, und möchte im Gegenzug den Studierenden die Möglichkeit geben, sich die Hochschule ihrer Wahl auszusuchen. Das ist liberaler und letzten Endes auch effizienter, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Thema Studiengebühren: Liebe, verehrte Frau Ute Vogt: „Welcome to the Club!“, kann ich hier nur sagen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn sich bei der SPD jetzt ein Umdenken andeutet, dann soll es mir recht sein, denn bisher haben Sie die Möglichkeit einer Einführung von Studiengebühren blockiert, weil sie wegen des Hochschulrahmengesetzes nicht möglich war. Aber, wie gesagt: Willkommen im Klub!

Ich persönlich meine, wir sollten den Ländern nicht vorschreiben, Studiengebühren einzuführen. Das ist nicht der Punkt. Jedes Land kann tun und lassen, was es will. Aber diese Gängelung der Länder durch ein Hochschulrahmengesetz, in dem den Ländern vorgeschrieben oder verboten wird, dieses oder jenes zu tun, muss so schnell wie möglich verschwinden. Ich fordere Ute Vogt auf, bei ihrem Verein, bei den roten Brüdern und Schwestern, und auch bei den grünen Schwestern und Brüdern in Berlin dafür zu sorgen, dass dieses komische Gesetz endlich verschwindet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Stickelberger SPD: Wir sind kein Verein, sondern eine Partei! Sie sind auch kein Verein! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir wissen schon selbst, was wir tun müssen! – Weitere Zurufe)

Wissenschaft und Forschung als Motor gesellschaftlicher Entwicklung – ich möchte es anders formulieren und sage: Der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg ist letzten Endes die Voraussetzung für einen Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Es ist kein Zufall, meine Damen und Herren, dass wir in Baden-Württemberg die geringste Arbeitslosenzahl haben. Sie ist bei uns geringer als in Bayern. Das ist kein Zufall. Das hängt damit zusammen, dass wir in Baden-Württemberg sehr viel für die Förderung von Forschung und die Förderung neuer Technologien tun. Wir sind das Technologieland Nummer 1, das Land, das beim Bundespatentamt in München die meisten Patentanmeldungen zu verzeichnen hat. Wir sind das Exportland Nummer 1. Dieser Status, Exportland Nummer 1 zu sein, fällt übrigens nicht vom Himmel; auch dafür muss man etwas tun. Ich finde, dass die Außenwirtschaftspolitik des Landes und auch die Politik der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, der GWZ, ganz ausgezeichnet sind.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Noll FDP/DVP)

Wir sollten alles tun, damit die Außenwirtschaftspolitik des Landes und die Politik der GWZ auch in Zukunft erfolgreich sind; denn auf diese Art und Weise können wir unseren Status als Exportland Nummer 1 halten und damit natürlich auch viele Arbeitsplätze im Land Baden-Württemberg erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Der Döring muss noch mehr reisen, dann geht es dem Land noch besser! – Heiterkeit des Ministers Dr. Döring)

Wir sind das Technologieland Nummer 1, besser als die Bayern. Wir sind das Exportland Nummer 1, besser als die Bayern. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit und sind auch da besser als die Bayern. Ich füge hinzu: Jeder Tag, an dem Baden-Württemberg besser ist als Bayern, ist ein guter Tag für unser Land, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben in der Schulpolitik die Situation, dass die GEW-Bundesvorsitzende, Frau Stange, sagt, kein Land tue so viel für die Unterrichtsversorgung wie das Land Baden-Württemberg. Sie hat natürlich Recht. Wir bleiben dabei, wie versprochen, dass in dieser Legislaturperiode 5 500 Lehrerstellen geschaffen werden. Dabei bleibt es in dieser Legislaturperiode. Das ist ein riesiger finanzieller Kraftakt, aber solange die Schülerzahlen noch ansteigen, ist diese Maßnahme absolut gerechtfertigt. Wir machen viel, und zwar sowohl quantitativ als auch qualitativ: Fremdsprachen an den Grundschulen, Oberstufenreform, Stärkung der Kernfächer und damit auch Verbesserung der Studierfähigkeit. Wir beginnen in diesem Schuljahr mit der Stärkung der ökonomischen Bildung bereits ab Klasse 5, wir haben durch die Einführung von Praxissemestern die Lehrerbildung neu geordnet, und die FDP/DVP war lange Zeit die einzige Fraktion und die FDP lange Zeit die einzige Partei, die eine Verkürzung der Erstausbildungszeiten gefordert hat. Junge Leute müssen die Möglichkeit haben, früher in das Berufsleben einzusteigen. Das ist bildungspolitisch vernünftig. Das ist aber auch ein Beitrag für eine angemessene Altersversorgung.

Meine Damen und Herren, bevor ich über die Stellschraube, ob man erst mit 67 in Rente gehen soll, nachdenke, den-

(Pfister)

ke ich lieber über die Frage nach, ob es möglich ist, dass unsere jungen Leute schneller in das Berufsleben hineinkommen. Denn dies scheint mir der richtigere Weg zu sein.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen gibt es in Baden-Württemberg eine flexiblere, eine schnellere, eine frühere Einschulung; das kann dazu beitragen, dass junge Leute schneller in das Berufsleben kommen. Deshalb wird es ab dem nächsten Jahr ein achtjähriges Gymnasium geben. Deshalb werden wir die Eigenständigkeit unserer Schulen in pädagogischer und organisatorischer Hinsicht weiter stärken. Wir werden aber auch die Verwaltungsreform als eine Möglichkeit nutzen, den Schulen weitere Aufgaben zur eigenständigen Erledigung zu übertragen. Schließlich werden wir die Schulverwaltung verschlanken mit der Zielrichtung, in der Zukunft bei den Landkreisen statt klassischer Schulverwaltung pädagogische Dienstleistungszentren zu etablieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, kinderfreundliches Baden-Württemberg heißt: mehr Betreuungsangebote rund um die Grundschule, ergänzende Betreuungsangebote an Hauptschulen, Erhalt der Jugendsozialarbeit auf dem Stand des Jahres 2003 – um auch das richtig zu stellen –, mehr Ganztagsangebote an Hauptschulen.

Dann ist die PISA-Studie angesprochen worden. Natürlich stimmt es, dass wir im nationalen Vergleich gut dastehen. Aber das ist natürlich noch kein Grund dafür, mit allem zufrieden zu sein. Wenn Sie sich die PISA-Studie ansehen, fällt Ihnen auf, dass es einen Punkt gibt, der auch in Baden-Württemberg beachtet werden muss: Wir müssen die Bildungschancen insbesondere der Kinder verbessern, die einen Migrationshintergrund haben. Das ist die Frage des Kindergartens. Jetzt bitte ich Sie, in dieser Frage doch einigermaßen gerecht zu sein. Wir werden mit Mitteln der Landesstiftung – das stimmt – einsteigen und an den Kindergärten Sprachstandsdiagnosen für Kinder im fünften Lebensjahr durchführen und entsprechende Förderangebote machen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Freiwillig!)

Wir sind das einzige Bundesland, das dies in diesem Umfang macht. Ich finde, wir sollten froh sein, dass wir jetzt einen Anfang gemacht haben. Wir werden auf diesem Weg weitergehen. Aber ich will noch einmal feststellen: Wir sind im Augenblick das einzige Bundesland, das Sprachstandsdiagnosen durchführt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die anderen Bundesländer haben eine flächendeckende Förderung!)

Ziel muss sein, dass Kinder in der Zukunft nur noch dann eingeschult werden, wenn sie der deutschen Sprache mächtig sind. Diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir haben das Programm „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ immer auch als Programm für eine bessere

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstanden. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unerlässlicher Bestandteil einer modernen Familienpolitik.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Machen Sie doch einmal etwas!)

Dies trägt dazu bei, die Freiheit der Wahl zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen real zu gewährleisten. Eine Beschränkung dieser Wahl – also die Alternative: entweder Familienfrau mit dauerhaften beruflichen Nachteilen oder aber berufliche Karriere mit einem Verzicht auf Kinder – darf es in der Zukunft nicht mehr geben, meine Damen und Herren.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Diskutieren Sie das einmal mit dem Ministerpräsidenten! Überzeugen Sie davon den Ministerpräsidenten!)

Wir werden mit unserem Programm eine Menge dafür tun können, dass in der Zukunft Familie und Beruf besser vereinbar sind.

Die Finanzlage der Kommunen ist angesprochen worden. Ich kann dazu nur sagen, dass die Finanzlage der Kommunen infolge einer Fülle von Maßnahmen wie etwa der Zusatzbelastung durch steigende Ausgaben bei der sozialen Sicherung – sie sind meistens bundesgesetzlich geregelt – ganz prekär ist. Die Folge der Entwicklung ist klar: eine deutliche Erhöhung der Landeswohlfahrts- und der Kreisumlagesätze und vieles andere mehr; Sie kennen das.

Aber den Weg, der jetzt eingeschlagen worden ist, nämlich die Finanzlage der Kommunen dadurch zu verbessern, dass eine so genannte Revitalisierung stattfindet, das heißt, dass die freien Berufe in die Gewerbesteuer gezwungen werden, halten wir für einen schlichten Irrweg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Diesen Weg werden wir nicht mitmachen. Sie kennen unser Modell einer Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer bzw. an der Einkommensteuer. Dieses Modell ist deshalb vernünftig, weil die Kommunen damit mehr Planungssicherheit haben und weil damit verlässlicher geplant werden kann.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wo bleibt das Hebe-recht?)

Das Problem ist aber – das gebe ich zu –, dass das Modell einen Nachteil hat. Es hat den Nachteil, dass es bis zum 1. Januar 2004 mit Sicherheit nicht verwirklicht werden kann. Die Kommunen brauchen aber sofort Hilfe.

Deswegen ist es richtig, dass wir die Zwischenlösung, die befristete Zwischenlösung finden, den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 % zu erhöhen und die Gewerbesteuerumlage, die erhöht worden ist, wieder abzusenken. Wenn wir dies tun, können wir den Kommunen bereits zum 1. Januar 2004 beachtlich helfen. Dies ist übrigens auch der Koalitionsbeschluss, und wir werden die-

(Pfister)

sen Weg gehen. Meine Damen und Herren, wir müssen den Kommunen sofort helfen, und wir werden diese beiden Maßnahmen als Sofortmaßnahme vorschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk
CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was mich ärgert – das will ich jetzt auch noch sagen; der Herr Ministerpräsident hört zu –, ist Folgendes: Mindestens an jedem Sonntagvormittag wird von Politikern aller Couleur – von der „Bundesliga“ bis zur „Kreisklasse“ – das Konnexitätsprinzip des Staates beschrieben. Dieses bereits in der baden-württembergischen Landesverfassung verankerte Konnexitätsprinzip ist natürlich richtig: Wer bestellt, muss auch bezahlen. Wenn aber die Bundestagsfraktion der FDP am Freitag vor acht Tagen im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Abstimmung stellt, der die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz wünscht, und dazu nicht nur Rot-Grün, sondern auch die ruhmreiche Fraktion der CDU Nein sagt, dann kann ich dies allerdings nicht verstehen. Das ist auch nicht vertrauenswürdig gegenüber den Gemeinden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der FDP/
DVP und des Abg. Hillebrand CDU)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal deutlich machen, dass ich die vorgezogene Steuerreform will. Das ist einer der Punkte, die in diesem Reformherbst anstehen. Ich will aber auch unterstreichen: Eine vorgezogene Steuerreform allein wird die erforderlichen Wachstumsimpulse nicht erbringen. Ich halte es für mindestens ebenso wichtig, dass zu einer Steuerentlastungspolitik auch noch in großem Umfang eine Deregulierung des Arbeitsmarkts – beispielsweise Lockerung des Kündigungsschutzes, Auflockerung von Tarifkartellen oder Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme – hinzutritt. Beides gehört zusammen, und beides kann selbstverständlich dazu führen, dass wirtschaftliche Impulse ausgelöst werden.

Meine Fraktion jedenfalls will einerseits eine vorgezogene und andererseits eine grundlegende Steuerreform. Wir sind dazu bereit – ich will das noch einmal ausdrücklich sagen –, die Steuerreform in großem Umfang auch durch Subventionsabbau zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, Dezentralität und Subsidiarität sind die Ansatzpunkte, von denen wir glauben, dass sie genutzt werden müssen, um die Probleme der Zukunft zu lösen. Mehr Autonomie und Eigenständigkeit, mehr Wettbewerb, der Mut zur Leistung und zur Eigenverantwortung – das ist unser liberales Credo. Wir wollen Begabung und Leistung fördern. Wir wollen, dass Verantwortung übernommen wird, dass nicht alles Heil vom Staat erwartet wird, sondern dass selbst zugepackt wird. Wir wollen Leistung durch Wettbewerb, verantwortete Freiheit. Das ist unser gesellschaftspolitisches Leitbild. Wir wollen daran arbeiten, dass es so schnell wie möglich noch stärker gesellschaftliche Wirklichkeit wird.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, glaube ich sagen zu können: Diese Halbzeitbilanz lässt unter dem Strich die Feststellung zu: CDU und FDP/DVP können in der Mitte

dieser Legislaturperiode auf eine erfolgreiche Halbzeitbilanz verweisen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir leben sehr gern in Baden-Württemberg. Da haben Sie völlig Recht. Aber der Grund dafür ist, dass wir dieses Land lieben – und nicht Sie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich liebe bloß
meine Frau! – Abg. Hofer FDP/DVP: Liebe deinen
Nächsten!)

Der Wähler hat uns hier in die Opposition gestellt. Diese Aufgabe haben wir anzunehmen, und wir nehmen sie mit allem Ernst an. Wir haben die Aufgabe, Sie zu kontrollieren und zu kritisieren. Das werden wir mit der gebotenen Konstruktivität und Härte auch tun.

(Beifall bei den Grünen)

Deutschland befindet sich in einem tief greifenden Umbruchprozess. Tief greifende Reformen sind angesagt und werden auch durchgeführt. Die Gründe sind bekannt: Globalisierung, Bevölkerungsentwicklung, die ökologische Krise, die Krise der öffentlichen Haushalte

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

und die Krise der Wirtschaft, die wir zurzeit erleben.

Das bedeutet: Wir brauchen einen tiefen Strukturwandel. Dieser Strukturwandel verunsichert die Leute, weil Bewährtes abgeschafft bzw. geändert wird. Den Leuten ging es unter dem bestehenden System ja sehr lange gut. Am auffälligsten wird das bei den sozialen Sicherungssystemen. Wir müssen auch feststellen, dass die Reformbereitschaft der Bevölkerung oft nur oberflächlich ist. Deswegen ist es schwierig und verläuft es nicht ohne Reibungsverluste, solche tief greifenden Reformen durchzuführen.

Aber ich bin überzeugt: Wenn wir die Lebensqualität in Deutschland nicht nur an der Häufigkeit und der Entfernung von Urlaubsreisen messen, muss es uns in Zukunft keineswegs schlechter gehen. Die Vision einer aktiven und solidarisches, der Nachhaltigkeit verpflichteten Bürgergesellschaft in einem großen Europa mit seinen vielfältigen Regionen und Städten sowie seinem kulturellen Reichtum ist attraktiv. Die Welt wird komplizierter, aber auch interessanter. Wir haben große und schwierige Aufgaben vor uns, aber sie fordern uns auch heraus, und diese Herausforderung wollen wir gern annehmen. Deswegen müssen wir das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft neu ordnen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Doch weniger
Markt?)

(Kretschmann)

Die Bürgerinnen und Bürger werden in Zukunft mehr Geld für die wichtigen Dinge des Lebens wie Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge ausgeben müssen. Sie werden mehr Eigenverantwortung tragen müssen. Aber dasselbe gilt auch für den Staat. Er muss fragen, wo seine Kernkompetenzen und seine Kernaufgaben sind. Dort muss er die knappen Ressourcen bündeln und sich vom lieb gewordenen Verteilen von Geldern verabschieden.

Deswegen muss die Politik zuallererst einmal ihren Stil ändern, und gewiss ist es nicht der Stil Ihrer eben vorgetragenen Regierungserklärung, mit dem wir die Bevölkerung mitnehmen können.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Sie haben hier ein totales Schwarz-Weiß-Bild gemalt: Das Böse kommt aus Berlin, das Gute kommt aus Stuttgart.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe bei der CDU)

Ich glaube, mit dieser banalen Weltsicht

(Abg. Drexler SPD: Er ist aber überzeugt!)

kommt man nicht weiter und mit Schuldzuweisungen an die jeweils andere Ebene auch nicht. Man kommt auch nicht weiter, wenn man die Fehler, die man selber in der Vergangenheit gemacht hat – Sie regieren immerhin 50 Jahre hier –, nicht annimmt und auf sich nimmt, sondern immer nur auf andere schiebt. Man kommt auch nicht weiter, wenn man bei den Wahrheiten – wir müssen den Leuten reinen Wein einschenken; keine Frage – immer nur die angenehmen Teile anspricht und die unangenehmen Teile weglässt – was Sie, Herr Teufel, ja mit großer Meisterschaft beherrschen – oder wenn man ganze Problembereiche wie die Ökologie einfach ausblendet, was Sie ja auch in Ihrer Regierungserklärung getan haben. Das Wort „Ökologie“ oder das Wort „Umwelt“ kam darin ja überhaupt nicht vor.

(Beifall bei den Grünen)

Die von Sozialdemokraten und Grünen getragene Bundesregierung hat mutige Reformschritte eingeleitet. Diese kamen vielleicht etwas spät; das geben wir zu. Das lag, glaube ich, nicht an uns Grünen. Aber jetzt werden diese Reformschritte kraftvoll eingeleitet. Da von „Stillstand“ in Berlin zu reden ist einfach nur Blindheit und Polemik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie dagegen haben in der Opposition in Berlin sechs Jahre gebraucht, bis endlich einmal Vorschläge auf den Tisch kamen. Sechs Jahre lang haben Sie immer nur Nein gesagt; das war Ihre ganze Oppositionspolitik. Frau Merkel hat erst vor vier Wochen einmal gewagt, zu sagen, was sie eigentlich möchte. Und siehe da: Wie hat die ganze Republik sie doch dafür bewundert, dass sie nicht nur herumtaktiert, sondern endlich einmal sagt, was sie will. Und schon seht ihr von der Union, welche Schwierigkeiten auch ihr habt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Kakophonie!)

Die Herzog-Kommission hat getagt – Sie haben ja zuvor immer gegen die Kommission polemisiert – und hat uns jetzt zum Beispiel die Kopfpauschale beschert. Darüber kann man natürlich, wie über alles, reden. Aber von einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen auszugehen, bei der jeder über 250 € hinlegen muss und bei der klar ist, dass der Staat riesige Transferleistungen erbringen muss, um das sozial ausgewogen hinzubekommen, und dann nicht zu sagen, wo diese fast 30 Milliarden € herkommen sollen, das ist schon ein starkes Stück, so eine Debatte zu eröffnen.

(Beifall bei den Grünen)

Bei den öffentlichen Finanzen, die wir haben, ist das wirklich ein starkes Stück.

Sie, Herr Kollege Oettinger, haben ja jetzt noch einmal Ihr Steuermodell verteidigt und gesagt, dass Sie den Steuersatz gegenüber Kirchhof von 25 % auf 36 % erhöhen wollten. Die Differenz haben Sie aber gleich zweimal verbraten: Einmal haben Sie gesagt, die 36 % kommen daher, dass Sie ja die Gewerbesteuer abschaffen wollten. Sie finanzieren damit Ihr „Aufsetzermmodell“ auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer. Dann haben Sie dasselbe zum zweiten Mal für die Mehrkosten der Kopfpauschale verbraten. Das ist jedenfalls keine seriöse Art und Weise, solch riesige Reformprojekte finanzieren zu wollen.

Das ist ganz typisch, Herr Ministerpräsident: Man stellt irgendein Reformprojekt dar, stellt aber nur die positiven Seiten dar. Über die negativen Seiten lässt man sich überhaupt nicht aus. Dann wundert man sich, wenn das hinterher nicht funktioniert. Das ist genau die Politik, die Sie machen.

Bei dem, was Sie jetzt so sehr bewegt, nämlich die Steuerreformvorschläge von Kirchhof, ist es ähnlich. Diese sind nämlich nicht neu. Der CDU-Abgeordnete Uldall hat sie schon vor Jahren ins Gespräch gebracht. Diese Vorschläge geistern überall herum. Diese Pläne sind im Ziel unterstützenswert; daran gibt es gar keinen Zweifel. Mehr Transparenz, weniger Regeln, weniger Ausnahmen, niedrige Steuersätze, dafür eine breitere Bemessungsgrundlage, mehr Steuergerechtigkeit – das alles geht in die richtige Richtung.

Aber diese Vorschläge haben auch Pferdefüße. Der größte Pferdefuß ist, dass die hohen Einkommen sehr viel stärker entlastet werden als die niedrigen. Wenn man jetzt weiß, dass in unserem Einkommensteuersystem die obere Spitze den Großteil der Einkommensteuer finanziert, dann weiß man, dass das wahrscheinlich zu gigantischen Steuerausfällen führt. Wie wollen Sie bei einem solchen Modell die notwendigen öffentlichen Aufgaben finanzieren? Die Antwort hierauf muss man doch bringen, wenn man so ein Modell in die Welt setzt und propagiert, das im Übrigen ja nicht neu ist.

Wir sind selbstverständlich gesprächsbereit. Eine Steuerreform muss auch in diese Richtung gehen. Aber solche Reformen können nicht erfolgreich sein, wenn man den Leuten nicht offen sagt, was da für Pferdefüße dran sind.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

(Kretschmann)

Das dritte Beispiel, das ich nennen möchte, ist die Gemeindefinanzreform. Kollege Oettinger ist jetzt nicht da. Es ist auch eines seiner Lieblingsthemen, das „Aufsetzermode“ des BDI zu propagieren. Auch dagegen kann man beim ersten Blick zunächst einmal nichts einwenden. Warum soll man die Steuern nicht in einer solchen Weise erheben?

Aber der zweite Blick zeigt, dass wir bei diesem Modell ein riesiges Stadt-Umland-Problem haben. Da die Steuern nach Einkommen und Wohnsitz erhoben werden, müssen die Städte hohe Steuersätze erheben. Die Leute ziehen dann ins Umland. Die Städte müssen aber die Infrastrukturleistungen erbringen. Wie soll so etwas funktionieren?

Kürzlich habe ich mit dem Oberbürgermeister von Crailsheim gesprochen. Bei der Einkommenssituation, die wir im ländlichen Raum haben, müssten die Städte ihre Steuersätze gegenüber dem mittleren Neckarraum verdreifachen. Das muss man sich einmal vorstellen. Das sind die dicken Pferdefüße dieses Reformvorschlages.

Da Sie dazu nichts gesagt haben, hat das natürlich nicht funktioniert. Ihre eigene kommunale Basis ist Ihnen von der Fahne gegangen und unterstützt unser Modell.

(Abg. Drexler SPD: Die sagt etwas ganz anderes!)

Das ist genau die Art und Weise von Politik, mit der wir hier nicht weiterkommen: immer irgendwelche Modelle zu verkünden und immer nur die schöne Seite dieser Modelle zu propagieren und die andere nicht.

Viertes Beispiel: Föderalismusreform. Wir sind uns da im Großen und Ganzen einig.

(Abg. Drexler SPD: Aber!)

Aber Sie wissen doch, dass es gar nichts nützt, wenn wir uns hier im Landtag von Baden-Württemberg einig sind, während die östlichen Bundesländer dabei die Angst haben, dass sie beim Wettbewerbsföderalismus unter die Räder kommen.

(Abg. Drexler SPD: Mit solchen Reden, wie er sie hält! Unglaublich!)

Damit kommen wir keinen Schritt weiter. Solche Reden, wie Sie sie führen, dass das Land Baden-Württemberg keine Schulden hätte, wenn es keinen Länderfinanzausgleich gäbe,

(Abg. Drexler SPD: Das bringt so etwas!)

müssen doch bei den Vertretern der östlichen Länder die Alarmsirenen läuten lassen und sie zu der Ansicht kommen lassen, dass Sie offensichtlich aus der Solidarität der Bundesländer aussteigen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der beste Reformvorschlag kann doch nicht funktionieren, wenn man nicht jeweils auch die andere Seite mit beachtet. Genau darauf wird es bei der Föderalismusreform ankommen. Diese Erfahrung haben Sie ja im Europäischen Kontext gemacht. Freilich brauchen wir einen Gestaltungsfö-

deralismus. Ich sage ja: Zwischen uns bestehen in dieser Frage so gut wie keine großen Differenzen hier im Landtag. Die Frage ist aber, wie wir erreichen, dass die neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung, über die wir uns alle gefreut haben, in einem solchen Wettbewerb Chancengleichheit haben. Das ist die Frage, die wir beantworten müssen. Nur wenn wir sie beantworten können,

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie mit!)

können wir auch zu einem tief greifenden Reformprozess im Föderalismus kommen, bei dem mehr an eigenen Zuständigkeiten an die Länder geht und dafür im Bundesrat mehr an den Bund. Genau so müssen wir heute Politik machen.

(Beifall bei den Grünen)

Es hat also keinen Sinn, immer nur schwarz-weiß zu malen, wie Sie das in Ihrer ganzen Regierungserklärung gemacht haben. Wir müssen in einer komplexen Welt den Leuten klar machen, dass es die Königswege einfach nicht mehr gibt. Jeder Vorschlag, den wir heute machen, hat auch Nachteile. Auch die müssen wir den Leuten verklickern und dann abwägen, welches der Reformvorschlag mit den größten Vorteilen und den geringsten Nachteilen ist. Nur so kommen wir in eine Debatte, die die Bürger auch verstehen und wo sie mitgehen können.

Jetzt komme ich zum ersten großen Gebiet, bei dem ich finde, dass Sie gar nicht zu Ihrer Verantwortung stehen. Das ist der baden-württembergische Landeshaushalt. Eichel wird von Ihnen in der Debatte als Bankrotteur bezeichnet.

(Abg. Wieser CDU: Wie soll man es denn anders sagen?)

Ihre Fraktion fordert im Bundestag seinen Rücktritt, aber dass Sie hier selber die größte Nettoneuverschuldung in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg gemacht haben, das ist Ihnen einfach kein Wort wert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Es gibt doch Zusammenhänge! Die Einnahmestaltung ist doch Bundessache! – Abg. Wieser CDU: Das ist doch ein Eichel-Loch!)

Wenn dem Bund die Steuereinnahmen aufgrund der Konjunktur wegbrechen, sind es dort Versager und Bankrotteure, und wenn sie Ihnen wegbrechen, sind Sie Helden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Ihre Begründung ist doch falsch! – Abg. Fleischer CDU: Wir hängen doch an dem Eichel dran!)

Das ist doch wirklich höchst merkwürdig. Sie haben die größte Nettoneuverschuldung produziert.

(Abg. Fleischer CDU: Aber warum?)

Sie sind hier seit 50 Jahren an der Regierung.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Immer mehr Schulden habt ihr gemacht!)

(Kretschmann)

Sie stellen seit 50 Jahren den Finanzminister, und Sie haben nicht vorgesorgt, um jetzt in einer Situation mit geordneten Finanzen zu sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich behaupte ja nicht, dass Sie Bankrotteure sind. Das behaupte ich nicht.

(Abg. Drexler SPD: Noch nicht!)

Ich halte das für einen schwachsinnigen Vorwurf, weil die Gründe für die gegenwärtige Situation bekannt sind.

(Abg. Fleischer CDU: Sie kennen doch die finanzpolitischen Zusammenhänge! Wir haben die Folgen der Eichel'schen Pleite auszuhalten!)

Dass Sie die Verantwortung dafür, dass Sie nach 50 Jahren hier keinen Haushalt mit soliden Finanzen hinterlassen, nicht übernehmen, das muss doch wirklich einmal eine Kritik wert sein.

(Beifall bei den Grünen)

Seit 30 Jahren lebt das Land Baden-Württemberg über seine Verhältnisse. Seit 30 Jahren sind wir in einer Situation, in der wir strukturell keinen ausgeglichenen Haushalt haben. Wir haben Ihnen bei den Beratungen zum letzten Nachtragshaushalt nachweisen können

(Abg. Fleischer CDU: Wenn wir Ihre Forderungen erfüllt hätten, wären die Schulden doppelt so hoch!)

– jetzt hören Sie einfach einmal zu, Herr Kollege –, dass wir selbst bei einem guten Wirtschaftswachstum von 2 % ein strukturelles Haushaltsdefizit von ca. 4 Milliarden € hätten. Das heißt, auch bei gutem Wirtschaftswachstum hätten wir keinen ausgeglichenen Haushalt. Dass jetzt die Steuereinnahmen so wegbrechen, verschärft natürlich die Situation. Das ist ja gar keine Frage. Sie tragen doch die Verantwortung dafür, dass Sie in den letzten 30 Jahren hier eine Haushaltspolitik gemacht haben, die ein strukturelles Defizit erzeugt hat. Wenn wir das nicht hätten, dann könnten wir die jetzigen Einbrüche ganz anders verkraften. Das ist einfach eine Tatsache.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Die maßvoller waren als in allen rot-grün regierten Ländern!)

Wenn nicht Sie, wer soll denn dann die Verantwortung dafür übernehmen? Das frage ich Sie.

Wir werfen Ihnen das ja nicht nur immer vor, sondern wir selbst haben bei den letzten Haushaltsberatungen um 100 Millionen € höhere Einsparungen gefordert als Sie. Das als kleine Oppositionsfraktion! Das muss man hier einmal festhalten.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU)

Wir betreiben eine konstruktive Oppositionspolitik.

(Abg. Kurz CDU: Auf dem Papier!)

Sie müssen einmal die Verantwortung übernehmen und dürfen in Ihrer Rede nicht dauernd alles nach Berlin schieben, als hänge es von dort ab, wie die Konjunktur läuft. Das ist doch einfach ein Märchen.

(Abg. Fleischer CDU: Dort sitzt doch die Ursache! – Abg. Drexler SPD: Wir sind ein eigenständiges Land! Ihr wollt doch die Kopfpauschale ausgleichen, nicht wir! 27 Milliarden! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Pfister FDP/DVP und Wieser CDU)

– Wenn ihr weiter schreit, gibt es noch mehr.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sind wir für die Konjunktur zuständig? – Abg. Wieser CDU: Das eine ist Papier, das andere ist Geld!)

Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident – ich komme noch einmal auf den Bund zurück –: Was Sie wieder bei der Rente losgelassen haben,

(Abg. Drexler SPD: Ist unverantwortlich! – Abg. Wieser CDU: „Bei der Rente“!)

ist völlig unverantwortlich.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr richtig!)

Jeder weiß, dass aufgrund der Konjunkturerbrüche ein unglaublicher Druck auf die Rentenkasse entsteht und wir vor der Situation stehen, die Beiträge erhöhen zu müssen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Punkt!)

Das zu verhindern ist doch wohl allererstes Gebot bei der Arbeitsplatzsituation, die wir haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden! – Abg. Wieser CDU: Hättet ihr doch die Ökosteuern genommen, verdammt noch mal! Ihr habt doch die Ökosteuern erhöht! Das ist doch wahr!)

Wir müssen verhindern, dass die Lohnnebenkosten weiter steigen.

(Unruhe)

Da unterscheidet sich übrigens meine Meinung auch klar von Ihrer, Kollege Oettinger.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Warum haben Sie den Demographiefaktor herausgeworfen?)

Ich glaube, dass das Problem der Lohnnebenkosten bei uns sehr viel gravierender ist als das der Steuern.

Was sagt Herr Teufel in dieser Situation? Teufel sagt in dieser Situation, eine Nullrunde sei nicht möglich, die Leute hätten 45 Jahre eingezahlt, man dürfe dies nicht einfach nach Belieben ändern – als würde man so etwas nach Belieben tun.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Was ist das für eine Botschaft? Das ist die Botschaft an die Rentnerinnen und Rentner: Euch darf gar nichts passieren!

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

(Kretschmann)

Ihr habt 45 Jahre eingezahlt, das ist der Generationenvertrag.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie fördern damit diesen Mythos, den die Leute natürlich zum großen Teil glauben: Sie zahlen in die Rentenkasse ein, und das ist die Einzahlung für die Rente, die sie später bekommen. Jeder weiß, dass das nicht stimmt. Die jetzt Aktiven zahlen denen, die jetzt in Rente sind, die Rente, aber nicht den späteren Rentnern.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Diesen Mythos fördern Sie durch eine solche unverantwortliche Rede.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Außerdem sagen Sie in Ihrer Regierungserklärung noch: Wir haben nicht zu viele ältere Menschen, wir haben zu wenig Kinder.

(Zuruf von der FDP/DVP: Das stimmt doch!)

Das ist so aber falsch. Wir haben zu wenig Kinder, wir werden aber auch alle sehr viel älter, und wir werden sehr viele alte Menschen haben. Das ist der Kern des demographischen Problems.

(Lebhafte Unruhe)

Da darf man doch nicht einfach sagen: Wir haben zu wenig Kinder.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! Natürlich ist das so!)

Selbst wenn wir genügend Kinder hätten, hätten wir ähnlich große Probleme.

(Abg. Drexler SPD: Zwar nicht so stark, aber das Problem wäre da!)

Das ist doch nun wirklich das kleine Einmaleins der Rentendiskussion.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Drexler SPD und Scheuermann CDU)

1990 gab es 20 Millionen Menschen über 60 Jahre in Deutschland, 2001 waren es 24 Millionen, und 2030 werden es 34 Millionen sein. Und die Zahl der über 80-Jährigen wird sich verdoppeln. Wenn Sie mit Ihrer Alles-Unheilkommt-aus-Berlin-Masche sagen,

(Anhaltende Unruhe)

die Rentenschwierigkeiten seien von der Bundesregierung verursacht, streuen Sie den Leuten Sand in die Augen, weil sie glauben, wenn eine andere Regierung käme, hätten wir überhaupt keine Probleme mehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Und man hätte mehr Kinder!)

Das ist das, was ich meine.

(Minister Dr. Repnik: Glauben Sie das, was Sie hier sagen?)

Dieser Politikstil kann in Zukunft nicht mehr funktionieren: dass wir Dinge, die jeder von uns weiß, nicht sagen, sondern nur in einer vordergründigen Polemik die Verantwortlichkeiten auf eine andere Ebene schieben.

Es war der Professor Miegel – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Repnik?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Wenn es unbedingt sein muss.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Repnik.

Abg. Dr. Repnik CDU: Herr Kretschmann, nur eine Frage: Halten Sie es für Polemik, wenn der Ministerpräsident sagt: „Wir haben zu wenig Kinder“? Ist das Polemik?

Unser Problem in der demographischen – –

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Die Frage ist: Ist die Aussage, dass wir zu wenig Kinder haben, dass die Kinderzahl zurückgegangen ist, Polemik? Haben wir nicht wirklich zu wenig Kinder? Und ist es Polemik, wenn man so etwas auch sagt?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Also! Danke! – Abg. Drexler SPD: Das hat er auch nicht kritisiert! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nicht aufgepasst! – Gegenruf des Abg. Dr. Repnik CDU: Natürlich habe ich aufgepasst!)

Das, was Sie sagen, ist nicht richtig.

Selbstverständlich haben wir zu wenig Kinder. Aber die höhere Lebenserwartung, von der wir alle profitieren – zumindest statistisch –, führt dazu, dass wir auch dann die demographischen Probleme hätten, wenn wir jetzt mehr Kinder hätten. Das ist genau das Problem.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Hätten! – Abg. Dr. Repnik CDU: Sie haben gesagt, es sei Polemik, zu sagen, wir hätten zu wenig Kinder!)

– Das ist überhaupt keine Polemik. Ich habe kritisiert, dass man hier mit Halbwahrheiten vor die Bevölkerung tritt, sie verunsichert und glauben macht, das Problem sei irgendwie lösbar, wenn jemand anders in Berlin an die Regierung komme.

Natürlich brauchen wir eine kinderfreundliche Politik. Natürlich müssen wir durch unsere Politik wieder Leute ermutigen, sich fortzupflanzen; das ist gar keine Frage.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Allerdings halte ich es auch für verstiegen, zu behaupten – wie Sie gesagt haben, Herr Ministerpräsident –, dass wir

(Kretschmann)

dafür sorgen könnten, dass die Leute Kinder zeugen. Das steht immer noch in ihrer eigenen Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit und Unruhe – Abg. Pfister FDP/DVP: Das möchte ich genauer wissen!)

Ich komme zum nächsten Beispiel. Bei der vorgezogenen Steuerreform ist die Masche doch haargenau die gleiche. Man sagt: „Ja, aber nicht mit so vielen Schulden.“ Die Bundesregierung macht Vorschläge für eine Gegenfinanzierung wie eine Kürzung der Entfernungspauschale, der Pendlerpauschale.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die müssen noch viel mehr machen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Ihr lehnt ja alles ab! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Nein!)

Der größte Neinsager ist sofort Ministerpräsident Teufel. Es hat doch gar keinen Sinn, zu sagen: „Wir stimmen dem Vorziehen der Steuerreform zu, aber nicht, wenn so viele Schulden gemacht werden“, wenn man nicht selber Vorschläge zum Abbau der Schulden macht oder die Vorschläge der Bundesregierung blockiert; alles andere grenzt doch einfach an Demagogie.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Das Werfen von Nebelkerzen muss einfach aufhören. Durch diesen Politikstil können wir die Bevölkerung nicht mitnehmen.

Wenn man in der Regierungserklärung selber sagt, die Belastungsfähigkeit der Bürger und der öffentlichen Hand sei an eine Grenze gestoßen, dann muss man das auch selber ernst nehmen. Ebenso gilt: Wenn man wie Sie behauptet, Bürger und Staat müssten aufhören, sich gegenseitig zu überfordern, kann man nicht, wenn es um die Leute geht, die man für die eigene Wählerschaft hält, den Eindruck erwecken, als sei noch ein Füllhorn vorhanden. Darum geht es. Das muss sich ändern. Dieser ganze Teil Ihrer Regierungserklärung war überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich wieder zum Haushalt. Sie haben 2 Milliarden € Schulden gemacht. Das ist die höchste Nettoneuverschuldung in der Geschichte des Landes. In Wirklichkeit weiß jeder, die Verschuldung ist noch viel größer. Sie beträgt nämlich 100 Milliarden €, wenn wir die Pensionslasten mit hinzurechnen und deren Barwert einstellen, wogegen sich der Finanzminister bisher ja beharrlich wehrt, obwohl es notwendig wäre, damit die Leute wissen, wie die Situation der Haushalte wirklich ist.

(Zuruf des Abg. Clemens Winckler CDU)

Was machen Sie jetzt in dieser Situation? Kollege Pfister, Sie haben gesagt, die Pensionslawine rolle auf uns zu, es habe aber keinen Sinn, sie immer nur zu beschwören.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

In der Tat. Was passierte bei der letzten Sitzung des Finanzausschusses? Als es bei der Behandlung des Sonderzulagengesetzes darum ging, zu verhindern, dass die Sonderzulagen in Zukunft altersruhegehaltstauglich werden, haben Sie dagegen gestimmt, und Sie haben auf Vorschläge des Beamtenbunds die Konstruktion genau so gestaltet, dass die Sonderzahlungen weiterhin ruhegehaltstauglich sind.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Doppelmoral!)

Das heißt: Sie tun nicht nur nichts gegen die Pensionslawine, sondern Sie fördern sie noch. Es ist, finde ich, ein unerhörtes Verhalten, in einer solchen Situation so zu handeln.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das kann niemand verantworten. Dass Sie einerseits eine soziale Abfederung für die kleinen Beamten in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8, die diese Kürzung wirklich unglaublich hart trifft – wenn man weiß, wie gering deren Besoldung ist –, abgelehnt haben, zugleich aber hinsichtlich der Ruhegehaltstauglichkeit die Gesetzgebung einfach durchziehen und unsere Anträge ablehnen und ignorieren, ist, finde ich, ein starkes Stück. Dann müssen Sie sich schon gefallen lassen, dass wir hier die aktuelle Haushaltssituation kritisieren, für die Sie verantwortlich sind.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Des Weiteren ist es ja so, dass die Finanzpolitik noch strotzt von Schattenhaushalten: Ich nenne etwa die Landesstiftung, die Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben. Wenn wir allein bedenken, dass sich die Verbindlichkeiten des Landes bei L-Bank und LEG zusammen auf beinahe 650 Millionen € belaufen, dann wissen wir, dass die Situation noch ein Stück schlimmer ist.

Die Forderung nach Subsidiarität, Herr Ministerpräsident, unterschreibt in diesem Haus jeder, aber nicht Ihre Ausführung. Was Sie jetzt wieder mit den Kommunen machen – das Land kürzt selbst 200 Millionen € mittels des kommunalen Finanzausgleichs und des Kommunalen Investitionsfonds –, ist in einer Situation, in der die Kommunen mit dem Rücken zur Wand stehen, wirklich unglaublich. Dann propagieren Sie noch den Kompromiss zur Gemeindesteuerreform, die Sie ausschließlich über eine Umsatzsteuerumlagerhöhung und eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage machen wollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hilft sofort!)

Aber Sie wissen doch, dass das voll auf die Landes- und Bundshaushalte zurückschlägt. Das ist die Sanierung einer Ebene voll auf Kosten der beiden anderen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wissen wir doch schon!)

Ist das denn die Perspektive? Unser Gewerbesteuermodell bezieht erstens mit einer breiteren Bemessungsgrundlage bei gewerbesteuerlichen Organschaften in ganz bescheidenem Umfang auch Leasingraten, Zinsen und Ähnliches mit ein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der falsche Weg!)

(Kretschmann)

Zweitens wird der Zahlerkreis erhöht. Das ist doch genau das, was man machen muss. Man braucht eben mehr Steuereinnahmen. Die bekommt man nur über eine breitere Bemessungsgrundlage. Dann kann man die Sätze insgesamt senken, sodass es für die Leute erträglich ist. Was soll es für einen Sinn haben, Reformen zu machen, bei denen sich eine Ebene auf Kosten der anderen saniert?

(Beifall bei den Grünen)

Zur Verwaltungsreform muss man noch einmal sagen, Herr Ministerpräsident: Seit zehn Jahren hat die Opposition in diesem Landtag die Verwaltungsreform gefordert. Sie haben sie dann in einer Nacht-und-Nebel-Aktion durchgesetzt. Die CDU-Fraktion hat montags davon erfahren, dienstags hat sie vier Stunden Zeit gehabt, darüber zu diskutieren, dann wurde das Konzept für die Verwaltungsreform durchgezogen. Wer so mit seinem eigenen Parlament umgeht, der muss auch einmal die Frage beantworten, wie glaubwürdig sein Eintreten in der Föderalismuskommission dafür sein soll, dass die Kompetenzen der Länderparlamente gestärkt werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich mache es kurz, es ist ja alles schon gesagt worden.

(Ministerpräsident Teufel: Ja!)

Die Konkretisierung des dauernd wiederholten Anspruchs, dass Aufgaben kommunalisiert werden, fehlt seit Monaten. Zu dem, was Kern einer solchen Reform sein sollte und genau dem Gedanken der Subsidiarität entspreche, nämlich zu kommunalisieren, liegen überhaupt keine Vorschläge auf dem Tisch.

Zweitens ist natürlich klar, da Aufgabenkritik und Vorschläge zur Aufgabenreduktion bisher nirgends vorgelegt wurden, dass unter diesen Bedingungen inzwischen auch die Landkreise befürchten, dass die 20-prozentige Effizienzrendite in keiner Weise einzuhalten ist und letztlich die Kommunen über die Kreisumlage zur Kasse gebeten werden. Diese Furcht ist mehr als verständlich. Sie haben den Nachweis zu führen, Herr Ministerpräsident, dass durch eine Aufgabenkritik und eine Aufgabenreduktion das, was Sie den Kommunen praktisch schon aufgedrückt haben, wenigstens theoretisch erfüllbar ist.

Sie müssen auch einmal erklären, wovon Sie in Ihrer Regierungserklärung sprechen: Die freien Träger kommen vor dem Staat. Welchen Sinn macht es dann eigentlich, die Landeswohlfahrtsverbände in die staatliche Verwaltung einzugliedern?

(Ministerpräsident Teufel: Ist das ein freier Träger?
– Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch kein freier Träger! – Zurufe von der CDU)

Welchen Sinn macht das nach dem Subsidiaritätsprinzip, wenn man sieht, wie ungleich die Behinderteneinrichtungen in den Kreisen, zum Beispiel in Oberschwaben, konzentriert sind? Dies ohne eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zu machen ist doch wirklich abenteuerlich.

(Minister Dr. Repnik: Das ist doch kein kommunaler Verband! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Ja, das ist mir bekannt.

An diesen Punkten zeigt sich, dass die Reform unausgegrenzt ist und an allen Enden aneckt. Warum? Weil Sie Ihr Reformkonzept hier einfach mit einer Überrumpelungsstrategie durchgezogen haben. Richtig wäre es natürlich, solche tief greifenden Reformen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu machen.

(Unruhe bei der CDU – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir brauchen eine Verwaltung, die mit den Bürgern zusammenarbeitet. Wir brauchen eine Verwaltung, die in die Bürgergesellschaft einbezogen ist. Das will ich noch einmal an einem Beispiel deutlich machen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir sind davon überzeugt, dass die Schule der Zukunft eine Schule sein wird, die in die Bürgergesellschaft und in die Kommune eingebettet ist. Wir sind davon überzeugt, dass wir die hohen Ziele, die wir uns vorgenommen haben – wie Sie gesagt haben: endlich auch in der Champions League spielen –, nur dann erreichen werden, wenn wir den Schulen Freiheit geben und ihnen damit auch die Verantwortung geben, Ziele, die wir setzen, selbst zu erreichen und umzusetzen.

Davon kann, glaube ich, bei Ihnen überhaupt keine Rede sein. Was Sie jetzt machen – aus 30 Schulämtern wieder 35, plus 9 in den Stadtkreisen –, bedeutet, Schulbehörden jetzt noch in Rechts- und Aufsichtsinstitutionen einzubinden. Das ist genau der falsche Weg. Wir brauchen nicht noch eine weitere Verrechtlichung der Schule. Wir brauchen mehr pädagogischen Freiraum und mehr Spielraum vor der Schule. Das ist genau die Vision, die man von einer Schule hat, die in der Bürgergesellschaft funktioniert.

(Beifall bei den Grünen)

Was wir aufgrund der tief greifenden Veränderungen in den Familienstrukturen, aber natürlich auch aus pädagogischen Gründen brauchen, sind mehr Ganztagschulen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Überall werden sie gefordert. Der Stuttgarter Gemeinderat und gestern der Bundesverband der Deutschen Industrie – also auch Leute, von denen man denkt, dass sie direkt zunächst einmal nicht so viel mit Schule zu tun haben – fordern mehr Ganztagschulen. Das ist das Gebot der Stunde für eine familienfreundliche Politik. Wir brauchen mehr Ganztagschulen und mehr Kleinkindbetreuung. Da müssten Sie endlich einmal weg von Ihrem Modell – Herr Kollege Oettinger hat das eigentlich schon angedeutet –, man könne immer nur Transferleistungen für die Familien gewähren.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Infrastruktur!)

Der Hauptknackpunkt bei der Frage, ob wir ein kinderfreundliches Land sind, liegt heute in der Vereinbarung

(Kretschmann)

keit von Familie und Beruf. Da stehen die Kleinkindbetreuung und die Ganztagsbetreuung im Vordergrund. Dort müssen wir die Mittel investieren.

(Beifall bei den Grünen)

Das heißt, wir müssen auch einmal überprüfen, ob wir nicht Teile des Landeserziehungsgelds in diesen Bereich umwidmen sollten, weil er einfach auf Nachfrage stößt und sehr viel wichtiger ist, als ihn die Landesregierung nimmt.

Ich komme zum

(Abg. Rech CDU: Schluss!)

letzten Punkt. Was fehlt in der Regierungserklärung eigentlich völlig? Ich habe es in meiner Einleitung schon gesagt: kein Wort zur Ökologie, kein Wort zur Nachhaltigkeit, kein Wort zur Umwelt. Das ist die große Leerstelle dieser Regierung. Sie blendet alle diesbezüglichen Probleme aus. Sie blendet zum Beispiel die Probleme durch den wachsenden Verkehr aus und läßt sie bei der Bundesregierung ab. Seit 1980 hat sich der Straßenverkehr auf den Hauptachsen im Land glatt verdoppelt.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ähnlich entwickeln sich die Zahl der Kraftfahrzeuge und die Kilometerleistung der Berufspendler. Dies hat vielfältige negative Konsequenzen für Mensch, Umwelt und die Wirtschaft im Land: von der Luftverschmutzung in den Städten bis hin zum Stau, der die Wirtschaft schädigt. Darüber verlieren Sie kein Wort.

Die Standardantwort, die Sie haben, verweist immer nur auf Berlin. Ihr Selbstlob für die Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr müsste aber eigentlich der Bundesregierung gelten, denn dort kommen die Gelder her, für die wir uns eingesetzt und krumm gelegt haben. Sie dagegen haben die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs fast auf null heruntergefahren.

Wenn man bei den Problemen, die wir haben, dann noch berücksichtigt, dass Sie unentwegt immer nur mehr Geld vom Bund fordern, der ja bekanntlich genauso wenig hat wie Sie, aber eine Absenkung der Pendlerpauschale, deren Höhe völlig unsinnig ist, ablehnen, dann ist das nicht mehr nachvollziehbar. Es ist nicht nachvollziehbar, dass man trotz knappster Haushaltsressourcen und trotz der Probleme, wie sie etwa der Berufspendlerverkehr mit sich bringt, weiterhin eine solche Fehlallokation zulässt.

Wenn man weiß, dass bei den Berufspendlern nur in jedem 15. Auto mehr als eine Person sitzt, dann ist klar, dass man auch hier etwas gegen das Verkehrsmengenwachstum tun kann, um den Verkehr zu entlasten, statt immer nur mehr Geld vom Bund zu fordern, obwohl Sie schon viel mehr bekommen haben als je unter einer Kohl-Regierung. Also, ich finde, das hat doch mit der Zeit wirklich etwas Kindisches.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Das ist eine Bevölkerungsallokation im Ballungsraum! –
Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Das hat keinen Sinn; das Geld ist nicht vorhanden. Bei dem riesigen Landverbrauch ist es ja auch ökologisch gar nicht

erträglich, dem Stau nur immer hinterherbauen zu wollen, statt wirklich einmal etwas für einen Stopp des Verkehrsmengenwachstums zu tun.

(Abg. Hauk CDU: Das wird dann die Landflucht in die Stadt!)

Die Ökologie kommt schon gar nicht vor, außer bei Ihrem Kampf gegen die Windkraft.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oh, oh!)

Ihr Kampf gegen die Windkraft und Ihre Forderung, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern, werfen das richtige Licht auf Ihre ganze Energiepolitik.

Der Kampf gegen die Windkraft ist nicht glaubwürdig, weil ein Flächenverbrauch in Baden-Württemberg von 12,1 Hektar am Tag völlig andere Ursachen als die Windkraft hat. Es ist überhaupt nicht glaubwürdig, dass Sie auf einmal den Landschaftsschutz entdecken.

Zweitens: Sie verstoßen gegen die eigenen Ziele. Jeder weiß, dass Sie Ihre selbst gesetzten Ziele, den Anteil der regenerativen Energien zu verdoppeln, ohne Windkraft nicht erreichen können. Denn dazu ist ein Anteil von 20 % Windkraft erforderlich. Das steht in Ihren eigenen Gutachten. Sie verletzen aber auch das Prinzip der Subsidiarität und widersprechen der Eloge, Herr Ministerpräsident, die Sie heute gegen die Bürokratie gerichtet haben, gegen die Senkung von Standards und was auch immer.

Ich fordere Sie auf, einmal das, was Sie über Bürokratie und Subsidiarität gesagt haben, an Ihrem Verhalten zur Windkraft zu spiegeln.

(Heiterkeit des Ministerpräsidenten Teufel)

Wenn es Ihnen nicht passt, ist es Ihnen vollkommen wurscht, was vor Ort entschieden wird, wo die Kompetenz herrscht und wo die Leute wissen, was sie wollen. Nein, da wird durchgestellt, und da gehen Sie so weit, Entscheidungen, die vor Ort gefallen sind, nachträglich rückgängig machen zu wollen. Das ist Ihre Art von Bürokratieabbau. Das, was Sie sagen, konterkarieren Sie selbst völlig. Man ist immer dort für Bürokratieabbau, wo es einem gefällt, und dort, wo es einem nicht gefällt, stellt man das Telefon durch bis zur letzten Bürgerinitiative gegen Windkraft. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei den Grünen)

Was Sie da tun, ist wirtschaftspolitisch völlig unverantwortlich. 180 Betriebe in Baden-Württemberg sind Zulieferer für Windkraftanlagen. Das ist eine grandiose Perspektive, die sich da aufbaut. Wir haben in der letzten Woche die Firma Liebherr in Biberach besucht, die von den Schwankungen in der Baukonjunktur sehr abhängig ist und sich dadurch ein kräftiges Standbein zugelegt hat, dass sie inzwischen die ganze Welt mit Komponenten für Windkraftanlagen beliefert.

Gegen solche Firmen, gegen Bürgerinnen und Bürger, die hier ihr gutes Geld anlegen,

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Zimmermann CDU)

(Kretschmann)

machen Sie eine Kampagne ohne Maß und Ziel, die das Investitionsklima ruiniert und industriepolitisch absolut verheerend ist. Denn die größten Abnehmer – ich empfehle Ihnen einmal einen Besuch bei Liebherr – sind heute Schwellenländer wie Brasilien und Indien, die diese Technologie deswegen übernehmen können, weil wir sie hier kraftvoll gefördert und vorangetrieben haben. In einer solchen wirtschaftlichen Situation einen Industriezweig zu bekämpfen, der in wenigen Jahren 40 000 Arbeitsplätze geschaffen hat, ist völlig unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Mach nicht so viel Wind da hinten!)

Was ist Ihre Alternative? Ihre Alternative heißt, die Laufzeit von Atomkraftwerken zu verlängern. Jetzt muss man einmal überlegen, was das industriepolitisch heißt. Dort, wo wir in dem ganzen Bereich der regenerativen Energien Innovationen wie noch nie haben, wird dagegen gekämpft oder nichts getan. Dagegen wollen Sie weiter an Altindustrien festhalten, die seit Jahrzehnten bestehen. Das muss man sich einmal industriepolitisch vorstellen.

(Abg. Drexler SPD: Stillstand!)

Wir setzen nicht mehr auf Innovation und Fortschritt, sondern wir verlängern den Einsatz alter Technologien.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich!)

Das ist das Ende jeder vernünftigen Industriepolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich!)

Das ist das Ende jeder Wettbewerbsfähigkeit im Land. Das ist tödlich für ein Land wie Baden-Württemberg, das den Großteil seiner Produkte exportiert.

In der Energiepolitik tut sich eine wunderbare Vision auf: ein neuer Kraftwerkspark mit gut regelbaren, kleinen Kraftwerken – Kraft-Wärme-Kopplung –, die die eingesetzte Energie mit optimalen Wirkungsgraden nutzen, ein Mix regenerativer Energien, wo die technologische Entwicklung jedes Jahr etwas Neues hervorbringt, wo wir als Hightechland unsere Beiträge leisten können, eine Effizienzrevolution, wo industriepolitisch, aber auch in den Haushalten unglaubliche Potenziale wirtschaftlich mobilisierbar sind.

Am Allerschönsten daran ist: Das ist eine Strategie weg vom Öl, das ist eine Strategie für den Klimaschutz. Es ist auch, Kollege Oettinger, eine Strategie, die für unser Land passt.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Das ist eine Strategie für unseren Mittelstand. Endlich kommt die Energiepolitik weg von wenigen Großkonzernen, hinein in die Häuser, hinauf auf unsere Dächer, hinein in jede Handwerksstube und in jeden mittelständischen Betrieb.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Scheuermann CDU: So etwas kann nur einer sagen, der ins Bett geht, wenn das Licht ausgeht!)

Die Vision wird nicht sein, dass wir neue Atomkraftwerke bauen; die Vision wird sein, dass im Keller jedes Hauses eine Brennstoffzelle oder eine Kraft-Wärme-gekoppelte Gasturbine Strom liefert. Das ist die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Das ist eine absolut dezentrale, mittelstandsorientierte Energiepolitik, ein Energiepark, der sich auch – wer hätte das gedacht? – in die Bürgergesellschaft einbettet und wo man nicht an einen großen Stromkonzern bezahlt,

(Abg. Heinz CDU: Kein Mensch weiß, was das kostet! – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

sondern wo sich die Bürger, die Kommunen, das Handwerk, der Mittelstand und die intelligentesten Forschungsunternehmen an der Vision einer nachhaltigen Wirtschaft und einer Bürgergesellschaft beteiligen, die das trägt und umsetzt.

Das ist, glaube ich, ein sehr gutes Beispiel, wie wir in Baden-Württemberg vorankommen, mutig neue Wege zu beschreiten, nicht ängstlich den Einsatz alter Technologien zu verlängern, die Bürgerinnen und Bürger in solche Prozesse einzubeziehen und aus Baden-Württemberg ein Land zu machen, das für eine aktive Bürgergesellschaft steht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst gegen den Vorwurf wenden, ich hätte in der Regierungserklärung ausschließlich die Bundespolitik angegriffen. Wer sich halbwegs objektiv zum einen die umfassende Bilanz, die wir schriftlich vorgelegt haben, und zum anderen die Regierungserklärung ansieht, der müsste erkennen, dass wir uns zur Halbzeit dieser Legislaturperiode mit den Problemen des Landes Baden-Württemberg, mit der Frage, was in der ersten Hälfte erreicht worden ist, mit den Zielen, die wir anstreben, aber auch mit den Wegen, die wir aufzeigen, um diese Ziele zu erreichen, beschäftigt haben. Es würde sich lohnen, wenn Sie, meine Herren Oppositionsführer, abseits der Polemik, die Sie hier angestellt haben, das einmal lesen und sich darüber Gedanken machen würden, ob Sie sich dem einen oder anderen Punkt nicht anschließen können, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das war sehr differenziert!)

Herr Drexler, Herr Kollege Fraktionsvorsitzender der SPD, Sie haben schon bessere Tage gehabt als heute.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ich habe einen sehr guten Tag gehabt! – Abg. Döpper CDU: Zu großes Lob!)

Ich habe in Ihrer ganzen Rede keinen Zusammenhang erkennen können,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Doch!)

(Ministerpräsident Teufel)

keinen einzigen roten Faden. Das war wirklich eine Feld-Wald-und-Wiesen-Rede,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Gall SPD: Was? Das ist Ihr Problem, die Regierungserklärung!)

ein Klein-Klein ohne jede Perspektive – ohne jede Perspektive!

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nun gebe ich gern zu, dass es für Sie im Augenblick auch nicht leicht ist.

(Abg. Drexler SPD: Nein, das kann man nicht sagen!)

Vom Kollegen Nagel lese ich wörtlich – „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. Oktober –:

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zeitungen lese ich selber, Herr Ministerpräsident! – Gegenruf des Abg. Rüeck CDU: Aber ihr sollt etwas daraus lernen! – Abg. Drexler SPD: Aber nicht alle! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Zurzeit stellt sich keiner freiwillig in die Fußgängerzone.

(Abg. Fischer SPD: Bei dem Wetter!)

Mit welchen Argumenten sollte man auch die Berliner Politik verteidigen, fragt sich Nagel.

Zurzeit stellt sich der Kollege Nagel verständlicherweise auch nicht hier vor das Plenum.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfisterer CDU: Ein Volltreffer war das!)

Denn mit welchen Argumenten soll man denn die Berliner Politik verteidigen?

(Abg. Pfisterer CDU: Das kann man auch nicht!)

Ich bin ganz sicher: Auch Sie haben das nicht freiwillig getan

(Abg. Drexler SPD: Doch!)

und stimmen deshalb dem Kollegen Nagel zu.

Nun bin ich allerdings gezwungen, doch auf einige der vielen, vielen Punkte, die Sie angesprochen haben – sie betreffen fast ausschließlich Berliner Politik –, einzugehen.

Der erste Punkt: Kollege Drexler sagt, unter der Regierung Kohl hätten wir nichts gegen den Länderfinanzausgleich gesagt.

(Minister Dr. Repnik: Das stimmt doch gar nicht!)

Er sagt das wider besseres Wissen, denn wir haben unsere Klage natürlich beim Bundesverfassungsgericht eingereicht,

als Helmut Kohl an der Regierung war. Warum stellen Sie solche Behauptungen auf?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie greifen die Haltung der Landesregierung gegenüber der Steuerreform auf Bundesebene an. Auch der Kollege Kretschmann hat das im Anschluss an Sie getan. Deswegen möchte ich Ihnen einmal unsere Position dazu sagen und sie in drei Teile aufgliedern.

Der erste Teil: Ich habe es für einen kardinalen Fehler gehalten, dass die für den 1. Januar dieses Jahres geplante Steuerentlastungsstufe für den Mittelstand und für die Arbeitnehmer um ein Jahr verschoben worden ist.

(Beifall des Ministers Dr. Repnik und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Damit haben Sie ein wichtiges Instrument aus der Hand gegeben, um wirklich in die Abwärtsspirale eingreifen zu können. Die Stagnation bedeutet steigende Arbeitslosigkeit, Investitionsschwäche, Rückgang des Umsatzes im Einzelhandel. Sie haben auf die Möglichkeit, hier einzugreifen, verzichtet.

Ich sage das nicht hinterdrein. Ich habe das rechtzeitig vor einem Jahr, vor der Verabschiedung, gesagt, und ich habe einen anderen Finanzierungsvorschlag gemacht. Ich habe den Finanzierungsvorschlag gemacht: Im Bundeshaushalt standen 4 Milliarden € von der Bundesbank, und es sind 11,4 Milliarden € gekommen. Wir hatten nicht nur diese völlig unerwarteten Mehrbeträge in Milliardenhöhe zum Ausgleich der Hochwasserschäden an der Oder, sondern wir hatten eine ganz und gar unverhoffte Mehreinnahme im gleichen Bundeshaushalt, im gleichen Jahr, in gleicher Höhe. Die hätte man zur Finanzierung nehmen können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das hat man nicht gemacht. Jetzt spricht die Bundesregierung davon, dass sie Gold der Bundesbank verkaufen möchte, um Bundesaufgaben erledigen zu können.

Es war ein großer Fehler. Es ist ein Jahr verspielt worden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Zweiter Teil: Ich habe mich, acht Wochen bevor die Bundesregierung getagt und den Vorschlag gemacht hat, man solle die nächste Stufe der Steuerreform, die zum 1. Januar 2005 geplant ist, vorziehen, für ein Vorziehen der Steuerreform ausgesprochen, und zwar aus genau den gleichen Gründen, wie ich sie gerade angesprochen habe. Aber ich habe das immer konditioniert und habe gesagt: Man kann ein Vorziehen der Steuerreform nicht vollständig über eine Verschuldung tragen,

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Völlig richtig!)

sondern es ist nur ein Teil zusätzlicher Verschuldung zu vertreten, weil zwar durch das Vorziehen der Steuerreform die Kaufkraft und die Investitionskraft gestärkt werden und dadurch auch wieder mehr Steuereinnahmen hereinkommen, aber nicht Mehreinnahmen in Höhe von 100 %, sondern nur in Höhe eines Teilbetrags; die Schätzung von ei-

(Ministerpräsident Teufel)

nem Viertel ist sicherlich gar nicht schlecht gegriffen. Deshalb ist es unmöglich, die Steuerreform vollständig über Verschuldung zu finanzieren.

Zweitens ist es unmöglich, auf der einen Seite die Bürger und die Wirtschaft zu entlasten und gleichzeitig, in einem Akt, die Bürger und die Wirtschaft an anderer Stelle mit höheren Steuern oder mit dem Streichen von Steuervergünstigungen wieder zu belasten.

(Beifall der Abg. Hauk CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich habe es immer eine Volksverdummung genannt, wenn man dem Bürger Geld in die linke Tasche schiebt und ihm oder der Wirtschaft den gleichen Betrag aus der rechten Tasche wieder herauszieht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Wenn man das für die Kommunen macht, ist es Kommunenverdummung!)

Meine Damen und Herren, bleibt dann keine Finanzierungsmöglichkeit mehr übrig? Doch: Wir haben hier in diesem Land auf der Ausgabenseite des Haushalts 1 Milliarde € gestrichen. Der Bund würde in seinem Bundeshaushalt auch echte Einsparmöglichkeiten für eine Gegenfinanzierung der Steuerreform finden, und dann bin ich für ein Vorziehen der Steuerreform, weil ich glaube, sie ist notwendig, wenn wir wieder wirtschaftliches Wachstum haben wollen.

(Beifall der Abg. Kurz CDU und Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Das ist die Position.

Dritter Punkt, den ich ansprechen müsste: Über diese beiden Punkte hinaus brauchen wir eine ganz grundlegende Steuervereinfachung,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

eine Tarifsenkung. Dafür kann man die Bemessungsgrundlage verbreitern, weil man dann dem Bürger nachweisen kann: Obwohl du weniger Steuervergünstigungen hast, hast du am Ende netto mehr in der Tasche.

(Abg. Drexler SPD: Nicht mehr!)

Dafür gibt es mehrere Modelle. Zu Recht ist schon der Uldall-Vorschlag angesprochen worden, zu Recht ist das FDP-Modell angesprochen worden. Es gab auch bereits von Professor Bareis einen Vorschlag. Es gibt bereits einen besonders gut erarbeiteten Vorschlag von Professor Kirchhof. Wir haben noch keine Bundesratsinitiative ergriffen. Ich bin für eine Steuerreform offen, die genau diese Gesichtspunkte berücksichtigt.

(Abg. Drexler SPD: Dann sollten Sie das einmal durchrechnen!)

Es ist dabei gar nicht entscheidend, wer ideell den größeren Beitrag dazu geleistet hat, sondern entscheidend ist, dass wirklich eine Tarifsenkung, eine Radikalvereinfachung und eine Entlastung für die Bürger stattfindet. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Irgendwo muss das Geld aber herkommen!)

Jetzt zum letzten Punkt. Ich kann mich ja nur wundern, dass Sie mir vorwerfen, dass ich beim Vorziehen dieser Steuerreform um ein Jahr – eine Gegenfinanzierung ist auch bei einem Vorziehen um nur ein Jahr notwendig – nicht zustimmen würde, dass man zur Finanzierung die Pendlerpauschale kürzt, die Eigentumsförderung restlos zusammenstreicht und die Bausparförderung auch streicht. Meine Damen und Herren, ich muss Sie wirklich bitten, einmal an die Interessen des Landes Baden-Württemberg und seiner Bürger zu denken.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Sie haben es aber angesprochen und mir Vorwürfe gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe gesagt, Sie lehnen alles ab! Alles lehnen Sie ab!)

Herr Kollege Oettinger hat völlig zu Recht gesagt: Wir sind kein Bankenplatz wie Frankfurt, München oder Düsseldorf, aber wir haben vernünftigerweise das, was da ist, gehalten und gestärkt. Wir sind das Bausparland Nummer eins in Deutschland mit herausragenden Bausparkassen,

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und wir verbreiten die Idee des Bausparens nach Tschechien und sogar bis nach China, mit ganz großen Chancen. Wie kann man da andererseits jetzt den Bausparkassen beide Beine abschlagen, indem wir die Bausparförderung nach der Vorstellung der Bundesregierung mit einem Schlag streichen? Und dem soll ich als Ministerpräsident des Bausparlandes Baden-Württemberg im Bundesrat zustimmen? Also bitte, SPD Baden-Württemberg, denken Sie einmal an das Land Baden-Württemberg, wenn Sie Politik machen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Weil Sie keine anderen Vorschläge machen! Das ist doch Geschwätz!)

– Natürlich.

(Abg. Drexler SPD: Sie lehnen doch alles ab!)

– Jetzt sagt er schon wieder, ich lehne alles ab.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich lehnen Sie alles ab!)

Sie haben mir von diesem Platz aus vorgeworfen, dass ich diese Gegenfinanzierungsmodelle der Bundesregierung ablehnen würde.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Keine eigenen Vorschläge gemacht! – Abg. Gall SPD: Welche Gegenfinanzierung machen Sie denn?)

Deswegen müssen wir ganz konkret über diese Modelle reden.

(Ministerpräsident Teufel)

Eigentumsförderung: Ich werde doch nicht müde, zu sagen: Alle Länder in Europa haben eine höhere Eigentumsquote als wir.

(Abg. Gaßmann SPD: Stimmt nicht!)

Herr Riester hat gesagt, man könne den Lebensstandard für das Alter nicht mehr über die beitragsfinanzierte Rente sichern, man müsse privat vorsorgen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Den haben sie schon in die Wüste gejagt!)

Schauen Sie sich doch einmal in Baden-Württemberg um. Reden Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern.

(Abg. Zeller SPD: Das machen wir!)

Die erste Form der Vorsorge ist der Kauf einer Eigentumswohnung im städtischen Bereich oder der Bau eines Einfamilienhauses im ländlichen Bereich. Wenn jemand mietfrei lebt, dann kommt er auch mit einer kleineren Rente aus. Sonst aber reicht oft seine Rente nicht aus, um die Miete zu bezahlen, beispielsweise im Verdichtungsraum oder hier in der Stadt. Es ist doch eine absolut kontraproduktive Politik, wenn man auf der einen Seite fordert, dass die Bürger selbst Vorsorge treffen müssen, und auf der anderen Seite nun die Eigentumsförderung streicht.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

90 % der Bürgerinnen und Bürger – normale Arbeitnehmerfamilien, junge Familien – hätten ohne diese Bausparförderung, die es seit 1952 gibt und die Sie jetzt streichen wollen, nicht bauen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir wollen sie nicht streichen! Sie haben die Wohnungsbauförderung gestrichen!)

Das halte ich für eine völlig falsche Politik.

Jetzt kommt als Drittes die Pendlerpauschale. Herr Kretschmann stellte sich vor fünf Minuten hier hin und sagte,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zehn Minuten!)

das sei ein kardinaler Fehler gewesen. Wer hat diesen kardinalen Fehler denn gemacht?

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Das war doch mit voller Zustimmung der Grünen die rot-grüne Bundesregierung. Warum hat sie das gemacht? Weil sie es nicht durchgestanden hätte, die Mineralölsteuer um sechs Pfennig plus Mehrwertsteuer auf jeden 1. Januar zu erhöhen, ohne den Pendlern einen angemessenen Ausgleich zu geben. Wissen Sie, wann Sie das geschaffen haben? Vor zwei Jahren.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Wissen Sie, warum Sie die ganze Glaubwürdigkeit bei den Bürgern verspielen? Wir haben die Wahlen in Hannover, in Wiesbaden und jetzt in Potsdam doch nicht verloren. Warum verspielen Sie denn die ganze Glaubwürdigkeit? Weil

Sie eine solche Politik machen, die den Bürgern, den Pendlern etwas gibt, um sie zu beruhigen, um ihnen das zwei Jahre später wieder wegzunehmen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

obwohl Sie nicht die Ursache beseitigen, nämlich die Erhöhung der Mineralölsteuer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Eine solche Politik kann ich nicht mittragen.

Der nächste Punkt beim Kollegen Drexler war die Gemeindefinanzreform. Ich sage hier einmal eines: Das Einzige, was den Gemeinden schnell hilft, weil es noch bis zum 1. Januar des nächsten Jahres realisierbar ist und im Haushalt 2004 wirksam wird,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja! So ist es! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Weil Sie es blockieren!)

ist das, was wir zusammen mit den anderen unionsgeführten Ländern vorschlagen, nämlich erstens eine Senkung der Gewerbesteuerumlage und zweitens für das nächste Jahr eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Mehrwertsteuer.

(Abg. Drexler SPD: Das wollen alle Kommunen nicht!)

Meine Damen und Herren, obwohl wir auch im Land nahe an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit des Haushalts sind, ist diese Koalition bereit, die 225 Millionen €, die das kostet, im Haushalt aufzubringen, weil wir den Kommunen helfen wollen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das ist das Einzige, was wirklich etwas nützt. Aber das, was Sie machen und vorschlagen, ist doch keine Lösung. Das geht auch niemals bis zum 1. Januar durch.

(Abg. Drexler SPD: Entschuldigung! Alle Städte sind dafür! Weil Sie es blockieren! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das passt nicht zusammen!)

– Lieber Gott! Der Begriff „Blockade“ ist in der Tat geboren worden, als Lafontaine Parteivorsitzender der SPD gewesen ist.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Gegenruf des Ministers Dr. Repnik: Sie machen doch Blockadepolitik! – Abg. Hauk CDU: Wir machen ja mehr mit als Ihre eigene Bundestagsfraktion!)

Ich will Ihnen sagen: Zehntausende von Angehörigen der freien Berufe werden uns allein deshalb wählen, weil wir

(Abg. Drexler SPD: Blockade machen!)

Ihren Vorschlag im Bundesrat blockieren, weil wir Schaden von den freien Berufen abwenden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Deswegen blockieren Sie es! Sie sind ein Blockadeföderalist!)

(Ministerpräsident Teufel)

Das will ich jetzt einmal begründen. Sie wollen alle freien Berufe der Gewerbesteuerpflicht unterwerfen.

(Abg. Drexler SPD: Alle Ihre CDU-Kommunalpolitiker wollen das! – Zuruf der Abg. Ruth Weckermann SPD)

– Arbeiten Sie sich bitte in die erste Reihe Ihrer Fraktion vor. Es kann nur besser werden. Kommen Sie weiter nach vorne. Das ist wirklich wahr.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist eine Frage! Schwerhörige hören halt nicht gut! – Weitere Zurufe – Große Unruhe)

Ich will sagen, warum ich das für einen Unsinn halte. Wir können nicht alle freien Berufe der Gewerbesteuerpflicht unterwerfen und den freien Berufen sagen, sie, die Architekten und Ärzte, bräuchten sich überhaupt keine Sorgen zu machen, denn sie könnten alles wieder in der Einkommensteuererklärung angeben. Gleichzeitig sagen Sie, dass Sie Bürokratie abbauen und das Steuerrecht vereinfachen wollen. Das ist doch absurd. Mit einer Phasenverzögerung von zwei Jahren bekommt also jeder Angehörige eines freien Berufs, also jeder Anwalt, der eine Steuererklärung abgegeben hat, das wieder zurück, was er als Gewerbesteuer bezahlt hat;

(Minister Dr. Repnik: Aber nicht alles!)

das bedingt aber einen entsprechenden Ausbau der Finanzverwaltung und der Steuerverwaltung in den Rathäusern, die das alles abwickeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Trotzdem hat das natürlich negative Folgen, denn wir als Land zahlen beispielsweise dann mit. Der Ausfall an der Einkommensteuer muss natürlich auch entscheidend vom Land mitgetragen werden. Es hat auch folgenden entscheidenden Nachteil: Ich prognostiziere, dass die Gewerbesteuer im ganzen Land nach oben schnell, wenn Ihr Vorschlag Gesetz wird. Warum? Es ist eine Obergrenze festgelegt worden, und jeder Bürgermeister wird in seinen Gemeinderat hineingehen und sagen: Bitte, erhöht die Gewerbesteuer um 40 oder 50 Punkte – so viel Spielraum haben wir bis an die oberste Grenze –, wir bekommen dann mehr Gewerbesteuer. Unseren Gewerbesteuern zahlen wir: Es kostet euch keinen Euro mehr, denn ihr könnt es bei der Abgabe der Einkommensteuererklärung vollständig geltend machen. So werden wir eine Spirale von Gewerbesteuernerhöhungen im ganzen Land Baden-Württemberg bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Und bei Ihrem Modell?)

Eine absurde Geschichte!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen kann Blockade ein Segen sein. Wir lehnen das im Bundesrat ab. Wir gehen in den Vermittlungsausschuss. Wenn die Bundesregierung eine Lösung will, wird sie auf unsere Vorstellungen eingehen,

(Abg. Drexler SPD: Wie immer!)

und die ganze Sache wird zum 1. Januar Gesetz und sehr viel vernünftiger geregelt.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Alle Ihre Kommunalpolitiker sind dagegen! Rommel und Roth, alle dagegen!)

Es wird sehr viel vernünftiger geregelt, und den Gemeinden ist geholfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wohnungsbau: Das ist auch hochinteressant. Herr Kollege Drexler hat das Thema Wohnungsbau angesprochen und behauptet, das Land Baden-Württemberg reduziere die Leistungen im Wohnungsbau.

(Abg. Gaßmann SPD: So ist es!)

Ich möchte Ihnen zunächst einmal sagen, dass Sie, als Rot-Grün an die Regierung gekommen ist, im Bundeshaushalt des Jahres 1999 mit Wohnungsbaufördermitteln in Höhe von 560 Millionen € angetreten sind. 1998 haben Sie die Regierung angetreten. Heute stehen im Bundeshaushalt für die Wohnungsbauförderung noch 280 Millionen €.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Hälfte!)

Sie haben kein Wort dazu gesagt, dass Sie im Bundeshaushalt während Ihrer Regierungszeit die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau um 50 % gekürzt haben.

(Abg. Gaßmann SPD: Sie um 90 %! – Abg. Drexler SPD: Und Sie um 90 %!)

Und wir fördern komplementär und haben Zug um Zug, weil wir genauso wenig Geld haben

(Abg. Drexler SPD: Im Gegensatz zu anderen Ländern!)

und weil wir auch, von einigen Groß- und Universitätsstädten abgesehen, einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt haben – im Unterschied zur Situation von vor einigen Jahren –,

(Abg. Drexler SPD: Sie leben aber auch nicht im Land!)

die Mittel im gleichen Umfang zurückführen müssen. Aber ich wehre mich ja nur dagegen. Ich hätte dieses Thema von mir aus nicht angesprochen. Ich habe ja nicht Ihnen vorgeworfen, Sie hätten 50 % gekürzt.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe gar nichts gekürzt!)

Aber Sie stellen sich hier hin und werfen uns vor, dass wir kürzten. Dabei vollziehen wir nur in der Komplementärförderung das nach, was Sie auf Bundesebene vorgemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wie soll da glaubwürdige Politik entstehen?

(Ministerpräsident Teufel)

Es gehört schon viel dazu, wenn ein SPD-Politiker uns hier Vorwürfe macht, wir hätten in Fragen der Medienpolitik nicht so gehandelt wie München und Düsseldorf.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Haben Sie einmal gelesen, was Clement mit seiner Politik in Köln kaputtgemacht hat?

(Abg. Drexler SPD: Ich habe es gelesen!)

Dreistellige Millionensummen in Euro, Größenordnungen, die Untersuchungsausschüsse auslösen.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben auch zwei!)

Haben Sie einmal gesehen, welche Probleme in der Medienpolitik in München entstanden sind? Sie haben uns das vorhin als Beispiele angeraten. Also, meine Damen und Herren, bleiben Sie auf dem Teppich!

Zur Ganztagschule auch noch eine Bemerkung: Meine Damen und Herren, wir haben in Baden-Württemberg in den letzten Jahren die Zahl der Ganztagschulen Jahr für Jahr abgebaut, Entschuldigung, ausgebaut.

(Abg. Drexler SPD: Das Letztere war ein Verspacher!)

Sie wissen, dass das Letztere stimmt. Wir haben die Ganztagschulen Jahr für Jahr ausgebaut, aber immer auf Antrag einer Stadt oder einer Gemeinde, weil wir einen bedarfsgerechten Ausbau haben wollten.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Das werden wir auch in den kommenden Jahren tun. Aber wir werden die Ganztagschule nicht über das ganze Land flächendeckend und für alle Schularten einführen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist vorhin vom Fraktionsvorsitzenden der CDU überzeugend dargelegt und begründet worden, und aus Zeitgründen möchte ich mich darauf beziehen.

Die Landesregierung solle die Kampagne im Land einstellen. Damit wollen Sie alles andere finanzieren. Auf einen Zwischenruf des Kollegen Haas haben Sie gesagt: die Werbekampagne.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Werbe- und Sympathiekampagne des Landes Baden-Württemberg hat inzwischen den 17. Preis bekommen. In der ganzen Republik ist sie bekannt, und sie hat das Image des Landes Baden-Württemberg verbessert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie kostet auch einen Haufen Geld!)

Haushaltsansatz: 6,3 Millionen €. Haushaltsansatz für Werbemaßnahmen der Bundesregierung – um 20 % gesteigert trotz Verdoppelung der Verschuldung –: auf 88 Millionen € gesteigert. Und angesichts dieser Tatsache haben Sie den

Mut, hier zu sagen, wir sollten unsere Werbekampagne abbauen.

(Unruhe)

Ich habe Beispiele dabei: ganzseitige Anzeigen aus den letzten Tagen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Großplakate!)

Sie helfen unseren Zeitungen; da bin ich dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ganzseitige Anzeigen ohne jeglichen Informationsgehalt!

(Abg. Alfred Haas CDU: Mehrere!)

So verspielt man Glaubwürdigkeit, so gewinnt man nicht Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Herr Kollege Kretschmann, ich muss sagen: Die größte Erleichterung für mich, wenn ich diese Debatte und heute Abend den Landtag verlasse, besteht darin, dass Sie mir gesagt haben, Sie wollten mich nicht lieben.

(Lebhafte Heiterkeit – Abg. Döpfer CDU: Das ist gut so! – Beifall bei der CDU – Große Heiterkeit – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das wäre doch etwas!)

Dabei bin ich außerordentlich froh, dass Sie weiter sind als der frühere Bundespräsident Heinemann. Der hat gesagt, dass er auch sein Land nicht lieben wolle. Ich finde es prima, dass Sie unser Land lieben.

(Abg. Zeller SPD: Heinemann hat gesagt, er liebt nur seine Frau! Wenn schon, denn schon!)

Dem kann ich nur zustimmen.

Ihr erster Satz lautete, es sei pure Polemik, von Stillstand in Berlin zu reden. Lieber Herr Kollege Kretschmann, was soll ich denn anderes über Berlin sagen als Stillstand, wenn der Bundeswirtschaftsminister vorgestern bekannt gegeben hat, wir hätten in diesem Jahr ein Nullwachstum? Ist das etwas anderes als Stillstand?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der ist in der Wirtschaft, nicht in Berlin!)

Das ist doch mit „Stillstand“ nobel umschrieben, meine ich.

(Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Zweitens: Sie haben die 25 % am Kirchhof-Modell kritisiert. Bitte machen Sie sich einmal die Mühe, festzustellen, wer von den Großverdienern tatsächlich den Steuersatz von 48 % bezahlt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Keiner!)

Es ist ein fiktiver Steuersatz.

(Abg. Scheuermann CDU: So ist es!)

(Ministerpräsident Teufel)

Vor vier Wochen hat mir der Chef einer Schweizer Großbank gesagt: „Sie glauben gar nicht, was jeden Tag an Geld aus Deutschland in die Schweiz kommt. Wir wissen gar nicht mehr, wie wir es anlegen sollen.“ Wundert Sie das, wenn diese Bundesregierung die Diskussion über die Wiedereinführung der Vermögensteuer begonnen hat,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Im schwarzen Koffer kommt das Geld wieder zurück!)

wenn sie die Diskussion um eine Erhöhung der Erbschaftsteuer begonnen hat?

(Abg. Wintruff SPD: Wer war das?)

Wundert Sie es dann, dass Geld hinausgeht? Bei einem Steuersatz von 25 % würden 25 % bezahlt, und es ginge kein Geld mehr ins Ausland, sondern das Geld stünde hier für Investitionen zur Verfügung. Darüber sollten Sie zumindest einmal nachdenken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zu dem dauernden Gerede vom Stadt-Umland-Problem, davon, dass es eine Katastrophe mit den armen Großstädten und den reichen Umlandgemeinden sei: Ich kann nur jedem anderen Land und dem Bund empfehlen, es so zu machen wie Baden-Württemberg. Unser Finanzausgleichssystem geht nicht von der Einwohnerzahl aus, sondern von einer veredelten Einwohnerzahl und gibt dem zentralen Ort einen höheren Ansatz, der Mittelstadt einen höheren Ansatz, der Großstadt einen noch höheren Ansatz und der Stadt Stuttgart den höchsten Ansatz von 1,8. Damit schaffen wir einen Ausgleich. Die öffentlichen Einrichtungen – –

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das hat der Oberbürgermeister Schuster aus Stuttgart gesagt!)

– Befassen Sie sich einmal mit dem Finanzausgleichsgesetz, und dann reden wir miteinander. – Das wird also in unserem Land ausgeglichen.

Meine Damen und Herren, mein Rat lautet: Politik muss man mit dem Kopf machen und nicht mit dem Kehlkopf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD – Abg. Zeller SPD: Der Spruch ist schon so alt wie Herr Teufel!)

Herr Kretschmann fragte im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich, ob ich, wenn ich sage, Baden-Württemberg müsse in den Ausgleichssystemen insgesamt gerechter behandelt werden, bedenken würde, was im Osten darüber gedacht wird. Herr Kollege Kretschmann, ich habe nicht ein einziges Mal – Sie finden keinen Satz in der Regierungserklärung – den Solidarpakt Ost infrage gestellt. Ich habe der Verlängerung des Solidarpakts Ost um 20 Jahre sofort zugestimmt. Um 20 Jahre! Dort findet der Ausgleich statt.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Ich fordere aber gerechtere Ausgleichssysteme für Baden-Württemberg. Sie können nicht ablenken, indem Sie vom Länderfinanzausgleich sprechen, wenn ich Ihnen vorhalte,

dass Sie in der letzten Woche im Bundestag mit Ihrer Mehrheit ein zusätzliches Ausgleichssystem geschaffen haben, das uns in den nächsten drei Jahren 700 Millionen € kostet.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Sagen Sie doch dazu etwas! Reden Sie doch einmal mit Ihren Bundestagskollegen, damit sie nicht von Woche zu Woche eine Politik zulasten Baden-Württembergs machen. Das ist meine Bitte an Sie.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja schon interessant, dass Herr Kretschmann sagt: „Hören Sie endlich einmal auf mit den Transferleistungen an die Familien, sondern schaffen Sie Betreuungseinrichtungen.“ Das hat er unmittelbar im Anschluss an seine Ausführung gesagt, man müsse alles am Bürger orientieren, dem Bürger größere Freiheit geben, den Bürger bei der Verwaltungsreform beteiligen, eine Bürgergesellschaft schaffen. Aber dann sollen der einzelne Familienvater und die Familienmutter nicht mehr über ihr Einkommen und nicht mehr über ihr Kindergeld verfügen können, sondern das soll der Staat in Berlin besser regeln können als die einzelne Familie? Das mag Ihre Politik sein. Es ist nicht unsere Politik. Das sage ich klipp und klar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Dann haben Sie angesprochen, dass die Belastung der Bundesautobahnen ständig steige und dass ich in diesem Zusammenhang nichts zum Umweltschutz gesagt hätte. Zunächst einmal, Herr Kollege Kretschmann: Am Beginn einer Legislaturperiode gibt man eine Regierungserklärung ab. Trotz der Dauer von zwei Stunden kann man darin nicht jedes Gebiet ansprechen. Jede Interessengruppe zählt die Zeilen ab, in denen ihr Gebiet erwähnt wird. Deswegen habe ich es heute anders gemacht. Ich habe im ersten Satz gesagt, dass ich heute hier nicht alle Gebiete behandeln kann, dass aber alle Gebiete in der Halbzeitbilanz enthalten sind, die wir jedem von Ihnen ins Fach legen.

(Abg. Drexler SPD: 160 Seiten!)

Dort finden Sie auch unsere Umweltpolitik, unsere Ökologienpolitik, Nachhaltigkeit – alles ist darin enthalten – breit abgehandelt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat doch was mit Wertigkeit zu tun!)

Ich gebe auch zu Protokoll: Das ist Teil meiner Regierungserklärung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der unwichtige!)

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt. Im Nahverkehr – den Sie angesprochen haben und für den Sie sind –, für den der Bund uns Mittel zur Verfügung stellt, hat das Land Baden-Württemberg – alle Anerkennung an den Verkehrsminister und seinen Staatssekretär – die Leistungen um 32 % gesteigert.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Das ist doch das beste Beispiel für Subsidiarität. Der Bund soll uns mehr Zuständigkeiten geben, das Geld dazu geben, wir machen mehr daraus, als der Bund bisher an Leistungen erbringt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Wir sind besser! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn der Bund uns etwas von den fünfmal 6 Pfennig Mineralölsteuererhöhung für den Straßenbau gibt, dann machen wir etwas daraus. Vielleicht schafft der Bund es tatsächlich technisch, eine Maut zu erheben.

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD und den Grünen)

Mein Vorschlag wäre gewesen, wie die Österreicher und die Schweizer einen kleinen Bäbber drucken zu lassen, den man an Lastwagen anbringt, dann wäre das Geld bereits da und wir könnten Straßen damit bauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wenn tatsächlich aus Mauteinnahmen etwas kommen sollte, dann verbauen wir es vernünftig in unserem Land Baden-Württemberg. Wir sind für die Bundesstraßen zuständig, aber nur für den Bau, leider nicht für die Finanzierung.

Herr Kretschmann hat gesagt, das Land habe die größte Nettoneuverschuldung der Nachkriegszeit. Das sage ich übrigens landauf, landab in jeder Rede, weil man das nicht verschweigen sollte und mich das bedrückt. Herr Kretschmann, sagen Sie auch Ihrem Oberbürgermeister in Freiburg, er habe die höchste Verschuldung und kürze brutal im kommunalen Haushalt von Freiburg? Sagen Sie das auch den Oberbürgermeistern von Ulm und von Mannheim?

(Zuruf von der SPD)

Wissen Sie, was diese Bürgermeister Ihnen sagen würden? Sie würden sagen: Wir können doch nichts dafür,

(Abg. Drexler SPD: Das Land kürzt!)

dass wir auf der Einnahmeseite Hunderte von Millionen Ausfälle haben.

Wollen Sie uns, diesen Landtag, diese Landesregierung, jetzt dafür verantwortlich machen, dass wir eine wirklich katastrophale Bundespolitik haben mit Monat für Monat Wegfall von Arbeitsplätzen, Steigerung der Arbeitslosigkeit, zurückgehenden Steuereinnahmen, Zunahme der Insolvenzen, roten Zahlen bei vielen mittelständischen Betrieben? Wen wollen Sie jetzt dafür verantwortlich machen?

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Vor drei Wochen hat Helmut Schmidt, ein Bundeskanzler, der noch etwas von Wirtschaft verstanden hat, zum wiederholten Mal gesagt, drei Viertel unserer Probleme seien hausgemachte Probleme.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und zwar seit Jahrzehnten!)

Das findet langsam, aber zunehmend Zustimmung bei der Bundesregierung selbst. Ich habe Äußerungen von Herrn Clement, in denen er ziemlich das Gleiche sagt –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Teufel: Ich möchte das gerne im Zusammenhang darstellen.

Ich möchte vor allen Dingen Ihnen, Herr Kretschmann, einen Satz von Herrn Metzger sagen, ddp, 17. September.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Metzger? Gefährlich, gefährlich!)

– Ja, aber es ist einer, der sich in das Haushaltsrecht ganz außerordentlich gut eingearbeitet hat.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ein Metzger kann doch mich nicht erschrecken!)

Ich habe noch keinen Grünen kennen gelernt, der mehr von Haushalt und Finanzen versteht als Herr Metzger. Deswegen darf ich ihn zitieren.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit des Abg. Röhm CDU)

Er sagt – Originalton Metzger –:

Es wäre richtig, wenn jetzt alle Fehler bekannt würden. Es war ja nicht nur die Rente. Gegen besseres Wissen haben wir die Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Zahlungsregelungen für die Medikamente kassiert.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Wir haben die 630-Mark-Jobs abgeschafft und . . . die Schattenwirtschaft bewerkstelligt. Wir haben den gelockerten Kündigungsschutz wieder festgezurrert. Das alles waren Fehler.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Richtig!)

Und der Bundeswirtschaftsminister sagt: Wir tragen erhebliche Mitverantwortung. Die Folgen haben aber wir zu tragen: alle 16 Länder und Tausende von Städten und Gemeinden. Wir tragen die Folgen dieser Politik.

Meine Damen und Herren, zur Berechenbarkeit der Bundespolitik, von der Herr Kollege Drexler eingangs gesprochen hat, möchte ich den Münchener Oberbürgermeister Christian Ude zitieren:

Schröder hat die Unberechenbarkeit zum Programm erhoben.

(Zuruf von der CDU: Oi!)

Wenn man mit baden-württembergischen Bürgern spricht, dann erfährt man: Sie teilen diese Auffassung über die Bundespolitik, und sie sind froh, dass wir im Land Baden-Würt-

(Ministerpräsident Teufel)

temberg – dort, wo wir zuständig sind – zwar keine fehlerfreie, aber eine wesentlich bessere Politik machen.

(Zuruf von der SPD: Eigenlob stinkt!)

Ich möchte die Opposition einmal fragen: Können Sie eigentlich mehr erreichen wollen, als dass wir in Schulvergleichen und Hochschulvergleichen quer über alle Einzeldisziplinen hinweg Spitzenleistungen bescheinigt bekommen und in Deutschland an der Spitze liegen?

(Abg. Drexler SPD: Es gibt 20 %, die nicht richtig lesen können!)

Sie haben doch genauso wie wir die Einsicht, dass der entscheidende Produktionsfaktor künftig die Bildung ist

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

und dass von der Bildung wirklich die Lebenschancen jedes Menschen abhängen, die Wettbewerbschancen jedes einzelnen mittelständischen Betriebs im Land und die Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg.

Wenn man diese Zahlen sieht, muss man doch sagen: Wir sind in Baden-Württemberg auf einem guten Weg. Wir müssen uns allerdings anstrengen, diesen Platz zu halten, und – ich sage es noch einmal – wir müssen uns um Schadensbegrenzung der Bundespolitik und ihrer Auswirkungen auf Baden-Württemberg bemühen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Drexler das Wort.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Oh nein! – Gegenruf von der SPD: Oh ja! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Abg. Drexler SPD: Sie hätten auch vorhin schon „Oh nein!“ sagen können, dann wären wir alle schon beim Mittagessen. Es geht natürlich nicht, dass der Ministerpräsident den ganzen Landtag mit seiner Regierungserklärung beschäftigt

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

und Sie es dann nicht aushalten, dass die Opposition darauf antwortet. So demokratiefreundlich sollten Sie schon noch sein.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, Ihre Aussage zur Steuerreform war ja wieder eine tolle Nummer – wirklich! Sie sagen bisher, dass Sie bei der Gegenfinanzierung dieser Steuerreform über 16 Milliarden € keinerlei Vorschläge akzeptieren, aber Sie haben keinen einzigen Vorschlag. „Wenn es keine Gegenfinanzierung bis zu 75 % gibt, dann stimme ich nicht zu.“ Ist das ein verantwortungsvolles Verhalten? Sie übernehmen null Verantwortung, das ist nur Schau.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Blockade!)

Ich sage Ihnen: Die Steuerreform wird gebilligt werden. Dann stimmen halt Thüringen und Sachsen-Anhalt – CDU-regiert – zu, weil die die Verantwortung übernehmen, damit im nächsten Jahr wenigstens ein Binnenwachstum entsteht, weil die Bürgerinnen und Bürger dann mehr Geld bekommen und von Steuern entlastet werden. Aber Sie wollen das offensichtlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Kirchhof. Sie greifen Herrn Kretschmann wegen der Pendlerpauschale und mich wegen der Eigenheimzulage an. Das verstehe ich gar nicht. Wir haben von Anfang an erklärt, dass wir diese Eigenheimzulage behalten wollen, zumindest regionalisiert. Sie wissen genau, dass die Eigenheimzulage in den neuen Bundesländern im Grunde genommen überhaupt nicht gebraucht wird.

(Ministerpräsident Teufel: Wie haben die SPD-Abgeordneten im Bundestag gestimmt? Für das Land? – Glocke des Präsidenten)

– Wie stimmen denn die CDU-Abgeordneten, wenn Baden-Württemberg etwas will? Also, Herr Ministerpräsident – –

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank. Dafür müssen Sie sich ins Plenum begeben.

(Unruhe bei der CDU)

– Herr Döpper, auch Ihnen sollte das bekannt sein.

Herr Abg. Drexler, bitte fahren Sie fort.

Abg. Drexler SPD: Wenn schon, möchte ich hier vorne mit Ihnen reden und Sie nicht dauernd von der Seite im Blick haben.

Noch einmal: Wir sind klar und deutlich der Auffassung, dass die Eigenheimzulage für Baden-Württemberg sehr wichtig ist, weil wir ein Zuwanderungsland sind und weil wir 50 000 neue Wohnungen brauchen.

Jetzt kommen Sie ins Spiel, Herr Ministerpräsident. Sie haben Ihre Mittel nicht bloß um 50 % gekürzt, sondern Sie haben sie um 90 % gekürzt. Sie zahlen pro Einwohner gerade einmal 3 € für den Wohnungsbau, und das bei der Wohnungsnot, die wir haben.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Zeller SPD)

Bayern zahlt 16 €, Schleswig-Holstein – das arme Schleswig-Holstein – zahlt 25 € pro Einwohner für den Wohnungsbau. Jetzt frage ich Sie: Was sagen Sie denn all den Zuwanderern, die keine Wohnung bekommen? Reden Sie doch einmal mit denen! Wir haben in allen großen Städten eine Wohnungsnot. Damit beschäftigen Sie sich offensichtlich nicht, und deswegen haben wir auch einen Finanzierungsvorschlag für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel gemacht.

Übrigens: Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass der Bund zwar die Mittel gestrichen hat, aber den Ländern noch Hunderte von Millionen zur Verfügung stellt und 10 Milliarden € pro

(Drexler)

Jahr für Eigenheimzulagen zahlt. Das gehört zu Ihrer Aussage schon dazu.

Deshalb sind wir da gar nicht strittig. Wir sagen nur: Auch wenn die Steuerreform durch Streichungsmaßnahmen nicht vollständig und auch nicht zur Hälfte für ein Jahr den erforderlichen Betrag erbringt, muss sie gemacht werden, damit die Bürger mehr Geld in der Tasche haben. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zur Gemeindefinanzreform: Sagen Sie doch hier einmal, dass Sie alle Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg mit einem kommunalen Aufschlag auf die Einkommen- und Lohnsteuer belasten, wenn Sie Ihr Modell durchbekommen! Das sagen Sie nicht. Sie sagen auch nicht, dass die Bürger in größeren Städten, weil diese größere Zentralaufgaben wahrnehmen, trotz Veredelung – in der Gewerbesteuer gibt es ja bisher keine Veredelung – einen viel höheren Aufschlag auf ihre Einkommensteuer zahlen müssen, weil sie viel höhere Aufwendungen haben. Das sagt Herr Rommel, das sagt Frau Roth, das sagen alle Kommunalpolitiker – in Klammern: CDU – in Baden-Württemberg. Hören Sie doch auf die. Stellen Sie sich doch nicht so hin, als wäre Ihr Modell das einzig glückselig machende! Es ist wichtig, dass die Kommunen einen eigenständigen Steuerhebesatz bekommen; es ist, wie Herr Rommel sagt, wichtig, dass sich die Kommune im Grunde nach wie vor um Arbeitsplätze bemüht und Infrastrukturinvestitionen vornimmt. Deswegen die Verbindung zwischen Wirtschaft und Kommune.

Sie hingegen schlagen vor, dass es keine Steuer auf diesem Gebiet mehr gibt, sondern dass es für alle Bürgerinnen und Bürger einen Zuschlag auf ihre vom Bund erhobene Einkommensteuer gibt. Das bedeutet eine massive Steuererhöhung – je nachdem, wo sie wohnen – für alle Bürgerinnen und Bürger. Das ist Ihr Modell, das Sie im Bundesrat durchbringen wollen. Ganz einfach! Aber dann müssen Sie hier auch deutlich sagen, dass Sie das wollen, und dürfen nicht nur sagen: Wir entlasten die freien Berufe und machen eine Blockade, damit alle Angehörigen der freien Berufe die CDU wählen. Das ist reine Klientelpolitik. Auf der anderen Seite wollen Sie neue Steuerarten für alle Bürgerinnen und Bürger. Das ist die Wahrheit, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der SPD)

So sagen es auch die anderen.

Jetzt noch zur Schule, Herr Ministerpräsident: Sie können natürlich nicht verkleistern, dass Sie im Bereich Ganztagschule die Politik betreiben, bisher ausschließlich Schulen in Brennpunktbereichen zu bezuschussen. Ausschließlich Schulen in Brennpunktbereichen! Das sagt auch Frau Schavan.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

Sie hat noch im Frühjahr dieses Jahres hier im Landtag gesagt: „nur, ausschließlich“. Herr Oettinger hat neulich erst eine differenziertere Meinung vorgetragen, indem er gesagt hat:

Nach meiner Überzeugung wird der Begriff des sozialen Brennpunkts nicht mehr der Maßstab für die Ganztagschule bleiben können. Auch in einer intakten Kleinstadt oder im ländlichen Raum besteht für eine wachsende Zahl von Kindern Bedarf an Ganztagsplätzen.

Das ist aber bisher nicht die Politik der Landesregierung. Herr Oettinger kann man gratulieren, denn er hat es schon früher gesagt. Es wird aber nicht gemacht, weil es keinen Plan gibt.

(Abg. Hauk CDU: Dort, wo es Bedarf gibt, wird das sukzessive gemacht!)

– Herr Hauk, uns interessiert, ob die Hunderte von Ganztagschulen in Baden-Württemberg, die jetzt einen Antrag gestellt haben, auch die erforderliche Lehrerrzuweisung, das erforderliche pädagogische Personal vom Land zur Verfügung gestellt bekommen oder ob mittags über Vereine oder sonstige Organisationen nur eine Betreuung erfolgt.

(Abg. Hauk CDU: Betreuung heißt doch nicht gleichzeitig Beschulung!)

Denn das ist dann keine pädagogische Ganztagschule, Herr Hauk.

(Abg. Hauk CDU: Natürlich! Reichen Ihnen denn die 35 Wochenstunden von Schülern nicht?)

Darüber werden wir uns dann hier unterhalten müssen. Wenn Sie natürlich der Auffassung sind, dass nachmittags nur eine Betreuung erforderlich ist, dann stellt sich natürlich die Frage, ob das Geld des Bundes für Ganztagschulen richtig angelegt ist.

Im Übrigen will ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, sagen, dass der Arbeitgeberverband – das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen – flächendeckend 20 % Ganztagschulen fordert. Flächendeckend! Daran sollten Sie sich schon einmal orientieren.

Wir werden auf jeden Fall dafür sorgen, dass die Anträge, die jetzt von Kommunen gestellt werden und die nicht nur Brennpunktschulen betreffen, irgendwann auch einmal dem Landtag vorgelegt werden, Frau Kultusministerin, damit wir das wissen. Es wird ja immer behauptet, es gäbe keine. Wir hoffen, dass es jetzt Hunderte gibt, weil wir in der Zwischenzeit Durchschläge der Anträge bekommen. Aber hier wird uns ja immer erzählt, es gäbe keine Anträge.

Dann erwarten wir, dass diese Anträge genehmigt werden. Der Bund übernimmt die Investitionskosten. Das ist übrigens ein großes Investitionsprogramm für die Kommunen. Auch das muss man einmal sagen. Bisher haben sie sich geweigert, das Geld überhaupt anzunehmen; das war ja bis zum Frühjahr so. Das ist also ein Investitionsprogramm für die Bildung, das der Bund den Kommunen bezahlt. Das Land muss den Rest aufbringen. Aber das sehen wir in Ihrer Politik bisher nicht. Dazu hätten wir im Übrigen heute auch eine Aussage in der Regierungserklärung erwartet.

(Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Ich sage Ihnen: Die Debatte wird ganz spannend, weil es einen Unterschied zwischen der Regierungspolitik und der Einzelmeinung von Herrn Oettinger gibt. Es hat sogar vor anderthalb Jahren eine Debatte in einem nordwürttembergischen Bezirksverband gegeben, bei der Herr Oettinger mit seinem Anliegen, flächendeckend Ganztagschulen einzurichten, noch unterlegen ist.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Insoweit hat sich Ihre Position jetzt vielleicht auch verändert.

Noch etwas zum ÖPNV, Herr Ministerpräsident. Ich finde es ja gut, wenn Sie loben, dass der Bund so viel Geld gibt. Sie haben in der Zwischenzeit 718 Millionen € pro Jahr an Regionalisierungsmitteln eingestrichen. Das ist sehr gut, und das verteilen Sie gut. Wir waren ja auch für eine Regionalisierung, weil ein Land das viel besser machen kann als der Bund.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das Gesetz haben wir ja schon lange!)

– Darüber gab es doch noch nie eine Diskussion. Nur haben Sie in der Zwischenzeit im Nachtragshaushalt von diesem Betrag 45,27 Millionen € zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet, also nicht für die ursprüngliche Aufgabe.

(Abg. Zeller SPD: Zweckentfremdung!)

Das macht uns den Kampf für weitere Regionalisierungsmittel in Berlin nicht einfach, weil man dort sagt: Wenn ihr Haushaltslöcher stopft, können wir euch das Geld nicht geben.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, weil Sie sich vorhin als Nahverkehrsexperte gefeiert haben: Das Einzige, was Sie im Nahverkehr umgesetzt haben, ist, dass es in der Zwischenzeit doch die Möglichkeit gibt, dass in unseren Zügen Fahrräder kostenlos mitgenommen werden. Das ist ein großer Erfolg – vielleicht auch der Grünen und der SPD –; aber mehr hat sich hier, so wie in vielen anderen Bereichen auch, nicht verändert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:53 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:45 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Kultur braucht Freiräume – das Streichkonzert der Landesregierung im Kunst- und Kulturbereich in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Abg. Fischer SPD: Sehr gut!)

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

(Abg. Hauk CDU: Einfach familiär heute!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass zumindest oben auf der Zuhörertribüne viele Leute sitzen. Hier unten ist die Besetzung noch ein bisschen dürrig.

(Abg. Hauk CDU: Die Wichtigen sind alle da, Frau Kollegin!)

– Schön wärs, denn es geht bei der Kulturpolitik um ein wichtiges Thema. Über die Kulturpolitik ist hier im Landtag schon seit vielen Jahren nicht mehr diskutiert worden. Nur wenn es um Einsparungen geht, ist sie ab und zu einmal ein Thema. Aber die Kulturpolitik als Ganzes hat hier schon lange keine Rolle mehr gespielt.

Es wird also höchste Zeit, dass wir das Thema auf die politische Agenda setzen. Denn die europäische Einigung braucht ein kulturelles Fundament. Das gilt auch für die Föderalismusdiskussion, die wir heute Morgen geführt haben. Damit ist die Grundlage vorhanden, dass die Förderungen der Länder und des Bundes im Kulturbereich systematisiert werden. Die Kulturhoheit der Länder begründet ja gerade den Anspruch als eigenständige Staatsebene, das heißt die Gesetzgebungskompetenz in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Vor diesem Hintergrund wollen wir mit der heutigen Debatte den Anstoß für eine öffentliche kulturpolitische Auseinandersetzung geben. Diese müssen wir möglichst breit darüber führen, worin eigentlich der Stellenwert von Kunst und Kultur besteht, welche Leitlinien es für die staatliche Förderung von Kulturangeboten gibt, welche strukturellen Reformen wir brauchen, welche Rahmenbedingungen die Kultureinrichtungen benötigen. Schließlich ist noch zu fragen, wie in Zeiten knapper Kassen die kulturelle Grundversorgung und die Bildungsfunktion der Kultur sichergestellt werden können und wie die Freiräume, die ja dringend erforderlich sind, erhalten werden können.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Carla Brengener SPD)

Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip lehnen wir deshalb ab. Kunst und Kultur sind natürlich dynamische Prozesse, die immer wieder auf die Agenda gesetzt werden müssen und der kontinuierlichen Auseinandersetzung bedürfen.

Leider haben die Prüfaufträge der Haushaltsstrukturkommission bisher noch zu keinerlei Ergebnissen geführt.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stattdessen hat die Landesregierung in mehreren Schritten Sparrunden verordnet: zum Beispiel für 2002 3,4 Millionen € und für 2003, also das laufende Jahr, 8,1 Millionen €. Für 2004 sind 12,6 Millionen € vorgesehen, und dies nur im Bereich des Wissenschaftsministeriums. Hinzu kommen Einsparungen im Bereich des Kultusministeriums. Auch da geht es noch einmal um einen Betrag von fast 7 Millionen €.

Ich möchte Ihnen gern ein paar Beispiele nennen, was diese Einsparungen bedeuten. Sie bedeuten für die Akademie Schloss Solitude 150 000 € weniger, für die Staatsgalerie 600 000 €, für das Haus der Geschichte 400 000 €, für die soziokulturellen Zentren 170 000 €. Sie bedeuten im Bereich des Kultusministeriums zum Beispiel 2,2 Millionen € weniger für die Bereiche Jugend und kulturelle Angelegenheiten, für Volkshochschulen 1 Million € und für Musikschulen 2,5 Millionen € weniger. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Das Problem ist: Alle Einrichtungen bekommen weniger; sie sind in ihrem Bestand gefährdet. Sie müssen immer mehr in die Konkurrenz mit kommerziellen Anbietern treten, die Teilnehmerbeiträge bei den Bildungseinrichtungen steigen, künstlerische Freiräume werden geringer, und die Kulturschaffenden sind mit der Verwaltung des Mangels beschäftigt. Aus diesem Grund lehnen wir die Kürzungen mit dem Rasenmäher entschieden ab.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte dies noch an zwei Beispielen begründen.

Erstens: Kommunale Theater. Herr Minister Frankenberg hat im Mai dieses Jahres gesagt, dem Rationalisierungsdruck bei personalintensiven Einrichtungen wie Theatern seien letztlich auch Grenzen gesetzt. Trotzdem müssen die kommunalen Theater ab dem nächsten Jahr mit 5 % weniger auskommen; die Kommunen können das aufgrund der Krise ihrer Finanzen nicht ausgleichen.

(Zuruf des Abg. Sieber CDU)

Die Theater haben hohe fixe Kosten, und wenn es so weitergeht, wird es langfristig dazu kommen, dass wir am Ende Theater, Bühnen, Häuser und Verwaltungen, aber keine Aufführungen mehr haben. Außerdem ist mittlerweile von Planungssicherheit keine Rede mehr. Wir wissen also nicht, was die nächste Sparrunde bringt.

Zweites Beispiel: Soziokultur. Hier werden für 53 Zentren die Zuschüsse um 10 % gekürzt. Von Augenmaß und Ver-

träglichkeit, wie Sie es angekündigt haben, Herr Minister, kann leider keine Rede sein. Besonders ärgerlich ist, dass das Ergebnis der Arbeitsgruppe Überlebensstrategie, die vom Ministerium eingesetzt worden ist, jetzt vorliegt und gleichzeitig die Zuschüsse um 10 % gekürzt werden.

Fazit für die erste Runde: Um die Vielfalt der kulturellen Angebote in Baden-Württemberg aufrechtzuerhalten, kommen wir mit Rasenmäherprinzipien nicht weiter, sondern wir brauchen eine breite kulturpolitische Debatte und strukturelle Reformen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Vetter.

Abg. Dr. Vetter CDU: Verehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist wichtig. Es wurde bisher nicht diskutiert. Warum? Weil die Kultur in unserem Lande fest etabliert ist und es ihr keineswegs an Freiraum und Freiheit mangelt, sondern wir alle wissen, dass Baden-Württemberg auch in Sachen Kultur ein Land ist, auf das wir stolz sein können. Dieses Land hat, meine Damen und Herren, in der Vergangenheit, unter allen Kunstministern der Vergangenheit, bis auf den heutigen Tag Spitzenleistungen in der Kunst produziert. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

(Beifall des Abg. Pfisterer CDU)

Nicht der Freiraum der Kunst ist das Problem, sondern der Freiraum des Landes. Der Freiraum des Landes ist das eigentliche Problem. Dieses Problem, meine Damen und Herren, besteht in dem, was wir heute Morgen gehört haben. Schauen Sie die öffentlichen Haushalte an. Welches Land kann denn noch einen verfassungsgemäßen Haushalt darbieten? Wie sieht es beim Bund aus? Der Bundeshaushalt stöhnt unter den Belastungen. Und, meine Damen und Herren, Kommunalhaushalte sind flächendeckend in ganz Deutschland in der Nähe des Endes angelangt.

Deswegen sage ich nur: Der Titel „Streichkonzert in Baden-Württemberg“ ist ein falscher Titel. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, mir vom Bühnenverein die Liste der Städte in Deutschland geben zu lassen, die in den Haushaltsjahren 2003 und 2004 Streichaktionen gemacht haben, die sich gewaschen haben.

Meine Damen und Herren, deswegen ist diese Debatte umsonst, omsonst,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfisterer CDU: „Omsonst“!)

wenn wir daraus nur ein parteipolitisches Spiel machen. Sie ist nur dann richtig, wenn wir sagen, was ist, und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Sagen, was ist, meine Damen und Herren, bedeutet, dass wir ganz unbestreitbar sagen können, dass in diesem Landeshaushalt 2004 gespart werden muss. Ich will das gar nicht weiter ausführen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. 2004 müssen wir erhebliche Einsparungen vornehmen, um gerade mit Mühe und Not noch die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts zu erreichen.

(Dr. Vetter)

Das bedeutet, meine Damen und Herren, dass die Einsparauflage des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst 91 Millionen € beträgt, dass die Kunst dabei bei einem Haushaltsanteil von 10 % mit 6 Millionen € eingesetzt wird und dass damit der Wunsch erfüllt ist, den ich immer vorgebracht habe, dass die Kunst nicht überproportional, sondern nur unterproportional am Streichkonzert teilnimmt. Die Kunst muss daran teilnehmen, aber sie wird unterproportional teilnehmen. Sie wird also statt 9 Millionen € – das entspräche 10 % des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst – nur 6 Millionen € einsparen müssen. Dafür möchte ich dem Ministerium ein herzliches Dankeschön sagen. Das Ministerium hat verantwortlich gehandelt.

Was wird weiter angegriffen, meine Damen und Herren? Angegriffen wird das System der Kürzung mit dem Rasenmäher. Ich muss zugeben, auch ich war zunächst erschrocken über die Tragweite dessen, was da in den Haushaltsplanentwürfen steht. Ich habe mir auch ausgerechnet, was dies für die verschiedenen Einrichtungen von Kunst und Kultur im Lande Baden-Württemberg ausmacht. Ich muss Ihnen aber sagen: Nach den Gesprächen mit den Betroffenen komme ich zu keinem anderen Ergebnis, als dass die Betroffenen sagen: Das ist brutal, aber gerecht. Das Rasenmäherprinzip ist brutal, aber gerecht.

Wenn man die Kürzungen weiter untersucht, dann kommt die Frage auf: Wo sind denn eigentlich die Alternativen? Die Alternativen wären Individualkürzungen. Meine Damen und Herren, da wünsche ich viel Vergnügen. Zu wessen Lasten gingen die? Das muss immer gesagt werden.

Mir wird übrigens berichtet, dass Herr Kollege Kretschmann bei der Kulturnacht in Stuttgart eine Diskussion darüber aufgebracht hat – aber das kann er ja selbst bestätigen oder dementieren –, ob man, wenn man etwas einsparen will, nicht ein Staatstheater einsparen sollte. Er hat gesagt, da das Staatstheater Stuttgart so gut sei, bleibe für die Einsparung nur das Staatstheater Karlsruhe übrig.

(Zuruf des Abg. Sieber CDU)

Meine Damen und Herren, das war bei der Kulturnacht. Zu diesem umnachteten Gedanken aus einem Mund, der im Übrigen sonst ganz Vernünftiges spricht, kann ich nur viel Vergnügen wünschen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war nur eine Frage!)

Meine Damen und Herren, wo sind die Alternativen? Rasenmäher? Nein. Es gibt ja auch individuelle Komponenten. Die individuellen Komponenten sind ja eingebracht worden. Die Staatstheater nehmen mit der globalen Minderausgabe an den Einsparungen teil, die Kommunaltheater mit 5 %, die Landes Bühnen mit 1 % und die sonstigen Zuwendungsempfänger mit 10 %. Also geht es um ein Rasenmäherprinzip mit individueller Komponente.

Meine Damen und Herren, sicher ist auch, dass diese Kürzungshaushalte nicht ewig weitergeführt werden können und dass irgendwann einmal strukturelle Maßnahmen ergriffen werden müssen. Aber auch dies darf bitte nicht unverhältnismäßig geschehen, sondern wenn Strukturmaßnahmen

erfolgen, dann in allen Bereichen des Haushalts und nicht nur zulasten der Kunst.

In den weiteren Beratungen werden wir unser Augenmerk auf das Wichtigste richten: Wo tritt nicht nur eine verbale, sondern eine echte Existenzgefährdung ein? Das wird unser Problem sein. Da müssen wir dann unser Augenmerk auch auf die soziokulturellen Einrichtungen und auf vieles andere mehr richten. Das wird zu untersuchen sein. Aber das muss real gemacht werden. Das kann nicht als eine allgemeine Feststellung gemacht werden.

Wichtig, meine Damen und Herren, ist mir – das möchte ich zum Schluss betonen –, dass wir in diesem Bereich das Miteinander der Finanzierung von Kultureinrichtungen durch Land und Kommunen nicht zerbrechen. Das ist eine ganz wichtige Sache. Kunst und Kultur leben von diesem Instrument. Kunst und Kultur wären verloren, wenn wir dies auseinander brechen würden. In anderen Bereichen kann man gegen Mischfinanzierungen sein. In diesem Bereich sind sie aber substanz- und existenzertreuend.

Deswegen werde ich sehr sorgfältig darauf achten, was jetzt mit diesen Kürzungen im Haushalt geschieht. Überall, wo es Kofinanzierungen gibt, gibt es eine Kürzung auf der einen Seite und eine Kürzung auf der anderen Seite. Da muss man aufpassen. Das wird der Gegenstand der nächsten Beratung sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Die Kraft der Kultur stärken heißt die Kraft der Gesellschaft bessern“, so Daniel Barenboim. Was geschieht aber derzeit in diesem Land? Wir haben jetzt schon mehrfach vom Rasenmäher gehört. Er geht im Augenblick über eine reiche Kulturlandschaft hinweg. Die Brandbriefe aus Stuttgart haben den Institutionen verkündet, dass sie mit 1 %, 5 % oder 10 % Kürzung zu rechnen haben.

Herr Dr. Vetter hat mit Recht schon angesprochen, dass dann bei kofinanzierten Institutionen auch Kürzungen im Kommunalhaushalt stattfinden werden. Wir erleben ja gerade jetzt, dass auch bei den Kommunen die Haushaltsberatungen anfangen. Die Kommunen werden sich mit Sicherheit nicht zu Ausfallbürgen des Landes machen lassen und werden gerne diesen Strohalm aus Stuttgart ergreifen, auch ihre Mittel in dem Bereich zurückzufahren.

Staatliche Einrichtungen wie Staatstheater – wobei ich sagen muss, dass hier bereits durch eine in meinen Augen unsensible Personalpolitik ein großer Schaden angerichtet worden ist –, Archive, Musik- und Kunsthochschulen sowie die Museen haben die Order bekommen, innerhalb von fünf Jahren pro Jahr 1 % an Personalkosten einzusparen. Wie diese Institutionen, die ohnehin nicht mit den größten Mitteln ausgestattet worden sind, das verkraften sollen, ist mir schleierhaft. Außerdem habe ich den Eindruck, dass hier die auch heute Morgen so hochgehaltene Hochschulauto-

(Inge Utzt)

nomie mit Füßen getreten wird. Diese Kürzungen müssen ausschließlich im technischen Bereich stattfinden und dürfen nicht beim Lehrpersonal angesetzt werden. Hier wird die Hochschulautonomie in meinen Augen mit Füßen getreten.

Bei den philharmonischen Orchestern und den Kammerorchestern soll entsprechend den Empfehlungen der Kulturstrukturkommission ein Eigenanteil von 25 % erwirtschaftet werden. Kaum ein Orchester hat es geschafft, die 20-%-Marke zu erreichen. Auch hier wird mit dem Rasenmäher gekürzt.

Wie sich die angekündigten Kürzungen bei den Theatern auswirken, erfahren wir aus Gesprächen, die wir mit Institutionen führen. Ich möchte an dieser Stelle ein paar Theater und Institutionen nennen, die sehr dafür sorgen, dass die Kulturlandschaft wirklich so reich ist, wie wir sie schätzen. Ich denke da zum Beispiel an unsere Landestheater. Ich denke aber auch an die kommunalen Theater, die bereits jetzt mit ihren Einsparmaßnahmen an die Grenzen der Möglichkeiten gegangen sind.

Wir sind mit Recht stolz auf unsere reiche Kulturlandschaft; aber jede Einrichtung ist individuell zu betrachten. Kann die eine die avisierten Kürzungen gerade noch verkraften, bedeutet unter Umständen auch eine relativ geringe Summe für eine andere Institution das Aus. Was vordergründig gerecht wirkt, ist letztlich ein verantwortungsloses Handeln der Regierungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

„Wenn alle sparen müssen, muss auch die Kultur ihren Beitrag leisten“, erklärte Staatssekretär Sieber in der Pressemitteilung vom 24. Oktober.

(Abg. Pfisterer CDU: Was ist daran falsch?)

Dem können wir auch zustimmen. Die Konsequenzen sehen wir jedoch anders. Warum scheut das Ministerium eine Einzelfallprüfung oder eine Evaluation? Auch mit geringer werdenden Mitteln ist eine verantwortungsvolle Steuerung möglich,

(Abg. Pfisterer CDU: Da muss man in Stuttgart ran! Da schreit die Abgeordnete aus Stuttgart auf!)

und die wäre ehrlicher als der ach so beliebte Rasenmäher.

„Wir brauchen eine Kulturpolitik, die wieder Perspektiven für die Gesellschaft entwickelt und nicht vorrangig den finanziellen Mangel verwaltet“, ist im Theatermanifest des Bundesverbands Deutscher Theater vom 3. Oktober zu lesen. Gerade in Zeiten knapper Kassen muss die Politik in der Lage und willens sein, diese Forderung umzusetzen. Ansonsten muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, lediglich Mangelverwalter zu sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Was macht Eichel gerade im Nachtragshaushalt? Er verwaltet den Mangel!)

Ich komme nun zu dem, was mich als Parlamentarierin an dieser ganzen Angelegenheit fürchterlich ärgert: Wir erfahren

von den geplanten Streichungen aus der Presse oder durch die Hilferufe der inzwischen angeschriebenen Institutionen. Es ist zwar vielleicht naiv, aber ich bin nach wie vor der Meinung, dass es zu den Aufgaben des Parlaments gehört, den Haushalt zu beschließen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: So ist es!)

In diesem Zusammenhang empfinde ich die Informationspolitik des Ministeriums als Affront gegenüber uns und den Bürgerinnen und Bürgern, die uns gewählt haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Die Aussage, man wolle den Institutionen Planungssicherheit geben, zieht in meinen Augen nicht. Bei den Theatern ist die Spielzeit 2003/2004 bereits angelaufen. Die Theater stellen bereits die Spielpläne für das Jahr 2006 auf. Wie es dann aussieht, wissen wir nicht. Was es für die Theater und die Kulturlandschaft insgesamt bedeutet, bereits geschlossene Verträge kündigen zu müssen, können Sie sich selbst ausmalen.

(Abg. Pfisterer CDU: Das machen auch die Firmen, wenn das Geld wegbricht!)

Das Ministerium brüskiert das Parlament – wenigstens die Opposition; wie es bei Ihnen ist, weiß ich nicht. Wie die Informationen innerhalb der Regierungsfractionen verlaufen, können Sie besser beurteilen.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir haben keinen Grund zur Klage!)

Planungssicherheit ist auf keinen Fall gegeben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kunst und Kultur brauchen Freiraum – das ist wohl wahr –, Freiraum im Denken, Freiraum im Handeln, Freiraum, aus sonst geordneten Bahnen auch einmal auszubrechen. Aber der weitere Titel der von Ihnen beantragten Aktuellen Debatte zeigt, dass Sie etwas anderes meinen. Sie meinen den finanziellen Spielraum.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der gehört dazu!)

Dazu muss ich sagen: Nachdem ich Ihre Beiträge, Frau Kollegin Sitzmann und Frau Kollegin Utzt, gehört habe, habe ich den Eindruck gewonnen, als säßen wir überall im Land in Butter und wollten nur bei der Kultur sparen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dann haben Sie falsch zugehört! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Selektive Wahrnehmung! – Abg. Pfisterer CDU: Traumschiff SPD!)

Oder werden Sie in den nächsten Plenarsitzungen der Reihe nach die Bereiche Soziales, Bildung, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft abarbeiten?

(Heiderose Berroth)

(Abg. Wichmann SPD: Föderalismus! Kulturhoheit der Länder!)

Auch dort kann man dringend notwendige Vorhaben im Moment nicht verwirklichen, weil einfach das Geld fehlt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das Thema betrifft die Kultur!)

Sie vergessen nun wirklich eines:

(Abg. Pfisterer CDU: Das Traumschiff Rot-Grün!)

Dieses Streichkonzert, das Sie hier debattieren, ist eine Aufführung im Rahmen einer langen Konzertreihe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Uraufführung oder auch die Vernissage fand in Berlin statt.

(Widerspruch bei der SPD)

Von dort wird dieses Programm mit einem massiven dumpfen Basso continuo begleitet.

(Abg. Capezzuto SPD: Legen Sie doch einmal eine andere Platte auf!)

Wenn Sie genau hinschauen, stellen Sie fest, dass hier im Land der Taktstock eigentlich noch nicht einmal erhoben wurde. Bisher wurden lediglich die Noten für die Proben verschickt.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich halte es für ausgesprochen vorteilhaft, dass das Wissenschaftsministerium so fair war, die einzelnen Institutionen frühzeitig darüber zu informieren, was die Beschlüsse der generellen Einsparung für ihren Bereich bedeuten können. Denn festgezurr ist noch gar nichts.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das versetzt die Einrichtungen in die Lage, jetzt einmal zu prüfen, wie sich das für sie insgesamt auswirkt.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Diejenigen, die dadurch, wie Kollege Vetter es angesprochen hat, den Exitus befürchten müssen, können dann auf uns zukommen, sodass wir individuell noch steuernd eingreifen können.

Sie wehren sich gegen das Rasenmäherprinzip. Auch ich finde, dass der Rasenmäher ein ausgesprochen unangenehmes Vehikel ist – nicht nur, weil er so laut ist,

(Abg. Capezzuto SPD: Vor allem im Winter!)

sondern weil ich normalerweise sehr dafür bin, genaue sachliche Überlegungen anzustellen und nicht generell vorzugehen. Speziell in diesem Fall ist das aber eigentlich das Einzige, was man tun kann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zur Kulturpolitik!)

Oder haben Sie vielleicht die Liste – die erwarte ich nämlich von Ihnen – der Einrichtungen, die Sie total von der Förderung ausnehmen wollen?

(Abg. Pfisterer CDU: Bei Frau Utzt im Wahlkreis!)

Nur so ginge es doch. Wenn Sie mit einer langen Liste von Einrichtungen kommen, deren Bezuschussung man total streichen kann, kann ich alle anderen Einrichtungen von Kürzungen verschonen und ihnen so viel wie bisher gewähren. Anders geht es leider nicht. Wollen Sie da die Auswahl treffen? Mir fällt nichts ein, was ich ganz streichen möchte. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihnen fällt nie etwas ein!)

Hier müssten Sie einmal in Vorleistung treten.

Deshalb finde ich es gut – ich darf aus der Pressemitteilung des Ministeriums vom 24. Oktober zitieren –, dass das Ministerium bereits im zweiten Satz der Pressemitteilung darauf hinweist:

Aber wir achten darauf, dass die Belastungen fair und angemessen verteilt werden.

Darauf setze ich auch. Deswegen müssen wir bezüglich einzelner Maßnahmen im Gespräch bleiben.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wir hoffen, dass das nicht das falsche Pferd war!)

Aber es wird gar nicht nach dem Rasenmäherprinzip vorgegangen. Sie selbst haben es schon gesagt: Die Kürzungen differieren zwischen 1 % und 10 % und sind damit durchaus sachgerecht.

Ich denke, das Ministerium sollte durchaus auch kreatives Potenzial einsetzen, um die Institutionen mit Hilfe bei der Suche nach innovativen Lösungen zu unterstützen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass man zum Beispiel weit mehr als bisher mit Kooperationen gewisse Potenziale ausreizen kann, um über eine schwierige Zeit hinwegzukommen. Nur darum geht es,

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Natürlich!)

dass wir das überstehen und dass wir ordentlich darüber hinwegkommen.

Wir sind uns hier alle einig – darüber gibt es keinen Streit –: Kunst und Kultur haben in Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert und sind außerordentlich wichtig, gerade in wirtschaftlich und sozial schwierigen Umbruchzeiten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die können sich von den Sonntagsreden der FDP nichts kaufen!)

Es tröstet mich auch – ich halte das für sehr sachgerecht und nehme es sehr ernst –, dass das Ministerium in seiner Pressemitteilung schreibt:

Die Förderung kultureller Projekte und Institutionen wird auch in Zukunft ein fester Bestandteil der Landespolitik sein.

(Heiderose Berroth)

In dieser Richtung müssen wir weiterarbeiten. Jammern hat noch niemandem geholfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Vetter
CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen hat der Ministerpräsident gesagt, die Zeit des Durchwurschtelns sei vorbei. Das gilt auch für die Kulturpolitik. „Die Zeit des Durchwurschtelns ist vorbei“ heißt auch, Herr Kollege Vetter, dass wir mit Lobliedern und Gesundreden nicht mehr weiterkommen, sondern andere Ansatzpunkte brauchen, um die Vielfalt der Kultur, die Sie ja auch alle lobend erwähnt haben, wirklich zu erhalten.

Da stellt sich doch als Erstes die Frage: Nach welchen Kriterien, nach welchen Leitlinien werden denn staatlicherseits Kunst und Kultur gefördert? Der erste Punkt ist, die kulturelle Grundversorgung zu sichern. Das heißt, es gilt, im Parlament darüber zu diskutieren: Welchen Bestand an kulturellen Einrichtungen brauchen wir? Welche Angebote und Leistungen sind sinnvoll und notwendig? Wie können wir erreichen, dass die Offenheit und Vielfalt erhalten bleibt, dass es weiterhin Freiräume gibt, gerade auch Freiräume für die Kultur, die es schwer hat, die sich nicht auf einem Markt behaupten kann, weil sie innovativ, irritierend oder experimentell ist? Hierfür muss es weiter Spielraum geben.

Schließlich müssen wir natürlich auch das kulturelle Erbe – keine Frage – und den offenen und chancengleichen Zugang zu den Kulturangeboten und -einrichtungen bewahren. Die Kürzung bei den Musikschulen stellt uns vor die große Frage, ob mit der Mindestförderung von 10 % der offene Zugang und die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche tatsächlich noch gewahrt bleiben.

(Beifall bei den Grünen)

Die Kollegin Utzt hat die Transparenz bzw. Information vonseiten der Landesregierung angesprochen. Ich möchte ihre Ausführungen nachdrücklich unterstützen. Die Stellungnahmen zu unseren Anträgen sind nichtssagend. Man muss das schon können, zwei Seiten zu schreiben, in denen so wenig drinsteht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das können sie!)

Diese Information kann nicht ausreichen, um tatsächlich öffentliche Debatten führen zu können. Diese brauchen wir, weil wir sicherlich die Ausgaben im Kulturbereich auf den Prüfstand stellen müssen. Es ist vollkommen legitim, darüber zu diskutieren, ob alle Zuschüsse in alle Ewigkeit so vergeben werden sollen, wie sie bislang vergeben worden sind, oder ob man nicht den einen oder anderen Schwerpunkt setzen muss.

(Zuruf von der CDU: Welchen? – Abg. Heiderose
Berroth FDP/DVP: Vorschläge!)

Schließlich komme ich zu dem ganz entscheidenden Punkt, Herr Kollege Vetter: Die Strukturreformen mahnen wir in

allen Politikbereichen an, auch im Bereich der Kulturpolitik. Da stellen sich einige Fragen, die es zu diskutieren gilt. Wir haben gehofft, dass es da vonseiten des Wissenschaftsministeriums Vorschläge gibt, zum Beispiel, wie vorhandene Ressourcen effizienter eingesetzt werden können und wie gleichzeitig ein hoher künstlerischer Standard gewahrt werden kann. Da gibt es eine ganze Menge Vorschläge – die müssen auf den Tisch –, wie wir es schaffen, dass Kultureinrichtungen mehr Freiraum und Eigenverantwortung beim Mitteleinsatz bekommen und gleichzeitig Planungssicherheit erhalten.

Das Badische Landesmuseum in Karlsruhe hat ja einen Globalhaushalt. Darüber ist noch keine Auswertung erfolgt. Das wäre ein erster wichtiger Schritt.

Die zweite Frage ist, ob die Fusionsdebatten, die seit 1998, seit der Kulturstrukturkommission, durch den Raum geistern, wirklich hilfreich und zielführend sind oder ob es nicht besser wäre – was wir vorschlagen –, statt Fusionen von oben zu verordnen, Rahmenbedingungen und Freiräume zu schaffen, bei denen die Einrichtungen auf freiwilliger Basis kooperieren können. Dafür gibt es als Beispiele die Tanztheater in Heidelberg und Freiburg.

Die dritte Frage ist, ob das sächsische Kulturraumgesetz von 2002 Vorbild für Baden-Württemberg sein kann. Könnte die Einrichtung von Kulturregionen nicht auch hier einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen Bestand haben können?

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich müssen wir fragen, ob wir uns 50 Jahre nach der Gründung Baden-Württembergs die vielen Doppelstrukturen, die wir haben, noch leisten können und wollen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Kollege Kretschmann hat einen Diskussionsbeitrag dazu geleistet. Diese Diskussion sollten wir tatsächlich führen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Das betrifft auch Archive und Bibliotheken. Das hat der Ministerpräsident heute Morgen angesprochen. Wenn unter rein verwaltungstechnischen Aspekten eine Umstrukturierung vorgenommen wird, dann kommt die kulturpolitische Bedeutung zu kurz.

Da wir gerade bei den Doppelstrukturen sind, sage ich dazu: Es geht auf keinen Fall um eine Zentralisierung mit dem Ziel, dass in Zukunft alles in Stuttgart sein soll,

(Zuruf von der CDU: Auf keinen Fall!)

sondern es geht um das Prinzip der Dezentralisierung, der Qualität und der Bedeutung, die die jeweiligen Einrichtungen in ihrem Umfeld haben.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Es gibt also viel zu diskutieren. Strukturelle Reformen sind auch nicht von heute auf morgen umsetzbar. Deshalb wird es höchste Zeit, dass wir anfangen.

(Edith Sitzmann)

Ich möchte mit einem Satz von Karl Valentin schließen. Er hat gesagt:

Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit.

Kulturpolitik auch. Wir sollten endlich anfangen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Inge Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Frau Kollegin Sitzmann sehr dankbar, dass sie eine neue Strukturdebatte und neue Formen der Arbeit eingefordert hat. Daher kann ich meinen Redebeitrag relativ kurz halten.

Ich möchte an einem Beispiel demonstrieren, wie sich die Kürzungen auswirken und was das für die einzelnen Häuser bedeutet. In diesem Fall geht es um das nicht von allen hier im Hause geliebte Kulturhaus Osterfeld.

(Abg. Pfisterer CDU: Das kennen wir gar nicht!)

– Das denke ich mir. – Das Kulturhaus ging 1994 mit 17 Festangestellten in Betrieb. Im Laufe der Jahre kam es zu immer stärkeren Kürzungen der Finanzen. Das Kulturhaus hat reagiert, neue Verträge wurden geschlossen. In diesem Jahr hat es nur noch 8,25 Angestellte. Ein Drittel der Jobs wurde mit ehrenamtlichen Kräften besetzt, und Künstlerverträge wurden aufgelöst bzw. nachverhandelt. Vor wenigen Monaten wurden neue Räume eingeweiht, die zwar zur Einnahmeverbesserung beitragen, deren Vermarktung sich aber bei den Verwaltungskosten bemerkbar machen dürfte.

Aus den bisher vom Land nicht gezahlten Mitteln und der neuen Sparrunde ergibt sich die stolze Summe von jährlich minus 150 000 €, die dem Kulturhaus natürlich fehlen. Durch die ergriffenen Maßnahmen konnte das Haus rund ein Drittel auffangen, sodass ein Minus von rund 100 000 € pro Jahr bleibt. Kann mir jemand sagen, wie das Kulturhaus Osterfeld diese Summe auffangen oder gar erwirtschaften soll? Mir kommt in diesem Zusammenhang der Spruch von Karl Kraus in den Kopf:

*Jeder Staat führt den Krieg gegen die eigene Kultur.
Anstatt Krieg gegen die eigene Unkultur zu führen.*

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Worum geht es eigentlich in der heutigen Debatte? Es geht darum, dass es einen Entwurf eines Haushalts gibt. Dieser Haushalt, Frau Utzt, wird natürlich noch vom Parlament diskutiert und im Parlament beschlossen werden. Die Institutionen – gerade der Kunst – hatten uns aber nach den Erfahrungen mit dem letzten Haushalt gebeten,

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Völlig richtig!)

nicht erst nach Verabschiedung des Haushalts irgendwann im Februar oder März mitgeteilt zu bekommen, was ihnen

möglicherweise an Haushaltsansätzen zukommt oder nicht mehr zukommt, sondern möglichst frühzeitig informiert zu werden, und sei es – wie wir es auch gemacht haben – mit dem Hinweis darauf, dass diese Informationen nicht endgültig, sondern vorläufig sind und dass natürlich abgewartet werden muss, welche Haushaltsansätze endgültig beschlossen werden.

Jetzt machen Sie uns zum Vorwurf, dass wir die Institutionen vorher informieren, damit sie besser planen können, auch wenn diese Informationen noch abgewandelt werden könnten.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Man kann doch wenigstens parallel informiert werden! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie verdrehen den Vorwurf! – Abg. Dr. Birk CDU zur SPD: Man kann euch nichts recht machen! – Abg. Pfisterer CDU: Das ist schon paradox! – Weitere Zurufe)

Die Institutionen sind jedenfalls froh, dass sie jetzt über diese Nachrichten verfügen. Wenn wir die Information gleichzeitig mit den Parlamentsberatungen machen würden, käme sie eben später.

(Abg. Inge Utzt SPD: Das Parlament kann doch informiert werden, während Sie die Institution informieren!)

Wenn Sie in diesem Zusammenhang in Ihrem Antrag von einem „Streichkonzert“ sprechen, Frau Sitzmann, dann ist das ein pffiffiger Begriff.

(Abg. Wichmann SPD: Ein Pfeifkonzert!)

Aber Sie wissen auch, dass unsere Orchester auf einem Niveau streichen, das in Deutschland seinesgleichen sucht und seinesgleichen suchen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Gerade die Partei der Grünen sollte wissen, dass im Hintergrund all dieser notwendigen Kürzungen die Idee einer nachhaltigen Haushaltspolitik steht. Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet, dass wir denjenigen, die nach uns Politik machen – aber auch schon uns selbst in den kommenden Jahren –, möglichst wenig Schulden aufbürden sollten, denn zukünftige Tilgungsraten und zukünftige Zinszahlungen engen auch die Finanzspielräume für Kunst und Kultur ein.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das haben wir nie bezweifelt!)

Insofern führt an der Kürzung um 1 Milliarde € kein Weg vorbei – und damit letztlich auch nicht an den 91,4 Millionen €, die mein Haus für 2004 einspart, und auch nicht an den 6,6 Millionen €, die Kunst und Kultur – gemessen an der Gesamtbelastung meines Hauses – relativ bescheiden treffen, jedenfalls deutlich unterproportional gegenüber den übrigen Haushaltsbereichen. Man kann also nicht von irgendeinem überzogenen Streichkonzert sprechen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie haben aber gesagt, 12,6 Millionen €!)

(Minister Dr. Frankenberg)

– Es ist überall mehr, Frau Sitzmann. Wenn wir die durchgereichten Einsparungen mitrechnen, dann sind es auch nicht 91,4 Millionen €, sondern knapp 200 Millionen €. Dann muss man aber alle Zahlen verdoppeln, und die relativen Verhältnisse zueinander bleiben gleich. Damit wird im Bereich der Kunst weiterhin unterproportional gekürzt.

(Abg. Pfisterer CDU: Richtig!)

Wenn wir uns die Kürzungen ansehen – nämlich die globalen Minderausgaben von 4,9 Millionen € bei den staatlichen Einrichtungen, bei denen wir Rechtsträger sind –, erkennen wir, dass globale Minderausgaben ein relativ verträgliches Instrument sind, weil sie eben nicht zur nachhaltigen Haushaltsabsenkung führen.

Die Behauptungen, dass die Intendantenfragen in Stuttgart in irgendeinem Zusammenhang mit der Haushaltspolitik oder auch mit den Staatstheatern als solchen stünden, werden übrigens nicht dadurch richtiger, dass man sie wiederholt.

(Abg. Inge Utzt SPD: „Unsensible Personalpolitik“ habe ich gesagt!)

Wie Sie dann den Weg zur Bemessungsgrundlage für die Streichung von 1 % der Stellen bei den Hochschulen gefunden haben, Frau Utzt, habe ich zwar nicht ganz verstanden, aber ich habe verstanden, dass Sie dieses 1 % falsch verstanden haben.

(Heiterkeit des Abg. Pfisterer CDU – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das war nicht logisch!)

Denn hier geht es letztlich darum, dass es für die Stellenkürzungen eine unterschiedliche Bemessungsgrundlage gibt. Im Hochschulbereich sind alle Stellen, die mit der Lehre in Beziehung stehen, aus der Bemessungsgrundlage für diese Stellenkürzungen ausgeschlossen, sodass die Bemessungsgrundlage sehr viel schmalere ist als bei allen anderen Einrichtungen. Insofern besteht hier auch gar keine Beziehung zu den Kürzungen in der Kunst; bei der Kunst gibt es diese Bemessungsgrundlagenänderungen ja nur im Bereich der Kunst- und Musikhochschulen, die dann entsprechend weniger Stellen bei den Stellenkürzungen erbringen müssen.

Wir haben neben den Kürzungen bei den Einrichtungen, für die wir Rechtsträger sind, eine Kürzung bei unseren Zuwendungsempfängern von in der Regel 10 % und eine Absenkung unserer Zuschüsse bei den Kommunaltheatern um 5 %. Diese muss man mit dem Prozentsatz unseres Zuschusses multiplizieren, wodurch ein wesentlich kleinerer Zuschussabsenkungsbetrag zustande kommt. Natürlich ist die Frage, inwieweit die Kommunen ihre Zuschüsse absenken oder absenken müssen. Außerdem haben wir bei den Landesbühnen eine Kürzung um 1 %.

Jetzt kritisieren Sie die Rasenmähermethode. Zunächst einmal kann ich bei 5 %, 10 %, 1 % und 4,9 Millionen € nur einen Rasenmäher entdecken, der für jede Einrichtung jeweils unterschiedlich tief oder hoch eingestellt worden ist.

(Heiterkeit des Abg. Pfisterer CDU)

Das heißt, wir haben sehr differenziert in diese Haushalte eingegriffen.

Was wäre die Alternative? Eine Alternative, die sich angedeutet hat, nämlich Kulturplanwirtschaft zu betreiben, liegt mir völlig fern.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was ist das?)

– Kulturplanwirtschaft wäre, dass wir von der Administration her planen würden, wer überleben darf, wer im Einzelnen wie viel bekommt. Wir sind gerade bei den Hochschulen von einer solchen Politik weggekommen und sollten bei der Kunst nicht in eine solche Richtung gehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Die andere Alternative wäre, Institutionen zu schließen. Aber für welche Institutionen wollen Sie denn wirklich vorschlagen, die Förderung einzustellen? Sollten wir etwa die Städtischen Bühnen in Freiburg schließen oder das Theaterhaus in Stuttgart, oder sollten wir wirklich ein Staatstheater in Baden-Württemberg schließen?

(Zuruf: Noi! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir haben heute gehört, dass auch die Badener Tüftler und Entwickler sind. Da muss man vorsichtig sein.

Wir dagegen sagen: Es gibt im Land auch in der Fläche eine breite Kulturförderung. Zu einer Kunstpolitik gehört auch die Frage der Teilnahmemöglichkeit an Kunst. Eine Politik, die in der Fläche fördert, fördert die Möglichkeit der Bürger auch im ländlichen Raum, an Kultur und Kunst teilzuhaben. Darauf sollten wir nicht verzichten.

Wir haben die breite Kulturförderung erhalten, und wir haben eine sachgerechte Verteilung der Einsparungen vorgenommen.

Es wird auch weitere strukturelle Konsequenzen geben. Wenn wir uns mit anderen Bundesländern vergleichen, stellen wir fest: Die Kürzungen, die wir vornehmen, sind moderat. Denken Sie etwa an das Land Nordrhein-Westfalen, das jegliche Projektförderung einstellt und über das der Deutsche Kulturrat urteilt, man habe dort das Todesurteil für viele kleine Kultureinrichtungen gesprochen. Ich will jetzt gar nicht davon sprechen, wer dort verantwortlich die Regierung stellt.

(Abg. Pfisterer CDU: Nicht die CDU!)

Sie sehen also, dass wir keineswegs an der Spitze, sondern vielmehr am Ende der Streichkonzerte stehen. Aber klar ist auch, dass Kürzungen, wenn man keine strukturellen Maßnahmen ergreift, auf Dauer – und die nächsten Haushaltsjahre werden ja auch nicht besser werden – zu Substanzverlust führen werden. Deshalb benötigen wir die auch von Ihnen angesprochenen modernen Betriebsformen, nämlich die Überführung in Landesbetriebe, wie wir das für das Badische Landesmuseum gemacht haben und wie es für das Württembergische Staatstheater gilt. Wir sehen, dass man mit diesen Kürzungen dort sehr viel flexibler umgehen kann.

(Minister Dr. Frankenberg)

Wir haben für die soziokulturellen Zentren die Einrichtung der erwähnten Arbeitsgruppe „Überlebensstrategie“ ange-regt, und zwar mit dem Hinweis auf die schwierigen kom-menden Haushaltsjahre. Sonst würde diese Arbeitsgruppe ja nicht „Überlebensstrategie“ heißen. Die soziokulturellen Zentren sollten sich Gedanken machen, wie man Soziokul-tur im Lande in Zukunft auch mit weniger Mitteln betreiben kann. Denn es gab auch immer mehr Zuwendungsempfän-ger, die in Selbstbestimmung hinzugekommen sind.

Wir werden auch mehr bürgerschaftliches Engagement für Kunst und Kultur haben müssen, wenn wir sie auf dem Ni-veau erhalten wollen, das wir jetzt haben. Dazu brauchen wir ein entsprechendes Stiftungsrecht, und dazu dient die Bundesratsinitiative, die wir dazu und zu den Änderungen des Steuerrechts eingebracht haben.

Aber wir müssen auch an Tabuthemen gehen, etwa an die Tarifsysteme für die Theater und Orchester. Gleichzeitig wissen wir, dass die Kultur in diesem Lande gerade in ihrer Breite immer auf öffentliche Zuwendungen angewiesen sein wird.

Das Wichtigste wäre aber – nur so werden wir die notwen-digen Mittel für die Kultur nachhaltig erhalten –, dass alle dazu beitragen, dass sich die Wirtschaft in der Bundesre-publik wieder entwickelt, dass die Zahl der Arbeitsplätze zunimmt und dass die Steuereinnahmen steigen. Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Parteien, die in Berlin die Regierung bilden, uns dabei unterstützen würden, wäre Kunst und Kultur besonders gedient, und zwar besonders nachhaltig gedient.

Wenn Sie, Frau Utzt, einen Ausblick auf 2005 und 2006 wagen, fragen wir uns natürlich, zu welchen Verhältnissen in diesem Land die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bun-desregierung in den Jahren 2005 und 2006 geführt haben wird. Vielleicht können Sie bessere Vorhersagen treffen als wir. Ich jedenfalls bin skeptisch und meine, dass wir dann, wenn sich in Berlin nichts ändert – das „nichts“ mögen Sie interpretieren, wie Sie wollen –, vor keinem nachhaltigen Aufschwung stehen.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Wir sind uns aber sicher alle darin einig, dass wir eine nachhaltige Kulturpolitik brauchen und dass wir in dieser nachhaltigen Kulturpolitik nicht nur über strukturelle Ver-änderungen in den Institutionen und auch zwischen den In-stitutionen nachdenken müssen, sondern auch anregen müs-sen, diese vorzunehmen.

Wir haben gerade bei der planungssicher gestalteten Or-chesterförderung in Gesprächen, die wir rechtzeitig geführt haben, angeregt, über entsprechende strukturelle Maßnah-men der einzelnen Träger gemeinsam nachzudenken. Es kann nicht sein, dass nur die staatliche Seite Strukturvor-gaben macht, sondern Strukturänderungen müssen auch aus einer Dynamik der Institutionen heraus kommen.

In diesem Sinn glaube ich, dass uns dann, wenn wir versu-chen, eine wie bisher nachhaltige Kulturpolitik zu finanzia-ren, und gleichzeitig mit Mut Veränderungen angehen, um Kunst und Kultur in Baden-Württemberg nicht bange sein

muss und das Streichkonzert – ich meine das wirkliche Streichkonzert – nach wie vor auf hohem Niveau stattfinden wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Sozialverträgliche Studiengebühren – Drucksache 13/2519

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 2. September 2003, Az.: 2 BvF 1/03 – Normenkontrollantrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt betr. Sechstes Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes – Drucksache 13/2524

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Zu Buchstabe a rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2548, mit auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Mi-nuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

Abg. Dr. Schüle CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Mittelpunkt des Antrags der CDU- und der FDP/DVP-Fraktion steht die Forderung nach Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen, um in unserem Land sozial-verträgliche Studiengebühren einzuführen.

Wir debattieren damit heute über ein Kernthema der Hoch-schulpolitik. Die öffentliche Debatte fokussiert sich in die-sem Zusammenhang oft auf ein wichtiges Ziel bei der Ein-führung von sozialverträglichen Studiengebühren, nämlich die Mobilisierung einer höheren Finanzsumme für den Hochschulsektor.

Natürlich ist das ein wichtiges Ziel, zu dem wir uns klar be-kennen. Aber es wäre eine viel zu oberflächliche Betrach-tungsweise, in Studiengebühren lediglich eine Möglichkeit für unsere Hochschulen zu sehen, um zu der benötigten bes-seren Finanzausstattung zu kommen. Sinn und Zweck von Studiengebühren gehen tiefer. Auf vier Punkte gehe ich ein.

Erstens: Durch die Einführung von Studiengebühren stei-gern wir das Interesse am konkreten Forschungs- und Lehr-angebot an den Hochschulen, und zwar von zwei Seiten: Studentinnen und Studenten, die Studiengebühren zu ent-richten haben, werden zukünftig in einem ganz anderen Maß Leistungen von der Universität einfordern, und dies gilt ganz besonders für den Bereich der Lehre. Die Hoch-schule und die Dozenten wiederum haben ein erstrangiges

(Dr. Schüle)

Interesse daran, das Lehr- und Forschungsangebot für die Studierenden so attraktiv wie möglich zu gestalten, weil die Mittelvergabe die Anzahl der Studentinnen und Studenten mit berücksichtigt.

Zweitens: Studiengebühren reduzieren die Kosten für ein Studium. Ein Hochschulstudium in Deutschland ist im Augenblick im internationalen Vergleich im Durchschnitt am teuersten. Ein Studium bei uns kostet im Durchschnitt 15 000 € mehr. Dies liegt auch und in besonderem Maß an der Länge der Studienzeiten. Mit den Studiengebühren tragen wir also auch zu einem bewussteren Umgang mit dem Studium und einer Verkürzung von Studienzeiten bei.

Drittens: Studiengebühren sind inzwischen internationaler Standard. Dass die Einführung von Studiengebühren bei uns dringlicher denn je ist, zeigt die internationale Entwicklung. In fast allen mit Deutschland vergleichbaren Staaten sind Studiengebühren Standard, gepaart mit einem ausgeprägten Stipendienwesen. Deshalb ist die Einführung von Studiengebühren auch ein entscheidender Schritt, wenn wir uns am Bau eines europäischen Hochschulraums vollwertig beteiligen wollen und international vernetzt sein wollen.

Viertens: Wir wollen sozialverträgliche Studiengebühren. In der öffentlichen Diskussion spielt die Frage, ob Studiengebühren sozial oder nicht sozial sind, eine wichtige Rolle, und dies zu Recht. Klar ist: Das Modell für Studiengebühren muss sozialverträglich ausgestaltet sein. Oberstes Ziel im Rahmen dieser Überlegungen muss sein, dass der Zugang zu Hochschulen weiterhin von der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Eltern eines Studierenden unabhängig bleiben muss.

Es kommt daher entscheidend auf die konkrete Ausgestaltung des Studiengebührenmodells an. Deshalb steht das Modell der nachlaufenden Studiengebühren zu Recht im Mittelpunkt der Diskussion, weil Studiengebühren nach diesem Modell nur von demjenigen verlangt werden, der nach Beendigung seines Studiums einen Beruf mit einem gewissen Einkommen hat.

Jetzt zu der politischen Frage, was zu tun ist, um Studiengebühren in unserem Land durchzusetzen. Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit der FDP/DVP den vorliegenden Antrag Drucksache 13/2519 stellen konnten.

(Zuruf: Stimmt! Die FDP war früher nämlich auch dagegen!)

Die Grünen haben sich konstruktiv auf einen anderen Weg begeben und ein eigenes Modell mit Bildungsgutscheinen in die Debatte eingeführt, das uns im Ergebnis allerdings noch nicht überzeugt.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Das größte Manko aus unserer Sicht ist, dass eine Eigenbeteiligung der Studierenden nicht direkt von Anfang an erhoben werden soll.

Wir erwarten aber von der SPD – vor allem nach den klaren Äußerungen ihrer Landesvorsitzenden vor gut einer Woche –, dass sie unser Konzept sozialverträglicher Studiengebühren klar befürwortet und unseren Antrag unterstützt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Pfisterer CDU: Darauf sind wir gespannt! – Zurufe von der SPD)

Frau Vogt hat in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Oktober gesagt – ich zitiere –:

Warum sollte es zum Beispiel nicht möglich sein, Leuten, die nach einem Studium erfolgreich sind, rückwirkend eine Leistung für ihren gebührenfreien Besuch der Universität abzufordern?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer sagt das? – Abg. Pfisterer CDU: Wer war das gerade? Vogt? Von welcher Partei?)

– Frau Vogt sagt das. Wo sie Recht hat, hat sie Recht.

(Abg. Capezzuto SPD: Eine gute Vorsitzende!)

Das ist nichts anderes als das Kernmodell nachlaufender Studiengebühren, das wir schon jahrelang fordern.

(Abg. Pfisterer CDU: Dafür kriegen wir heute im Parlament eine breite Zustimmung! – Abg. Drexler SPD: Wir sind doch hier nicht beim Ministerpräsidenten! – Weitere Zurufe)

Von Frau Vogt erwarten wir, dass sie umgehend dafür sorgt, dass das Hochschulrahmengesetz so geändert wird, dass wir Studiengebühren einführen können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir erwarten vom Ministerpräsidenten auch viel!)

Die Ankündigung in der Zeitung ist das eine, aber die Taten und das Umsetzen in Berlin sind für uns entscheidend.

(Abg. Pfisterer CDU: Hü-hott-Politik ist das!)

Von Ihnen, Herr Drexler, haben wir gelesen, dass Sie eigentlich schon immer für Studiengebühren gewesen seien.

(Abg. Drexler SPD: Ja, natürlich!)

Ihre Führungskraft in dieser Frage ist uns allen bislang verborgen geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Immer nur heimlich! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Wir können diskutieren!)

Wir gehen davon aus, dass Sie Ihre gesammelten Kräfte nun nutzen, damit Sie in Berlin eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes erreichen, und ein eigenständiges Konzept vorlegen, Herr Drexler.

(Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Dr. Schüle CDU: Ja, bitte sehr.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Kollege Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege, sind Sie der Auffassung, dass, wenn ein Fraktionsvorsitzender eine Meinung hat, die Fraktion immer das tut, was der Fraktionsvorsitzende gerade will? Ist das Ihre Auffassung von demokratischer Mitwirkung?

(Große Unruhe – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Wacker: Peinliche Frage!)

Abg. Dr. Schüle CDU: Herr Fraktionsvorsitzender Drexler, ich gehe davon aus, dass Ihre Autorität so groß ist, dass Sie die SPD-Fraktion endlich auf den richtigen Kurs bringen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir erwarten von Ihnen, Herr Drexler, dass Sie nicht nur in Interviews klar Stellung nehmen und nicht nur Fragen an die Regierung stellen, sondern dass Sie heute hier im Parlament Ihr eigenständiges Konzept vertreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Legen Sie doch einmal ein Konzept vor!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Rust.

(Abg. Wacker CDU: Warum redet die Frau Bregenzer nicht?)

Abg. Rust SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von einem Streit in der SPD kann überhaupt keine Rede sein. Frau Vogt hat ihre persönliche Meinung geäußert, und Herr Drexler hat auch seine persönliche Meinung geäußert. Das haben beide betont, und das ist ihr gutes Recht. Auch unter Abgeordneten gilt das Recht der freien Meinungsäußerung. Denn anders, als es bei der Landes-CDU manchmal der Fall ist, gilt bei uns nicht das Motto: „L'état, c'est moi – Der Staat bin ich.“ Bei uns wird bei einem so wichtigen Thema ausführlich und intensiv diskutiert. Das ist das Thema Studiengebühren auch wert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Ist das Ihre private Meinung? Wo ist die Parteimeinung? Gibt es keine?)

Der uns vorliegende Antrag der Regierungsfractionen ist schlicht nicht zustimmungsfähig.

(Abg. Pfisterer CDU: Aha!)

Ich möchte Ihnen auch begründen, warum. Sie verlangen vom Parlament allen Ernstes eine pauschale Zustimmung zu einer allgemeinen Studiengebühr.

(Abg. Pfisterer CDU: Nein!)

Die einzige Differenzierung, die Sie dazu machen, ist: Die Studiengebühren sollen nachlaufend und sozialverträglich sein.

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist genau der Punkt! – Abg. Wacker CDU: Dem können Sie doch zustimmen!)

Das ist die einzige Differenzierung. Das reicht für eine gründliche, für eine gewissenhafte Beratung bei weitem nicht aus.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Das ist optimale Sozialpolitik!)

Sie machen keine Angaben zum Prozedere; Sie machen keine Aussagen, wie das „sozialverträglich“ genau aussehen soll. Und vor allem: Sie verlieren kein Wort darüber, wie hoch diese Studiengebühren sein sollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Sollen das jetzt 500 € sein, sollen das 1 000 € sein, sollen es 5 000 € sein? All das gibt es in den viel zitierten Modellen weltweit. Bitte geben Sie uns dazu Auskunft, was Sie konkret vorhaben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das trauen sie sich nicht!)

Denn das ist ja gerade so, als ob wir eine neue Steuer beschließen sollten, aber nicht wissen, wer sie bezahlen soll, welche Bemessungsgrundlage gilt und wie hoch die Steuer nachher sein soll.

Wir können keine pauschale Aussage dazu machen. Deswegen können wir dem auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Was sagt Frau Vogt dazu?)

Wie Sie aus unserem Änderungsantrag ersehen, möchten auch wir die Rahmengesetzgebung des Bundes in Hochschulangelegenheiten aufheben. Dies ist ausschließlich ein Beitrag zur Entzerrung des föderalen Geflechts, die nach unserer Auffassung dringend notwendig ist. Das haben wir heute mehrfach gehört; darin sind wir uns ja auch alle einig.

Nun kurz noch einige inhaltliche Anmerkungen zur nachlaufenden Studiengebühr: Ich bin, wie die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion, der Auffassung, dass der erste berufsqualifizierende Studienabschluss gebührenfrei sein muss, weil ich als Student aus der Praxis weiß, wie die Situation der Studierenden in Baden-Württemberg aussieht.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Welche Perspektive geben wir einem jungen Menschen, der nach dem Abitur oder nach dem Abschluss des zweiten Bildungswegs, also nach einer Ausbildung, zum Beispiel einen Ingenieurstudiengang anstrebt? Wir sagen ihm: „Du wirst, nachdem du die Ausbildung gemacht hast und vielleicht auch schon etwas verdient hast, vier bis fünf Jahre lang kein regelmäßiges Einkommen haben – das ist ganz normal bei einem Studium.“ Das Ingenieurstudium – das muss man auch einmal sagen – ist ein Studium, das auch für den Studierenden momentan schon nicht sehr günstig ist. Dieses Studium ist im Vergleich zu anderen Studiengängen teuer.

Wir sagen ihm weiter: „Nach diesen vier bis fünf Jahren, die du studiert hast, musst du vielleicht dein BAföG zurückzahlen, das du bekommen hast“ – das ist auch richtig so –, und wir sagen ihm aber auch weiter, dass er, wenn er nach vier bis fünf Jahren in das Berufsleben einsteigt, einen Schuldenberg von Studiengebühren abstottern muss. Und

(Rust)

das, meine Damen und Herren, in einer Lebensphase, in der eine Familiengründung, die Gründung einer privaten Existenz ansteht.

Das ist meines Erachtens ein verheerendes Signal, vor allem für ein Land wie Baden-Württemberg, das wie kein anderes von den Köpfen der Menschen – der Herr Ministerpräsident hat es heute Morgen gesagt –, vom Erfindergeist der Badener und Württemberger lebt. Es ist ein verheerendes Signal, wenn wir sagen: „Du fängst dein Berufsleben an und bist hoch verschuldet“ – in einer Phase, in der die Leute eher mehr Geld benötigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wir werden mittelfristig gerade in Baden-Württemberg eine ganz andere Diskussion führen. Wir werden uns nicht mehr über den Sinn oder Unsinn von Studiengebühren unterhalten, sondern wir werden uns darüber unterhalten, wie wir Anreize dafür schaffen, dass junge Menschen, junge Männer und Frauen Ingenieurstudiengänge und naturwissenschaftliche Studiengänge anstreben, weil einer unserer wichtigsten Standortfaktoren in Baden-Württemberg ist: Wir leben in Baden-Württemberg von gut ausgebildeten Menschen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wacker CDU: Das ist doch ein Ablenkungsmanöver! – Abg. Pauli CDU: Besser als in anderen Bundesländern!)

Ein Letztes zur Verwendung der Studiengebühren. Ihnen glaubt schon heute niemand mehr, dass die Einnahmen aus Studiengebühren zur Verbesserung der Situation an den Hochschulen beitragen werden. So naiv sind Studierende, Rektoren und Professoren nicht. Das Beste, was dabei herauskommen kann, ist noch, dass es keine Kürzungen für die Hochschulen gibt, und die Studiengebühren streicht der Finanzminister ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie hatten zweieinhalb Jahre Zeit, um nach den Koalitionsverhandlungen ein ausgearbeitetes und durchgerechnetes Modell vorzulegen.

(Abg. Pfisterer CDU: Das geht doch im Moment rechtlich gar nicht! Ihr könnt es im Bund ändern, aber wir müssen es hier machen! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Heute haben Sie ein ganz pauschales Modell vorgelegt. Sie haben dieses Modell weder durchgerechnet noch ausgearbeitet. Wir können einem pauschalen Antrag, der sowohl qualitative als auch inhaltliche Mängel hat, nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Das war ein Ablenkungsmanöver! – Zuruf des Abg. Wacker CDU – Abg. Pfisterer CDU: Ein Schauspieler, aber kein Politiker! Mein lieber Mann! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD – Gegenruf des Abg. Pfisterer CDU: Ihn meine ich, den Herrn Drexler! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt wird es schwer! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Abg. Pfister FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der letzten Plenarsitzung über Studiengebühren diskutiert. Wir diskutieren auch heute über Studiengebühren. Von mir aus können wir das gern auch in der nächsten, der übernächsten und der überübernächsten Plenarsitzung tun.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Weil ihr kein Konzept habt, über das wir diskutieren können! – Abg. Drexler SPD: Legt doch ein Konzept vor!)

Ich habe da überhaupt keine Probleme. Ich diskutiere gern über dieses Thema. Sie kennen auch meine Meinung dazu.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich habe nachgesehen: Die FDP/DVP hat hier im Landtag von Baden-Württemberg im Jahre 1982 – ich wiederhole: 1982 – zum ersten Mal einen Antrag über die Einführung von nachlaufenden Studiengebühren gestellt. Das ist also überhaupt nichts Neues.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir würden wahrscheinlich auch heute nicht über dieses Thema Studiengebühren diskutieren, wenn es nicht diese Einlassung der Frau Landesvorsitzenden Ute Vogt gegeben hätte. Wenn diese nicht gekommen wäre, hätte es zunächst einmal keinen Anlass gegeben, über dieses Thema zu diskutieren.

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist der Punkt! – Abg. Wacker CDU: Aber das ist schon ein konkreter Anlass!)

Denn die Positionen in den Fraktionen sind ja klar.

(Abg. Pfisterer CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Birzele – Abg. Drexler SPD: Legen Sie doch einmal ein Modell vor! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sind doch zu feige, etwas vorzulegen! – Gegenruf des Abg. Pfisterer CDU: Frau Bregenzer, 2006 entscheidet das Gericht!)

Wir haben in der letzten Sitzung darüber diskutiert. Jetzt haben wir insofern eine neue Situation, als wir auf der einen Seite ein Hochschulrahmengesetz haben – das ist nun einmal auf dem Tisch; das ist die Realität – und es auf der anderen Seite eine Klage des Landes Baden-Württemberg und anderer Bundesländer gibt. Nach meiner Information wird diese Klage vor dem Jahr 2006 überhaupt nicht beschieden. Also hätte ich von mir aus jetzt einmal gesagt: Warum sollen wir uns weiter mit diesem Thema beschäftigen? Das muss entweder eine neue Bundesregierung ab dem Jahr 2006 entscheiden, oder aber es muss das Gericht entscheiden.

(Abg. Drexler SPD: Die Föderalismuskommission!)

(Pfister)

– Oder die Föderalismuskommission. Das wäre der allerbeste Weg. Ich wünsche Ihnen viel Glück dazu. Meine volle Unterstützung haben Sie,

(Abg. Drexler SPD: Danke!)

das Hochschulrahmengesetz dahin zu befördern, wo es hingehört, nämlich in den Papierkorb. Wenn wir uns darüber einig sind, Herr Drexler, und Sie es schaffen, das Hochschulrahmengesetz abzuschaffen,

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

dann werde ich Sie erstens zu einem Helden der SPD erklären.

(Abg. Drexler SPD: Nein, das will ich nicht! Ein Fass Bier!)

Zweitens zahle ich Ihnen ein Fass Bier, wenn Sie das wirklich zustande bringen.

(Zurufe von der SPD)

Aber zur Sache zurück. Herr Kollege Rust, es geht zunächst einmal nicht um die Frage, ob in Baden-Württemberg oder anderswo Studiengebühren eingeführt werden sollen – das ist nicht die Frage –, sondern es geht darum, ob es in Ordnung ist, dass es, wie gesagt, ein Hochschulrahmengesetz gibt, das den Ländern verbietet, überhaupt Studiengebühren einzuführen.

(Abg. Birzele SPD: Nein, für das erste, berufsqualifizierende Studium!)

– Natürlich. Es ist ja die Frage, ob man ein solches Gesetz braucht, um den Ländern zu verbieten, Hochschulgebühren tatsächlich einzuführen. Das ist ja der Streitpunkt, um den es geht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eben!)

Ich habe gesagt, wie das beim Hochschulrahmengesetz laufen kann. Darüber wollen wir nicht weiter spekulieren. Reden wir also in der Sache darüber, warum ich und die FDP/DVP-Fraktion insgesamt für die Einführung von Studiengebühren sind. Ich habe immer gesagt: Ich bin für die Einführung von Studiengebühren, wenn vier Voraussetzungen erfüllt sind.

(Abg. Drexler SPD: Also dann machen wir ein Modell!)

Erste Voraussetzung: Es darf nicht der Anschein, nicht der Hauch eines sozialen Numerus clausus vorhanden sein.

(Abg. Drexler SPD: Gut, das wollen wir einmal sehen!)

Bildung ist Bürgerrecht, Herr Kollege Drexler,

(Abg. Drexler SPD: Ja, das ist doch gut so!)

und ich will, dass es auch in der Zukunft so ist, dass nicht die Dicke des Geldbeutels des Vaters oder der Mutter darüber entscheidet,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das haben wir jetzt schon!)

ob jemand studiert oder nicht,

(Abg. Capezzuto SPD: Das haben Sie ja von uns gehört!)

sondern nur die Fähigkeit des jungen Menschen. Deshalb ist die erste Voraussetzung: kein sozialer Numerus clausus.

(Abg. Drexler SPD: Da gibt es keinen Streit!)

Weil dies so ist, haben wir von der FDP/DVP-Fraktion niemals allgemeine Studiengebühren gefordert, die ja im Grunde während des Studiums entrichtet werden müssten. Denn wenn während des Studiums Gebühren entrichtet werden müssten, gäbe es das Problem eines sozialen Numerus clausus, weil es dann schon vorkommen kann, dass der Vater oder die Mutter sagt: Tut mir Leid, junger Freund, ich würde dich gern studieren lassen, aber wenn du während des Studiums zahlen musst, muss ich dir sagen, dass ich das nicht kann.

(Abg. Drexler SPD: Hohe Freibeträge!)

Deshalb nachlaufende Studiengebühren.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Wann bekommen die Hochschulen das Geld?)

– Augenblick, ich komme gleich darauf.

Zweite Voraussetzung: Wenn wir solche nachlaufenden Studiengebühren einführen, muss gewährleistet sein, dass die Finanzmittel, die eingenommen werden, bei der Hochschule bzw. auch bei der Fakultät verbleiben.

(Abg. Drexler SPD: Wie?)

Jetzt sagt Kollege Birzele: Wenn man nachlaufende Studiengebühren heute einführen würde, würden in fünf, sechs oder sieben Jahren zum ersten Mal entsprechende Mittel fließen.

(Abg. Birzele SPD: Oder in 20 Jahren!)

Deshalb sieht ja das Konzept des Centrums für Hochschulentwicklung – Professor Müller-Böling hat das entwickelt; ich empfehle, das einmal nachzulesen – eine Zwischenfinanzierung vor. Diese Zwischenfinanzierung würde bedeuten, dass ein Bankenkonsortium oder was auch immer gewissermaßen ein Darlehen an die Hochschule gibt, sodass sie damit arbeiten könnte, und dieses Darlehen von den Studierenden im Sinne von nachlaufenden Studiengebühren später abgelöst werden muss.

(Abg. Birzele SPD: Mit oder ohne Zinsen? – Abg. Drexler SPD: Und wenn sie es nicht können?)

Vielleicht sollte man bei dieser Gelegenheit auch einmal einen Satz über die Größenordnung verlieren: Wenn Sie davon ausgehen, dass wir in Baden-Württemberg im Augenblick 220 000 Studierende haben und beispielsweise eine

(Pfister)

Studiengebühr von 500 € – das sind die Zahlen von Müller-Böling – pro Semester erheben, wäre dies ein Aufkommen von etwa 220 Millionen € pro Jahr.

(Abg. Drexler SPD: Wenn jeder zahlt!)

Jetzt sage ich Ihnen aber gleich, dass diese 220 Millionen € nicht in voller Höhe zur Verfügung stünden. Warum nicht? Ich setze einmal eine 50-prozentige Sicherheits- bzw. eine 50-prozentige Schwundquote an. Sie ergibt sich erstens aus denjenigen, denen Gebührenerlass gewährt wird, weil sie später nicht das genügende Einkommen haben, um diese Gebühr nachzubezahlen. Mit Sicherheit gibt es zweitens auch Fälle, in denen die Gebühren aus irgendwelchen Gründen nicht mehr eingetrieben werden können. Drittens muss auch irgendjemand die Zinsen, Herr Kollege Birzele, von denen Sie gerade gesprochen haben, für die Zwischenfinanzierung bezahlen. Wenn Sie das alles zusammennehmen – Schwundquote 50 % –, kommen Sie rein rechnerisch auf ein Volumen von etwa 110 Millionen € pro Jahr, was dann wirklich auch den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden könnte, und zwar sofort.

Ich habe also davon gesprochen, meine Damen und Herren, dass die erste Voraussetzung ist, dass es keinen sozialen Numerus clausus gibt.

Ich habe zweitens davon gesprochen, dass diese Mittel bei den Hochschulen verbleiben sollen.

Ich nenne als dritte Voraussetzung: Wenn wir solche nachlaufenden Gebühren einführen würden, dann würde dies natürlich bedeuten, dass die heute bestehenden Langzeitstudiengebühren bzw. die Verwaltungsgebühren, die wir derzeit erheben, ersatzlos gestrichen werden müssten.

Vierte Voraussetzung: Wir müssten parallel zu der Einführung von nachlaufenden Studiengebühren etwas tun, was in der Bundesrepublik Deutschland im Augenblick leider noch keine große Tradition und noch keine Kultur hat: Wir müssten ein besseres Stipendiatenwesen einführen. Denn alle Länder um uns herum, die diese Studiengebühren haben – die meisten erheben sie ja tatsächlich –, haben parallel dazu – Herr Rust, das war ja auch Ihr Ansatzpunkt – ein Stipendiatenwesen aufgebaut. Dies müsste aus meiner Sicht in der Tat noch hinzukommen.

Wenn diese vier Voraussetzungen erfüllt sind, dann glaube ich schon, dass die Einführung von nachlaufenden Studiengebühren ein richtiges Modell wäre. Warum? Übrigens auch deshalb, weil auf diese Art und Weise der Stellenwert eines Studiums gesteigert werden könnte.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich will diesen Gedanken noch zu Ende führen.

Der Stellenwert eines Studiums ist durchaus groß, und zwar für die Gesellschaft insgesamt, aber auch für den Einzelnen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Denn der Einzelne ist derjenige, der von diesem Studium insofern profitiert, als das Einkommen von Akademikern in der Regel überdurchschnittlich und die Arbeitslosigkeit unter den Akademikern deutlich unterdurchschnittlich ist. Insofern sind Studiengebühren und dabei auch nachlaufende Studiengebühren geeignet, um den Stellenwert und damit natürlich auch die Wertschätzung eines Studiums zu steigern.

Bitte schön, Herr Kollege Birzele.

Abg. Birzele SPD: Wie gewährleisten Sie, Herr Kollege Pfister, dass diese Studiengebühren dann auch tatsächlich den Hochschulen zugute kommen und nicht vom Finanzminister verrechnet werden, wie dies ja gegenwärtig bei Ihrem Beispiel der Fall ist? 91 Millionen € sollen gestrichen werden, 100 Millionen € wollen Sie mit Studiengebühren einwerben. Wo ist der Vorteil für die Hochschulen?

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Birzele, in der Stellungnahme der Landesregierung zu Abschnitt I des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP steht unter Ziffer 8 wörtlich:

Studiengebühren müssen den Hochschulen zur Verbesserung der Studienbedingungen

– darum geht es ja: mehr Qualität –

zusätzlich zur Verfügung stehen.

Das steht in der Stellungnahme des Ministeriums.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Papier ist geduldig!)

Das heißt, wir müssten eine Zielvereinbarung abschließen, eine Art von Vertrag, wenn Sie so wollen, zwischen dem Landtag von Baden-Württemberg, dem Wissenschaftsministerium und der Hochschule, in dem diese Frage im Sinne von Ziffer 8 der Stellungnahme zu Abschnitt I des Antrags gelöst wird.

(Unruhe)

Ich muss leider auf die Uhr schauen. – Ich will noch einen wichtigen Punkt hinzufügen, weshalb ich außerdem für Studiengebühren bin: Ich glaube, dass Studiengebühren auch ein wirksamer Schritt in Richtung Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung sein können.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich behaupte nach wie vor, dass wir bis zum heutigen Tag keine Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung haben. Ich glaube, dass die berufliche Bildung Nachholbedarf hat. Sie ersehen das ja daran, dass wir zwar jetzt ein schmales Meister-BAföG geschaffen haben, dass aber 70, 80 % aller Studierenden ihren Meisterlehrgang im Grunde aus eigener Tasche bezahlen. Das halte ich gegenüber einer akademischen Ausbildung für ungerecht – jedenfalls dann, wenn man die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung will.

Es gibt also eine ganze Reihe von Gründen, die für die Einführung solcher nachlaufenden Studiengebühren – weil sozialverträglich – sprechen. Voraussetzung wäre natürlich, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen sind.

(Pfister)

Jetzt komme ich zum Anfang meiner Rede zurück: Sie sind nicht geschaffen. Wir haben das Hochschulrahmengesetz. Also, warum sollen wir uns noch länger darüber unterhalten? Es liegt jetzt an Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD – selbstverständlich nicht heute, sondern irgendwann –, zu entscheiden, ob Sie sich von diesen Argumenten überzeugen lassen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bringen Sie zuerst ein gescheites Konzept auf den Tisch! Dann reden wir weiter!)

Es wird dann natürlich an Ihnen liegen, auch Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin davon zu überzeugen. Vielleicht gelingt es dem Kollegen Drexler in der Föderalismuskommission, eine Änderung zu erreichen.

Wenn diese Entscheidung gefallen wäre, wenn diese Hürde des Hochschulrahmengesetzes wirklich genommen wäre, dann käme allerdings der Zeitpunkt, zu dem wir uns sehr intensiv und sehr genau mit Detailfragen beschäftigen müssten, wie das im Einzelnen zu funktionieren hat. Das betrifft beispielsweise Fragen, ab welchem Einkommen Gebühren gezahlt werden müssen und wie das technisch abläuft.

Aber der erste Schritt – und aus dieser Verantwortung werde ich Sie nicht entlassen – muss von denjenigen kommen, die bisher Studiengebühren abgelehnt haben. Sie müssen dafür sorgen, dass der Weg für allgemeine Studiengebühren frei gemacht wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Pfister, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich komme zum Ende und sage noch einmal – –

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, ich komme zum Ende und sage Ihnen noch einmal: Es liegt an Ihnen, Frau Kollegin Bregenzer, jetzt dafür zu sorgen, dass dieser erste Schritt, nämlich Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes, gemacht wird. Dann kommen die nächsten Schritte, zu denen wir gerne bereit sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Deshalb stimmen Sie unserem Antrag zu!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da haben sich ja die Regierungsfractionen wirklich einen ominösen Antrag ausgedacht und heute eingebracht.

(Abg. Pfisterer CDU: Da war nichts Ominöses!)

In der Substanz bietet dieser Antrag nichts wirklich Neues im Vergleich zu der Debatte, die wir vor vier Wochen hier

in diesem Haus geführt haben. Nach wie vor ist keinerlei Konkretisierung zu finden, wie das Modell der Studiengebühren aussehen soll, das sich die Regierungsfractionen wünschen. Nach wie vor ist nicht erklärt, wie Sozialverträglichkeit wirklich garantiert werden soll.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch! Er hat einige Hinweise gegeben! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Ausrechnen! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Das soll er machen und nicht ich! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: 100 Millionen streichen und 100 Millionen kassieren!)

– Ich komme gleich auf ein paar Punkte zu sprechen. – Eines aber ist an diesem ominösen Antrag wirklich neu: Die Mehrheit des Landtags soll heute beschließen, dass sich alle vier Fraktionen auf Partei- und Bundesebene für den Wegfall des Verbots von allgemeinen Studiengebühren einsetzen sollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Das hat wirklich eine neue Qualität. Offensichtlich ist es die Handschrift unseres Ministerpräsidenten Teufel, die sich da schon durchsetzt. Er hat ja heute Morgen schon einmal angeboten, der Opposition im Parlament den Griffel zu führen.

(Abg. Pfisterer CDU: Jetzt, was bringt es?)

Für meine Fraktion kann ich Ihnen sagen: Wir lehnen dankend ab. Wir haben eine selbstständige Position zum Thema Hochschulfinanzierung entwickelt und werden Ihnen jetzt das konkreteste Modell vorlegen – das, was Sie seit 1982, wie vorhin angeführt, nicht zuwege gebracht haben. Ich werde Ihnen heute zeigen, warum zur Reform der Hochschulfinanzierung das Modell der Grünen, nämlich das Modell der Bildungsgutscheine, die bessere Antwort ist als allgemeine und auch als nachlaufende Studiengebühren.

Zunächst einmal drei Gründe, warum Ihre nebulösen Vorstellungen zu den nachlaufenden Studiengebühren mich bislang nicht überzeugen.

Erstens: Sie nennen keinerlei Zahlen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch! Ich habe Zahlen genannt! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Sie nennen keine Zahlen. Sie sagen in Ihrem Antrag nichts Konkretes über die Höhe der Eigenbeteiligung. Sie sagen deshalb auch nichts darüber, ob die finanzielle Gesamtbelastung der Eigenbeteiligung am Ende überschaubar bleibt oder zusammen mit den Kosten, die ja durch Rückzahlung des BAföG entstehen, zu einem unkalkulierbaren Schuldenberg führt. Genauso mogeln Sie sich um die Aussagen über die nachlaufende Finanzierung in Abhängigkeit vom tatsächlichen Einkommen herum. Welche Einkommenshöhe wollen Sie denn zugrunde legen?

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist doch eine bezahlbare Summe!)

Gibt es eine staatliche Finanzierung für diejenigen, die eine bestimmte Einkommenshöhe nicht erreichen, und wer soll das gegebenenfalls bezahlen?

(Theresia Bauer)

Sie sprechen – Herr Pfisterer hat es eben ganz konkret genannt – von kreditierten Gebühren, wollen also eine Kreditfinanzierung Ihres Modells. Da möchte ich gern wissen: Welche Bank lässt sich denn auf ein solches Geschäft ein? Haben Sie schon irgendwelche Gespräche geführt, und können Sie sagen, für welche Bank das attraktiv sein soll? Welche Sicherheiten will die Bank dafür sehen? Welche Zinsen fallen dafür an? Wer soll die Bürgschaften übernehmen? Wie viel soll das kosten? Und wer treibt in einem solchen Modell das Geld von den Studienabsolventen ein? All das ist nicht klar. Solange das nicht klar ist, kann man auch nicht von einem konkreten Studiengebührenmodell reden.

(Beifall bei den Grünen)

Zweiter Punkt: Sie sagen nicht, wie Sie mehr Akademiker und Akademikerinnen ausbilden wollen und wie Sie mehr befähigte Menschen aus sozial schwachen Schichten gewinnen wollen. Genau das ist aber notwendig. Deshalb wollen wir vonseiten der Grünen, dass die Eingangsphase des Studiums auch künftig frei von finanzieller Eigenbeteiligung bleibt. Die Aufnahme eines Studiums darf nicht durch finanzielle Hürden erschwert werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! Völlig einverstanden! – Abg. Pfisterer CDU: Das will ja auch keiner! Das geht in vielen Ländern so!)

Dritter Punkt – und das ist ganz wichtig –: Nachlaufende Studiengebühren setzen keine gezielten Anreize für Hochschulen zur Verbesserung der Lehre. Sie sind ein stumpfes Schwert, eine stumpfe Waffe in Bezug auf die Lehre.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wieso?)

Denn die nachlaufenden Studiengebühren schwächen zunächst einmal den Einfluss der Studierenden. Ihr finanzielles Gewicht entfalten sie nämlich erst dann, wenn die Studierenden schon lange von der Hochschule weg sind. Deswegen wird kein direkter Anreiz geschaffen, um in die Lehre zu investieren.

Meine Damen und Herren, das Grünen-Modell der Bildungsgutscheine dagegen erweist sich in all diesen Punkten allgemeinen Studiengebühren haushoch überlegen. Ich will Ihnen drei Gründe dafür nennen.

Erstens: Der Bildungsgutschein stärkt die Selbstständigkeit von Studierenden. Das Prinzip ist: Staatliches Geld folgt Studierenden. Der Bildungsgutschein schärft also zunächst einmal das Bewusstsein dafür, dass öffentliche Mittel nicht unendlich sind, dass Studierende sie verantwortlich einsetzen müssen und effizient mit öffentlichen Mitteln umgehen müssen.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch heute schon so!)

Er gibt ihnen gleichzeitig mehr Freiheit als bisher für ihre individuellen Lebenslagen, für ein individuelles Tempo beim Studieren und für Teilzeitstudium. Damit fördern wir Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit im Sinne einer solidarischen Bürgergesellschaft.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Der Bildungsgutschein stärkt die Lehre, denn er steuert die staatliche Hochschulfinanzierung um. Die staatliche Finanzierung erfolgt für die Hochschulen direkt in Abhängigkeit von der studentischen Nachfrage. Die Studierenden beeinflussen die Finanzierung von Hochschulen durch ihre Entscheidung für einen Studienort und für ein Fach. Dadurch wird staatliches Geld an die Hochschulen in einer anderen Weise verteilt als bislang, und das ab dem ersten Semester. Studierende bekommen so einen neuen Status. Sie werden zu Akteuren an der Hochschule, und der Wettbewerb um Studierende sorgt zum ersten Mal gezielt für eine Aufwertung der Lehre.

Der dritte Grund für Bildungsgutscheine: Sie sind kombinierbar mit finanzieller Eigenbeteiligung. Für die Fraktion GRÜNE kann ich sagen: Auch wir sind dafür, dass es eine finanzielle Eigenbeteiligung gibt, wenn die Qualität des Studiums stimmt. Wir sehen nach einer ersten Phase des Studiums eine finanzielle Eigenbeteiligung vor und halten das für richtig. Wir werden demnächst den Nachweis erbringen, dass dies sozialverträglich möglich ist, dass es finanziell realistisch zu machen ist und dass die Eigenbeteiligung der Studierenden direkt für die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen genutzt wird.

(Beifall bei den Grünen)

Eine kurze Bemerkung noch zum Hochschulrahmengesetz. Ich halte diese Debatte wirklich für eine Scheindebatte. Selbst Minister Frankenberg hat in vergangenen Diskussionen immer wieder darauf hingewiesen, dass finanzielle Eigenbeteiligung letztendlich in eine länderübergreifende Regelung münden muss, weil jede Regelung, die man in einem Land einführt, Konsequenzen für die anderen Länder haben wird. Eigentlich ist es egal, ob dies im HRG oder woanders geregelt wird. Wir brauchen überzeugende Konzepte, die wir am besten im Konsens mit anderen Ländern durchsetzen. Ich glaube, die Frage der Kompetenzverteilung ist in der Föderalismusreformkommission gut angesiedelt. Dort kann man diese Frage grundsätzlich klären und vielleicht einer schnellen Lösung zuführen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

(Zuruf von der CDU: Weit! – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr weit überschritten!)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Dafür war es aber so spannend.

Jedenfalls darf die Frage der Kompetenzklärung die Regierung nicht davon abhalten, sofort loszulegen und ein Konzept zu entwickeln. Auch da muss die Devise von heute Morgen gelten: Nicht nur von Reformen reden, sondern sie in Taten umsetzen. Wir Grünen sind gerne bereit, uns konstruktiv daran zu beteiligen und bei der Einführung von Bildungsgutscheinen behilflich zu sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schüle.

Abg. Dr. Schüle CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf einige Aspekte der Vorstellungen der Grünen und danach auf Aussagen der SPD eingehen.

Frau Kollegin Bauer, Sie haben das Modell der Grünen in der Debatte als das hochwertigste bezeichnet. Ich glaube, dass das Modell der Grünen jedenfalls erheblich verbessert werden muss. Sie sagen, in der ersten Phase solle das Studium gebührenfrei sein, danach sollten irgendwann Studiengebühren kommen. Unklar ist, wann die erste Phase und wann die zweite Phase ist.

Nächster Punkt – das ist der Kern –: Den eigentlichen Wert, dass die Lehre und das Angebot an der Universität von Studentenseite und auch vonseiten der Universität an Aufmerksamkeit gewinnen und eine neue Kundenanbietersituation geschaffen wird, erreichen wir erst, wenn Studiengebühren eingeführt sind, weil dann jeder genau schaut, was wirklich geboten wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da haben Sie aber nicht zugehört, Herr Kollege! – Zuruf von der SPD: Mit dem Muster kann man die Gesundheitsreform erklären!)

Dies wird in Ihrem Projekt leider nicht eingebracht. Sie haben zu Recht die Frage aufgeworfen, ob es möglich und richtig ist, mit den Studiengebühren den Anteil derjenigen Abiturienten, die zur Hochschule gehen, zu erhöhen. Dies ist erforderlich. Dieser Anteil beträgt in Deutschland 28 %. International liegen wir damit aber auf einem Platz im unteren Feld. Alle diejenigen Staaten, die schon längst Studiengebühren eingeführt haben, haben eine höhere Zugangsquote von den Schulen an die Hochschulen.

Das Zweite: Die „taz“ aus Berlin hat vor ungefähr einem Jahr unter der Überschrift „Studiengebühren sind nicht unsozial“ darauf hingewiesen, dass die jetzige Situation, in der wir in Deutschland keine Studiengebühren haben, dennoch dazu führt, dass das Einkommen der Eltern bei uns nach wie vor eine erhebliche Rolle spielt. Auf der anderen Seite gibt es gute Erfahrungen im Ausland, dass der Anteil der Studienanfänger auch mit Studiengebühren steigt. In Deutschland haben wir nach wie vor das Problem, dass die soziale Ausgewogenheit letztendlich nicht so befriedigend ist, wie wir es gerne hätten. Deswegen denke ich, Frau Kollegin Bauer, dass Sie bei diesem Modell noch nacharbeiten müssen.

Nun zur SPD. Die SPD hat sich hier auf den Standpunkt gestellt, es müsse eigentlich schon ein völlig klarer, gegliederter und in den Einzelheiten feststehender Gesetzentwurf vorliegen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dazu kann ich nur sagen: Wer es, wie die SPD, mit verhindert hat, dass wir im Land Baden-Württemberg – wie in allen Ländern – überhaupt die Möglichkeit haben, Studiengebühren einzuführen, der kann sich jetzt nicht hier hinstellen und fragen: Wo ist eigentlich euer Gesetzentwurf?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Natürlich! Es gibt jede Menge Modelle! Entscheiden Sie sich für eines! – Abg. Drexler SPD: Deshalb könnt ihr doch einen Entwurf vorlegen!)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen es allerdings – und das ist ein Fortschritt in der Debatte in Baden-Württemberg; das möchte ich ausdrücklich festhalten –, dass die SPD heute gesagt hat – da nehmen wir Sie beim Wort –, sie werde sich dafür einsetzen – das ist wirklich positiv –, dass das Hochschulrahmengesetz entsprechend geändert wird.

(Abg. Drexler SPD: Das haben wir doch gemeinsam beschlossen! – Abg. Birzele SPD: Das können Sie nachlesen in unserem Antrag!)

Das ist ein Durchbruch, Herr Kollege Drexler, weil wir – das steht im Antrag drin; das bewerte ich ja gerade positiv, ausgesprochen positiv –, wenn Sie diese Änderung durchsetzen, hier in Baden-Württemberg mit der Mehrheit im Landtag ein entsprechendes Gesetz verabschieden können.

(Abg. Birzele SPD: Das können wir nur mit der CDU! – Glocke der Präsidentin)

Deswegen freuen wir uns über diese Entwicklung.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Schüle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Dr. Schüle CDU: Selbstverständlich.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege, wissen Sie, dass nach der Föderalismusdiskussion in diesem Landtag eine Entschliebung mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedet worden ist, die genau die Aufhebung dieser Mischfinanzierung als eines der Ziele formuliert hat?

Sie brauchen heute also nicht so besonders zu tun; Sie hätten bei dieser Debatte nur aufzupassen brauchen. Da haben alle Abgeordneten auf der rechten und der linken Seite und in der Mitte den Arm gestreckt. Das war vor einem halben Jahr.

(Abg. Pfisterer CDU: Das war die Theorie! – Abg. Pfisterer FDP/DVP: Jetzt kommen aber die Berliner! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Abg. Dr. Schüle CDU: Schade, dass das halbe Jahr nicht genutzt wurde,

(Abg. Birzele SPD: Sie haben ja keine Ahnung!)

um diesen Vorschlag schon konkret in Berlin einzubringen.

(Abg. Birzele SPD: Dazu brauchen wir die CDU und zwei Drittel der Länder! Das ist eine Verfassungsänderung! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir werden Sie, Herr Drexler und Herr Birzele – und auch Frau Vogt –, daran messen, ob Sie das in Berlin durchset-

(Dr. Schüle)

zen, denn nur dann können wir es auch hier im Land durchsetzen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Stimmt doch gar nicht! – Abg. Birzele SPD: Keine
Ahnung!)

Meine Damen und Herren, die CDU hat seit zwei Monaten eine klare Position. Das heißt, die CDU ist ganz klar auf dem richtigen Kurs.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Uns fällt auf, dass Sie zwar in die richtige Richtung gehen – das Hochschulrahmengesetz ändern –, aber kein eigenes Konzept hier eingebracht haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie eines?)

Herr Drexler, Frau Vogt: Sie haben sich klar für nachlaufende Studiengebühren ausgesprochen. Warum stimmen Sie unserem Antrag nicht zu?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Zweieinhalb Jahre
Zeit gehabt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da
kommt nichts! Gar nichts!)

Sie haben sich in der Presse klar geäußert. Sie haben sich hier nicht klar geäußert und sich außer mit Zwischenfragen nicht einmal an der Debatte beteiligt, haben keine Position zu dieser Frage bezogen. Weil Sie sich aber so klar geäußert haben und weil das mit unserem Antrag übereinstimmt, beantragen wir namentliche Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zimmermann CDU:
Sehr gut! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die OECD-Studie „Education at a Glance“ führt die Hochschulausgaben verschiedener Länder, gerade auch der entwickelten Länder, im Vergleich vor. Danach liegen die Hochschulausgaben in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit den staatlichen Hochschulausgaben der übrigen Industrieländer etwa im Mittelfeld. Die Hochschulausgaben in Baden-Württemberg liegen weit über den durchschnittlichen Hochschulausgaben der übrigen Bundesländer. Vergleichbare Ausgaben tätigt nur der Freistaat Bayern.

Wenn wir aber auf die Gesamtausgaben der entwickelten Länder für die Hochschulen schauen, und zwar nicht nur auf die staatlichen Ausgaben, so sehen wir, dass die Gesamtausgaben in vielen entwickelten Ländern deutlich höher sind als in der Bundesrepublik. Der Unterschiedsbetrag ist ganz einfach zu erklären: Er hat seine Ursache in den privaten Ausgaben für die Bildung – diese machen bis zu 50 % der Ausgaben für die Hochschulsysteme aus –, und diese Beträge fehlen unserem Hochschulsystem.

Wenn Sie sich etwa die Betreuungsrelationen ansehen, die berühmte Relation Professoren/Professorinnen zu Studie-

renden, dann stellen Sie fest, dass sie in diesen Ländern deutlich höher liegt. Die privaten Aufwendungen für die Hochschulen, die dann zu einem höheren Gesamtbetrag führen, kommen in diesen Ländern im Wesentlichen durch Studiengebühren zustande. Wenn wir uns also fragen, wie wir in unserem Hochschulsystem mit diesen Ländern in Zukunft im Wettbewerb mithalten können, auch um in einem globalen Markt von Studierenden bestehen zu können, dann müssen wir uns die Frage stellen: Haben wir staatlicherseits die Mittel, um deutlich mehr für die Hochschulen ausgeben zu können? Die haben wir nicht; denn wir können nicht die Steuern erhöhen, um damit für diejenigen, die dann die Zinsen und die Tilgungen zahlen müssen, die Studiensituation zu verbessern, sondern wir können nur zusätzliche Mittel von denjenigen einnehmen, die auch den unmittelbaren Ertrag von diesem Studium haben – wie das in allen Ländern der Fall ist.

Gutscheine wären ein erster Ansatz eines wettbewerblichen Systems zwischen den Hochschulen. Aber sie sind leider kein Ansatz, um mehr Mittel einzunehmen. Um mehr Mittel aber geht es. Es hat übrigens schon im Jahre 1976 eine sehr aufschlussreiche Abhandlung über Bildungsgutscheine in der Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte“ gegeben – verfasst von dem uns allen bekannten Autor Ulrich Müller.

(Abg. Nagel SPD: Wer ist das? – Weitere Zurufe,
u. a.: Der Umweltminister? – Abg. Stichelberger
SPD: Alles Müller, oder was?)

Er sitzt jetzt zu meiner Linken; es ist der Umweltminister. Also, wir verfügen bei uns schon seit langem über das entsprechende Know-how.

Wenn wir bei Studiengebühren die Gerechtigkeitsfrage stellen – wobei allerdings noch niemand wirklich definiert hat, was soziale Gerechtigkeit eigentlich ist –, dann müssen wir auch sehen, dass wir heute die Situation haben, dass alle Steuerzahler für das Studium bezahlen, während nur etwa ein Drittel der Steuerzahler studierende Kinder in der Familie haben. Das heißt, dass zwei Drittel der Steuerzahler Steuern für die Kinder der übrigen Eltern zahlen und diese Kinder und ihre Familien letztlich einen enormen Einkommensvorteil haben. Wenn wir die Gerechtigkeitsdebatte führen, dann müssen wir uns fragen, ob wir angesichts von Kindergartenbeiträgen, von Eigenleistungen für die Meisterausbildung, ob wir angesichts von privaten Krankenkassenbeiträgen im staatlichen System, von privater Altersvorsorge im staatlichen Rentensystem, . . .

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: . . . ob wir angesichts dieser notwendigen Eigenleistungen in einem Sozialsystem, das so nicht mehr finanzierbar ist, Studierende davon ausnehmen können, einen Eigenbeitrag zu den Kosten ihres Studiums zu leisten. Diese Gerechtigkeitsfrage muss man auch so herum stellen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Ja!)

(Minister Dr. Frankenberg)

Die Vorteile eines Studiums sind vielfältig belegt. Diejenigen, die studiert haben, haben im Durchschnitt höhere Einkommen und haben ein wesentlich geringeres Risiko der Arbeitslosigkeit. Alle Berechnungen zeigen, dass sich ein Studium trotz der höheren Steuern bei einem späteren höheren Einkommen auf jeden Fall lohnt.

Ein Studium führt zu einem erheblichen Einkommensgewinn. Die Frage ist, ob man für diesen Einkommensgewinn nicht auch selbst einen Beitrag leisten sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wer die soziale Gerechtigkeit auf sein Banner geschrieben hat, dürfte also nicht gegen, sondern müsste für Studiengebühren sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, würden Sie die Gespräche bitte draußen führen.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Eigentlich müssten die Gewerkschaften für Studiengebühren und die Unternehmerverbände gegen Studiengebühren sein, weil keinem Unternehmer etwas Besseres passieren kann, als dass seine Kinder trotz seines eigenen hohen Einkommens kostenlos studieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Eine raffinierte
Argumentation!)

Sie fragen nach den Auswirkungen von Studiengebühren. Dabei gehe ich immer von sozialverträglichen Studiengebühren aus, wobei ich noch erläutern werde, was ich darunter verstehe.

Fragen Sie nach Ländern mit Studiengebühren und der Bildungsbeteiligung aus einkommensschwachen Schichten, so muss man sagen: Diese ist in Deutschland geringer als in fast allen anderen Industrieländern. Das heißt, das Nichtheben von Studiengebühren hat nicht dazu geführt, dass besonders viele Kinder aus einkommensschwachen Schichten studieren.

Die zweite Frage ist: Studieren bei einer Einführung von Studiengebühren weniger? Nehmen wir dazu das Beispiel Australien, wo nachlaufende Studiengebühren eingeführt worden sind. Dort ist die Zahl der Studierenden nach Einführung der Studiengebühren gestiegen, weil sich die Studienbedingungen durch die zusätzlichen Mittel verbessert haben. Nach dem Beispiel Australien muss also niemand befürchten, dass Studiengebühren vom Studium abhalten oder dass die Zahl der Studierenden sinkt.

Im Inneren aber werden Studiengebühren Wirkungen entfalten, die wir ohne sie gar nicht erzielen können. Das Studium wird als Investition wahrgenommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Man wird sich sorgfältiger überlegen, was man studiert,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Und wie lange man studiert!)

und man wird mit dem öffentlichen Gut des Studiums sorgfältiger umgehen.

Die Lehrenden – deshalb gibt es einige Professorinnen und Professoren, die keine Befürworter von Studiengebühren sind – werden Studierende haben, die, weil sie zahlen, auch fordernder sind als die jetzigen Studierenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir werden ohne Studiengebühren auch keine wirkliche Verbesserung der Lehrmentalität erreichen. Diese Effekte sind mir genauso wichtig wie die Effekte zusätzlicher Einnahmen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Der Mensch ist halt nicht so, wie manche ihn gerne hätten, sondern er ist so, wie er ist. Er sagt sich: Was nichts kostet, ist auch nichts, und damit gehe ich entsprechend um.

Wie wären sozialverträgliche Studiengebühren auszugestalten? Es gibt übrigens konkrete Vorschläge in der Form eines Modells des Stifterverbands und des CHE. Es gibt auch Ausarbeitungen der Böll-Stiftung. Das heißt, es liegen genügend, auch durchkalkulierte Modelle auf dem Tisch. Meine eigenen Vorstellungen stimmen ziemlich mit dem Modell des Stifterverbands und des CHE überein.

Das heißt, die Gebühren werden nachlaufend zurückgezahlt. Allen, die nicht unmittelbar zahlen können, wird also ein Studienkredit gegeben, und für die, die unmittelbar zahlen können, muss es Rabatte geben, so wie das in Australien in dem High Education Scheme ausgearbeitet ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: „Higher Education
Contribution Scheme“ heißt das!)

Das heißt, die Studiengebühren werden kreditiert und erst zurückgezahlt, wenn der Betreffende aufgrund seines Studiums ein Einkommen erzielt, und sie werden erst zurückgezahlt, wenn eine bestimmte Einkommensschwelle überschritten wird. Diese Schwelle liegt in Australien in einer Höhe, die niedriger ist als das, was man bei uns in Besoldungsgruppe A 13 verdient; aber in den angelsächsischen Ländern gibt es diese Terminologie nicht.

Es gibt daneben eine Ausfallbürgschaft des Staates für alle, die ein solches Einkommen nie erzielen. Das heißt, man muss einen gewissen Prozentsatz abschreiben. Nun kann man aber nicht annehmen, dass jemand deshalb später kein hohes Gehalt haben will, weil er die Gebühren nicht zurückzahlen will; auch solche Argumentationen hat es gegeben.

Es stellt sich schließlich die Frage nach der Höhe der Studiengebühren. Nach unserem Grundgesetz gibt es eine Sozialstaatsverpflichtung. Das muss ich auch denjenigen Rektoren sagen, die jetzt über eine Höhe von Studiengebühren reden, wie sie an amerikanischen Privatuniversitäten erhoben wird. Das kann nicht unser Maßstab sein. Wer das deutsche mit dem amerikanischen System vergleicht, soll

(Minister Dr. Frankenberg)

bitte das deutsche System mit dem staatlichen amerikanischen System vergleichen.

Der Wissenschaftsrat, der Stifterverband und das CHE gingen von 1 000 DM, also umgerechnet etwa 500 €, aus. Das halte ich für Deutschland auch unter der grundsätzlichen Sozialstaatsverpflichtung für eine im Mittel durchaus vertretbare Größenordnung. Danach würde bei einem zehnmestrigen Studium – von einer solchen Länge wollen wir auch noch wegkommen –, wenn pro Semester 500 € bezahlt würden,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

eine Schuld von 5 000 € anwachsen. Vergleichen Sie diese Verschuldung, die jemand für die größte Zukunftsinvestition aufnimmt, die man vornehmen kann, nämlich eine Investition in seine eigene Bildung und Ausbildung, in seine eigene Berufsperspektive mit einem deutlich höheren Jahresgehalt, einmal mit der Erstinvestition in ein Auto.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wesentlich billiger!)

Da frage ich mich doch: Warum soll jemand nicht eine Erstinvestition in die eigene Ausbildung selbst bezahlen, . . .

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: . . . die deutlich unter der Erstinvestition in ein Auto liegt?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Für dieses Geld kriegen Sie nicht einmal einen gescheiten Gebrauchtwagen!)

– Das Studium ist noch mehr wert als ein Gebrauchtwagen. Das ist völlig richtig, Frau Gräßle.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ein Schrottwagen wäre das!)

Wenn wir dann noch sagen: „Für BAföG-Empfänger, die ja schon eine Verschuldung anhäufen, muss es eine Regelung geben, nach der die Gesamtschulden aus Studiengebühren und BAföG eine gewisse Schwelle nicht übersteigen dürfen, damit es auch keine psychologische Hemmschwelle zur Aufnahme eines Studiums gibt“, dann können wir wirklich nicht davon reden, durch nachlaufende Studiengebühren würde jemand vom Studium abgehalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Angeführt wird auch immer das Argument, der Finanzminister würde Studiengebühren für sich einnehmen. Man muss zunächst einmal sagen: Der Finanzminister nimmt für sich gar nichts, sondern bringt allenfalls etwas in den Haushalt ein.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Fleischer, an die SPD gerichtet: Sie tun so, als ob das etwas Böses wäre!)

Gehen wir von zwei Erfahrungen im Land Baden-Württemberg aus. Die erste ist: Wenn wir die Hochschulhaushalte über eine Legislaturperiode hinweg transparent absichern, kennen wir die staatlichen Zuwendungen, und diese werden dann nicht gesenkt. Dann wissen wir auch, dass die eingenommenen Studiengebühren zusätzliche Einnahmen sind, die an die Hochschulen gehen sollen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir haben mit dem Solidarpakt in Baden-Württemberg wie kein anderes Land ein Beispiel für eine nachhaltige und transparente Absicherung der Hochschulfinanzierung geliefert. In dieser Weise müssen wir über Hochschulverträge auch in Zukunft zu einer entsprechenden Absicherung der staatlichen Zuwendungen an die Hochschulen kommen, um zu wissen, welches Delta durch die Studiengebühren eingenommen wird.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Hier ist der falsche Ort, um von einem Eingriff des Finanzministers zu sprechen. Mit dem baden-württembergischen Weg des Solidarpakts wurde nicht eingegriffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dieses Jahr hat das Gegenargument geliefert! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Der Solidarpakt hält nach wie vor, trotz geringerer Ausgaben, die wir vornehmen.

Das Zweite: Schauen Sie sich die Langzeitstudiengebühren an. Es ist gesetzlich geregelt, dass diese Gebühren den Studierenden zugute kommen. Sie kommen über unsere Programme zur Verbesserung der Lehre den Hochschulen vollständig zugute.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Sie kommen nur nicht am meisten denjenigen zugute, die die meisten Langzeitstudenten haben.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Das war aber auch nie Sinn der Sache.

Das heißt, es gibt Regelungen, mit denen wir Erfahrungen gesammelt haben, Regelungen, von denen wir wissen, dass sie halten,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

und mit denen man absichern kann, dass Studiengebühren den Hochschulen wirklich zusätzlich zugute kommen.

Diese Studiengebühren müssen das Delta liefern, was uns an der Finanzierung gegenüber Ländern fehlt, die zusätzlich eine hohe private Finanzierung im Hochschulsystem haben. Diese Einnahmen müssen auch in erster Linie der Verbesserung der Lehre zugute kommen. Diese Verbesserung benötigen wir.

Uns hindert die kurz vor der Bundestagswahl erfolgte HRG-Gesetzgebung daran, in den Ländern das zu tun, was Ländersache ist,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Minister Dr. Frankenberg)

nämlich Entwürfe von Hochschulgebührengesetzen einzubringen, diese einzuführen und auch zwischen den Ländern entsprechend ernsthafte Verhandlungen zu führen.

Dass man jetzt vonseiten der SPD im Landtag davon abrickt, das sollte man nicht uns sagen, sondern Frau Ministerin Bulmahn, und man sollte dann im Bundestag die Initiative zur Änderung des HRG ergreifen. Davon sehe ich noch nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Nein! Das macht die Föderalismuskommission! Zum zehnten Mal! – Zurufe von der CDU)

– Herr Drexler, das würde Frau Ministerin Bulmahn nicht daran hindern, eine solche Gesetzesinitiative zu ergreifen. Ich weiß auch von vielen Grünenabgeordneten aus dem Bundestag, dass sie eine solche Gesetzesinitiative begrüßen würden und sie sofort unterstützen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmid SPD: Eine Verfassungsänderung braucht eine Zweidrittelmehrheit!)

– Wir brauchen nicht die Verfassung zu ändern, sondern wir müssen einen Satz aus dem Hochschulrahmengesetz streichen.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Auflösen! Haben Sie es noch nicht kapiert?)

– Wir können diesen Punkt, Herr Drexler, sehr schnell lösen.

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin – Abg. Schmid SPD: Wollen Sie jetzt mehr Föderalismus?
– Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie wollen halt den Föderalismus da, wo es passt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Minister Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Schmid, ich will genau das, was Sie wollen, und zwar möglichst bald und solide, nämlich nachlaufende Studiengebühren.

(Abg. Schmid SPD: Ich will mehr Föderalismus!)

– Ja, das können wir auch noch haben.

(Abg. Schmid SPD: Na also!)

Aber das eine schließt das andere keineswegs aus, sondern ein. Wenn wir also für unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb eine Verbesserung der Mittelsituation haben wollen, die die Bürger dieses Landes über Steuern nicht mehr zusätzlich leisten können und die wir schon gar nicht über Verschuldung finanzieren sollten, dann gibt es eigentlich nur einen Weg, nämlich die Initiative der Regierungsfaktionen zu unterstützen und die Grundsatzentscheidung für nachlaufende Studiengebühren mitzutragen. Wer dies nicht tut, der muss sich fragen lassen, wie er denn eine Verbesserung der Hochschulfinanzierung erreichen will

(Abg. Schmiedel SPD: Legen Sie doch einmal ein Modell vor!)

oder ob er vielleicht gar keine Verbesserung in der Hochschulfinanzierung haben will.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es! Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2548, abstimmen.

Herr Abg. Hauk, bitte.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, ich beantrage zum Antrag der CDU und der FDP/DVP namentliche Abstimmung zu Abschnitt II.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön. – Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Nach dem Antrag der Koalitionsfraktionen soll festgestellt werden:

Alle Fraktionen werden sich auch auf Partei- und Bundesebene für den Wegfall des Verbots von allgemeinen Studiengebühren einsetzen.

Ich finde, dass dies nicht abstimmungsfähig ist. Darüber könnte der Landtag nur dann abstimmen, wenn er schon vorher wüsste, dass dem alle zustimmen. Da wir es aber nicht wissen, kann man darüber nicht abstimmen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Einfach zustimmen!)

Er würde, glaube ich, seine Kompetenzen erheblich überschreiten, wenn er feststellte, was andere Fraktionen zu tun haben.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Darüber wird auch nicht abgestimmt, sondern die namentliche Abstimmung bezieht sich auf Abschnitt II dieses Antrags.

(Abg. Schmid SPD: Aber über den Rest wird doch auch abgestimmt! – Weitere lebhafte Zurufe von der SPD)

– Er wird nicht namentlich abgestimmt.

Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, wir legen ausdrücklich Wert darauf, dass dieser Absatz nicht der Abstimmung unterliegt.

(Abg. Birzele SPD: Also wird er zurückgezogen! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Erledigt durch Aussprache!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön. Wir nehmen diesen Absatz aus der Abstimmung heraus.

Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2548.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Findet dieser Antrag die vorgeschriebene Unterstützung nach § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung? – Das ist der Fall.

Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2548, ab. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Frau Schriftführerin Weckenmann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben B.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie Platz. Ich kann Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben:

Beteiligt haben sich 111 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt;
5 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.*

Der Antrag ist damit abgelehnt.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Bayer, Birzele, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Hausmann, Käppeler, Birgit Kipfer, Kretschmann, Moser, Nagel, Boris Palmer, Margot Queitsch, Rivoir, Rust, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunner, Döpper, Dr. Döring, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräble, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Sieber, Stächele, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler.

Der Stimme **e n t h a l t e n** haben sich:

Theresia Bauer, Heike Dederer, Brigitte Lösch, Oelmayer, Edith Sitzmann.

*

Wir stimmen nun über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2519, ab.

Ich lasse zunächst über Abschnitt I ohne den letzten Absatz, der lautet: „Alle Fraktionen werden sich auch auf Partei- und Bundesebene für den Wegfall des Verbots von allgemeinen Studiengebühren einsetzen.“, abstimmen.

Wer Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/2519 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Abschnitt I des Antrags ist angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2519. Es findet eine namentliche Abstimmung statt. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2519 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer Abschnitt II des Antrags ablehnen möchte, möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Hillebrand, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben C.

Ich darf wieder um Ruhe während der Abstimmung bitten.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor.

An der Abstimmung haben sich 112 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 66 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 45 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich ein Abgeordneter.*

Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2519 ist somit angenommen.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunner, Döpper, Dr. Döring, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräble, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Sieber, Stächele, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Mit Nein haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Käppeler, Birgit Kipfer, Kretschmann, Brigitte Lösch, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Rivoir, Rust, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

Der Stimme **e n t h a l t e n** hat sich:

Dr. Witzel.

*

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/2524. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2396

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2488

Berichterstatter: Abg. Junginger

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2545-1, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2545-2, auf.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Verlauf des heutigen Tages haben wir ja schon häufiger darüber gesprochen, wie schwierig die Finanzlage bei Bund, Ländern und Gemeinden ist. Daher gilt für alle Gebietskörperschaften, dass Einsparungen notwendig sind. Insbesondere gilt dies selbstverständlich für die Länder, denn bei uns sind die Personalkosten, wie wir alle wissen, besonders hoch.

Während man beim Bund und bei den Kommunen vielleicht von einer Personalausgabenquote von 20 % ausgehen kann, liegt sie bei uns bei mehr als 40 %. Wenn man die indirekten Kosten dazunimmt, sind es sogar über 50 %.

Nicht weil wir die Beamtinnen und Beamten verärgern oder belasten wollten, sondern aus der Notwendigkeit heraus, unsere finanziellen Engpässe und Schwierigkeiten zu überwinden – für die wir nicht verantwortlich sind; auch das ist am heutigen Tag schon mehrfach angesprochen worden –, müssen und werden wir als CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf der Landesregierung unterstützen.

Dass es sich dabei nicht um einen Schnellschuss gehandelt hat, sondern um ein sehr abgewogenes Vorgehen, beweist die Entstehungsgeschichte des Gesetzentwurfs. Wir haben nämlich zunächst versucht, die Haushaltsausfälle dadurch auszugleichen, dass wir versucht haben, unseren Einfluss geltend zu machen, um bei den Tarifverhandlungen einen besseren Abschluss herbeizuführen. Dadurch hätte sich auch die Schieflage, die jetzt zwischen den Beamtinnen und Beamten auf der einen Seite und den Angestellten auf der anderen Seite entsteht, nicht ergeben. Wie Sie wissen, ist dem kein Erfolg beschieden gewesen.

Dann gab es den Vorstoß des Landes Berlin, eine Öffnungsklausel herbeizuführen. In diesem Zusammenhang hat der Beamtenbund den Vorschlag gemacht – der vom Ministerpräsidenten auch ausdrücklich unterstützt wurde –, auf der einen Seite eine Streichung des Urlaubsgelds und eine Kürzung des Weihnachtsgelds vorzunehmen, auf der anderen Seite aber eine Dynamisierung und eine Einbeziehung in das Grundgehalt vorzusehen. Das ist ein Geben und Nehmen in gleicher Weise. Der Ministerpräsident hat damals ausdrücklich an die Ministerpräsidenten der anderen B-Länder geschrieben:

Ich selbst setze mich daher für die Umsetzung des Vorschlags des Deutschen Beamtenbunds ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, hat es im Bundesrat keine Mehrheit für unseren Vorschlag gegeben. Dennoch haben wir uns ganz eng an diesem Beamtenbundvorschlag orientiert, als es darum ging, die Öffnungsklausel auszufüllen. Es ist dann zwar zu keiner bundeseinheitlichen Regelung gekommen, wie wir jetzt alle wissen, aber es war jedenfalls nicht das Land Baden-Württemberg, das diese Situation herbeigeführt hat. Vielmehr hat das Land Baden-Württemberg versucht, sich eng an dem Vorschlag der Beamtinnen und Beamten zu orientieren und ihn umzusetzen.

Die neue Regelung, die wir heute beschließen, sieht für das Jahr 2003 eine einmalige Absenkung des Weihnachtsgelds auf 57,5 % vor, aber sie beinhaltet gerade keine Kürzung des familienbezogenen Anteils der Sonderzuwendungen. Das möchte ich besonders hervorheben. Ich habe das auch schon in der ersten Lesung getan. Unser Vorschlag beinhaltet damit auch für das Jahr 2004 und die folgenden Jahre eine ausgesprochen familienbezogene Komponente. Für das Jahr 2004 ist im Gesetzentwurf die Streichung des Urlaubsgelds und beim Weihnachtsgeld eine Zwölfteilung der Auszahlungsbeträge, die Teilnahme an der Dynamisierung und vor allem auch die Ruhegehaltsfähigkeit vorgesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die familienbezogene Komponente nochmals hervorzuheben: Wenn man sie mit dem Grundgehalt verknüpft, dann führt das bei einem Beamten der Besoldungsgruppe A 9 mit zwei Kindern nicht zu einer Kürzung auf den vorhin genannten Betrag, sondern auf 66,26 %. Bei einem Beamten in der Besoldungsgruppe A 13 führt das zu einer Kürzung auf 65,51 % und bei einem Beamten in der Besoldungsgruppe A 15 auf 65,25 %.

Sie sehen daraus: Gerade bei Beamten in niedrigen Gehaltsgruppen mit Kindern ergeben sich ganz erhebliche positive

(Dr. Scheffold)

Auswirkungen, und sie sind durch diese Regelung stark begünstigt. Ich habe auch einmal die absoluten Zahlen herausgearbeitet: Die Regelung führt bei einem Beamten in der Besoldungsgruppe A 9 für den Ehegatten zu einer Mehrzahlung von 22 €. Wenn er ein Kind hat, sind es 41 € mehr, bei zwei Kindern 60 € und bei drei Kindern 85,20 €. Das ist also eine ganz wesentliche familienpolitische Komponente, die wir hier eingebracht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mich gerne auch mit dem beschäftigten, was uns die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der SPD heute vorschlagen.

Das ist nicht ganz ausgegoren, Herr Kollege Oelmayer, was Sie uns da anbieten. Da Sie nachher für die Fraktion GRÜNE sprechen werden, will ich das ausdrücklich so sagen. Sie schlagen zunächst einmal vor, dass die Beamten der Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 nicht belastet werden sollen, weder bei der Sonderzahlung noch beim Urlaubsgeld. Damit haben Sie natürlich Mehrausgaben und wollen diese über die gestrichene Ruhegehaltsfähigkeit der Sonderzahlungen decken. Sie sagen, dass dies im Prinzip alle Beamtinnen und Beamten, alle Pensionsanwärter treffen soll. Damit führen Sie natürlich eine Deckungsfähigkeit herbei. Aber Sie tun dies ja nur vor dem Hintergrund, dass Sie sich in den Tarifverhandlungen nicht durchsetzen konnten. Jetzt überraschen Sie mehr oder weniger sämtliche Pensionäre mit diesem freudigen Ereignis.

Dann frage ich Sie weiter, Herr Kollege Oelmayer – das ist der zweite Punkt –, wenn Sie sagen, es sei sozial ungerecht, dass wir bei Beamten in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 Kürzungen vornähmen – abgesehen davon, dass die Beamten in der Besoldungsgruppe A 9 von dieser Maßnahme natürlich auch nicht profitieren –, warum Sie bei den Pensionären Kürzungen als gerecht ansehen; denn auch unter ihnen sind ehemalige Beamte, die in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 gewesen sind. Das passt hinten und vorn nicht zusammen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt aber!)

Eine andere Regelung, Herr Kollege Oelmayer, ist auch nicht ganz stimmig. Sie wollen ja § 3 ändern und die Sonderzahlungen einmal jährlich zusammen mit den Bezügen für den Monat Dezember zahlen. Ich nehme an, dass Sie dadurch die Dynamisierung ausschließen wollten. – Sie nicken mit dem Kopf.

Herr Kollege Oelmayer, das ist aber in § 3 gar nicht geregelt. Das wäre in § 5 geregelt gewesen. Ich bitte Sie also, Ihren Gesetzentwurf wenigstens entsprechend zu überarbeiten.

(Abg. Zimmermann CDU: Zurückziehen!)

Die SPD will mit ihrem Antrag bei den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 Ausnahmen von den Kürzungen der Sonderzahlung herbeiführen, möchte also bei 86 % bleiben. Bei A 9 bis A 11 will sie auf 75 % heruntergehen.

Jetzt haben Sie natürlich das Problem, dass wir in A 2 bis A 8 16 000 Beamte und in A 9 bis A 11 37 000 Beamte haben. Sie können sich ausrechnen, dass da ein zweistelliger Millionenbetrag herauskommt. Diesen müssen Sie erst einmal decken. Sie tun dies schon für das Weihnachtsgeld

2003 nicht – da haben Sie gar keine Deckung –, und in den Folgejahren werden Sie den Betrag bei der Sonderzuwendung niemals durch die Begrenzung in der B-, der C-, der R- und der W-Besoldung aufbringen. Da kommen Sie nicht hin, Herr Kollege.

(Abg. Schmiedel SPD: Schlichte Behauptung! –
Abg. Fischer SPD: Herr Stickelberger sagt dazu etwas!)

Ihre Maßnahme ist also von vornherein nicht gedeckt. Sie stimmt auch mit dem Haushaltsentwurf nicht überein.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie kennen den Entwurf gar nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie unseren Entwurf mit den Entwürfen der anderen Länder vergleichen, müssen Sie feststellen, dass unser Entwurf verantwortungsbewusst ist und dass er die Beamtinnen und Beamten zumindest im Vergleich mit denen in den anderen Bundesländern noch relativ wenig belastet. Deswegen wird die CDU-Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Guter Beitrag! –
Abg. Capezzuto SPD zur CDU: Hallo, klatschen! –
Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst habe ich die Pflicht oder die Ehre, die beiden Fraktionsvorsitzenden Oettinger und Drexler zu entschuldigen. Beide wären bei dieser hochkarätigen Diskussion gerne anwesend; aber eine Podiumsdiskussion beim Metallarbeitgeberverband, die schon lange angesetzt ist und für die beide ihre Teilnahme zugesagt haben, führt leider dazu, dass sie jetzt verhindert sind. Ich glaube, dass sich dadurch die Mehrheitsverhältnisse hier im Hause nicht gravierend verändern werden, sodass wir die Diskussion gleichwohl weiterführen können.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, über das Sonderzahlungsgesetz haben wir vor einigen Wochen in erster Lesung diskutiert. Herr Minister Stratthaus, wir haben damals signalisiert, dass wir einen Teil Ihres Sparkurses durchaus mittragen. Lassen Sie mich allerdings, bevor ich zu unserem Antrag komme, doch einige Bemerkungen vor die Klammer ziehen.

Herr Dr. Scheffold, Sie haben die soziale Abstufung angesprochen, die wir vorsehen. Diesbezüglich ist in den letzten Wochen nach meinem Empfinden der Eindruck erweckt worden: Ach, das sind doch nur ein paar Euro. Nicht von Ihnen persönlich, aber in der öffentlichen Diskussion ist das so vermittelt worden.

Ich glaube, die Einbußen in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen, von denen wir hier sprechen, haben für die Betroffenen ganz gravierende Konsequenzen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

(Stickelberger)

Wenn ein lediger Polizeiobermeister in der zweiten Stufe ein Grundgehalt von 1763 € hat, können Sie sich ausrechnen, was die Kürzung für den Betroffenen bedeutet.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Doch, Herr Zimmermann! Sie sind besoldungsmäßig halt ein bisschen höher angesiedelt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Ich glaube, das spielt in der öffentlichen Diskussion schon eine Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Ich ziehe noch einen zweiten Satz vor die Klammer.

(Zurufe von der SPD)

Heute Vormittag hat der Herr Ministerpräsident sehr viel zum öffentlichen Dienst und zum Personalabbau gesagt und unter anderem festgestellt, dass wir zu viele Bedienstete und zu viele Beamte hätten. Er hat von der Bürokratie als einer „Schlingpflanze“ gesprochen. Ich glaube, wir sollten eine solche Bewertung für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nicht verwenden.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Gerade die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben viel zur Stabilität und zur Prosperität in diesem Lande beigetragen, und das sollten wir auch anerkennen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn man den Bediensteten in diesem Bundesland schon mehr Arbeit zumutet als den Bediensteten in anderen Bundesländern, sollte man versuchen, sie nicht zu demotivieren, sondern bei der Verwaltungsreform gerade versuchen, sie mitzunehmen und zu motivieren. Das alles aber fehlt bisher in Ihrem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Was von heute Vormittag noch nachhängt, ist ein weiterer bitterer Nachgeschmack. Wir haben den Eindruck: Der Ministerpräsident mag nicht nur die Ministerialbeamten nicht – das ist ja schon offenkundig geworden –, nein, er mag auch die Bediensteten des Landes Baden-Württemberg insgesamt nicht. Das müssen wir leider feststellen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Glück FDP/DVP:
Ha no! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch
CDU)

– Ja, Frau Gurr-Hirsch. Fragen Sie doch einmal die Beamten, fragen Sie doch einmal die Polizisten, fragen Sie die Feuerwehrleute. Hören Sie sich im Land doch einmal um, und diskutieren Sie mit Bediensteten aus den Besoldungsgruppen A 6 und A 7. Dann erhalten Sie ein richtiges Stimmungsbild, das sich von dem Bild massiv unterscheidet, das vom politischen Olymp in Spaichingen aus – oder sonst wo in dieser Gegend – vermittelt wird.

(Minister Dr. Schäuble, auf dem Weg zu seinem Abgeordnetenplatz: Glauben Sie eigentlich, dass die SPD noch jemand mag? Kennen Sie die Umfragen? – Unruhe)

– Herr Minister Schäuble, wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Heiterkeit – Minister Dr. Schäuble: Glauben Sie denn, Herr Kollege Stickelberger, dass die SPD im Augenblick noch von jemandem gemocht wird? Kennen Sie die Umfragen?)

– Für Baden-Württemberg gilt uneingeschränkt, dass Ihre Frage mit Ja zu beantworten ist.

(Heiterkeit)

Aber jetzt zu unserem Antrag. Er sieht eine soziale Staffe- lung in den Besoldungsgruppen bis A 8 vor. Da bleibt es nach unserem Vorschlag bei den bisherigen Beträgen. Das können Sie nachlesen. Da sehen wir keine Kürzungen vor. Wir sehen lediglich bei den Besoldungsgruppen zwischen A 9 und A 11 eine Kürzung auf 75 % vor, mehr nicht.

Wir schlagen in unserem Antrag auch vor, die Regelungen erst für das Jahr 2004 in Kraft zu setzen. Wir tragen die verkappte Rückwirkung – Herr Minister Stratthaus, Sie haben im Finanzausschuss sinngemäß gesagt, dass es sich um eine solche handle – nicht mit. Vielmehr sagen wir: wenn Kürzungen, dann erst ab 2004 und mit einer sozialen Abstufung.

Wir halten auch an einem Urlaubsgeld bis Besoldungsgruppe A 8 in der Größenordnung von 100 € fest.

Jetzt zu den Deckungsvorschlägen. Herr Dr. Scheffold, bei der Ersten Beratung im Plenum haben wir den Deckungsvorschlag gemacht, den Grundbetrag von A 16 zu nehmen und dann sozusagen abzuflachen, es dabei zu belassen. Das Protokoll vermerkt dazu die Zwischenrufe: „sozialistische Politik“ und „leistungsfeindlich“. Wir glauben, dass man die politische Mottenkiste einmal von diesen Begriffen entrümpeln sollte und fragen sollte: Wo bleibt denn die motivierende Wirkung, wenn man in der von Ihnen vorgesehenen Weise bei den unteren Besoldungsgruppen kürzt? Da nehmen Sie die Motivation. Sie nehmen sie nicht oben, Sie nehmen sie unten, bei den unteren Besoldungsgruppen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann
GRÜNE)

Herr Dr. Scheffold, wir haben das auch einmal ausgerechnet: Man kommt bei den Besoldungsgruppen ab A 16, in den B- und den C-Besoldungsgruppen auf eine Bedienstetenzahl in der Größenordnung von 4 700. Das ist schon eine erkleckliche Zahl. Den Betrag, den wir nach Ihrer Auffassung als Deckungslücke haben, schwitzen Sie da allemal heraus.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

– Das ist berücksichtigt, vergleichbar mit den Besoldungsgruppen A 16 und höher.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir glauben, dass wir mit unserem Vorschlag dem anzuerkennenden Sparwillen Rechnung tragen müssen. Das ist klar. Wir tragen die Einsparlinie in dem Umfang, wie ich es aufgezeigt habe, mit. Das ist keine Frage.

(Stickelberger)

Zweitens: Wir sind für eine soziale Abstufung in den Besoldungsgruppen bis A 8. Das scheint uns verträglich. Die Sozialverträglichkeit ist Ihnen ja auch kein Fremdwort. Wenn ich mir das Ministergesetz anschau, das morgen auf der Tagesordnung steht, so finde ich darin sehr große Elemente einer sozialverträglichen Regelung. Aber darüber werden wir uns morgen noch im Einzelnen unterhalten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich ein Letztes hinzufügen.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

– Ach Herr Mappus!

(Abg. Mappus CDU: Macht es doch in Berlin!
Fangt doch dort einmal an!)

– Wir können in Berlin leider nicht die Besoldung für die Landesbediensteten in Baden-Württemberg regeln. Das müssten Sie doch wissen!

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der SPD und
der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Verwaltungsschüler im mittleren Dienst wissen das.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mappus?

Abg. Stickelberger SPD: Ja, bitte schön.

Abg. Mappus CDU: Herr Kollege, ist Ihnen eigentlich bekannt, was die Bundesregierung im Nachgang zur Landesregierung von Baden-Württemberg bezüglich der Beamtenbesoldung beschlossen hat? Könnten Sie uns das bitte einmal schildern?

(Abg. Birzele SPD: Der muss ein Informationsdefizit aufarbeiten!)

Abg. Stickelberger SPD: Ich kann Ihnen schildern, Herr Kollege Mappus, dass die Landesregierung

(Abg. Mappus CDU: Die Landesregierung? Die Bundesregierung!)

von der Öffnungsklausel Gebrauch gemacht hat und mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten ist, lange bevor dieses Gesetz im September in Kraft getreten ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! So ist es, Herr Staatssekretär! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Blattschuss!)

Sie waren die Ersten, die – –

(Zurufe von der CDU)

– Das ist ja auch unbestritten. Lassen Sie mich Folgendes sagen: Heute Morgen haben wir uns eine Stunde und sechs Minuten lang angehört, in welchem Traumland wir leben. Da ist es nur angebracht, dass wir eine individuelle, landesbezogene Regelung für Baden-Württemberg finden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zimmermann CDU:
Vor dem Finanzausgleich! Nach dem Finanzausgleich wachen wir wieder auf!)

Lassen Sie mich aber noch einen letzten Satz sagen, nämlich zu den Pensionären: Wir sind der Auffassung, dass wir hier eine Gleichbehandlung vorzunehmen haben. Das ist auch in unserem Antrag so angelegt. Die Pensionäre werden gleich behandelt. Die Regelungen treten auch ab 2004 in Kraft. Was wir nicht machen: Wir nehmen nicht den Pensionären das Urlaubsgeld weg, das sie gar nicht bekommen. Das genau sieht Ihr Vorschlag nämlich vor.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Vorschlag. Er ist finanzpolitisch ausgewogen und sozialverträglich. Bitte stimmen Sie also zu.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt kommt die FDP-Position!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seien wir doch ganz ehrlich: Für Mitglieder einer Regierungskoalition gibt es natürlich bedeutend angenehmere Dinge, als Beschneidungen und Einschränkungen zu fordern.

(Abg. Wieser CDU: Beschneidung? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was wollen Sie denn beschneiden?)

Aber die Kassenlage zwingt uns zu diesen unpopulären Maßnahmen. Dann liegt es auch wieder in der Verantwortung eben dieser Regierungskoalition, dazu zu stehen. Und das tun wir auch.

Meine Damen und Herren, ich will es heute Abend sehr kurz machen. Es sind keine neuen Argumente mehr eingeflossen außer einem, Herr Stickelberger: Ich habe heute Abend von Ihnen gehört, der Ministerpräsident liebe seine Beamten nicht. Ich glaube das zwar nicht; aber es war zumindest neu für mich.

(Abg. Capezzuto SPD: Das war nicht so überzeugend! Glauben Sie es, oder glauben Sie es nicht?)

Meine Damen und Herren, bei der ersten Lesung haben wir alle Argumente hin und her bereits ausgetauscht, und schon aus Gründen der Zeitökonomie möchte ich mir ersparen, das Ganze noch einmal zu wiederholen.

(Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Capezzuto SPD: Also!)

Meine Damen und Herren, wir wissen: Es trifft einige hart,

(Abg. Capezzuto SPD: Einige? Tausende!)

wenn wir diese Maßnahmen beschließen müssen.

(Dr. Glück)

(Abg. Capezzuto SPD: Dann stimmen Sie uns doch zu!)

Das gilt vor allem für die unteren Besoldungsgruppen. Aber seien wir froh, dass wir –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann machen Sie es doch anders!)

– Frau Haußmann, gerade eben habe ich Ihnen gesagt, dass die Kassenlage uns dazu zwingt, eben auch auf diesem Gebiet Einschränkungen vorzunehmen,

(Abg. Capezzuto SPD: Sie haben doch gehört: A 16!)

und Sie wissen auch, dass es viele andere Gebiete gibt, bei denen man das genauso tun muss.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Satz schließen: Seien wir froh, dass wir in Baden-Württemberg sind! Denn andere Länder sind gezwungen, noch viel einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen,

(Abg. Zimmermann CDU: So ist es!)

als wir es hier in Baden-Württemberg machen müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Schmid SPD: Das Saarland macht gar nichts!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Capezzuto SPD Jetzt sei aber vorsichtig! – Abg. Zimmermann CDU: Cross Border!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein, jetzt nicht.

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben ja in der ersten Lesung hier im Landtag das Thema eigentlich schon eingehend erörtert.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Richtig!)

Wir haben darüber hinaus im Ausschuss das Thema nochmals – auch anhand eines Änderungsantrags unserer Fraktion – diskutiert. Die sozialdemokratische Fraktion hat jetzt dankenswerterweise auch ihre Vorstellungen in einem Antrag präzisiert.

Weil es bei dem Thema, nämlich der Kürzung des Weihnachtsgelds und der Streichung des Urlaubsgelds bei Beamtinnen und Beamten des Landes – unter anderen auch gerade bei den hier anwesenden Beamtinnen und Beamten des Landes; ich meine nicht diejenigen, die hier im Parlament sitzen, sondern die, die uns oben auf der Tribüne zuhören –, doch sozusagen ans Eingemachte geht, gestatten Sie mir nochmals, die Überlegungen unserer Fraktion in Kürze darzustellen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Klar! Die Opposition lässt sich nicht ausnehmen!)

Wir sind mit der Regierung und den Regierungsfractionen der Auffassung, dass wir im Zusammenhang mit den Perso-

nalausgaben im Landesetat in Anbetracht der Haushaltslage Kürzungen vornehmen müssen. Wir sind der Auffassung, dass diese Kürzungen so sozialverträglich wie möglich durchgeführt werden sollten. Wir sind auch der Auffassung, Kollege Scheffold, dass wir nur dann konstruktive Oppositionspolitik betreiben können, wenn wir auf der einen Seite sagen, wir wollen Kürzungen und Haushaltskonsolidierung, und auf der anderen Seite für unsere sozialverträgliche Lösung auch einen Vorschlag unterbreiten.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Da stimme ich zu!)

Diesen Vorschlag enthält unser Änderungsantrag zu Ihrem Gesetzentwurf. Ich darf kurz auf ihn eingehen.

Wir sagen erstens: Es ist nicht sozialverträglich, wenn der einfache und der mittlere Dienst unter den Kürzungen zu leiden haben, nämlich Menschen, die in der Regel jung sind, die am wenigsten verdienen, die sich in der Familiengründungsphase befinden, die die höchsten Ausgaben haben und die prozentual am stärksten von den Kürzungsmaßnahmen betroffen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Dies wollen wir mit unserem Änderungsantrag an dem Gesetzentwurf der Landesregierung verändern, indem wir sagen: Die Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 nehmen wir aus. Natürlich haben Sie Recht – das soll gar nicht bestritten sein –, dass die Kürzungen auch bei A 9 greifen. Aber wir haben uns in Abwägung der Haushaltssituation des Landes lange über die Frage unterhalten, wo wir den Schnitt machen. Wenn man sich die Besoldungsstufen anschaut – hier sind konkrete Zahlen genannt worden; ich will mir das jetzt hier sparen –, dann kann man nachvollziehen, dass wir zu der Auffassung gelangt sind, dass wir die Beamten bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 8 in diese sozialverträgliche Lösung einbeziehen wollen.

Ein weiterer Punkt, der uns an Ihrem Vorschlag stört, ist: Wenn wir als Landtag diese Debatte führen und diese Entscheidungen zu treffen haben – das sind gewiss keine einfachen Entscheidungen, weil dahinter immer Menschen stehen, die engagiert und motiviert für das Land eintreten, ob in der Polizei, bei der Feuerwehr oder an sonstigen Stellen in der Landesverwaltung –, dann müssen wir diesen Menschen auch begründen können, warum wir dies tun. Wenn wir diese Debatte nun führen, dann wollen wir als Fraktion GRÜNE sie nicht jedes Jahr führen, sondern wir wollen Maßnahmen ergreifen und in die Besoldungsstruktur einziehen, die uns für längere Zeit eine Entlastung bei den Personalausgaben bringt.

Dann kann es nicht sein, Kollege Scheffold, dass wir die Sonderzuwendung, die Sonderzahlung wieder dadurch dynamisieren, dass wir sie quasi zwölfmal auf die einzelnen Gehaltszahlungen, auf die einzelnen Bezüge übertragen. Damit konterkarierten wir unseren eigenen Vorschlag. Ihr eigener Gesetzentwurf erledigt sich früher oder später von selbst, wenn die Sonderzahlungen an den künftigen Gehalts- und Besoldungsanpassungen teilhaben. Wir wollen den Menschen an dieser Stelle klar sagen: Es wird nicht möglich sein,

(Zuruf des Abg. Behringer CDU)

(Oelmayer)

Kollege Behringer, diese Ausgaben in der Zukunft weiterhin in dieser Höhe in den Landesetat einzustellen. Deswegen sind wir gegen die Zwölfteilung, die der Beamtenbund vorgeschlagen hat und die sich jetzt auch im Gesetzentwurf der Landesregierung wiederfindet. Wir wollen dies herausnehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt, der noch erwähnt sein soll: Kollege Scheffold, Sie haben ja schon Recht.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

Auch wir und auch ich – das müssen Sie mir einfach abnehmen – diskutieren hier nicht freudig über Kürzungen von Besoldungsbezügen oder Pensionen. Aber als Mensch, der mitten in der Gesellschaft steht und der als Familienvater weiß, was Kinder kosten, darf ich das sagen: Heute Morgen haben wir vom Ministerpräsidenten gehört, dass wir ein familienfreundliches Baden-Württemberg anstreben sollen,

(Abg. Wieser CDU: Das wollen wir auch! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Wo denn?)

und zwar die Regierung und die sie tragenden Fraktionen allen voran. Dann muss aus unserer Sicht folgender Grundsatz gelten, meine Damen und Herren: Wenn man die Pensionslasten, die Pensionsausgaben für das Land – ich will das gar nicht „Lasten“ nennen;

(Abg. Wieser CDU: Pensionsansprüche!)

„Lasten“ ist schon ein Begriff, der negativ besetzt ist –, diese Rückstellungen für die Pensionen in den Landesetat einstellen würde, bewegte man sich bei 70 bis 80 Milliarden €.

(Abg. Wieser CDU: Und mit Krediten finanziert!)

Kollege Wieser, bei künftigen Maßnahmen – um eine solche handelt es sich jetzt –, bei denen es um die Frage geht, ob solche Kürzungen, solche Übertragungen und solche Dynamisierungen, wie Sie sie bei der Sonderzahlung vornehmen, in Zukunft ruhegehaltstfähig sein sollen, sagen wir: In Anbetracht der massiven Ausgaben, die auf uns zukommen, können wir als Verantwortliche und auch als verantwortliche Opposition diese Ausgaben so nicht mehr schultern. Wenn wir Ausgaben streichen müssen – da komme ich zum Punkt, da schließt sich der Kreis –, ist es immer sinnvoller, bei den Menschen zu streichen, die auf ihren Lebensabend zugehen, die in das Pensionärsalter eingetreten sind, als bei den Menschen, die noch etwas vorhaben, die noch etwas finanzieren müssen, die Familien gründen und das Geld dringend brauchen.

Wir sind der Meinung, dass dieser Vorschlag im Sinne einer Generationengerechtigkeit ausgewogen ist. Er ist schwierig zu vermitteln, keine Frage, aber man könnte natürlich auch noch einen Schritt weiter gehen – Kollege Scheffold, das wissen Sie – und überlegen, bei den Pensionen größere Beträge zu kürzen. Wir wollen es dabei belassen und sagen: keine Ruhegehaltstfähigkeit dieser Sonderzahlungen. Deswegen würden wir dem Gesetzentwurf zustimmen, wenn Sie diese Änderungen in den Gesetzentwurf, den Sie selber als Regierung und als sie tragende Fraktio-

nen eingebracht haben, einbauten. Dann wäre er sozial ausgewogen und würde die haushalterischen Notwendigkeiten des Landes berücksichtigen und wäre den Menschen, die tagtäglich an ihren verschiedenen Stellen in der Landesverwaltung ihren Dienst für das Land tun, auch vermittelbar. Deshalb hoffe ich auf Unterstützung unseres Änderungsantrags im Sinne dieser Vorgaben und Maßgaben, die ich vorgetragen habe.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und noch viel mehr für Ihre vielleicht noch folgende Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist schon mehrfach gesagt worden, dass der Gesetzentwurf bei der ersten Lesung genügend begründet worden ist. Ich möchte mich deswegen wirklich ganz kurz fassen, was die Begründung betrifft, und danach auf einige wenige Argumente eingehen, die heute hier gebracht worden sind.

Sie wissen, dass es darum geht, die Öffnungsklauseln, die zum ersten Mal für die Sonderzahlungen in das Bundesrecht eingeführt worden sind, für uns in Anspruch zu nehmen. Es war in der Tat so, dass wir mit die Ersten waren, die sich dazu entschlossen und dies auch öffentlich bekannt gemacht haben. Ich will dazu gleich einige Sätze sagen.

Dass wir sparen müssen, ist klar, denn wir haben in diesem Jahr eine Verschuldung wie noch nie. Dass wir auch bei den Personalkosten sparen müssen, ist ebenso klar. Wir haben im Haushalt einen direkten Personalkostenanteil von 42 %, indirekt sind es über 50 %. Es muss auch hier etwas geschehen.

(Abg. Wieser CDU: Wer hat denn die Leute eingestellt?)

– Wer die Leute eingestellt hat? In gewisser Beziehung können wir sogar stolz darauf sein, denn wir haben unser Personal in erster Linie in der Bildung, in der Ausbildung und bei den Universitäten, und da sind wir der Überzeugung, dass dort die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt werden. Deswegen haben wir noch mehr Personal als die anderen Länder.

Irgendjemand hat eben gesagt, wir hätten heute Morgen gehört, wir würden hier in einem Land mit goldenen Verhältnissen leben. Das ist richtig, aber nicht weil wir mehr Geld haben, sondern weil wir mehr aus weniger Geld machen.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem Finanzausgleich hat Baden-Württemberg auch nicht mehr Geld als alle anderen Länder.

(Abg. Birzele SPD: Das hat nur Sie überzeugt, die anderen nicht!)

Ich muss noch einmal darauf hinweisen: Nach dem Finanzausgleich hat Baden-Württemberg weniger Geld als die meisten anderen Länder. Wenn es bei uns also besser aus-

(Minister Stratthaus)

sieht, rührt das nicht daher, dass wir mehr Geld haben, sondern daher, dass wir besser mit dem Geld umgehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Stratthaus' Märchenstunde!)

Ich darf noch darauf hinweisen, dass der Auslöser der jetzigen Maßnahmen ein überzogener Tarifabschluss am Anfang dieses Jahres war. Ich muss mit aller Deutlichkeit sagen, dass wir uns bemühen, auch in die Tarifverträge Öffnungsklauseln hineinzubekommen. Ich weiß, dass das keine einfache Sache ist, aber immerhin ist auf unsere Aktivitäten hin in der Zwischenzeit die Verhandlungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden aufgelöst worden. Das Problem war ja, dass der Bund zu politisch gedacht hat und die Gemeinden zu streikanfällig waren und dass man deswegen am Beginn des Jahres einen Tarifabschluss akzeptiert hat, den man wirtschaftlich einfach nicht verantworten konnte. Wir werden, wenn es sein muss, aus der TdL auch austreten, wenn sich zeigt, dass wir nicht in der Lage sind, Öffnungsmöglichkeiten in die Tarifverträge hineinzubekommen.

Vorhin ist gesagt worden, wir seien die Ersten gewesen, die nach Schaffung der Möglichkeiten der Öffnungsklausel gesagt hätten, im Grunde genommen werde das Beamtensbundmodell umgesetzt. Das ist richtig. Wir waren die Ersten, aber in der Zwischenzeit haben fast alle anderen Länder nachgezogen. Sie sind jedoch meistens härter mit ihren Beamten umgegangen oder werden dies tun, als wir das tun. Vorhin ist zum Beispiel der Bund genannt worden. Ich darf Ihnen sagen, dass der Bund für alle Beamten auf 60 % heruntergeht, während wir nur auf 64 % gehen. Bei seinen Pensionären – das liegt zwar etwas in der Richtung dessen, was die Grünen bedenkenwerterweise hier vorgetragen haben – geht er noch weiter; die bekommen nur 50 %. Der Bund schlägt also, wenn Sie so wollen, härter zu, als das Land Baden-Württemberg macht. Wir haben einen schonenderen Prozentsatz als die meisten anderen Länder, wir haben eine Dynamisierung, wir haben eine Ruhegehaltfähigkeit.

Wir haben die gleiche Kürzung für alle. Das war ja heute einer der Hauptpunkte der Diskussion. Ich muss jetzt einmal die Frage stellen, ob Gerechtigkeit und Nivellierung – ich weiß, dass dies ein heißes Thema ist – wirklich das Gleiche ist. Ich bezweifle das.

Wir haben doch in unserer Beamtenbesoldung ganz bestimmte Abstufungen. Nachdem dies ein Bundesgesetz war, gehen wir davon aus, dass sich hier gewisse Leistungsanforderungen und Gerechtigkeitsvorstellungen widerspiegeln.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

Wenn wir jetzt bei jeder Veränderung unten weniger kürzen als oben, dann werden wir in der Richtung die Nivellierung erreichen – genau das Gegenteil dessen, was heute in der Privatwirtschaft gemacht wird.

(Abg. Fischer SPD: Aber da müssen Sie lange nivellieren!)

– Zugegeben. Ich sage nur: in der Richtung, nicht in der Quantität. Da haben Sie sicher Recht.

Dennoch können wir nicht immer soziale Komponenten mit dem Argument einführen, die Nivellierung sei gerecht. Wir werden dann genau das Gegenteil dessen erreichen, was heute in der freien Wirtschaft gefordert wird. Übrigens haben Sie in Ihren Hartz-Vorschlägen zum Teil auch Forderungen, die in Richtung Denivellierung gehen. Ich wollte dies bei dieser Gelegenheit einfach einmal feststellen.

Wir haben allerdings eine soziale Komponente in unserem Gesetz, die sogar der Finanzminister vorgeschlagen hat, obwohl sie uns Geld kostet. Das ist die Kinderkomponente. Ich bin der Meinung, dass diese Komponente notwendig ist. Sie wissen, dass die Gehaltsbestandteile, die gezahlt werden, weil der entsprechende Beamte Kinder hat, von der Kürzung der Sonderzuwendungen ausgenommen sind. Wir glauben deswegen, dass wir einen ausgewogenen Vorschlag gemacht haben.

Ich darf noch auf wenige andere Punkte eingehen. Herr Stichelberger, Sie haben gefordert, die Kürzungen erst ab 2004 vorzunehmen. Das würde halt bedeuten, dass wir im Jahr 2003 keine Möglichkeit haben, 194 Millionen € – um diese Größenordnung geht es – als Beitrag zur Haushaltsanierung zu verwenden.

Wir haben heute viele Diskussionen geführt. Ich habe von der Opposition – das nehme ich ihr aber nicht krumm – an jeder Stelle gehört, man hätte dort nicht kürzen dürfen. Jetzt sollten wir auch die 194 Millionen € nicht kürzen. Auf der anderen Seite heißt es, die Kürzung um 1 Milliarde €, die wir vorgenommen haben, sei zu gering. Wie soll man denn weiterkommen, wenn in jedem Einzelfall jeder Posten kritisiert wird und uns auf der anderen Seite vorgeworfen wird,

(Abg. Birzele SPD: Das ist die Methode Teufel!)

wir würden nicht genügend kürzen?

(Abg. Schmiedel SPD: Bei uns sähe der Haushalt anders aus!)

Ich sage Ihnen: Wir haben uns bemüht.

Betrachten Sie übrigens einmal die Haushalte anderer Länder. Wir können uns mit den Einsparungen von 1 Milliarde € sehen lassen. Unsere Milliarde ist eine echte Kürzungsmilliarde. Dies gilt nicht für alle Haushalte. Ich glaube deswegen, dass wir auch hier auf dem richtigen Weg sind.

Sie haben vorgeschlagen, die Pensionäre besser zu behandeln. Sie sagten, man dürfe ihnen das Urlaubsgeld, das sie gar nicht bekommen haben, nicht kürzen.

(Abg. Stichelberger SPD: Machen Sie doch! Machen Sie aber!)

Okay. Das ist natürlich genau das Gegenteil dessen, was zum Beispiel der Bund macht oder die Grünen vorschlagen. Sie sind der Meinung, man sollte die Pensionäre mehr schonen. Die Grünen meinen dagegen, man sollte sie mehr belasten. Ich vermute deshalb, dass wir in der Mitte und deswegen genau richtig liegen.

Sie haben von der Deckelung gesprochen. Dazu muss ich doch noch etwas sagen. Meines Erachtens stimmen da Ihre

(Minister Stratthaus)

Zahlen nicht. Ich habe mir die Zahlen einmal beschaffen lassen. Wir haben rund 16 000 Beamte in den Gruppen von A 2 bis A 8, wir haben rund 37 000 Beamte in den Gruppen von A 9 bis A 11, während wir in den B-, C- und R-Gruppen lediglich 1 933 Beamte über dem Niveau der Besoldungsgruppe A 16 haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Deckelung auf dem Niveau von A 16 für alle, die darüber liegen, so viel bringen würde, dass man die anderen Besoldungsgruppen ernsthaft entlasten könnte.

(Abg. Stickelberger SPD: Das kann man ja ausrechnen! – Abg. Schmiedel SPD: Das kann man ausrechnen! Lassen Sie doch mal rechnen!)

Ich will hier ganz offen sagen: Wir haben es nicht ausgerechnet, aber wir können das nachholen. Ich bin der festen Überzeugung, das würde einfach nicht ausreichen.

Herr Oelmayer hat ein Plädoyer für eine ganz andere Besoldung gehalten. Darüber kann man auf längerfristige Sicht diskutieren; das ist überhaupt keine Frage. Dass es sehr fragwürdig ist – ich sage das jetzt heute auch einmal ungeschützt –, dass in der Beamtenbesoldung alle zwei oder drei Jahre mehr bezahlt wird, darüber kann man auf langfristige Sicht diskutieren. Man kann darüber diskutieren, ob es nicht vernünftiger wäre, in den Einstufungsstufen mehr zu bezahlen und in den Endstufen weniger

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr vernünftig!)

oder die Gehälter langsamer steigen zu lassen. Ich habe das schon mehrfach gesagt. Das ist aber eine grundsätzliche Diskussion, die man einmal führen muss, die man aber meines Erachtens nicht am Urlaubsgeld und am Weihnachtsgeld aufhängen kann.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Irgendwann müssen wir einmal damit anfangen!)

Alles in allem bin ich der Meinung, der Vorschlag der Regierung ist ausgewogen. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2488 Ziffer 1. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Darf ich fragen, ob ich zunächst über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen lassen darf.

(Abg. Birzele SPD: Isoliert, aber über unseren insgesamt!)

– Über den SPD-Antrag insgesamt. – Über den Antrag der Grünen auch insgesamt?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Auch insgesamt!)

Dann stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2545-1, ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Birzele SPD: Aha!)

Enthaltungen? – Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2545-2, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nun auf

Artikel 1

Gesetz über die Gewährung von Sonderzahlungen in Baden-Württemberg – Landesanteil Besoldung (Landessonderzahlungsgesetz – LSZG)

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Ministergesetzes

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Jährliche Sonderzahlung für das Jahr 2003

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung der Urlaubsverordnung

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Inkrafttreten

Wer Artikel 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 29. Oktober 2003 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. – Sie stimmen Ziffer 2 zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/1246

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2521

Berichterstatter: Abg. Blenke

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

Abg. Herrmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In jeder Wahlperiode kommt der gleiche Antrag der SPD zum gleichen Thema, nur mit ein paar Wortänderungen. Daher kann ich die Position der CDU-Fraktion kurz zum wiederholten Mal darstellen.

Zum einen bekennen wir uns zur repräsentativen Demokratie, das heißt, das Volk wählt die Abgeordneten, die dann die Gesetze beschließen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: In der Regel!)

Im Ausnahmefall gilt die von der CDU Anfang der Siebzigerjahre in die Landesverfassung aufgenommene Regelung,

(Lachen des Abg. Birzele SPD – Abg. Birzele SPD: Die von der CDU aufgenommene Regelung!
– Abg. Oelmayer GRÜNE: Also, aufgenommen hat der Landtag die Regelung, nicht die CDU!)

dass durch Volksbegehren und Volksentscheid wichtige Angelegenheiten entschieden werden können, aber nur dann, wenn eine breite Bürgerbewegung für ein solches Volksbegehren oder einen solchen Volksentscheid vorhanden ist.

Ein zweites Argument – ich habe es bereits bei der Ersten Beratung gesagt –: Nach dem Gesetzentwurf der SPD könnte ein Gesetz dann endgültig verabschiedet werden, wenn 750 000 Wahlberechtigte, nämlich 10 % der Wahlberechtigten, zustimmen würden. Bei keiner Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahl – das wird von Ihnen, Herr Birzele, immer wieder angeführt – kann ein Kandidat die Wahl mit einer so geringen Zustimmungsrate gewinnen.

Oft sind die Gegner eher bereit, sich an einer Wahl zu beteiligen, als die Befürworter. Ein Beleg dafür ist ein Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene, nämlich in der Stadt Karlsruhe. Im Jahr 1996 fand dort ein Bürgerentscheid zum Stadtbahntunnel statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 45,2 % haben mit Nein, also gegen diesen Tunnel, 62 599 Wahlberechtigte gestimmt. Das waren 67,6 % der Abstimmenden und somit eine deutliche Mehrheit dagegen. Als sechs Jahre später der Bürgerentscheid am Tag der Bundestagswahl wiederholt wurde, haben 65 993 Wahlberechtigte gegen diesen Tunnel gestimmt. Das waren nur noch 44,4 %,

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

weil die Wahlbeteiligung nämlich 74 % betragen hat und die große Mehrzahl der Abstimmenden sich für den Vorschlag ausgesprochen hat.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Daher komme ich nicht zu dem Schluss, dass man auf der kommunalen Ebene etwas ändern sollte. Vielmehr komme ich zu dem Schluss, Herr Birzele, dass man Ihrem Gesetzentwurf, der Minderheiten große Rechte einräumt, nicht zustimmen sollte.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Immer wieder wird diskutiert, dass in der Schweiz Bürgerentscheide Tradition haben. Nur hat die Schweiz eine völlig andere Verfassungstradition als Baden-Württemberg und Deutschland insgesamt. Auch England und die USA, die Mutterländer der Demokratie, haben keine landesweiten plebiszitären Elemente in ihren Verfassungen. Im Übrigen ist in der Schweiz bei den Volksabstimmungen die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

(Zuruf von der SPD)

Im Ständigen Ausschuss wurde angesprochen, dass sich Bürgerinnen und Bürger nicht mehr von den Parteien vertreten fühlten. Wenn ich mir das Ergebnis der Kommunalwahl am Sonntag in Brandenburg anschau, mag das für die SPD zutreffen. Auch bei der bayerischen Landtagswahl mag das für die SPD zutreffen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist doch eine Frage der Wahlbeteiligung! Die stimmt noch nicht einmal mehr in Bayern!)

– Herr Oelmayer, eines stimmt: Die Wahlbeteiligung hat auch dort abgenommen. Aber durch die Erleichterung von Volksentscheiden und Volksbegehren wird sich die Wahlbeteiligung nicht erhöhen, wie man in Bayern sieht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber die Partizipation!)

(Herrmann)

Dazu sind andere Dinge notwendig, beispielsweise eine klare Zuordnung der Zuständigkeit, sodass beispielsweise auf Bundesebene nur noch eine Kammer wesentliche Dinge entscheidet und nicht 60 % aller Gesetze der Zustimmung des Bundesrats bedürfen. Das war ja heute schon Thema der Diskussion.

Wir von der CDU lehnen auch die Einführung einer Kommission ab, die über dieses Thema berät, weil wir glauben, dass an der bewährten Regelung in der baden-württembergischen Landesverfassung nichts geändert werden muss.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo hat die sich denn bewährt?)

Wir haben auch keine Angst vor der Bevölkerung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Doch!)

Ich darf Herrn Kollegen Pauli zitieren, der im Ständigen Ausschuss gesagt hat, dass die CDU nicht dem Volk misstraut, sondern dem Volk vertraut, das die Abgeordneten wählt.

(Lachen des Abg. Birzele SPD)

Die große Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung fühlt sich von der Mehrheit im Landesparlament richtig vertreten. Die SPD hat bei Wahlen immer die Minderheit der Stimmen bekommen und damit auch die Minderheit der Sitze hier im Parlament. Das war vom Volk so gewollt, und das wollen wir auch nicht durch neue Minderheitenrechte aushebeln.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Im Übrigen hat die gute Politik der Mehrheit dieses Landtags auch dazu geführt, dass die SPD in Baden-Württemberg als einzigem deutschen Bundesland nie einen Ministerpräsidenten gestellt hat. Das war gut für unser Land, und das soll auch künftig so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Oelmayer GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Deswegen gibt es keinen Volksentscheid!)

Wir wollen auch künftig keine Gesetzesbeschlüsse durch eine kleine Minderheit, sondern Gesetzesbeschlüsse durch die Mehrheit im Parlament und im Ausnahmefall durch Volksbegehren und Volksentscheid. Die von der Verfassung festgelegten Quoren sind richtig und angemessen: beim Volksbegehren ein Sechstel der Stimmberechtigten, beim Volksentscheid die Mehrheit der Abstimmenden, und diese Mehrheit muss mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten betragen.

Aus diesen Gründen lehnen wir den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, Drucksache 13/1246, ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Rede des Herrn Kollegen Herrmann, die vor Arroganz und Hochmut

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

und vor Unkenntnis von Sachverhalten strotzte, war ich wirklich erschüttert über den Stil der Auseinandersetzung hier im Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde nachher zu einzelnen Ihrer fehlgehenden Beispiele noch etwas sagen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Aber zunächst eine allgemeine Bemerkung: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischen“, diesen zutreffenden Satz von Max Frisch zitiert Herr Ministerpräsident Teufel besonders gerne, wenn Bürgerinnen und Bürger für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ausgezeichnet werden. Dieser Satz macht deutlich – das sollten Sie sich wirklich einmal durch den Kopf gehen lassen, Herr Herrmann –, dass unsere Demokratie davon lebt, dass sich die Menschen einmischen, sich mit unserem Staat – Kommunen, Land, Bund – identifizieren und – ich zitiere – „sich aktiv in die Gestaltung politischer Entscheidungsprozesse einbringen“, wie es kürzlich Frau Professorin Pröhl im Forum der Bertelsmann-Stiftung ausgeführt hat.

Eine lebendige Demokratie benötigt die Bereitschaft von mehr engagierten und informierten Bürgerinnen und Bürgern, sich an den politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Für eine lebendige Demokratie ist es aber auch unerlässlich, staatliche Strukturen so zu verändern, dass Beteiligung überhaupt erst möglich ist. Dabei heißt Beteiligung mit entscheiden, nicht nur anhören oder mitdiskutieren, sondern mit entscheiden.

Nach 1945 herrschte große Skepsis gegenüber Entscheidungen des Volkes, obwohl in den amerikanischen und britischen Besatzungszonen die Verfassungen der Länder – auf Wunsch der Besatzungsmächte – interessanterweise durch eine Volksabstimmung angenommen wurden. Auch die Skepsis angesichts der Entwicklung der Weimarer Republik war in dieser Frage nicht berechtigt, denn die beiden Volksentscheide, die es damals gab – Enteignung von Fürsten und Ablehnung von Reparationszahlungen –, führten zu einer Ablehnung. Die Fehler in der Weimarer Republik, Herr Kollege Herrmann, sind im Zusammenhang mit Wahlen entstanden: Bei den Wahlen sind Fehlentscheidungen in verheerendem Ausmaß getroffen worden. Deshalb werden Sie doch nicht auf die Idee kommen, die Wahlen abschaffen zu wollen.

Trotz dieser Skepsis haben sowohl das Grundgesetz als auch die Landesverfassung ausdrücklich festgelegt, dass die Bevölkerung, das Volk durch Abstimmungen an der Gesetzgebung beteiligt werden kann und werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Herrmann sagte, die CDU habe 1974 die Verfassung geändert. Richtig ist, dass die SPD 1972 Änderungen, die weiter

(Birzele)

gehend waren, beantragt hat und dass es eine zweijährige Auseinandersetzung mit der CDU gab, bis der Landtag – und nicht die CDU, denn es handelte sich um eine Verfassungsänderung – 1974 die jetzige Verfassungslage beschlossen hat.

Nach nun nahezu 30 Jahren – ich habe das schon ein paar Mal gesagt – muss schlicht überprüft werden, ob das Instrumentarium, das in dieser Landesverfassung vorgesehen ist, für eine echte Beteiligung der Bevölkerung ausreicht. Wenn wir unsere Verfassungslage mit der anderer Länder vergleichen, dann ist festzustellen, dass das Land Baden-Württemberg, was die Beteiligung betrifft, eines der Schlusslichter ist.

Ich will noch einmal – man kann es in diesem Zusammenhang nicht oft genug tun – auf das Beispiel Bayern verweisen und darauf hinweisen, dass ganz wichtige Entscheidungen in Bayern – Einführung der Gemeinschaftsschule, Rundfunkfreiheit, kommunale Bürgerentscheide, die Novellierung des Abfallrechts, die Abschaffung des Senates – nach unserem Zustimmungsquorum mit einem Drittel der Stimmberechtigten überhaupt nicht angenommen worden wären. Das zeigt, dass unser Quorum zu hoch ist, und deshalb hatten wir bisher auch kein erfolgreiches Volksbegehren und keinen erfolgreichen Volksentscheid.

Deshalb wollen wir die Volksinitiative ermöglichen – Kommentar der CDU im Ständigen Ausschuss: dann würde der Landtag laufend von wenigen Bürgern voll beschäftigt –,

(Abg. Blenke CDU: Das war aber eine nichtöffentliche Beratung!)

wir wollen das Quorum für Volksbegehren auf ein Zwanzigstel absenken, und wir wollen bei der Abstimmung beim Volksentscheid statt des Zustimmungsquorums ein Beteiligungsquorum von 20 %.

Nun kommt der messerscharfe Denkapparat Herrmann

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

und schließt daraus, dass ein Gesetz mit 730 000 Stimmen verabschiedet werden könnte, und sagt, Ähnliches sei bei Bürgermeistern nicht möglich. Da täuschen Sie sich!

(Abg. Herrmann CDU: Das habe ich nicht gesagt! Sie haben mir nicht richtig zugehört! – Gegenruf des Ministers Dr. Schäuble: Interessiert auch keinen!)

– Aber, Herr Herrmann, wenn Sie schon solche absurden Beispiele wählen, dann müssten Sie genauso sagen: Bei uns kann der Bürgermeister mit einer einzigen Stimme gewählt werden; also führen wir in der Gemeindeordnung ein Mindestquorum ein. Wir hatten das ja schon, und wir haben das aus wohl erwogenen Gründen – vor meiner Zeit, vor Ihrer Zeit, Herr Innenminister – abgeschafft, weil es zu großen Schwierigkeiten geführt hat. Denkspiele bringen überhaupt nichts. Der Landtag kann mit einer Stimme ein Gesetz verabschieden, wenn die anderen nicht da sind und die Beschlussunfähigkeit nicht rügen. Also, was sollen denn solche absurden Beispiele?

(Abg. Blenke CDU: Das ist eine ganz neue Perspektive! Das müssen wir mal ausprobieren! – Abg. Herrmann CDU: Dadurch wird das Beispiel nicht falsch!)

Solche Beispiele bringen überhaupt nichts. Wenn, dann müssten Sie konsequent sein und müssten auch in anderen Bereichen entsprechende Quoren einführen.

Was das Zustimmungsquorum, das wir gegenwärtig haben, bedeutet, möchte ich Ihnen daran klar machen, dass die Stimmen, die CDU und FDP/DVP bei der letzten Landtagswahl zusammen erzielt haben, nicht ausreichen würden, um das Zustimmungsquorum zu überwinden, sondern dass immer noch ein paar Tausend Stimmen fehlen würden.

Das zeigt: Die Verfassung sieht ein völlig unrealistisch hohes Zustimmungsquorum vor, und deshalb muss notwendigerweise eine entsprechende Änderung vorgenommen werden.

Zum Schluss möchte ich Ihnen einmal zitieren, was Adolf Arndt schon 1958 gesagt hat:

Die Wahlurne ist nicht der Ort, an dem der Wähler zugunsten des Abgeordneten abdankt.

Demokratie lebt jeden Tag, und Demokratie lebt von der Einmischung der Bürgerinnen und Bürger jeden Tag, und deshalb müssen wir ihnen auch ermöglichen, entscheidend auf die Gesetzgebung einzuwirken,

(Abg. Blenke CDU: Finden Sie, dass wir in Baden-Württemberg keine Demokratie haben?)

mitzubestimmen, damit sie sich wirklich beteiligen können und nicht ihre Entscheidungsgewalt nur an Abgeordnete abgeben.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich gestehe, dass wir Ihrem Entwurf in Teilen Sympathie entgegenbringen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das hilft uns aber nichts!)

– Darauf werde ich gleich noch kommen.

Manches zeigt für uns durchaus in die richtige Richtung und enthält auch vernünftige Ansätze. Die Quoren, die Sie vorgesehen haben, sind uns aber in Teilen doch zu niedrig. Die FDP/DVP-Fraktion ist jedoch gesprächsbereit.

Nun beherrschen wir natürlich alle – Sie genauso wie wir – die Grundrechnungsarten. Wenn Sie die Verfassung ändern wollen, brauchen Sie halt eine Zweidrittelmehrheit. Eine Zweidrittelmehrheit schaffen Sie aber in diesem Haus ohne Zustimmung der CDU nicht. So einfach ist es zunächst einmal.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, also wirklich das wollen, von dem Sie vorgeben, dass Sie es

(Dr. Glück)

möchten, hilft es nichts, zu versuchen, Ihren Entwurf durch das Parlament zu bringen. Denn Sie wissen ganz genau, dass Sie sich dabei nur einen blutigen Kopf – sprich: eine Abstimmungsniederlage – holen würden. Wenn es Ihnen allerdings nur um die politische Agitation geht, haben Sie es richtig gemacht; aber dann ist es schade um die Zeit.

Wir bleiben in der Sache gesprächsbereit für eine interfraktionelle Diskussion.

(Abg. Birzele SPD: Haben Sie nicht gehört, was Herr Herrmann gesagt hat? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Er spricht für sich und nicht für Herrn Herrmann! – Abg. Birzele SPD: Wir haben erklärt, dass wir dazu bereit sind!)

– Ich spreche für die FDP/DVP-Fraktion, Herr Birzele. Herr Herrmann hat für seine Fraktion gesprochen. Ich kann nur sagen: Wir sind in der Sache gesprächsbereit.

Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf heute natürlich ab;

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wieso „natürlich“?)

denn einiges wäre für uns noch zu ändern. Eine Zustimmung brächte natürlich nichts anderes als einen Koalitionskrach mit der CDU. Das wäre auch nicht so schlimm. Entscheidend ist aber: In der Sache würde sich überhaupt nichts ändern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Positionen hier im Landtag von Baden-Württemberg sind, glaube ich, klar abgesteckt.

(Abg. Herrmann CDU: Richtig!)

Herr Kollege Herrmann hat versucht, heftig und zum Teil, glaube ich, wirklich überzogen darzustellen, warum sich die CDU in diesem Haus gegen die Gesetzesinitiative der sozialdemokratischen Fraktion ausspricht.

Herr Kollege Herrmann, die Begründung dafür kann nicht sein, dass es in diesem Land noch nie einen anderen Ministerpräsidenten als einen aus Ihrer Partei bzw. Ihrer Fraktion gab.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Doch, doch! – Zuruf: Reinhold Maier!)

– Das sage doch nicht ich; er sagt das.

(Abg. Herrmann CDU: Auch Sie haben mir nicht zugehört! Es gab noch nie einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten!)

– Selbstverständlich habe ich zugehört. – Das kann doch keine Begründung sein, wenn es um die Frage geht, ob wir die Partizipationsmöglichkeiten, die für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Verfassung verankert sind, erweitern sollten. Die derzeitige Verfassung wurde übrigens nicht von

der CDU – Herr Kollege Birzele hat das zu Recht erwähnt –, sondern vom Landtag von Baden-Württemberg beschlossen. Noch gibt es ihn und nicht nur die CDU.

Der Landtag hat die Bestimmung vor knapp 30 Jahren in die Verfassung eingefügt. Da stellt sich doch eine Frage. Der Herr Ministerpräsident hat heute zu Recht gesagt – ich trage diese Idee ja mit –, dass man Gesetze evaluieren, zeitlich befristen und von Zeit zu Zeit darauf überprüfen sollte, ob die Intentionen, die man mit einem Gesetz verfolgt hat, auch wirklich greifen.

Wenn die CDU in diesem Haus der Gesetzesinitiative damals zugestimmt hat – das muss sie ja wohl, weil eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig war –, war ihre Intention damals die, auch in Baden-Württemberg die Bürgerinnen und Bürger trotz einer andauernden CDU-Regierung, die Sie beschrieben haben, an Gesetzgebungsverfahren, an Volksinitiativen bzw. am politischen Prozess mehr zu beteiligen. Das war ja damals Ihre Intention.

Jetzt gehen Sie dagegen mit, wie ich, glaube ich, zu Recht sagen darf, nicht ganz zutreffenden Beispielen an; ich will das gar nicht weiter kommentieren. Bürgerentscheidungen auf kommunaler Ebene haben, glaube ich, eine andere Qualität als das, worum es hier geht.

Wir wollen gerade auch mehr Kompetenz für die Landesparlamente einfordern. Deswegen ist es nach 30 Jahren – da hat Herr Kollege Birzele völlig Recht – doch einmal an der Zeit, zu überlegen, ob die Verfassungsbestimmungen, die vor knapp 30 Jahren in die Verfassung mit der Intention eingefügt wurden, dass sich die Menschen im Land mehr – also nicht nur bei Wahlen, sondern auch bei Abstimmungen – beteiligen können, gegriffen haben.

Da gehe ich nun ganz einfach vor und frage: Wie viele Volksabstimmungen, Volksinitiativen und Volksentscheide hat es in Baden-Württemberg seither gegeben? Volksentscheide und Volksabstimmungen in Baden-Württemberg hat es trotz der Regelungen, die Sie zu Recht in die Verfassung eingebracht haben, nicht gegeben. Da muss man ja einmal die Frage stellen: Warum denn?

Für die Antwort gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine: Sie haben das Ganze schon damals nur als Alibiveranstaltung gesehen. Das unterstelle ich nicht, sondern ich unterstelle, dass Ihnen mehr Bürgerbeteiligung damals ein ehrliches und ernsthaftes Anliegen war. Wenn dem aber so war, müssen Sie doch den Argumenten des Kollegen Birzele 1 : 1 zustimmen, wenn er feststellt: „Die Quoren sind falsch. Die festgeschriebenen Quoren sind zu hoch. Sie ermöglichen gar nicht die Partizipation, die man angedacht hat. Deswegen muss man diese Regelungen überdenken. Man muss sie im Sinne der Änderungen, die der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vorsieht, anpassen.“

Wenn damals mehr Bürgerbeteiligung richtig war, muss dieses Anliegen auch heute richtig sein. Es gibt keinen Grund, weshalb dies heute anders sein sollte.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Ich will einmal kurz einen Blick auf die anderen 16 Bundesländer richten, Herr Kollege Herrmann. Die werden ja

(Oelmayer)

leider nicht alle von Rot-Grün regiert. Ich fange einmal mit Bayern an. Es geht um die Frage, wie viele Unterschriften der Wahlberechtigten man für ein Volksbegehren braucht. Man braucht 10 %. Dasselbe gilt für Berlin, für Niedersachsen und im Prinzip für viele weitere Bundesländer. Ich will die Aufzählung gar nicht fortsetzen.

Das Gleiche gilt für die Frage des Quorums bei Volkstentscheiden. Auch hierfür sieht Baden-Württemberg mit das höchste Quorum vor. Es würde dem Instrument der Bürgerbeteiligung einfach gut tun, wenn sich die Menschen einmal mit einer Initiative einmischen könnten. Der CDU würde überhaupt kein Zacken aus der Krone brechen,

(Beifall bei den Grünen)

wenn Sie sagen würden: Jawohl, wir nehmen die Menschen mit ins Boot.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Ein weiteres Argument bei der im Übrigen sehr historischen Ersten Beratung in Freiburg vor etwas mehr als einem Jahr – Sie erinnern sich – war, auch von mir – und das scheint immer mehr zu greifen –: Wir können nicht davon ausgehen, dass die Menschen im Land alle vier oder fünf Jahre einmal an die Wahlurne gerufen werden und der Souverän dann seine Souveränität an der Wahlurne abgibt. Nein, so soll es unserer Auffassung nach nicht sein.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Wir sind der Auffassung, dass die Möglichkeit eingeräumt werden kann, die Menschen durch Abstimmungen, durch direkte Bürgerbeteiligung auch zwischen Wahlen am politischen Prozess zu beteiligen. Das würde unseres Erachtens auch dazu führen, dass die Identifizierung mit dem Land und dem demokratischen System – darauf kommt es letztlich ja auch an – wieder mit mehr Nachdruck in die Gesellschaft eingebracht würde. Bayern – ich sage es nochmals – ist ein gutes Beispiel, das zeigt, dass die Initiativen, die dort erfolgreich waren, auch zu erfolgreichen Ergebnissen geführt haben.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Insofern kann ich Ihre restriktive und zum Teil wirklich unverständlich begründete Ablehnung überhaupt nicht nachvollziehen. Es hätte auch der CDU in diesem Haus und somit dem Landtag insgesamt – vielleicht auch der Fraktion der FDP/DVP, die ja sonst immer und überall für Bürgerbeteiligung eintritt –

(Abg. Wieser CDU: Diese Fürsorge!)

gut getan, wenn Sie die Quoren abgesenkt hätten. Sie hätten die Bürgerbeteiligung durch die Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf erleichtert. Sie haben wieder eine Chance für mehr Bürgerbeteiligung vertan.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Das bedauern wir zutiefst. Die Begründung, die der Kollege Herrmann geliefert hat, ist überhaupt nicht schlüssig und kann die Haltung der CDU auch überhaupt nicht stützen.

Insofern: Wir stimmen dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion in diesem Haus zu. Wir werden – das kann ich für uns versichern – im Landtag mit den Initiativen für mehr Bürgerbeteiligung nicht nachlassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Rech CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ihr letzter Satz, lieber Herr Kollege Oelmayer, war ja eine Drohung.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Gestatten Sie mir zunächst eine Bemerkung zur formalen Seite. Ich finde es ein klein wenig bedauerlich, wie man mit einem Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung umgeht. Es ist auch nicht sehr glücklich, dass er zu einer so späten Stunde behandelt wird. Vorhin hat mir ein Kollege gesagt, ich könne jetzt ganz offen reden, da wir ja gewissermaßen unter uns seien; denn auch das Interesse der Zuhörerschaft ist jetzt verständlicherweise sehr gering geworden.

Herr Kollege Birzele, möglicherweise gibt es dafür eine Erklärung. Aber es ist mir auch aufgefallen: Die erste Lesung war vor über einem Jahr. Dass Sie mit der Zweiten Beratung so lange gewartet haben, spricht dafür, dass Sie eine gewisse Lustlosigkeit an diesem Thema entdeckt haben.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Aber vielleicht gibt es dafür eine Erklärung.

(Abg. Stichelberger SPD: Wir wollten Ihren Reifeprozess abwarten! – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Zweite: Die Argumente sind im Wesentlichen ausgetauscht worden. Ich bin auch gebeten worden, nicht noch einmal eine grundsätzliche Betrachtung anzustellen; darauf hat mich übrigens schon Herr Kollege Oelmayer seinerzeit in Freiburg hingewiesen. Sie, Herr Oelmayer, haben damals – mit Recht – in einem Zuruf während der Debatte geäußert, dass der Regierungsvertreter, wenn er – zumal im Landtag – schon etwas sage, sich möglichst kurz fassen möge. Diesen Wunsch will ich heute erneut erfüllen.

Aber mir ist ein Punkt wichtig: Das Thema „Direkte Demokratie“ wird ja oft in dem Zusammenhang angeführt, dass die politischen Parteien und die Parlamente dadurch, dass sie sich ein wenig ihrer Befugnisse begeben, auch wieder mehr Vertrauen bei der Bevölkerung erringen sollten und könnten. Ich glaube, diesen Zusammenhang sollte man nicht herstellen; ich halte ihn für falsch. Alle Erfahrungen der letzten Zeit – übrigens auch die von Brandenburg – zeigen in bedrückender Weise, dass sich alle demokratischen Parteien in Deutschland zurzeit nicht leicht, sondern immer schwerer damit tun, die Bevölkerung noch zu erreichen und das Vertrauen der Wählerschaft einigermaßen zu erhalten. Brandenburg ist, wie gesagt, ein weiteres bedrückendes Signal.

(Minister Dr. Schäuble)

Ich bin aber davon überzeugt, dass dies nicht mit dem Thema „Mehr direkte Demokratie“ zusammenhängt, sondern dass das Vertrauen der Bevölkerung für uns immer schwerer zu erhalten ist, weil die notwendigen Entscheidungen auf allen Ebenen, vor allem aber auf der Bundesebene, nicht zustande kommen. Um da eine Besserung eintreten zu lassen, bevor die Staatskrise tatsächlich ein immer größeres Ausmaß annimmt, ist es meiner Überzeugung nach notwendig, dass sich die politischen Lager da, wo es irgendwie möglich ist, aufeinander zubewegen, damit dann die notwendigen Reformentscheidungen nicht immer nur – und immer wieder anders – angekündigt werden, sondern eben auch zustande kommen.

(Beifall bei der CDU)

Nur so kann das Vertrauen wiedererrungen werden. Und deshalb glaube ich: Das, was Sie mit diesem Gesetzentwurf zur Änderung unserer Verfassung wollen, nämlich mehr direkte Demokratie, hat mit dem eigentlich ursächlichen Problem, warum wir in eine handfeste Staatskrise hineingeschlittert sind, überhaupt nichts zu tun.

Ich darf für meine Seite sagen: Ich bemühe mich sehr und appelliere in dieser Hinsicht auch an meine Partei, dort, wo es irgendwie möglich ist und wo die Vorschläge der Regierung auch sinnvoll sind, Kompromisse zu suchen und zu erreichen, damit der Reformprozess endlich nicht nur besprochen, sondern auch eingeläutet wird. Jede Opposition – wir auf der Bundesebene und Sie vielleicht im Landtag; ich denke hier an den heutigen Tagesordnungspunkt 4 – sollte etwas stärker als bisher der Versuchung widerstehen, da, wo sie zufällig Opposition ist, bei den Vorschlägen der Regierung, die wehtun müssen, die Oppositionsrolle zu stark auszunutzen.

(Abg. Zeller SPD: Sagen Sie das mal Ihren Leuten in Berlin!)

Damit tun wir dem gemeinsamen Ganzen keinen Gefallen.
Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Bravo! – Abg.
Blenke CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schäuble, ich hatte versucht, einen günstigeren Zeitpunkt für die Behandlung dieses Tagesordnungspunkts mit der beantragten Verfassungsänderung zu erreichen. Das ist leider gescheitert, auch in Gesprächen, die ich heute noch führte, nachdem sich abgezeichnet hatte, dass der ursprüngliche Zeitplan um über zwei Stunden verschoben wird.

Eine zweite Bemerkung zu der von Ihnen vermuteten Lustlosigkeit: Die lange Zeit ist bedingt durch den Versuch, durch Gespräche Änderungen in der Haltung der Regierungsfractionen herbeizuführen. Der FDP/DVP-Vertreter im Ständigen Ausschuss, Herr Theurer, hat im Ausschuss das angesprochen, was auch Sie, Herr Kollege Glück, angesprochen haben, nämlich die Notwendigkeit, sich bei einer

solchen Frage zusammzusetzen, um einen gemeinsamen Entwurf zu erarbeiten. Dabei bin ich mir darüber im Klaren: Dann muss selbstverständlich auch über Quoren gesprochen werden.

Sowohl im Ständigen Ausschuss – das können Sie im Bericht über die Beratungen nachlesen – als auch heute – deshalb habe ich vorhin gefragt: „Haben Sie nicht gehört, was Herr Herrmann gesagt hat?“ – hat Herr Herrmann eindeutig erklärt: Die CDU bewegt sich um 0,000. Das ist das Problem. Sie verweigert sich jeder sinnvollen Auseinandersetzung.

(Abg. Blenke CDU: Ob das sinnvoll ist, ist Ihre Wertung!)

Lassen Sie mich dazu auch einmal eine Bemerkung unter Demokratietagesgesichtspunkten machen. Wir haben ja öfter diesen Zustand: Eine Mehrheit in der stärksten Regierungsfraction verhindert etwas, was zwei Drittel der Mitglieder dieses Hauses für richtig halten, was jedenfalls die Mehrheit dieses Hauses für richtig hält. Das ist ein Problem.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU –
Abg. Blenke CDU: Aber Sie kennen die Regelung
für die Änderung der Landesverfassung! – Abg.
Heinz CDU: Bestes Beispiel in Berlin!)

Ich kenne die Zwänge in Koalitionen. Die bestreite ich ja nicht. Aber genau daraus folgt eigentlich auch die Verpflichtung der großen Regierungsfraction, sich hier ernsthaft in einen gemeinsamen Meinungsbildungsprozess aller Fractionen zu begeben.

Eine letzte Bemerkung zu dem, was Sie angesprochen haben, Herr Innenminister. Ich teile Ihre Auffassung, was die Notwendigkeit betrifft, in Reformprozessen aufeinander zuzugehen, egal auf welcher Ebene. Ich teile Ihre Auffassung nicht, wenn Sie meinen, dass Fragen der unmittelbaren Demokratie damit überhaupt nichts zu tun hätten. Sie hätten die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürgern Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen – mit all den Erfahrungen, die alle machen, die sich in solche Prozesse begeben. Sie hätten damit die Möglichkeit, das politische Engagement und das politische Interesse der Bevölkerung wieder stärker zu wecken, zumindest in der Zielrichtung, dass man sich überlegt: Was könnten wir eigentlich gemeinsam tun? Wie könnten wir auch über ein Volksbegehren oder über einen Volksentscheid Blockaden aufbrechen?

Das wäre nach meiner festen Überzeugung durchaus positiv, auch für die Parteien, weil alle, die sich ernsthaft in solche Prozesse einbringen, erleben,

(Abg. Rech CDU: Dass alles in die Hose geht!)

dass es nicht damit getan ist, sich einmal ein Vierteljahr lang zu engagieren, sondern dass man lange an Themen dranbleiben muss – dies kann man dann nur über eine Beteiligung in den Parteien –, um wirklich nachhaltig zu Veränderungen zu kommen.

Deshalb sollten Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraction, nicht nach dem Motto verfahren – ich habe das bereits in Freiburg angesprochen –:

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

(Birzele)

Alle Gewalt geht vom Volke aus – und kehrt dorthin nicht mehr zurück.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/2521. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 13/1246 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Alfred Haas CDU hebt versehentlich die Hand. – Abg. Birzele SPD: Einmal war Haas richtig! Dann wird er zurückgepfiffen! – Heiterkeit – Unruhe)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für Baden-Württemberg – Drucksache 13/2283

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/2487

Berichtersteller: Abg. Gustav-Adolf Haas

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack.

(Abg. Nagel SPD: Kann man das nicht mit der Umlage machen?)

Abg. Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um ein Thema, das in diesem Haus und in dieser Legislaturperiode eigentlich bereits ausdiskutiert ist.

(Abg. Hauk CDU: Sehr richtig!)

Anfang dieser Legislaturperiode haben die Grünen einen Gesetzentwurf eingebracht, der zum Ziel hatte, die Genehmigungspflicht bei Antennenanlagen herzustellen. SPD, CDU und FDP/DVP haben dies abgelehnt. Schließlich haben die Grünen ihren Gesetzentwurf zurückgezogen.

Jetzt machen wir mit diesem Gesetzentwurf eigentlich nichts anderes, als die damalige Handhabung wiederherzustellen. Dazwischen gab es ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs. Wir stellen jetzt den Status quo ante her. Es geht also um nichts anderes als um einen Zustand, den wir schon

lange hatten und schon lange gewohnt waren. Bei diesem Gesetz geht es um Deregulierung und um Genehmigungsfreiheit.

Ich bitte, zu beachten, dass die LBO und die Genehmigungspflicht keine Steuerungsinstrumente sind, weil Mobilfunkanlagen selbstverständlich den materiellen baurechtlichen Vorschriften entsprechen müssen. Was die Landesregierung vorschlägt und wir machen wollen, entspricht dem, was in der Musterbauordnung steht und was der Bund, der ja schließlich die UMTS-Lizenzen versteigert hat, fordert, nämlich einen gewissen Netzabdeckungsgrad bei UMTS-Anlagen. Dem muss jetzt durch Aufstellung solcher Anlagen Rechnung getragen werden.

Ich kann also sowohl die SPD als auch die Grünen nur auffordern, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die SPD hatte uns im Wirtschaftsausschuss aufgefordert, so schnell wie möglich den Status quo ante wiederherzustellen, also diesen Gesetzentwurf einzubringen. Als wir dann das letzte Mal noch einmal im Wirtschaftsausschuss diskutiert haben, hat sich die SPD bei der Abstimmung mit dem Argument, ihr gehe der Gesetzentwurf nicht weit genug, der Stimme enthalten.

(Abg. Gall SPD: Das ist doch nicht wahr! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hat man Ihnen falsch aufgeschrieben!)

Wenn Ihnen also dieser Gesetzentwurf nicht weit genug geht, dann bitte ich Sie, wenigstens diesen Schritt mitzugehen.

Die Grünen haben damals ihren Gesetzentwurf zurückgezogen und gesagt, es gebe ja inzwischen eine vom Bundesministerium für Umwelt geschaffene Vereinbarung,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Die ist nicht vom Bundesministerium für Umwelt geschaffen worden!)

eine Vereinbarung zwischen den Netzbetreibern und den Kommunen. Ich habe hier eine Pressemitteilung des BMU vom 18. März 2003, Überschrift: „Zusammenarbeit zwischen Netzbetreibern und Kommunen hat sich deutlich verbessert“. Dort wird also eine positive Bilanz gezogen. Insofern hat sich an dem damaligen Zustand, an der damaligen Argumentationslage überhaupt nichts geändert. Ich bitte SPD und Grüne, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Abg. Gall das Wort.

Abg. Gall SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir waren uns bei der ersten Debatte über dieses Thema hier in diesem Haus darüber einig, dass wir in großer Gemeinsamkeit ausdrücklich hinter der wirtschaftlichen Notwendigkeit des flächendeckenden Ausbaus der Mobilfunknetze in unserem Bundesland stehen und dass auch wir an den formulierten Versorgungszielen festhalten wollen. Nicht einig waren wir uns darin, wie ernst wir die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger nehmen,

(Gall)

die, ob sie nun Handys benützen oder nicht, natürlich zum Teil nach wie vor vorhanden sind, insbesondere gegenüber Mobilfunkanlagen in Wohnortnähe.

Meine Fraktion bleibt auch nach der Diskussion im Wirtschaftsausschuss dabei, dass man diese Sorgen nicht dadurch wegnimmt, dass man geltendes Recht ändert oder versucht, geltende Rechtsprechung durch geänderte Rechtsgrundlagen zu unterlaufen. Herr Mack, Sie sollten die Argumentation der SPD-Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss schon richtig darstellen und hier keine anders lautenden Behauptungen formulieren. Wir stehen ausdrücklich dazu, dass es dazu tatsächlich abweichende Meinungen in unserer Fraktion gibt, die auch geäußert werden, während ich umgekehrt auch weiß, dass es in Ihren Reihen Abgeordnete gibt, die eigentlich unserer Position näher stehen, dies allerdings nur hinter vorgehaltener Hand zugeben.

Ich sage: Akzeptanz schafft man nicht durch Änderung der Bauordnung, sondern durch Überzeugung und Darlegung erwiesener Sachverhalte und durch Transparenz von Verfahren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dabei will ich gerne wiederholen, dass es auch unsererseits unbestritten so ist, dass tatsächlich alle Untersuchungen bezüglich der gesundheitlichen Gefahren der Strahlungen solcher Antennen bei Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben eine Gesundheitsgefährdung nicht erkennen lassen. Aber gerade auch der Ihrer Partei angehörende Umweltminister hat doch gesagt –, wie es wirklich ist, und dass wir deshalb größtmögliche Transparenz schaffen müssen. Wenn man aber Transparenz schaffen will, dann ist es eben nicht richtig, in diesem Punkt die Landesbauordnung zu ändern.

Deshalb möchten wir, dass sich auch zukünftig die Betreiber mit den Betroffenen vor Ort über die Problematik, so sie denn entsteht, auseinandersetzen und dann in Diskussionen versuchen, Vertrauen zu schaffen, Ängste zu nehmen und eventuell auch besser geeignete Standorte als Alternative vorzuschlagen.

(Abg. Mack CDU: Das hat doch mit der Landesbauordnung nichts zu tun! Das gilt schon jetzt!)

Meine Erfahrung ist tatsächlich, dass dies funktioniert, weil erste Widerstände häufig auf Unkenntnis gestützt sind.

(Abg. Mack CDU: Runder Tisch!)

Das Thema „Vertrauen schaffen“, meine Damen und Herren, wäre im Übrigen ein Betätigungsfeld des Wirtschaftsministeriums. Dort müsste man sich tatsächlich einmal Gedanken darüber machen,

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

warum gerade in unserem Bundesland die größten Vorbehalte gegen solche Anlagen vorhanden sind. Dort müsste man sich Gedanken darüber machen, wie man diese Vorbehalte abbauen kann.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Das Wirtschaftsministerium hat versagt!)

Meine Damen und Herren, wir möchten, dass sich die Netzbetreiber weiterhin – und dort, wo dies bislang nicht der Fall ist, in ausreichender Weise – an die freiwillige Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden halten und einen intensiven Informationsaustausch unter Beteiligung der Kommunen sicherstellen.

(Abg. Kiefl CDU: Das läuft doch schon!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung selbst hat doch gesagt, es wäre sinnvoll, die Exposition der Bevölkerung bezüglich elektromagnetischer Felder zu begrenzen und darauf zu achten, dass Kindergärten und Schulen nicht im Hauptstrahl von Sendeanlagen liegen. Ich frage Sie: Wie passt denn diese Aussage zu der völligen Genehmigungsfreiheit, die Sie anstreben? Sie sollten der Bevölkerung schon sagen, wofür Sie konkret stehen.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie sollten das, was Sie sagen, schon mit konkretem Tun in Einklang bringen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Ich bestreite auch, meine Damen und Herren, dass, wie von Ihnen immer wieder argumentiert wird, lange Genehmigungs- oder Erörterungsverfahren die Errichtung von Mobilfunkanlagen verzögern. Vielmehr sind die Netzbetreiber selbst für eine unzureichende Umsetzung ihrer Planungen, so sie denn welche haben, verantwortlich.

Bei der Ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs am 1. Oktober dieses Jahres habe ich Ihnen am Beispiel meiner Heimatgemeinde darzustellen versucht, welchen kurzen Zeitraum der reine Genehmigungsprozess bei einer zwischenzeitlich insgesamt 42-monatigen Umsetzungsphase in Anspruch genommen hat; fertig sind die Betreiber bis jetzt immer noch nicht. Dass dieses Argument Ihrerseits nicht greift, könnte ich Ihnen an x anderen Beispielen weiter aufzeigen.

Im Übrigen tun Sie – das will ich schon einmal anfügen – damit auch den vielen äußerst effizient arbeitenden Genehmigungsbehörden keinen Gefallen, sondern Sie tun denen Unrecht. Die Politik sollte sich nicht den Schuh anziehen, in den eigentlich die Mobilfunkbetreiber gehören.

Immer wieder bemühen Sie bei diesen Diskussionen als letztes Argument das Thema Bürokratieabbau.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Gall, seien Sie bitte so freundlich und kommen zum Ende Ihrer Ausführungen.

Abg. Gall SPD: Ich bin auf dem besten Wege dazu.

(Heiterkeit)

Dies ist schon deshalb nicht glaubwürdig, meine Damen und Herren, weil Sie im selben Atemzug meistens auch die Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten der Kommunen ansprechen und dabei die Bebauungspläne und die Flächen-

(Gall)

nutzungspläne im Kopf haben. Sie sollten doch aber als Praktiker wissen, dass die Formalien, der Bürokratieaufwand zur Änderung von Bebauungsplänen wesentlich höher sind als bei der Entscheidung über einen Bauantrag.

Auch wenn ich eingangs sagte, wir seien für den –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abgeordneter, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit bitte ich Sie, zum Ende zu kommen.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Abg. Heinz CDU: Aber wirklich! – Abg. Schmiedel SPD: Etwas freundlicher, Frau Präsidentin!)

Abg. Gall SPD: Auch wenn ich eingangs sagte, dass wir für den flächendeckenden Ausbau der Mobilfunknetze sind, möchten wir dies nicht durch Streichung der kommunalen Mitwirkungsebene erreichen; denn nur dort besteht tatsächlich die Möglichkeit, lenkend und steuernd Einfluss zu nehmen. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung ab.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Schmiedel SPD: Bitte nachher auch den Staatssekretär mahnen, dass er sich kurz hält! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Der kann reden, solange er will!)

– Der weiß das, und er wird es tun, Herr Schmiedel.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es wiederholen: Es ist unsere Aufgabe, Aufgabe von Staat und Kommunen, den Bürgern und der Wirtschaft eine gute Mobilfunkinfrastruktur zu geben, sie aber auch genauso vor Gesundheitsgefahren zu schützen und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Beidem aber wird die Genehmigungspflicht nicht gerecht, im Gegenteil. Sorgen nimmt man den Leuten nicht dadurch, dass man ihnen etwas vormacht oder gar doppelzünftig argumentiert. Das aber ist der Fall, wenn man den Bürgern wider besseres Wissen weismacht oder sie auch nur wider besseres Wissen im Glauben lässt, mit der Genehmigungspflicht ergebe sich eine Steuerungsmöglichkeit.

Sie von der SPD – so habe ich es noch in Erinnerung – fordern,

(Abg. Teßmer SPD: Keine Beschimpfungen!)

sich offensiv für den weiteren Ausbau einzusetzen und die Gemeinden bei der Diskussion über Mobilfunkanlagen durch mehr Transparenz zu unterstützen und, und, und. Ich halte das im Übrigen für richtig.

Ich will Ihnen aber einmal an einem Fall kurz schildern, wie das vor wenigen Tagen in meiner Heimatstadt in der Praxis ausgesehen hat: Die Festhalle ist rappendicke voll. Es sind besorgte Bürger da, deren Sorgen ich ihnen – trotz wiederholter Zigarettenpausen – durchaus abnehme. Zahlreiche

Fachleute und Rechtsanwälte – wo immer sie auch herkommen –, die von Initiative zu Initiative reisen, geben sich alle Mühe, die Bürger in ihrer Sorge zu bestätigen. Die Rede ist von einem 70-prozentigen Wertverlust benachbarter Grundstücke. Die Rechtsberater machen sich anheischig, gegen die Genehmigung erfolgreich vorzugehen. Anschließend wird das Honorar gesammelt.

(Abg. Gall SPD: Aber es sind nicht unsere Argumente!)

Den anwesenden Bürgermeistern und Mitgliedern der Bauverwaltung wird jegliches Verständnis dafür verweigert, dass sie auf die Notwendigkeit und die Verpflichtung zur Genehmigung hinweisen. Selbst die Betonung, dass auch der Bundesumweltminister, ein Grüner, gesagt habe, baurechtlich sei nichts zu machen, geht unter. Denn die Bürger fragen mit Recht: Wozu gibt es dann eine Genehmigung? Eben: Wozu, kann man nur fragen.

Im vorliegenden Fall wird schließlich eine Erklärung eines Abgeordneten der Grünen verlesen – Herr Witzel, das war Ihre Erklärung; Sie waren ebenso wie die anderen Abgeordneten verhindert –, der für die Beibehaltung der Genehmigungspflicht plädiert, von denkbaren, aber nicht nachweisbaren Gefahren spricht, und zwar ganz korrekt einräumt – überhaupt keine Kritik –, dass die Genehmigungspflicht vielleicht keine Steuerung ermögliche, aber immerhin doch die Gelegenheit zur Diskussion gebe.

Rechtsstaatlich ist es schon ein bisschen problematisch, eine Genehmigung, zu der man verpflichtet ist, zu verweigern oder zu verzögern, nur weil man sagt, es gebe Gelegenheit zur Diskussion. Aber unabhängig davon: Die Zusicherung des Oberbürgermeisters und seines Beigeordneten, sich mit den Mobilfunkunternehmern entsprechend der Selbstverpflichtung zusammensetzen, geht in dem tosenden Beifall für die vorige Erklärung vollkommen unter, obwohl darin der Schlüssel läge, um tatsächlich Abhilfe zu schaffen.

Ich darf Ihnen einfach einmal sagen: In Nordrhein-Westfalen hat man am 3. Juli dieses Jahres im Landtag exakt die gleiche Regelung beschlossen, wie wir es jetzt vorsehen. Man hat in Nordrhein-Westfalen die Genehmigungspflicht abgeschafft – exakt das Gleiche – mit den zustimmenden Erklärungen von Rot und Grün. Daraufhin hat man gesagt – was ich übrigens ganz gut finde –: „Lasst uns doch die freiwillige Selbstbeschränkung und die freiwillige Erklärung der Mobilfunkunternehmer noch einmal auf Landesebene bekräftigen!“ Da hat man zum Beispiel den Bürgermeisterämtern Bürgerbriefe, Fachgespräche, Bürgerversammlungen vorgeschlagen. Dem allem kann ich zustimmen,

(Abg. Gall SPD: Ich auch!)

nicht aber einer irreführenden Genehmigungspflicht. Mit der muss es ebenso ein Ende haben wie mit dieser Irreführung, aus der man nur versucht vor Ort politisches Kapital zu schlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Novellierung der Landesbauordnung erregt viele Menschen. Sie machen sich Sorgen um den Elektrosmog. Nach unserer Einschätzung gibt es derzeit keine stringenten Beweise für gesundheitliche Risiken

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist das Problem!)

durch Mobilfunkantennen, die die geltenden Grenzwerte einhalten. Aber – dieses Aber möchte ich betonen – es gibt ernst zu nehmende Hinweise auf derartige Risiken. Ich verweise dazu auf die Studie des ECOLOG-Instituts.

In dieser Situation, in der die Forschungslage unklar ist, müssen wir Politiker uns die Frage stellen, wie wir mit diesen Sorgen der Menschen umgehen und was wir für einen vorbeugenden Gesundheitsschutz tun können. Ich möchte dazu drei Punkte ansprechen, die auf kommunaler Ebene notwendig sind.

Der erste Punkt betrifft die kommunalen Liegenschaften. Wir wissen ja: Kinder und Jugendliche gelten als Risikogruppen, weil sie empfindlich auf elektromagnetische Strahlung reagieren. Deshalb sollte darauf hingewirkt werden, dass auf Schulen und Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen sowie in ihrem direkten Umfeld keine Mobilfunkmasten errichtet werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genau! Unbestritten!)

Die Stadt Freiburg hat dazu einen wichtigen Beschluss gefasst. Danach dürfen auf städtischen Immobilien, die entweder selbst solche sensiblen Einrichtungen enthalten oder in einem Umkreis von 500 Metern um derartige Einrichtungen liegen, keine weiteren Mobilfunkanlagen installiert werden.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Mack CDU: Das hat doch mit der Landesbauordnung nichts zu tun! Das ist doch materielles Baurecht!)

Das wäre eine Möglichkeit, Herr Hofer, wo Kommunen tätig werden können.

Punkt 2 betrifft das Bauplanungsrecht. Es wurde bei der Ersten Beratung immer gesagt, um den Bau von Mobilfunkmasten zu steuern, müsste bauplanungsrechtlich vorgegangen werden, das wäre die Alternative. Einen solchen Weg geht zum Beispiel die Gemeinde Sinzheim. Sie will dem Wildwuchs von Mobilfunkantennen mit den Mitteln des Bauplanungsrechts vorbeugen. Dazu will die Gemeinde einen Bebauungsplan erarbeiten, der für Mobilfunkmasten mögliche zukünftige Standorte ausweist und sie damit für das restliche Gebiet untersagt.

(Abg. Mack CDU: Das hat nichts mit der Änderung zu tun!)

Weil eine solche solide Standortplanung Zeit braucht, hat die Gemeinde zunächst einmal eine Veränderungssperre erlassen, damit von den Mobilfunkbetreibern keine Fakten geschaffen werden können, bevor die Planung abgeschlossen ist.

(Abg. Mack CDU: Sie sind beim falschen Thema!)

– Herr Mack, lassen Sie mich in Ruhe, ich komme noch zu Ihrem Thema.

(Zuruf des Abg. Mack CDU)

In den nächsten zwei Jahren darf daher in Sinzheim keine Mobilfunkantenne mehr gebaut oder nachgerüstet werden, die nicht die ausdrückliche Standortgenehmigung der Gemeinde Sinzheim erhält. Auch bei der Beratung im Wirtschaftsausschuss haben wir diese Möglichkeit angesprochen. Für mich war informativ, dass der Fachmann des Wirtschaftsministeriums sagte, dass das ein erheblicher Aufwand und nicht unbedingt praktikabel sei.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb meinen wir, dies soll nicht die einzige Handlungsoption für Gemeinden bleiben.

Damit komme ich zum dritten Punkt, nämlich zu dem Thema Bauordnungsrecht und konkret zum vorliegenden Gesetzentwurf, Herr Mack.

(Abg. Mack CDU: Jetzt gehts los!)

Für die Fraktion GRÜNE sage ich: Wir setzen uns dafür ein, dass die Pflicht zur Genehmigung von Mobilfunkantennen im derzeitigen Umfang erhalten bleibt. Wir werden daher den Gesetzentwurf der Landesregierung ablehnen.

Herr Mack, Sie haben das etwas falsch dargestellt. Wir hatten einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Als wir den eingereicht hatten, kam diese gemeinsame Vereinbarung von Mobilfunkbetreibern auf der einen Seite und den kommunalen Spitzenverbänden auf der anderen Seite. Da haben wir gesagt: Jetzt warten wir doch erst einmal ab, was dabei herauskommt. Deshalb haben wir damals unseren Gesetzentwurf zurückgezogen.

Wenn jetzt das Bundesumweltministerium sagt, die Zusammenarbeit habe sich verbessert, dann heißt das nicht, dass es nicht irgendwo schwarze Schafe gibt. Ich bekomme jedenfalls Rückmeldungen, dass es vor Ort teilweise nicht entsprechend läuft. Das ist auch ein Grund dafür, weshalb wir für die Beibehaltung des Genehmigungsverfahrens sind. Wichtiger ist – das ist von meinem Vorredner schon gesagt worden –: Wir wollen das Genehmigungsverfahren beibehalten, weil es einen geordneten Rahmen für Diskussionen über geplante Projekte schafft, weil es dafür sorgt, dass Nachbarn rechtzeitig informiert werden, und weil es auch ein gewisses Druckmittel der Gemeinden dafür ist, dass die Betreiber ihren Pflichten aus dieser gemeinsamen Vereinbarung nachkommen.

(Zuruf von der SPD: Darum gehts!)

Kurz: Es schafft einen Raum, in dem die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger diskutiert werden.

Jetzt kommt das Argument von Herrn Hofer nach dem Motto „Man muss ja alles genehmigen und kann gar nicht handeln“.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

So sehe ich das nicht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber es ist so!)

(Dr. Witzel)

Es ist natürlich klar, Herr Hofer: Eine Mobilfunkantenne, für die die Bescheinigung der Telekommunikationsbehörde vorliegt, kann man nicht aus Gründen des Elektrosmogs ablehnen. Aber, Herr Hofer, auch eine Mobilfunkantenne ist nach der Landesbauordnung ein Bauwerk. Als Bauwerk muss sie alle Vorschriften erfüllen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch nicht wahr!
Sie müssen es begründen! Das stimmt nicht!)

Es gibt Baugrenzen, es gibt Höhenlinien, es gibt das Ortsbild und Ähnliches. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele dafür nennen, dass man den Bau einer Mobilfunkantenne anhand dieser Kriterien prüfen soll und ihn möglicherweise ablehnen kann. Damit ist eine Steuerungsmöglichkeit gegeben.

Zum Beispiel sollen laut Gesetzentwurf auch Nebenanlagen bis zu 10 Kubikmetern Brutto-Rauminhalt genehmigungsfrei sein. 10 Kubikmeter, das ist zum Beispiel ein Schaltschrank, 1 Meter tief, 5 Meter breit und 2 Meter hoch. So etwas soll einfach ohne jegliches Genehmigungsverfahren gebaut werden können. Wir sind dafür, dass die Gemeinde das Recht haben soll, in einem solchen Fall zu überprüfen, ob Baugrenzen eingehalten sind und ob solche Anlagen wirklich alle Bedingungen erfüllen.

Zum Zweiten – meine Redezeit ist gleich zu Ende, deshalb muss ich mich kurz fassen –: Es ist so – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Dr. Witzel, bitte kommen Sie aufgrund der fortgeschrittenen Zeit zum Ende.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich darf noch ein Beispiel nennen, Frau Präsidentin, dann höre ich auf.

Im unbeplanten Innenbereich muss sich ein Bauwerk an der umliegenden Bebauung orientieren. Das gilt natürlich auch für das Bauwerk Mobilfunkantenne. Eine Gemeinde muss entscheiden können, wo das Bauwerk stehen soll. Dabei sollen zum Beispiel auch Fragen des Ortsbilds berücksichtigt werden können.

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist zu Ende. Ich darf zusammenfassen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung . . .

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Dr. Witzel, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: . . . stärkt die Position der Mobilfunkbetreiber. Er schwächt die Position der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden ihn daher ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Rückert CDU: Kurz und zackig! – Zuruf des Abg. Mack CDU)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit will ich mich sehr kurz und knapp zu dieser Novellierung äußern.

Aus Sicht der Landesregierung lauten die Argumente für die Novellierung: Der ersatzlose Wegfall von Genehmigungsverfahren stellt eine Entlastung für die betroffene Wirtschaft, für die Kommunen, für die Baurechtsbehörden und letztlich auch für die Bürger dar. Eingespart werden Verwaltungsaufwand, Zeit und Geld. Das ist ein gutes Beispiel für Deregulierung und Bürokratieabbau.

Das ist auch der Grund dafür, dass die Novelle von den betroffenen Kreisen nachdrücklich gefordert wurde: sowohl von den Mobilfunkbetreibern als auch vom Städtetag und vom Gemeindetag. Auch die überwiegende Zahl der Bundesländer – Herr Abg. Hofer hat auf Nordrhein-Westfalen hingewiesen; darauf werde ich zum Schluss noch einmal zu sprechen kommen – hat dieser Regelung zugestimmt.

Ein nächster Punkt: Es wird ständig der Eindruck erweckt – auch jetzt wieder –, als ob durch die Baugenehmigungspflicht irgendeine Steuerung der Standortauswahl erfolgen könnte. Ich betone nochmals ausdrücklich: Das ist definitiv nicht der Fall.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich habe zwei Beispiele genannt! – Zuruf von der SPD: Ich habe auch Beispiele dafür!)

– Das geht nicht. Die Baurechtsbehörden haben keinerlei Ermessensspielraum – schauen Sie ins Gesetz –, einen Antrag auf Errichtung einer Mobilfunkanlage abzulehnen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung vorliegen, insbesondere die Standortbescheinigung.

Für die Einflussnahme auf den Standort einer UMTS-Anlage – das ist natürlich eine wichtige Frage – ist das geeignete und auch weitgehend erfolgreich praktizierte Instrument eben die freiwillige Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber gegenüber den Kommunen. Gemäß dieser Selbstverpflichtung werden die Planungen in halbjährlicher Erörterung offen gelegt, die Kommunen in die Standortwahl einbezogen und Clearingstellen eingerichtet.

Die Rückmeldungen, die wir über die Effizienz der frühzeitigen Standortabstimmung bekommen, sind außerordentlich ermutigend. Es gibt einige wenige Konfliktfälle – gar nicht bestritten –, aber nach den Daten, die uns vorliegen, funktioniert die Kooperation zwischen Mobilfunkbetreibern und Kommunen gut. Wir müssen auf diesem Weg des Konsenses weitergehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf von der SPD: Das entspricht nicht der Lebenswirklichkeit!)

Zum Gesundheits- und Umweltaspekt: Die Errichtung der Anlagen begründet natürlich Ängste bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir nehmen diese Ängste genauso ernst, wie Sie es tun. Auch hier noch einmal ganz klar: In jedem Fall müssen die Grenzwerte der 26. Bundes-Immissionsschutzverordnung eingehalten werden – in allen Fällen, ausnahmslos. Sie sind vom Bundesverfassungsgericht höchstrichterlich abgesegnet.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Eine Verschärfung der Grenzwerte, wie sie von den Mobilfunkkritikern gleichwohl immer wieder gefordert wird, fällt – das wissen Sie, Herr Abg. Witzel – in die Zuständigkeit der Bundesregierung, des Umweltministers Trittin. Herr Minister Trittin betont immer wieder, dass er angesichts der derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht eingreifen könne. Das deckt sich im Übrigen mit den Ergebnissen einer umfangreichen Studie des Umweltministers des Landes Baden-Württemberg.

(Zuruf von der SPD: Das bestreiten wir doch gar nicht!)

Diese Studie hat ergeben, dass die elektromagnetischen Feldstärken überwiegend unter einem Hundertstel der Grenzwerte liegen, die höchste immer noch unter einem Zehntel.

Jetzt zum nächsten Punkt: mehr Information. Das war auch ein Thema im Wirtschaftsausschuss.

(Abg. Schmiedel SPD: Vor Ort!)

– Vor Ort; ich habe kapiert, worum es Ihnen geht, Herr Abg. Schmiedel. – Zunächst: Wir sind da schon aktiv. Der Minister spricht mit Bürgermeistern.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich habe bereits drei Veranstaltungen durchgeführt, die von den IHKs organisiert werden

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

und zu denen alle eingeladen sind, die sich für dieses Problem interessieren. Die nächste Veranstaltung findet am 19. November bei der IHK Rhein-Neckar statt. Sie sind herzlich eingeladen, Herr Abg. Schmiedel, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Sozialminister Dr. Repnik hat in diesem Sommer in Balingen mit Betreibern, Kommunen und Bürgerinitiativen ein Modellprojekt zur Auswahl alternativer Standorte durchgeführt. Dieses Modellprojekt war sehr erfolgreich. Das Sozialministerium erarbeitet derzeit einen Praxisratgeber, in den die Erfahrungen mit diesem Modellprojekt eingearbeitet werden. Der Ratgeber wird dann allen Beteiligten, der Öffentlichkeit und den Bürgerinitiativen zur Verfügung gestellt. Ich finde, das ist eine sehr gute Maßnahme, die Information, die Diskussion mit den Beteiligten zu vertiefen.

Und nun noch ein Letztes: Herr Abg. Hofer hat ja gerade Nordrhein-Westfalen angesprochen.

(Abg. Schmiedel SPD: „Remshalden“ hat er gesagt!)

Nordrhein-Westfalen – das haben wir uns etwas genauer angesehen; darüber möchte ich Sie informieren –

(Zuruf: Sehr gut!)

hat eine Sondervereinbarung mit den Mobilfunkbetreibern und den kommunalen Landesverbänden getroffen. Diese ist

von dem dortigen Ministerpräsidenten und der Umweltministerin unterzeichnet worden. Wir haben uns das angesehen. Das geht durchaus in Richtung einer Round-Table-Diskussion, in Richtung mehr Transparenz, mehr Kooperation und mehr Vorsorge. Wir werden das prüfen, und wir werden hier im Land mit den Kommunen und mit den Mobilfunkbetreibern Gespräche führen, ob wir nicht Ähnliches machen könnten.

(Abg. Gall und Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Dann werden wir damit ins Kabinett gehen und Ihnen schließlich erzählen, wie erfolgreich wir gewesen sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich bitte um die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/2487. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, da der Gesetzentwurf nur zwei Artikel umfasst und es nur um eine einzige Änderung geht, bitte ich, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. –

(Zuruf: Sehr gut!)

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 13/2283 im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei drei Enthaltungen wurde der Gesetzentwurf mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 29. Oktober 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeseseilbahngesetzes – Drucksache 13/2296

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/2515

Berichterstatter: Abg. Hillebrand

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Von einer Minute!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

(Abg. Alfred Haas CDU: Eine Minute war beschlossen!)

Abg. Klenk CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stimmt der im Ausschuss einstimmig verabschiedeten Beschlussempfehlung und damit dem Gesetzentwurf uneingeschränkt zu.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schmidt-Kühner.

(Unruhe)

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ganz so schnell, dass ich nur sagen würde, ich würde mich anschließen, geht es nicht.

(Oh-Rufe von der CDU)

Ich möchte zwar schon sagen, dass auch wir dem Gesetzentwurf zustimmen,

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

aber ich möchte eine Anmerkung machen. Es gibt auch bei diesem Gesetzentwurf natürlich einige Fragen, die mit der späteren Ausführung des Gesetzes zu tun haben. Ich denke, wir sollten an dieser Stelle schon einmal festhalten – das ist auch in der Diskussion im Ausschuss zum Ausdruck gekommen –, dass wir uns natürlich wünschen, dass die Belange der historischen Seilbahnen berücksichtigt werden, insbesondere wenn es um die Modernisierung und die Sicherheitstechnik geht. Das ist aber eine Frage der Durchführung des Gesetzes und weniger eine Frage der Formulierung des Gesetzes.

Wir stimmen also zu.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Heiderose Berroth.

(Abg. Alfred Haas CDU: Frau Berroth hat einen Haufen Papier dabei!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Position ist in dem vorliegenden schriftlichen Bericht ausführlich dargestellt; aber auf zwei Dinge möchte ich doch kurz eingehen.

Zum einen finde ich es außerordentlich unerquicklich, dass uns bei einem Gesetz, bei dem die Gesetzgebungskompetenz laut Grundgesetz eindeutig dem Land zusteht, 33 Seiten mit der Maßgabe präsentiert werden, man könne daran nichts ändern, man müsse das so machen.

Zum Zweiten finde ich es unerquicklich, dass unter dem Abschnitt „Kosten für die öffentlichen Haushalte“ erklärt wird, dass die personelle und finanzielle Belastung der zuständigen Genehmigungsbehörden durch die umfangreichen Verfahren, „bezogen auf die einzelnen Behörden, kaum ins Gewicht fallen“ wird. Werte Kolleginnen und Kollegen, auf diese Art und Weise – hier noch eine Richtlinie, dort noch eine kleine Vorschrift mit immer kaum ins Gewicht fallenden Änderungen – haben wir eine Landesverwaltung in der Dimension aufgebaut, die sie heute hat.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Es geht hier um Sicherheit, Frau Berroth! Erfahrungen aus dem Seilbahnunglück!)

Wir kratzen jeden Cent zusammen; aber dafür geben wir indirekt jede Menge Geld aus, weil in der Summe eben doch immer wieder Stellen geschaffen werden müssen.

Jetzt wird natürlich wieder gesagt werden: Hier geht es um die Sicherheit.

(Abg. Schmiedel SPD: Zustimmung oder nicht?)

Aber auch hier ist die Frage: Was ist die Sicherheit wert, wenn sie so teuer wird, dass der Seilbahnbetrieb schließlich eingestellt werden muss?

(Abg. Fischer SPD: Stellen Sie doch den Antrag, das Gesetz oder die Vorschrift zu ändern!)

Wir werden nichtsdestotrotz zustimmen. Aber ich glaube, solche Fragen sollten wir uns auch künftig noch des Öfteren stellen und nicht einfach abnicken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

(Abg. Alfred Haas CDU: Frau Lösch hat kein Papier dabei!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich von der Redezeit her am Kollegen Klenk orientieren

(Abg. Röhm CDU: Bravo!)

und sage nur: Auch wir stimmen dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landeseseilbahngesetzes zu.

Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

(Abg. Blenke CDU: 20 Minuten hat er versprochen! – Zurufe: Er stimmt auch zu!)

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich mache es gleichfalls kurz. Nur zwei Bemerkungen:

Erste Bemerkung: Es handelt sich um eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht. Das heißt, wir machen das Ganze so einfach wie möglich.

Zweite Bemerkung: Eigentlich wollte ich mich gar nicht zu Wort melden; aber ich muss etwas, was eine Vorrednerin gesagt hat, richtig stellen: Die Vereinfachung des Gesetzes, die Deregulierung durch das Gesetz wird dazu führen, dass der Unterhalt für diejenigen, die eine Seilbahn betreiben, in Zukunft um etwa ein Drittel niedriger sein wird als bisher. Das heißt, die Kosten sinken. Wir haben das so weit wie möglich vereinfacht.

Deshalb glaube ich, das Gesetz ist gut. Wir haben alles getan, was wir tun konnten, um zu deregulieren. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Drucksache 13/2515.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesseilbahngesetzes

und dazu die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, die eine neue Fassung von Nummer 1 Buchst. b Ziffer 1 vorsieht.

Wer Artikel 1 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Fischer SPD: Sind Sie böse, weil Sie jetzt so böse schauen?)

Artikel 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Neubekanntmachung

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Artikel 2 ist einstimmig angenommen.

(Zurufe: Enthaltungen!)

– Enthaltungen? – Dem Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 3 ist bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 29. Oktober 2003 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesseilbahngesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Aufhebung landesrechtlicher Vorschriften über Pflanzenschutzmittel – Drucksache 13/2497

Meine Damen und Herren, da der Gesetzentwurf nur zwei Paragraphen umfasst und lediglich die Aufhebung des Gesetzes über die Einschränkung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie der Pflanzenschutzmittel-Ausnahmereverordnung zum Inhalt hat, hat das Präsidium festgelegt, dass die Erste Beratung ohne Aussprache durchgeführt werden soll. Wird dennoch das Wort gewünscht? –

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

Das ist nicht der Fall.

Der Gesetzentwurf soll morgen nach einer kurzen Aussprache in Zweiter Beratung verabschiedet werden. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist es so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 30. Oktober 2003, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung und wünsche Ihnen viel Spaß bei den Parlamentarischen Abenden.

Schluss: 19:56 Uhr